



Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

- Qualität und Nutzer ■ Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber
- Der deutsche Außenhandel ■ Kinderunfälle im Straßenverkehr
- Bauspargeschäft ■ Öffentliche Finanzen ■ Zur Qualität des Europäischen Statistischen Systems ■

10

Oktober

2001

— METZLER —
POESCHEL

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Verantwortlich für den Inhalt:

Brigitte Reimann
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH

Postfach 43 43,
72774 Reutlingen

Telefon: 0 70 71/93 53 50

Telefax: 0 70 71/93 53 35

Internet: www.s-f-g.com

E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck:

Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im November 2001

Einzelpreis: DM 21,70; EUR 11,10

Jahresbezugspreis: DM 222,-; EUR 113,51

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-011010

ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
. . .	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 24 05
- Telefax: 0611/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	791
Textteil	
Qualität und Nutzer	799
Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 2000	808
Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 2001	816
Kinderunfälle im Straßenverkehr 2000	823
Bauspargeschäft 2000	830
Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2001 ..	839
Preise im September 2001	844
Zur Qualität des Europäischen Statistischen Systems	848
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	861
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents	Page
News in brief	791
 Texts	
Quality and users	799
Employees of the public employers on 30 June 2000	808
German foreign trade in the first half of 2001 . .	816
Road traffic accidents involving children, 2000 .	823
Saving for building purposes, 2000	830
Public finance in the first half of 2001	839
Prices in September 2001	844
Quality of the European Statistical System	848
List of the contributions published in the current year	861
 Tables	
Summary	1*
Monthly statistical figures	2*

Table des matières	Page
Informations sommaires	791
 Textes	
Qualité et utilisateurs	799
Employés du secteur public et des entreprises publiques au 30 juin 2000	808
Commerce extérieur de l'Allemagne au premier semestre de 2001	816
Accidents d'enfants dans la circulation routière en 2000	823
Activités des caisses d'épargne-construction en 2000	830
Finances publiques au premier semestre de 2001	839
Prix en septembre 2001	844
La qualité du système statistique européen	848
Liste des contributions publiées dans l'année en cours	861
 Tableaux	
Résumé	1*
Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990.

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

In eigener Sache



Seit Anfang dieses Monats präsentiert sich das Statistische Bundesamt unter einem neuen Kurznamen und einem neuen Logo.

DESTATIS, der neue Kurzname für das Statistische Bundesamt, löst zugleich den Abakus, das bisherige Logo, ab. Mit dem liegenden „E“ in Form eines Säulendiagramms in den Nationalfarben symbolisiert die neue Wort-Bild-Marke insbesondere den grundlegenden Informationswert der amtlichen Statistik. Die Worte „wissen.nutzen.“ unterstreichen die Bedeutung statistischer Daten für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Willensbildung und appellieren gleichzeitig an die Nutzer, aus der Vielzahl statistischer Ergebnisse das für sie relevante Wissen abzurufen.

Mit dem neuen Corporate Design wollen wir unser Profil als fachkompetenter, innovativer und aktueller Informationsdienstleister deutlich machen und uns so auf dem deutschen und europäischen Informationsmarkt positionieren. Das künftig einheitliche Erscheinungsbild aller Produkte des Statistischen Bundesamtes soll dabei den Wiedererkennungswert erhöhen.

Auch der Domain-Name des Statistischen Bundesamtes hat sich entsprechend geändert und lautet jetzt: www.destatis.de.

Natürlich ist sichergestellt, dass Sie uns in der Übergangszeit auch noch unter unserer alten Internet-Adresse erreichen.

■ Statistisches Jahrbuch 2001 erschienen

Am 4. Oktober 2001 wurde das Statistische Jahrbuch 2001 mit der neuen Wort-Bild-Marke des Statistischen Bundesamtes „DESTATIS – wissen.nutzen.“ vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt.

Erweitert wurde in der Ausgabe 2001 des *Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland* die Berichterstattung zu den Themenbereichen Wohnen, Pflege, Gesundheit und Sport. Einen zusätzlichen Service bietet wiederum die Angabe der Namen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Ansprechpartner zu den einzelnen statistischen Sachgebieten.

Das *Statistische Jahrbuch 2001 für das Ausland* bietet ausführlichere Informationen zur EU-Erweiterung als die Vorjahres-Ausgabe. Sie umfassen nun unter anderem statistische Indikatoren für die 13 Länder, die eine Aufnahme in die Europäische Union anstreben. Diese werden zum Vergleich den entsprechenden Daten der 15 EU-Mitgliedstaaten gegenübergestellt.

Erstmals wird die gedruckte Version des Statistischen Jahrbuchs 2001 für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland im Schuber mit der entsprechenden CD-ROM zusammen ausgeliefert. Die CD-ROM bietet die Inhalte beider Jahrbücher in dem auf allen Computersystemen lesbaren Acrobat-PDF-Format, das eine der Buchform identische Wiedergabe erlaubt. Sie enthält eine Suchfunktion und ermöglicht die elektronische Weiterverwendung.

In Buchform können das Statistische Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland im Schuber zusammen mit der entsprechenden CD-ROM zum Vorzugspreis von DM 158,-/EUR 80,78 im Buchhandel oder über die Verlagsauslieferung des Metzler-Poeschel-Verlages (nähere Angaben siehe Impressum) bezogen werden (Bestell-Nr. 1010100-01700, ISBN 3-8246-0639-9).

Einzelkosten das Statistische Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland DM 128,-/EUR 65,45 (Bestell-Nr. 1010110-01700, ISBN 3-8246-0640-2) und das Statistische Jahrbuch 2001 für das Ausland DM 57,-/EUR 29,14 (Bestell-Nr. 1010120-01700, ISBN 3-8246-0641-0). Das Statistische Jahrbuch 2001 allein auf CD-ROM (Bestell-Nr. 1010130-01700, ISBN 3-8246-0642-9) kostet DM 49,-/EUR 25,05.

Alle Produkte können auch im Statistik-Shop auf der Internet-Seite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) bestellt werden.

■ „Zahlenkompass 2001“ und „Key Data on Germany 2001“ erschienen

Zeitgleich mit dem Statistischen Jahrbuch 2001 und ebenfalls in neuem – dem Statistischen Jahrbuch angepassten – Gewand sind die deutsche und die englische Ausgabe des Zahlenkompasses erschienen. Mit seiner Vielzahl sozialer und kultureller Indikatoren bietet der Zahlenkompass in bewährter Weise in Texten, Tabellen und durch die Verwendung von Fotos noch attraktiver gestalteten Grafiken einen Überblick über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland.

Zusätzlich zur Aktualisierung der 29 Kapitel, die – jeweils in einführenden Texten sowie in Tabellen und graphischen Darstellungen – Informationen zu den vier großen Themenbereichen „Land und Leute“, „Lebensbedingungen“, „Wirtschaft“ sowie „Deutschland und die Welt“ bereitstellen, wurden wiederum einige Kapitel den aktuellen Entwicklungen angepasst. So wird zum Beispiel im Kapitel „Verbraucherpreise“ der deutschen Ausgabe neuerdings auch die Zusammensetzung des „Warenkorbs“, das heißt die Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung, dargestellt. Neu sind auch die Informationen über Geldvermögen und Konsumentenkredite aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1993 und 1998. Daten aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes zu den Gesundheitsaus-

Kurznachrichten

gaben nach Einrichtungen für die Jahre 1996 und 1998 sind erstmals im Kapitel „Gesundheitswesen“ enthalten.

Der deutsche Zahlenkompass 2001 ist zum Preis von DM 9,80/EUR 5,- (Bestell-Nr. 1040100-01700, ISBN 3-8246-0644-5) beim Verlag Metzler-Poeschel (nähere Angaben siehe Impressum), in allen Fachbuchhandlungen sowie natürlich auch online im Statistik-Shop auf der Internet-Seite des Statistischen Bundesamtes erhältlich.

Aus aller Welt

■ 53. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) vom 22. bis 29. August 2001 in Seoul, Republik Korea

Vom 22. bis 29. August 2001 nahm eine Delegation, die sich aus Mitgliedern des Statistischen Bundesamtes und des Nationalen Organisationskomitees (NOK) zur Vorbereitung des 54. ISI Weltkongresses 2003 in Berlin zusammensetzte, an dem Kongress in Seoul teil. Neben den Beiträgen einzelner Delegationsmitglieder zum wissenschaftlichen Programm standen die Präsentation Deutschlands als Ausrichter des Nachfolgekongresses in Berlin und die Sammlung von Erfahrungen für die Kongressorganisation im Vordergrund.

Nach Einschätzung der Delegationsmitglieder ist es dem Nationalen Statistikamt Koreas, das maßgeblich für die Organisation des Kongresses in Seoul verantwortlich zeichnete, gelungen, einen Kongress nach modernen Standards der Organisation großer wissenschaftlicher Kongresse durchzuführen. Dies betrifft die Bereitstellung der kongressrelevanten Informationstechnologie, die Betreuung der mehr als 2400 Teilnehmer aus 118 Ländern, einschließlich der Veranstaltungen des Rahmenprogramms, und die Gestaltung des wissenschaftlichen Programms. Von den koreanischen Kollegen wurden somit Standards gesetzt, die die Mitglieder des NOK als große Herausforderung für die Veranstaltung des 54. ISI Weltkongresses vom 13. bis 20. August 2003 in Berlin ansehen. Großen Anklang bei den Teilnehmern fand die Präsentation Deutschlands als Ausrichter des Nachfolgekongresses mit der Vorführung eines Videofilms in der Generalversammlung des ISI und durch einen Informationsstand im Rahmen der kongressbegleitenden Ausstellung.

Aus Europa

■ 42. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm/31. EWR-Konferenz am 19. und 20. September 2001 in Luxemburg

Unter Teilnahme der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) sowie weiterer Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums fand am 19. und 20. September 2001 die 42. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) in Luxemburg statt.

Aufgrund des dringend geäußerten Bedarfs wichtiger europäischer Nutzer, insbesondere der Europäischen Zentralbank, hat der ASP richtungweisende Empfehlungen zur Verbesserung der Aktualität der kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken gefasst. Für jeden ausgewählten Bereich dieser Statistiken sollen spezifische Ziele und ein Zeitplan zur Umsetzung dieser Ziele festgelegt werden. Mittelfristig wird eine Anpassung an die kurzen Veröffentlichungsfristen in den Vereinigten Staaten von Amerika angestrebt. In die Überlegungen sollen Auswirkungen auf andere Qualitätsaspekte, zum Beispiel die eventuelle Minderung der Genauigkeit durch bessere Aktualität, auf die Kosten und auf die Unternehmensbelastung mit einbezogen werden.

Dem Statistischen Jahresprogramm 2002 wurde bis auf Deutschland von allen Mitgliedstaaten zugestimmt. Ebenso wie die deutsche bemängelten auch andere Delegationen die nicht zufriedenstellende Prioritätensetzung und die fehlende Berücksichtigung der Umsetzungsbedingungen in den Mitgliedstaaten. Das Statistische Fünfjahresprogramm 2003 bis 2007 wurde mehrheitlich befürwortet, einige Delegationen äußerten aber Vorbehalte hinsichtlich der Vorschläge zur Gründung von Agenturen mit dem Zweck der Auslagerung von Arbeiten, die von Eurostat zu erbringen sind, sowie der unzureichenden Berücksichtigung – wie auch beim Jahresprogramm 2002 – der personellen und finanziellen Ressourcen der durchführenden Stellen in den Mitgliedstaaten.

Der ASP begrüßte den Zwischenbericht einer Experten-Gruppe über die Durchführbarkeit einer nach Ländern geschichteten europäischen Stichprobenerhebung für den Einzelhandel. Die Zielsetzung ist, Ergebnisse nach 30 Tagen bzw. – in einem zweiten Ansatz – bereits nach 13 Kalendertagen veröffentlichen zu können. Letzteres wurde vom ASP, u. a. auch vom deutschen Vertreter, als wenig realistisch bezeichnet.

Im Grundsatz unterstützte der ASP den Vorschlag für eine Rahmenverordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), mit der u. a. Fortschritte bei der Beseitigung der Armut und der sozialen Ausgrenzung innerhalb der EU gemessen werden sollen. Strittig ist vor allem der Starttermin der Erhebungen – die Kommission will 2003 oder spätestens 2004 vorschreiben, Deutschland und einige andere Mitgliedstaaten sehen frühestens 2005 die Möglichkeit der Einführung dieser Statistik – und der Umfang der zu liefernden Variablen.

Dem ASP wurden zwei Verordnungsentwürfe des Rates über die Eisen- und Stahlstatistik vorgelegt, um eine Fortführung dieser Statistik nach Auslaufen des EGKS-Vertrages zu gewährleisten. Der erste Entwurf regelt die Fortführung für den Zeitraum 24. Juli bis 31. Dezember 2002, der Entwurf einer zweiten Verordnung sieht eine Ausdehnung der Eisen- und Stahlstatistik auf die Berichtsjahre 2003 bis 2009 vor. Beide Entwürfe erhielten ein positives Votum des ASP, obwohl teilweise Bedenken

gegen eine langfristige Fortführung der Eisen- und Stahlstatistik geäußert wurden.

Zu der von Eurostat vorgeschlagenen Überarbeitung der Erhebungssysteme im Bereich der Zahlungsbilanzstatistik äußerte der ASP erhebliche Bedenken hinsichtlich einer Anhebung der Meldeschwellen auf 50 000 Euro und der dadurch zu erwartenden Minderung der Datenqualität nicht nur der Zahlungsbilanzstatistik, sondern auch der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Weitere Punkte, die alle die Zustimmung des ASP fanden, waren der Abschlussbericht der Lenkungsgruppe „Qualität“ (siehe auch die Beiträge im Textteil dieses Heftes), ein Arbeitsprogramm zur geplanten Erweiterung der Strukturindikatoren um den Bereich der nachhaltigen Entwicklung, ein Arbeitsprogramm zur Verbesserung der Datenlage im Bereich der Statistiken der Informationsgesellschaft, ein Aktionsplan zur Qualitätsanpassung und Stichprobenbildung beim Harmonisierten Verbraucherpreisindex sowie Überlegungen zur verstärkten Zusammenarbeit der IT-Bereiche Eurostats und der nationalen statistischen Ämter.

Aus dem Inland

■ Statistische Woche 2001 in Dortmund

Vom 24. bis 27. September 2001 fand in den Räumlichkeiten des Bundesamtes für Arbeitsschutz in Dortmund die Statistische Woche 2001 statt, die – wie in jedem Jahr – gemeinsam von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) und dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) veranstaltet wurde.

Die Hauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft war in diesem Jahr dem Thema „Planung und Analyse von Panelstudien“ gewidmet. Nach dem Auftaktreferat, das einen Überblick über die Methoden der Panelanalyse gab, wurde anhand des Sozioökonomischen Panels über empirische Längsschnittstudien „zwischen Kontinuität und Innovation“ berichtet. Es folgten Beiträge des Statistischen Bundesamtes zu Längsschnittdaten aus dem Mikrozensus als Basis für neue Analysemethoden sowie zum Projekt eines Access-Panels der amtlichen Statistik. Der Vortrag „Dynamic Panel Data Methods and Practice“ von Richard Blundell sowie die Vorstellung des IAB-Betriebspanels und des Mannheimer Innovationspanels rundeten die Hauptversammlung ab. Die Vorträge werden – wie üblich – im Allgemeinen Statistischen Archiv veröffentlicht.

Mit dem Thema „Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsindikatoren auf regionaler Ebene“ befasste sich der DStatG-Ausschuss für Regionalstatistik und der Ausbildungsausschuss mit dem Methodenbedarf in der angewandten Forschung. Außerdem tagten die Ausschüsse für neuere statistische Methoden, Methodik statistischer Erhebungen, Statistik in Naturwissenschaft und Technik, Unternehmens- und Marktstatistik sowie Empirische Wirtschaftsforschung und angewandte Ökonometrie.

Die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker war dem Thema „Regionen – Die Zukunft der Städte, Städte – Die Zukunft der Regionen“ gewidmet. Das Programm des VDSt wurde durch eine Sonderveranstaltung im Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen abgerundet.

Die nächste Statistische Woche wird vom 7. bis 11. Oktober 2002 in Konstanz stattfinden.

■ Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik

In den letzten Jahren wurde die Palette stadt- und regionalstatistischer Datenangebote als Antwort auf zunehmende regionalstatistische Informationsbedürfnisse erheblich ausgeweitet. Um den Überblick über die verschiedenen Datenangebote zu verbessern und die Aktivitäten auf diesem Gebiet besser zu koordinieren, haben im Februar 2001 folgende Institutionen das Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik als Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der vergleichenden Stadt- und Regionalstatistik konstituiert:

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR),
- Deutscher Städtetag – Kommunalstatistik, im Netzwerk vertreten durch den VDSt, KOSIS und die KOSTAT-DST GmbH,
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder, im Netzwerk vertreten durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW), das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und das Statistische Bundesamt,
- Bundesanstalt für Arbeit.

Ziel ist es, statistische Daten für Regionen, für Kreise und Gemeinden, für Städte sowie deren Stadtteile verfügbar zu machen, sie soweit möglich zu harmonisieren und die Maßnahmen auf diesem Gebiet aufeinander abzustimmen. Die am Netzwerk beteiligten Institutionen haben für ihre Zusammenarbeit u. a. folgende Grundsätze vereinbart:

- Die Mitglieder bringen wesentliche Planungen und Vorgehensweisen, welche die Belange des Netzwerks berühren, in die Arbeitsgemeinschaft ein und stimmen sie dort ab.
- Beschlüsse werden grundsätzlich einvernehmlich gefasst.
- Dritten gegenüber weisen die Mitglieder auf das Netzwerk und seine Produkte hin.
- Mitglieder, die Leistungen anderer Mitglieder nutzen oder in ihre Leistungsangebote einbeziehen wollen, treffen hierüber mit den Urhebern dieser Leistungen entsprechende Vereinbarungen. Insbesondere weisen sie in ihren Angeboten und Ergebnisberichten auf die Urheber der einbezogenen Leistungen hin.

Als erstes gemeinsames Produkt hat die Arbeitsgemeinschaft das Informationsfaltblatt „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik – Datenangebote“ herausgegeben, das über die wichtigsten stadt- und regionalstatistischen Datenangebote der beteiligten Institutionen, die Bezugsmöglichkeiten und die Preise sowie die Adressen der Mitglieder des Netzwerks Stadt- und Regionalstatistik informiert.

Das Faltblatt ist beim Statistischen Bundesamt, Gruppe IC, Telefon (06 11) 75 27 89 oder (06 11) 75 24 05, anzufordern.

Weitere Auskünfte erteilen

Dr. Rudolf Walter, Telefon (06 11) 75 27 89,
E-Mail: rudolf.walter@destatis.de, sowie

Sabine Köhler, Telefon (06 11) 75 26 93,
E-Mail: sabine.koehler@destatis.de.

■ Neue Statistik der Förderzusagen der sozialen Wohnraumförderung

Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde bisher durch eine Bundesstatistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau nachgewiesen. Da sich die Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus im Zeitablauf wesentlich gewandelt haben, ist eine Reform des Wohnbaurechts notwendig geworden. Im September 2001 wurde das Gesetz zur Reform des Wohnbaurechts verabschiedet (BGBl. I S. 2376). Das Gesetz tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

Mit dem in Artikel 1 verabschiedeten Wohnraumförderungsgesetz-WoFG wird der soziale Wohnungsbau auf neue Rechtsgrundlagen gestellt und zu einer sozialen Wohnraumförderung weiterentwickelt. In § 42 ist eine neue jährliche Statistik der Förderzusagen angeordnet, die als Bundesstatistik durchzuführen ist. Sie liefert Aussagen über den Umfang, die Struktur und die Entwicklung der sozialen Wohnraumförderung. Die Erhebung ersetzt ab Berichtsjahr 2002 die bisherige Bewilligungsstatistik. Übergangsfristen für die Bewilligung von Fördermitteln sind im Gesetz bis Ende 2002 vorgesehen. Auskunftspflichtig sind die für die Förderzusagen zuständigen Stellen.

Erhebungseinheiten sind die Fördergegenstände der sozialen Wohnraumförderung. Dies sind der Wohnungsbau, Modernisierung von Wohnraum, Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum und der Erwerb bestehenden Wohnraums (§ 2 Abs. 1 WoFG). Die bisherige Differenzierung nach Förderungswegen entfällt. Neu aufgenommen wurde u. a. die Erfassung von geförderten barrierefreien Wohnungen und die Dauer von Belegungsrechten von Mietwohnungen. Es ist derzeit von insgesamt 75 000 Förderfällen pro Jahr auszugehen.

■ Umstellung der Außenhandelsindizes auf das Basisjahr 2000

In der Außenhandelsstatistik interessiert nicht nur die nominale Entwicklung der Ein- und Ausfuhr, sondern auch, inwieweit die Ergebnisse durch Mengen- und Wertveränderungen beeinflusst werden. Für diesen Zweck wird monatlich das Außenhandelsvolumen berechnet. Dabei wird die Ein-/Ausfuhrmenge einer Warengruppe in der Berichtsperiode mit ihrem Durchschnittswert in einem festgelegten Basisjahr bewertet, die Veränderung der Wertkomponente zwischen Basisjahr und Berichtszeitraum also ausgeklammert. Die Berechnung erfolgt auf Basis der rund 10 000 Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik, also den kleinsten Bausteinen der warenmäßigen Gliederung, in Kombination mit bestimmten Ländergruppen. Das so ermittelte Volumen ist ein fiktiver Wert, der angibt, wie groß die wertmäßige Aus-/Einfuhr einer Ware gewesen wäre, wenn sich ihr Durchschnittswert gegenüber dem Basiszeitraum nicht geändert hätte. Aus dem Volumen werden warenbezogene Volumen- und Durchschnittswertindizes abgeleitet, die die Entwicklung der Mengen- bzw. der Wertkomponente gegenüber dem Basiszeitraum isoliert anzeigen. Mit Hilfe der Durchschnittswertindizes für die Ein- und Ausfuhr lassen sich die so genannten „terms of trade“ berechnen, die angeben, wie viele Importeinheiten für eine Exporteinheit gekauft werden können. Man spricht daher auch vom realen Austauschverhältnis.

Zeitgleich mit dem Übergang auf den Euro wird ab Berichtsmonat Januar 2002 das Basisjahr für die Volumen- und Indexberechnung in der Außenhandelsstatistik von 1995 auf 2000 umgestellt. Die Ergebnisse für die Jahre 2000 und 2001 sind rückwirkend auf das neue Basisjahr sowie in Euro umzurechnen. Erstellt werden Ergebnisse nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2002 (GP 2002), nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW Rev. 1) sowie nach Teilen des internationalen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (SITC Rev. 3). Darüber hinaus wird nach Ländergruppen (EU und Drittländer) unterschieden.

Kompakt

■ Bevölkerungszunahme 2000 abgeschwächt

Nach vorläufigen Ergebnissen hatte Deutschland am 31. Dezember 2000 82 260 000 Einwohner, 96 000 oder 0,1% mehr als Ende 1999 (82 163 000). 1999 hatte es eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 126 000 Personen oder 0,2% gegeben, 1998 dagegen einen Rückgang um 20 000 Personen.

Das geringere Bevölkerungswachstum geht auf einen gegenüber 1999 kleineren Zuwanderungsüberschuss zurück: Im Jahr 2000 zogen 167 000 Personen mehr nach Deutschland als das Bundesgebiet verließen (1999:

202 000). Mit Ausnahme von 1997 und 1998 war in den 1990er Jahren der Zuwanderungsüberschuss meist erheblich höher.

Dem stand im Jahr 2000 ein Überschuss der Sterbefälle gegenüber den Geburten von 72 000 gegenüber. Von 1991 bis 2000 sind in Deutschland in jedem Jahr mehr Menschen gestorben als geboren wurden; der Sterbefallüberschuss war in diesem Zeitraum 1995 (119 000) und 1994 (115 000) am höchsten, 1998 hatte er 67 000 und 1999 76 000 betragen.

Der Zuwanderungsüberschuss im Jahr 2000 ergibt sich vor allem aus der Entwicklung der Wanderungen von Ausländern über die Grenzen Deutschlands. Im Jahr 2000 sind 649 000 Ausländer nach Deutschland zugezogen (1999: 674 000), darunter 79 000 Asylbewerber (1999: 95 000). 562 000 Ausländer haben im Jahr 2000 Deutschland verlassen (1999: 556 000). Dies bedeutet, dass im Jahr 2000 wieder mehr Ausländer zu- als weggezogen sind (86 000). 1999 gab es einen Zuwanderungsüberschuss von 118 000 Personen (1998: 33 000 Personen).

Im Jahr 2000 sind 192 000 Deutsche nach Deutschland zugezogen (1999: 200 000), darunter 96 000 Aussiedler (1999: 105 000). Im gleichen Zeitraum sind 111 000 Deutsche fortgezogen, was zu einem Zuwanderungsüberschuss von 81 000 Deutschen führte (1999: 84 000).

Die Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bietet kein einheitliches Bild. Mit Ausnahme Berlins, Bremens und des Saarlandes nahm im Jahr 2000 in allen Ländern des früheren Bundesgebietes die Bevölkerung zu. In den neuen Ländern war, außer in Brandenburg, die Bevölkerungszahl weiterhin rückläufig. Insgesamt gesehen hat die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet um 0,3% zugenommen, während sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 0,6% zurückgegangen ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Hermann Voit, Telefon (06 11) 75 21 16,
E-Mail: hermann.voit@destatis.de.

■ Weiterer Personalrückgang beim Bund 2001

Der Bund beschäftigte in seinen Behörden, Gerichten und Einrichtungen nach den vorläufigen Ergebnissen der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2001 rund 494 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Grundwehrdienstleistende). Damit wurden 8 000 Beschäftigte weniger in den Gehalts- und Lohnlisten der Bundesverwaltung geführt als ein Jahr zuvor (-1,6%). Nur der Sicherheitsbereich (Polizeivollzugsdienst beim Bundesgrenzschutz und beim Bundeskriminalamt) war von Stellenkürzungen ausgenommen. Insgesamt hat sich der Personalbestand des Bundes in den letzten zehn Jahren um rund 160 000 Beschäftigte oder knapp ein Viertel verringert. Mehr als 90% dieses Personalabbaus gehen auf die Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr im militärischen und zivilen Bereich zurück.

Von den Beschäftigten der Bundesverwaltung standen 131 000 Beamte (einschl. Richter) und 185 000 Berufs- und Zeitsoldaten in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Auf der Grundlage von Tarifverträgen wurden 100 000 Angestellte und 79 000 Arbeiter/-innen beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Beamten/Beamtinnen um 1 000, die der Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen und Angestellten um jeweils 2 000 sowie die der Arbeiter/-innen um 3 000 zurückgegangen.

Während mit 455 000 Vollzeitkräften knapp 11 000 weniger als Mitte 2000 beschäftigt wurden (-2,3%), erhöhte sich die Zahl der Teilzeitkräfte um knapp 3 000 auf rund 39 000 Personen (+7%). Allerdings geht dieser Zuwachs überwiegend auf Beschäftigte in Altersteilzeit zurück. Mitte 2001 hatten 11 000 Beschäftigte der Bundesverwaltung von den gesetzlichen und tarifvertraglichen Möglichkeiten für Altersteilzeit Gebrauch gemacht. Binnen Jahresfrist waren es gut 2 000 oder 28% mehr. Damit befinden sich inzwischen rund 18% der über 55-Jährigen in der Bundesverwaltung in Altersteilzeit.

Trotz des Personalrückgangs lag die Beschäftigung von Frauen in der Bundesverwaltung mit 108 000 auf dem Niveau des Vorjahres. Während in den zivilen Berufen eine leicht rückläufige Entwicklung festzustellen war, führte die Zulassung von Frauen zu Kampfeinheiten der Bundeswehr ab 1. Januar 2001 zu einem Anstieg bei den militärischen Berufen. Mitte 2001 waren 5 000 Berufs- und Zeitsoldatinnen bei der Bundeswehr eingesetzt; das waren 1 000 oder 25% mehr als im Jahr zuvor.

Siehe auch den Aufsatz „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2000“ auf Seite 808 dieser Zeitschrift.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Werner Breidenstein, Telefon (06 11) 75 41 08,
E-Mail: personalstatistiken.oeffentlicherdienst@destatis.de.

■ Im Westen zu wenig Lehrer

Im Schuljahr 2000/2001 unterrichteten rund 785 000 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Deutschland. Das sind 2,6% mehr als 1993, dem ersten Jahr, für das gesamtdeutsche Ergebnisse vorliegen.

Die Entwicklung verlief im Westen und Osten Deutschlands unterschiedlich. Während es im früheren Bundesgebiet rund 31 600 (+5,5%) Lehrkräfte mehr gab als 1993, ging die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer in den neuen Ländern und Berlin um rund 11 600 (-6,1%) zurück. Wesentliche Ursache hierfür sind die deutlich gesunkenen Schülerzahlen als Folge der starken Geburtenrückgänge zu Beginn der 1990er Jahre im Osten. Während von 1993 bis 2000 die Zahl der Schüler im Westen um 10,4% stieg, ging sie im Osten um 10,3% zurück. Bis etwa 2010 wird im Osten mit einem weiteren Rückgang der Schülerzahlen gerechnet, während im Westen die Zahlen bis 2004 ansteigen dürften. Als Konsequenz zeichnet sich global

Kurznachrichten

für den Westen ein wachsender Lehrermangel und für den Osten ein Lehrerüberschuss ab.

Bei den hauptberuflichen Lehrkräften ist seit 1993 die Zahl der vollzeitbeschäftigten Lehrkräfte (Lehrkräfte mit voller Pflichtstundenzahl) in Deutschland um 7,3% zurückgegangen, die der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte (Lehrkräfte mit mehr als der Hälfte, aber weniger als der vollen Pflichtstundenzahl) hat um 25,7% zugenommen.

Von den hauptberuflichen Lehrkräften des Schuljahres 2000/2001 war mehr als jede fünfte (166 500) älter als 55 Jahre. Bei den rund 13 500 Lehrkräften in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, die im Jahr 1999 in den Ruhestand traten, schieden annähernd zwei Drittel wegen Dienstunfähigkeit vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze aus.

Bei Überlegungen, ob und wie der Bedarf an neuen oder zusätzlichen Lehrern gedeckt werden kann, ist zu berücksichtigen, dass eine Ausbildung zum Lehrer (Studium und Referendariat einschl. Besuch von Lehrerseminaren) in der Regel sechs Jahre oder länger dauert. Diese Ausbildung schlossen im Jahr 2000 rund 21 300 Personen mit der so genannten zweiten Staatsprüfung ab. Das waren doppelt so viele wie 1993.

Ein Lehramtsstudium nahmen im Studienjahr 2000/2001 knapp 24 000 Studierende an deutschen Hochschulen auf. Davon immatrikulierten sich fast zwei Drittel (rund 14 900) in einem Studienfach der „Sprach- und Kulturwissenschaften“, gut ein Fünftel (etwa 4 900) in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“.

Auch wenn die Zahl der Erstsemester seit dem Studienjahr 1998/1999 um 8% zugenommen hat, konnten die starken Rückgänge der vorangegangenen Jahre noch nicht ausgeglichen werden. Insgesamt haben im Studienjahr 2000/2001 rund 5 000 (-17%) weniger junge Menschen mit dem Lehramtsstudium begonnen als im Studienjahr 1993/1994. Die stärksten Rückgänge waren u. a. in den Fächergruppen „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (-40%) und „Mathematik, Naturwissenschaften“ (-25%) zu verzeichnen. Da sich die sinkende Zahl der Erstsemester erst mit einer zeitlichen Verzögerung von rund sechs Jahren auf die Absolventenzahlen auswirkt, ist zu erwarten, dass sich insbesondere in den Naturwissenschaften der bereits bestehende Nachwuchskräftemangel noch verschärfen wird.

Weitere Auskünfte erteilen

im Bereich Schulstatistik
Marianne Renz, Telefon: (06 11) 75 41 41,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de und

im Bereich Hochschulstatistik
Jörg Decker, Telefon (06 11) 75 41 39,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

■ 12 Mrd. DM öffentliche Ausgaben für Kultur

Bund, Länder und Gemeinden gaben 1998 in Deutschland 12,1 Mrd. DM für Kultur aus. Dazu zählen Theater, Musikpflege, nichtwissenschaftliche Bibliotheken und Museen, Denkmalschutz, sonstige Kulturpflege sowie die Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten.

Von den öffentlichen Kulturausgaben im Jahr 1998 entfielen 6,4 Mrd. DM bzw. 52,7% auf die Gemeinden. Die Länder beteiligten sich mit 5,3 Mrd. DM (43,7%) und der Bund mit 0,4 Mrd. DM (3,6%).

Bezogen auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt erreichten die öffentlichen Ausgaben für Kultur im Jahr 1998 einen Anteil von 0,3%. Insgesamt stellten die öffentlichen Haushalte für den Kulturbereich 1,2% ihres Gesamtetats zur Verfügung, das waren 147 DM je Einwohner.

Der größte Teil der Kulturausgaben wurde mit 5,5 Mrd. DM für die Bereiche Theater und Musik aufgewendet. Für nichtwissenschaftliche Museen stellten Bund, Länder und Gemeinden 2,0 Mrd. DM zur Verfügung, für nichtwissenschaftliche Bibliotheken 1,3 Mrd. DM.

Für kulturnahe Bereiche (Rundfunk, Fernsehen, kulturelle Angelegenheiten im Ausland, kirchliche Angelegenheiten, wissenschaftliche Museen und Bibliotheken, Volkshochschulen, Kunsthochschulen) wendeten Bund, Länder und Gemeinden 1998 weitere 5,6 Mrd. DM auf.

Diese Daten wurden im Rahmen des neuen „Kulturfinanzberichts 2000“ vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz ermittelt. Der erstmals von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Bericht enthält umfassende Informationen zur Entwicklung und Verteilung der Kulturausgaben – auch nach Bundesländern – sowie detaillierte Tabellen und Grafiken.

Der Kulturfinanzbericht 2000 ist über das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und über den Buchhandel zu beziehen. Die elektronische Version ist auch im Statistik-Shop (www.destatis.de/shop) des Statistischen Bundesamtes erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt
Wolfgang Göbel, Telefon (06 11) 75 41 48,
E-Mail: wolfgang.goebel@destatis.de.

■ Ergebnisse der seit 10 Jahren bundeseinheitlichen Krankenhausstatistik 1991 und 2000 im Vergleich

Im Jahr 2000 wurden Patienten durchschnittlich 10,1 Tage im Krankenhaus behandelt. Damit hat sich die Dauer eines Krankenhausaufenthalts gegenüber 1991 um insgesamt 4,5 Tage (-30,8%) verringert.

Die Zahl der Krankenhäuser, die zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung bereitsteht, ist innerhalb der letzten zehn Jahre ebenfalls gesunken. Ende 2000 gab es 2242 Krankenhäuser, 169 bzw. 7,0% weniger als 1991 (2411).

Auch der Bettenabbau in den deutschen Krankenhäusern setzte sich weiter fort. Seit 1991 wurden rund 106000 Betten oder knapp 16% aller Betten abgebaut. Grund hierfür ist die überdurchschnittliche Abnahme der Bettenzahl bis 1994 in den neuen Ländern. Im Jahr 2000 standen in Deutschland etwa 560000 Betten zur vollstationären Behandlung von Patientinnen und Patienten zur Verfügung.

Kontinuierliche Zuwächse seit 1991 sind bei den vollstationären Behandlungsfällen zu verzeichnen. So haben sich die Patientenzahlen innerhalb dieses Zeitraumes um über 2,5 Mill. (18,4%) auf knapp 16,5 Mill. im Jahr 2000 erhöht.

Trotz dieses Anstiegs ist die Zahl der Pflēgetage gesunken. 1991 wurden über 203 Mill. Pflēgetage gemeldet, im Jahr 2000 noch 167 Mill. (-18,0%). Der Rückgang der durchschnittlichen Verweildauer hat insofern den Zuwachs bei den vollstationären Behandlungsfällen überlagert.

Auch die Beschäftigtenstruktur im Krankenhaus hat sich in den vergangenen zehn Jahren verändert. Während es von 1991 bis 2000 deutliche Zuwächse beim ärztlichen Personal gab (+13,4%), ist die Zahl der nichtärztlichen Erwerbstätigen zurückgegangen (-1,7%); nur beim Pflēgedienst gab es mehr Beschäftigte (+6,4%).

Weitere Auskünfte erteilt
Rita Berning, Telefon (0 1888) 644 81 69,
E-Mail: rita.berning@destatis.de.

■ 15 Mrd. DM in öffentliche Abwasseranlagen investiert

Die öffentlichen Entsorgungsunternehmen in Deutschland investierten 1998 knapp 15 Mrd. DM in öffentliche Abwasseranlagen. Zwei Drittel (10,1 Mrd. DM) davon waren Investitionen zur Erweiterung oder Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes und der dazugehörigen Regenentlastungsanlagen. Etwa ein Drittel (4,8 Mrd. DM) wurde in neue oder bestehende Abwasserbehandlungsanlagen investiert.

Das geht aus einer Erhebung bei über 17000 Betreibern von öffentlichen Abwasseranlagen hervor, die erstmals zu ökonomischen Kennziffern in diesem Bereich befragt wurden.

In den Flächenländern des früheren Bundesgebietes wurden fast 10,8 Mrd. DM in die öffentliche Abwasserentsorgung investiert, in den neuen Ländern 3,2 Mrd. DM und in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg zusammen gut 0,9 Mrd. DM. Dabei variiert der Anteil der Ausgaben für die öffentlichen Abwasserkanäle an den

Gesamtinvestitionen stark: Im Durchschnitt betrug er in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes 63% (6,8 Mrd. DM), in den neuen Ländern 76% (2,4 Mrd. DM) und in den Stadtstaaten 94% (knapp 0,9 Mrd. DM). Mit 3,1 Mrd. DM bzw. 2,4 Mrd. DM wurden in Nordrhein-Westfalen und in Bayern die höchsten Investitionen unter den Bundesländern getätigt.

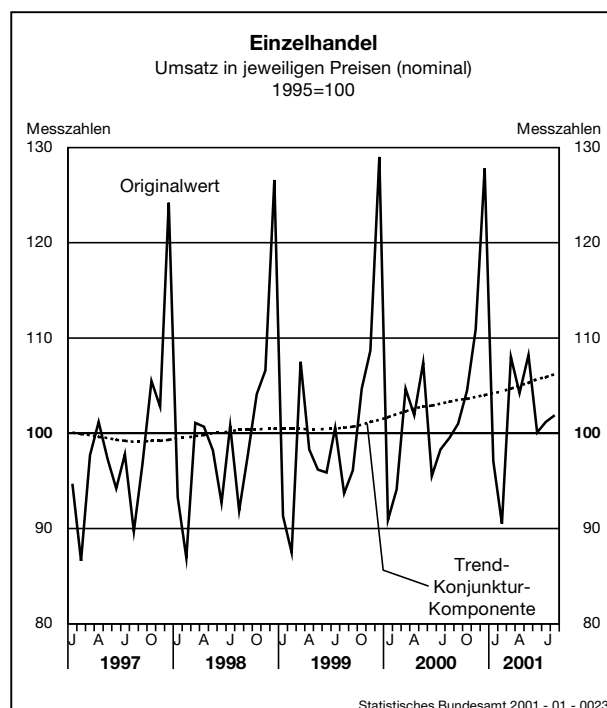
Leasingverträge spielen keine große Rolle. Der Wert der gemieteten und gepachteten neuen Sachanlagen betrug insgesamt nur 98 Mill. DM; davon entfielen 20 Mill. DM auf die Kanalisations- und 78 Mill. DM auf Abwasserbehandlungsanlagen. Bei fast 40% der Kanalnetze und rund 70% der Abwasserbehandlungsanlagen in Deutschland wurden 1998 weder Investitionen getätigt noch neue Sachanlagen gemietet bzw. gepachtet.

Weitere Auskünfte erteilt
Hermann Knichel, Telefon (0 1888) 644 82 19,
E-Mail: hermann.knichel@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

■ Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im August 2001 nominal 2,4% und real 0,4% mehr als im August 2000 um, der genauso viele Verkaufstage hatte wie der Berichtsmonat. In den ersten 8 Monaten 2001 wurde nominal 2,4% und real 0,5% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.



Kurznachrichten

Nominale und reale Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchten im August 2001 der Facheinzelhandel mit medizinischen, kosmetischen und orthopädischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal +8,3%, real +6,7%) und der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal 6,7%, real +3,2%). Lediglich nominal höhere Umsätze als im August 2000 erzielte der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (nominal +1,3%, real -2,2%). Nominal und real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats blieben der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel als auch der Brennstoffhandel zählen (nominal -1,1%, real -1,4%), und der sonstige Facheinzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (nominal -3,6%, real -4,4%).

Im August 2001 wurde im Vergleich zum Juli 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,5% und real 1,8% mehr abgesetzt.

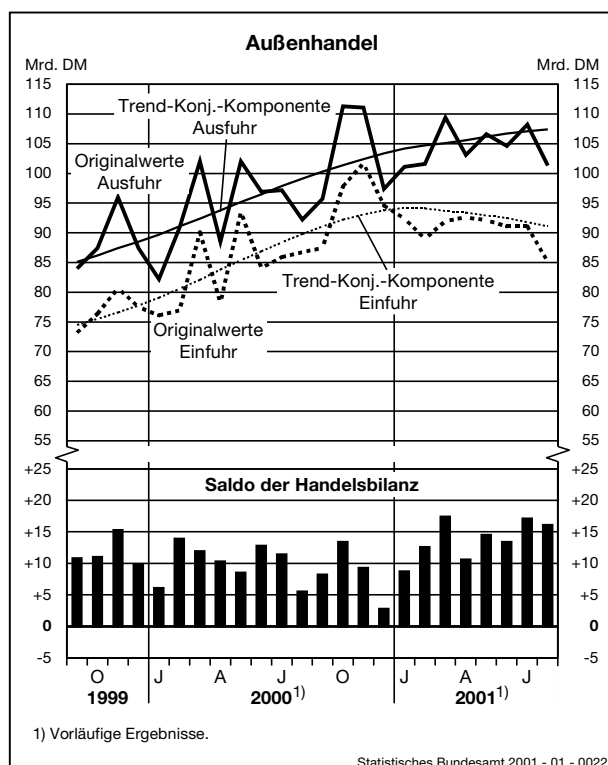
■ Außenhandel

Deutsche Unternehmen haben im August 2001 Waren im Wert von 101,3 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 85,1 Mrd. DM eingeführt. Dies stellte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat bei den Exporten eine Steigerung um 9,8% dar, während bei den Importen eine Abnahme um 1,8% zu verzeichnen war. Im August 2001 ergab sich ein Ausfuhrüberschuss in Höhe von 16,1 Mrd. DM. Unter Berücksichtigung der Salden für Ergänzungen zum Warenverkehr (-0,8 Mrd. DM), Dienstleistungen (-9,5 Mrd. DM), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+3,2 Mrd. DM) sowie laufende Übertragungen (-2,5

Mrd. DM) schloss die Leistungsbilanz – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – im August 2001 damit mit einem Überschuss von 6,5 Mrd. DM ab. Im August 2000 hatte ein Passivsaldo von 11,2 Mrd. DM vorgelegen.

Gegenwärtig sind die Preise im Außenhandel relativ stabil. So stieg der Index der Ausfuhrpreise im August binnen Jahresfrist um lediglich 0,4% an. Im Vormonat hatte die Jahresveränderungsrate noch +1,1% betragen. Die Einfuhren verbilligten sich im August 2001 im Vorjahresvergleich sogar um 0,9%, womit der Einfuhrpreisindex seit Juni 1999 (-0,4%) erstmals wieder zurückgegangen ist. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralöl-erzeugnisse lag im August 2001 um 0,4% höher als im Vorjahr.

Gegenüber Juli 2001 fiel der Ausfuhrwert im August um 6,4%, der Einfuhrwert um 6,5%. Im Rahmen der nach dem „Berliner Verfahren, Version 4“ durchgeführten Zeitreihenzerlegung ergab sich gegenüber dem Vormonat ein kalender- und saisonbereinigter Zuwachs von 0,3% bei der Ausfuhr und eine Abnahme von 3,3% bei der Einfuhr. ■



Qualität und Nutzer

Grundlagen und Instrumente der Nutzerorientierung in der amtlichen Statistik

Eines der Schlüsselprinzipien des Qualitätsmanagements in der amtlichen Statistik ist Nutzerorientierung. Dabei sind die Typen der Nutzer vielfältig und die Beziehungen zwischen Nutzern und Produzenten sehr komplex.

Ein wichtiger Grund für die Vielfalt der Nutzer liegt in der Eigenart von statistischer Information als dem Kernprodukt, das statistische Ämter anbieten. Statistische Informationen werden charakteristischerweise sowohl als öffentliches Gut (informationelle Infrastruktur demokratischer Gesellschaften) als auch als privates Gut (maßgeschneiderte Analysen, die von einzelnen Kunden nachgefragt werden) angeboten. Entsprechend dieser Unterscheidung werden unterschiedliche Typen von Nutzern zu unterschiedlichen und sich (teilweise) widersprechenden Anforderungen angetroffen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich statistische Produkte von vielen anderen Produkten auf dem Markt.

Unabhängig von den vielfältigen und teilweise widersprüchlichen Anforderungen der Nutzer ist die Beziehung des Produzenten mit jedem einzelnen Nutzer bereits in sich sehr komplex. Um die Nutzeranforderungen in optimaler Weise zu erfüllen, muss eine sehr differenzierte Interaktion zwischen Nutzer und Produzent erfolgen. In diesem „Nutzer-Produzenten-Dialog“ verhandeln Nutzer und Produzent die einzelnen Aspekte des statistischen Arbeitssystems und definieren im Rahmen dieses Dialogs sowohl das statistische Programm als auch die einzelnen Produkte und Prozesse.

Der Beitrag ist Bestandteil des Abschlussberichtes der „Leadership Group (LEG) on Quality“ und im Rahmen der Tätigkeit der „LEG on Quality“ erarbeitet worden. Die Autoren danken Lars Lyberg, Mats Bergdahl, Max Booleman, Richard van Brakel, Werner Grünwald, Marta Haworth, Lilli Japiec, Tim Jones, Håkan Lindén, Gunilla Lundholm, Margarida Madaleno, Marina Signore, Maria João Zilhão und Ioannis Tzougas für die fruchtbaren Diskussionen des Beitrages im Rahmen der LEG und zahlreiche wertvolle Anregungen.¹⁾

Michel Blanc²⁾, Dipl.-Kaufmann Walter Radermacher,
Thomas Körner, M. A.

Vorbemerkung

Die Forderung nach Nutzerorientierung in der Statistik hat derzeit Konjunktur. Werden Fragen der Qualität diskutiert, so kann man sich der allgemeinen Zustimmung sicher sein, wenn gefordert wird, die amtliche Statistik müsse „nutzerorientiert“ sein. In einer wichtigen aktuellen Veröffentlichung zum Thema heißt es denn auch: „Die Nutzer müssen entscheiden. Sie sind es, die die Qualitätskriterien festlegen. Statistiker sind nicht länger ‚Zahlenfreaks‘ in ihrer eigenen Welt, sondern werden immer mehr zu ‚Statistik-Managern‘, die ständigen Kontakt mit den Entscheidungsträgern halten.“³⁾

Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch schnell, dass eben dieses „Kontakthalten“ mit den Nutzern eine weit schwierigere Aufgabe ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Die Verbesserung der Nutzerorientierung ist eine komplexe Aufgabe – und dies gilt in besonderem Maße für die amtliche Statistik. In wenigen anderen Bereichen sind die Nutzerkategorien so vielfältig. Und nur selten ist die Beziehung zwischen Nutzern und Produzenten so komplex wie eben in der amtlichen Statistik. Dieser Beitrag soll die verschiedenen Aspekte und Voraussetzungen wirksamer Nutzerorientierung herausarbeiten und einige Wege zur Verbesserung der Nutzerorientierung aufzeigen.

Hierzu beginnt der Aufsatz mit einem allgemeinen Überblick über die Nutzertypen in der amtlichen Statistik und der Charakterisierung der Beziehung zwischen Nutzern und Produzenten (dem Nutzer-Produzenten-Dialog). In einem zweiten Schritt werden einige grundlegende Konzepte von Qualitätsmanagement und Qualitätsverbesserung in diesen Kontext eingeführt. Qualität, so die Annahme dieses Beitrages, kann nur in einem Optimierungsprozess erreicht werden, in dem ein optimaler Mix der verschiedenen Qualitätsaspekte gefunden wird. Schließlich geben wir einige Beispiele für Verbesserungsinstrumente. In diesem Zusammenhang wird für die statistischen Beiräte – ein wichtiges Instrument zur Einbeziehung der Nutzer in den Planungsprozess von Statistiken – die aktuelle Situation in den statistischen Ämtern Europas im Überblick dargestellt.

1 Statistik als ökonomischer Produktionsprozess

Bevor auf konkrete Instrumente zur Verbesserung der Nutzerorientierung (und damit auch der Qualität statistischer Produkte) eingegangen werden kann, müssen zunächst einige grundlegende Überlegungen angestellt werden. Die allgemeine Idee von „Verbesserung“ ist wichtig und notwendig als Vision. Diese Vision kann aber nur angestrebt werden, wenn einige Eckpfeiler klar festgelegt sind.

In diesem Abschnitt werden wir daher die Art der Produkte statistischer Ämter sowie die Typen der Nutzer, für die diese Produkte erstellt werden, näher bestimmen.

1) Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Körner.

2) INSEE – Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Paris.

3) Franchet, Y.: „Statistics & Quality go Hand-in-Hand“ in Eurostat: „Quality Work and Quality Assurance within Statistics“, DGINS Conference in Stockholm, Luxembourg 1999, S. 3.

Schließlich werden die Grundbestandteile der Interaktion zwischen Nutzern und Produzenten von Statistik aufgezeigt.

1.1 Die Natur des Produktes „statistische Information“

Das Hauptprodukt, das statistische Ämter anbieten, kann recht grob und allgemein als „statistische Information“ bezeichnet werden. Bereits auf diese schlichte Feststellung geht ein wesentlicher Anteil der Komplexität und der Probleme der Beziehung zwischen Nutzern und Produzenten zurück. So kann „statistische Information“ sowohl als öffentliches Gut als auch als privates Gut angeboten werden. In allen nationalen statistischen Ämtern Europas sind beide Typen vertreten (wenn auch in unterschiedlichen Anteilen):

- Als *öffentliches Gut* stellt die amtliche Statistik eine informationelle Infrastruktur für demokratische Gesellschaften und ihre Entscheidungsprozesse bereit. Güter werden dann als „öffentlich“ (oder „kollektiv“) bezeichnet, wenn sie erstens praktisch oder von ihrer Zielsetzung her nicht für einen individuellen Verbraucher erbracht werden (können), ohne sie auch anderen Verbrauchern verfügbar zu machen, und wenn zweitens die Grenzkosten für die Belieferung weiterer Verbraucher, vorausgesetzt, das Gut ist einmal produziert, gleich Null sind. Aus diesen Gründen ist es sehr unwahrscheinlich, dass öffentliche Güter profitabel unter den Bedingungen eines freien Marktes erbracht werden können. Dies gilt zumindest auch für die Funktion der informationellen Infrastruktur, wie sie von der amtlichen Statistik bereitgestellt wird.
- Als *privates Gut* kann Statistik auf dem freien Markt der Informationsanbieter gehandelt werden wie jedes andere (private) Gut auch. Neben der informationellen Infrastruktur, die der Gesellschaft und ihren Bürgern bereitgestellt wird, erstellen statistische Ämter zur gleichen Zeit auch maßgeschneiderte Analysen für einzelne Kunden; in diesen Fällen kann die Lehre von den öffentlichen Gütern nicht greifen. Indem statistische Ämter maßgeschneiderte Analysen anbieten, betätigen sie sich ähnlich wie Informationsanbieter aus dem privaten Sektor.

Statistische Informationen werden in allen nationalen statistischen Ämtern Europas sowohl als privates als auch als öffentliches Gut angeboten.⁴⁾ Es zeigen sich jedoch in Abhängigkeit von den jeweiligen kulturellen und institutionellen Unterschieden unterschiedliche Anteile der öffentlichen bzw. privaten Güter an der Produktion der statistischen Ämter. Stark vereinfachend lässt sich feststellen, dass die angelsächsischen und die nordischen Länder statistische Informationen zu einem größeren Teil als privates Gut anbieten, als dies die süd-, mittel- und

westeuropäischen Staaten tun. Aktuelle Tendenzen deuten auf eine allgemeine Zunahme des Anteils der als privates Gut bereitgestellten statistischen Informationen hin. Auf diese Weise können zum Beispiel das in den statistischen Ämtern vorhandene Expertenwissen und neue Entwicklungschancen effektiver genutzt sowie Haushaltskürzungen (teilweise) abgefangen werden.

1.2 Nutzertypen der amtlichen Statistik

Die öffentliche und die private Nachfrage unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Öffentliche und private Nachfrage bei statistischen Produkten im Vergleich

Öffentliche/gesellschaftliche Nachfrage	Individuelle Nachfrage
„Bürger“, „Gesellschaft“ langfristige Nachfrage artikuliert von den politischen Repräsentanten soziopolitischer Dialog; Regierung setzt Prioritäten Modalitäten nicht (vollständig) explizit festgelegt	„Kunde“ kurzfristige Nachfrage freies Aushandeln unter Marktbedingungen Vertrag zwischen dem statistischen Amt und einem individuellen Nutzer Modalitäten werden explizit festgelegt

- Nutzer des öffentlichen Gutes „Statistik“ sind (1) die „Gesellschaft“ (oder der „Staat“) als Ganzes sowie ihre Repräsentanten in den demokratischen Entscheidungsprozessen (einschl. der Interessenorganisationen) sowie (2) die einzelnen Bürgerinnen und Bürger mit ihren sehr unterschiedlichen Erwartungen an die amtliche Statistik (Erwartungen, die in zahlreichen Bereichen wahrscheinlich ebenso vage wie unbekannt sein dürften). Bereits die Nutzer des öffentlichen Gutes „Statistik“ sind deshalb außerordentlich vielfältig: Die Spanne reicht von Ministerien über Forschungsinstitute, die mit der amtlichen Statistik kooperieren, über Verbände und Gewerkschaften bis hin zum einzelnen Bürger, der eine spezifische statistische Information für seinen individuellen Bedarf sucht.⁵⁾ Mögen die Nutzer des öffentlichen Gutes „Statistik“ auf den ersten Blick sehr unterschiedlich erscheinen, so weisen sie doch einige gemeinsame Punkte auf: Die Nachfrage ist im Kern langfristig festgelegt (z. B. in Rechtsakten zur Statistik) und wird nicht (nur) direkt von den Nutzern artikuliert, sondern (auch) über den Weg der gewählten politischen Entscheidungsträger. Die statistische Infrastruktur, das Programm und die einzelnen Produkte sind das Ergebnis eines komplexen soziopolitischen Dialoges, dessen Modalitäten nicht (vollständig) explizit festgelegt sind (und vermutlich auch nicht vollständig festgelegt werden können).
- Im Gegensatz dazu sind die Nutzer des privaten Gutes „Statistik“ mit individuellen Kunden vergleichbar, wie wir sie aus dem privaten Sektor kennen. Die Bedingungen der Datennutzung können frei ausgehandelt

4) Beispiele zeigen, dass beide Typen in ein umfassendes Marketing-Modell eingebunden werden können. Ein gutes Beispiel hierfür ist der deutsche Fall; siehe Knoche, P./von Oppeln-Bronikowski, S./Kühn, D.: „Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“ in WiSta 7/1999, S. 531 ff.

5) Einen Überblick über die verschiedenen (privaten und öffentlichen) Nutzertypen gibt Franchet, Y.: „Improving the Quality of the ESS“ in Eurostat: „Quality Work and Quality Assurance within Statistics“, DGINS Conference in Stockholm; Luxembourg 1999, S. 88 ff. Leider gibt es aber noch immer Defizite bei den Erkenntnissen über die verschiedenen Verwendungen statistischer Informationen. Fragestellungen aus diesem Bereich sollten daher verstärkt Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung werden. Dennoch können einige aktuelle Änderungen bei der Verwendung von Statistiken benannt werden: Auf der einen Seite kann eine steigende Nachfrage nach kurzfristigen Statistiken und einer sehr schnellen Bereitstellung dieser Informationen festgestellt werden (z. B. seitens der Europäischen Zentralbank). Diese Anforderungen bleiben im Übrigen nicht ohne Auswirkungen auf den entsprechenden „Qualitäts-Mix“ (siehe Abschnitt 2.1). Auf der anderen Seite steigt die Nachfrage nach regionalen und lokalen statistischen Informationen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Regionalpolitik der Europäischen Union.

werden; das Ergebnis der Verhandlungen kann in kurzfristigen Verträgen fixiert werden. Diese Verträge enthalten spezifische Vereinbarungen darüber, was zu welchem Zeitpunkt und zu welchem Preis bereitgestellt wird. Die Nachfrage und die Erwartungen der einzelnen Nutzer können in einem direkten Dialog ermittelt werden.

Die Ausführungen zeigen, dass der Weg der öffentlichen Statistik zu mehr Nutzerorientierung kein einfacher Weg ist. Die Instrumente zur Erfüllung der Anforderungen an öffentliche und private Güter können nicht immer identisch sein. Voraussetzung einer Verbesserung der Nutzerzufriedenheit ist zunächst die Klärung der Frage, ob es sich um einen öffentlichen oder einen individuellen Bedarf handelt. Erst nach diesem ersten Schritt können die nachfolgend dargestellten Instrumente wirksam eingesetzt werden.

1.3 Die komplexe Beziehung von Nutzern und Produzenten in der Statistik

Abgesehen von der Vielfalt der Nutzertypen ist die Beziehung zwischen Nutzern und Produzenten in der Statistik auch bereits in sich recht komplex. Statistische Produkte können nicht in der gleichen Art und Weise einfach definiert und „benutzt“ werden, wie dies für eine Reihe physischer Produkte der Fall sein mag. In der Statistik müssen umfassendere Vorkehrungen getroffen werden. Die vier Eckpfeiler der Beziehung von Nutzern und Produzenten in der Statistik sind in dem Schaubild dargestellt.

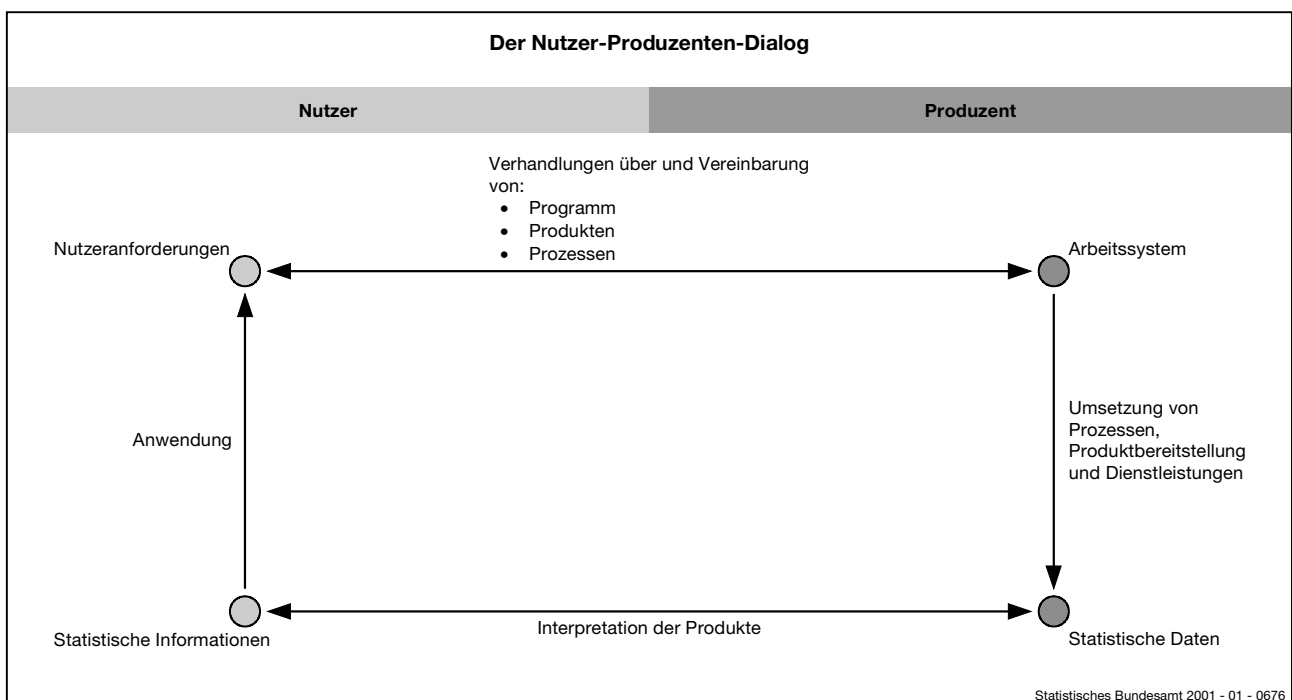
Nehmen wir die Nutzeranforderungen als Ausgangspunkt, so zeigt sich, dass einige Interaktionen ablaufen müssen, um eine optimale Lösung zu erreichen. Es versteht sich hierbei, dass eine aus Nutzersicht optimale Lösung nicht in jeder Hinsicht erreicht werden kann. Vielmehr muss ein Dialog stattfinden, in dem eine Lösung vereinbart wird, die sowohl die Anforderungen der Nutzer als auch die Möglichkeiten der Produzenten berücksich-

tigt. Wie im Schaubild dargestellt, unterscheiden wir vier Schritte.

Schritt 1: Nutzer und Produzent müssen das statistische Arbeitssystem verhandeln. Dieses umfasst die Eigenschaften der statistischen Produkte (hierzu zählen beispielsweise die Qualitätsmerkmale wie Genauigkeit, Aktualität, Vergleichbarkeit, Kohärenz usw.), den Rahmen der Prozesse, Organisationsstrukturen und Methoden sowie das statistische Programm (und seine „Relevanz“) insgesamt. In Verhandlungen wird eine Lösung vereinbart, die den Anforderungen der Nutzer und gleichzeitig den Restriktionen der Produzenten (z. B. durch die zur Verfügung stehenden Mittel, das verfügbare Personal und andere Rahmenbedingungen) so gut wie möglich gerecht wird.

Schritt 2: Der Produzent wendet das statistische Arbeitssystem in der Praxis an, um statistische Daten zu erhalten. Da dieser Schritt in erster Linie innerhalb des statistischen Amtes abläuft, spielt der Nutzer hierbei keine zentrale Rolle. Dennoch ist es Aufgabe des statistischen Amtes, sicherzustellen, dass auch tatsächlich entsprechend der Vereinbarung verfahren wird. Die konkrete Umsetzung betrifft den Nutzer zwar nicht direkt, sollte aber dem Nutzer gegenüber transparent gemacht werden. Hierzu können etwa die Dokumentation von Qualitätsstandards, ein (interner oder externer) Nachweis über die Einhaltung dieser Standards oder auch Qualitätswettbewerbe dienen. Audits, Leistungsvergleiche mit anderen statistischen Ämtern und interne Qualitätswettbewerbe (wie im Statistischen Amt Schwedens) sind Beispiele für mögliche Vorgehensweisen.

Sind die Daten einmal produziert, tritt der Nutzer wieder in den Dialog mit dem Produzenten ein. In **Schritt 3** wird der „Rohstoff“ (Daten) veredelt in das direkt verwendbare Produkt, das heißt in statistische Informationen. Rohdaten erfordern in nahezu allen Fällen einen gewissen nutzerspezifischen Interpretationsaufwand. Die Inter-



pretation statistischer Daten ist mindestens in zweifacher Hinsicht eine wichtige Aufgabe statistischer Ämter: (1) Es müssen Metadaten für die Daten bereitgestellt werden und (2) Verbindungen und Vergleiche der Daten zu Informationen aus anderen Quellen müssen (wenn nötig) angegeben werden. Schließlich (*Schritt 4*) wird die statistische Information durch den Nutzer angewendet.

2 Die Behandlung der Frage der Qualität

2.1 „Qualitäts-Mix“ und Optimierungsprozess

Wie oben dargestellt, erfordert die Erfüllung der Nutzererfordernisse einen Dialog über das statistische Arbeitssystem insgesamt. In diesen Verhandlungen geht es auch darum, eine Vereinbarung über die „Qualität“ für den jeweiligen Nutzer zu erzielen.

Qualität von Statistik ist ein umfassendes Konzept, das aus einem differenzierten Satz von Nutzeranforderungen an das jeweilige statistische Produkt zusammengesetzt ist. Der „Qualitäts-Mix“ enthält daher eine recht große Bandbreite unterschiedlicher Elemente: So müssen Nutzer und Produzent sich beispielsweise über ein Erhebungsdesign verständigen, das sowohl den Anforderungen der Nutzer als auch den Rahmenbedingungen des Statistischen Amtes gerecht wird. In diesem Zusammenhang müssen auch die Qualitätskriterien, wie Relevanz, Genauigkeit, Aktualität, Zugänglichkeit und Klarheit, Vergleichbarkeit sowie Kohärenz, thematisiert werden.

Wie Qualität im konkreten Fall bestimmt wird, kann nur im Rahmen eines Optimierungsprozesses geklärt werden. In diesem Prozess müssen Nutzer und Produzent das Problem lösen, dass auf Grund der begrenzten Ressourcen nicht in jeder Hinsicht optimale Ergebnisse erzielt werden können: Erstens stehen die verschiedenen Bestandteile des Qualitäts-Mix bereits untereinander (teilweise) in Konflikt miteinander. Eine Steigerung hinsichtlich der Genauigkeit bringt zum Beispiel in vielen Fällen eine Verschlechterung hinsichtlich der Aktualität mit sich. Zweitens müssen eine Reihe externer Rahmenbedingungen mit berücksichtigt werden. Neben der Begrenzung der Ressourcen gibt der rechtliche Rahmen bestimmte Eckpunkte relativ strikt vor. Zudem lässt das in den statistischen Ämtern vorhandene Personal die Nutzung bestimmter Methoden nicht immer zu. Das Ergebnis des Optimierungsprozesses ist eine Konvention, das „statistische Arbeitssystem“.

Qualität muss demnach als das Ergebnis eines Optimierungsprozesses verstanden werden, in dem

1. eine optimale Mischung der verschiedenen Qualitätskriterien für die jeweiligen Nutzeranforderungen gefunden wird und

2. dieser Qualitäts-Mix unter Berücksichtigung der externen Rahmenbedingungen definiert wird.

2.2 Was kann mit statistischen „Messungen“ erreicht werden?

In diesem Zusammenhang muss über das bisher Gesagte hinaus eine grundsätzliche Begrenzung statistischer Messungen hervorgehoben werden: In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften müssen theoretische Begriffe operationalisiert werden, um überhaupt gemessen werden zu können⁶⁾. In diesem Prozess, der in Deutschland und Frankreich auch als „Adäquationsprozess“ bezeichnet wird, müssen Nutzer nicht selten mit „Verlusten“ rechnen.

So ist zum Beispiel der Begriff „Abschreibung“ in der ökonomischen Theorie klar und eindeutig. Wenn die Abschreibung jedoch konkret berechnet werden soll, muss eine Vielzahl von Konventionen (und Vereinfachungen) vorgenommen werden, um Messbarkeit zu erreichen. Die Behauptung, ein solcher Einwand träfe nur für hochgradig theoretische oder abstrakte Begriffe zu, ist nicht zutreffend. Sogar so offensichtlich einfache und greifbare Begriffe wie „Wald“ oder „Haushalt“ sind nur Idealtypen, die stellvertretend für eine darunter liegende sehr viel komplexere „Realität“ verwendet werden.

Als Konsequenz hieraus kann festgehalten werden, dass die Rolle der Statistik von vornherein auf Entscheidungsunterstützung begrenzt ist. In einem Konzept der prozeduralen Rationalität⁷⁾ heißt das, dass einerseits Entscheidungen auf der Grundlage von Daten getroffen werden müssen. Andererseits wird klar, dass Daten normalerweise nicht die Entscheidung selbst ersetzen können: Am Ende gibt es einen Spielraum jenseits der Daten, den die Entscheidungsträger nutzen, um durch Intuition, Verhandlungen oder andere Werkzeuge aus ihrer Werkzeugkiste eine Lösung zu finden.

Eine realistische Einschätzung dessen, was Statistik liefern kann und was nicht, ist unerlässlich für einen fruchtbaren Dialog zwischen Nutzern und Produzenten. Die Wahrheit wird irgendwo zwischen einem ausgeprägten Statistik-Skeptizismus auf der einen Seite und einer „Arithmomania“⁸⁾ auf der anderen zu suchen sein. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben statistischer Ämter, die Position der Statistik im Lichte neuer Erkenntnisse ständig neu zu bewerten und das allgemeine Statistikverständnis der Nutzer zu verbessern.

2.3 Die Messbarkeit der Datenqualität: ein weiteres „Adäquationsproblem“

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass auch bei der Messung der Datenqualität selbst ein Adäquationsproblem zu lösen ist: Kennzahlen, die für die Messung der Qualität herangezogen werden, basieren (in Analogie zu statistischen Daten) auf einer Konvention, mit der theore-

6) Siehe Flaskämper, P.: „Die Bedeutung der Zahl für die Sozialwissenschaften“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Band 23, S. 58 ff., Grohmann, H.: „Vom theoretischen Konstrukt zum statistischen Begriff – das Adäquationsproblem“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Band 69, 1985, S. 1 ff. sowie Litz, H. P.: „Statistische Adäquation und Idealtypus. Anmerkungen zur Methodologie der Wirtschafts- und Sozialstatistik“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Band 74, 1990, S. 429 ff.

7) Siehe Radermacher, W.: „Indicators, Green Accounting and Environment Statistics – Information Requirements for Sustainable Development“ in International Statistical Review 67, 1999, S. 339 ff.

8) Siehe Georgescu-Roegen, N.: „The Entropy Law and the Economic Process“, Cambridge, Mass., 1971.

tische Konzepte in messbare Begriffe übersetzt werden. Daher kann auch die Qualität statistischer Daten nur bis zu einem gewissen Grad quantifiziert werden. Wie bei der allgemeineren „Übersetzung“ theoretischer in statistische Begriffe, gibt es auch hier eine „fallacy of misplaced concreteness“⁹⁾. Eine übertriebene Verwendung quantitativer Indikatoren wird aus diesem Grund in die Irre führen. Wir sollten daher – teilweise – auf einer Nominalskala operieren, in der Qualitätskriterien ohne Rangordnung nebeneinander stehen.

2.4 Wege zur Verbesserung der Nutzerzufriedenheit

Als Konsequenz aus den bisher angestellten Überlegungen können wir festhalten, dass die Qualität statistischer Informationen die folgenden Elemente umfasst:

Relevanz des statistischen Arbeitssystems: Ermöglicht das statistische Arbeitssystem die bestmögliche Erfüllung der Nutzeranforderungen im Rahmen der gegebenen finanziellen und methodischen Beschränkungen?

Die vom statistischen Arbeitssystem tatsächlich erreichte Datenqualität: Welche Qualität soll hinsichtlich der einzelnen Qualitätskriterien erreicht werden?

Qualität in der Umsetzung der Arbeitssysteme: Wird die mit dem Nutzer getroffene Konvention auch entsprechend umgesetzt?

Interpretation der statistischen Daten für den Nutzer: Werden dem Nutzer auch die Informationen bereitgestellt, die er auf Basis der Konvention erwarten kann?

Diese vier Elemente müssen bei der Verbesserung der Nutzerzufriedenheit berücksichtigt werden: Erstens müssen als Grundlage für den Nutzer-Produzenten-Dialog statistische Begriffe konstruiert werden, die den Nutzeranforderungen genügen. Bei der konkreten Gestaltung des Arbeitssystems sind zweitens normative Setzungen teilweise unvermeidbar (z. B. „Aktualität ist wichtiger als Genauigkeit“). Um die Nutzerzufriedenheit zu verbessern, müssen Nutzer und Produzent bei der Aufstellung solcher normativen Setzungen kooperieren. Drittens sollten die Produzenten den Nutzern Hilfestellung bei der Interpretation der Daten geben.

Im folgenden Kapitel werden eine Reihe von Instrumenten für einen solchen Nutzer-Produzenten-Dialog näher vorgestellt.

3 Instrumente für die Optimierung des Nutzer-Produzenten-Dialoges

Dreh- und Angelpunkte eines wirksamen Nutzer-Produzenten-Dialoges sind die Anfangs- und Endpunkte des Produktionsprozesses. Das „Alpha“ ist die Ermittlung der Anforderungen der Nutzer im Rahmen des Planungsprozesses von Statistiken. Hier entstehen Probleme in ers-

ter Linie durch die Heterogenität der Anforderungen der verschiedenen Nutzergruppen. Ein Optimum kann daher nur im Sinne eines Pareto-Optimums erwartet werden, in dem die Erfüllung der Nutzeranforderungen im Aggregat maximiert wird. In der Praxis wird dies heißen, dass sichergestellt werden muss, Schlüsselnutzern auch eine Schlüsselrolle zukommen zu lassen. Zudem müssen sich die Produzenten laufend mögliche zukünftige Nutzerinteressen bewusst machen. Dies erfordert die aufmerksame Beobachtung neu entstehender Themen in den einzelnen Politikfeldern und eine Bewertung der Informationen, die hinsichtlich dieser Themen bereitgestellt werden müssen.¹⁰⁾ Darüber hinaus muss deutlich gemacht werden, welche Ressourcen für die Gewinnung der jeweiligen Informationen zur Verfügung stehen: Sowohl das angestrebte Qualitätsniveau als auch die bereitgestellten Ressourcen sollten klar definiert werden. In aller Regel wird ein höheres Maß an Qualität ein entsprechend höheres Budget voraussetzen. Daher sollten Instrumente für das Setzen von Prioritäten bereits bei der Budgetplanung und für das Ressourcenmanagement im Rahmen des Optimierungsprozesses geschaffen werden.

Das „Omega“ ist die Überprüfung der tatsächlichen Zufriedenheit der Nutzer mit den bereitgestellten Informationen. Entsprechende Befragungen der Nutzer können helfen, einige Elemente zu quantifizieren. Die mit solchen Befragungen verbundenen Möglichkeiten sollten jedoch nicht überschätzt werden. Sie müssen in jedem Fall einhergehen mit intensiven Kontakten zu wichtigen Nutzern und Beratungen im Rahmen von statistischen Beiräten.

Im Folgenden geben wir einen Überblick über einige der genannten Instrumente sowie ihre aktuelle Nutzung in europäischen statistischen Ämtern.

3.1 Instrumente zur Einbeziehung der Nutzer in den Planungsprozess von Statistiken – die aktuelle Situation in Europa

Zur Einbeziehung der Nutzer in den Planungsprozess von Statistiken können eine ganze Reihe von Instrumenten dienen. Beispiele für Instrumente zur Ermittlung der Anforderungen der Nutzer sowie zur Berücksichtigung dieser Anforderungen im Rahmen der Planung sind:

- Statistische Beiräte, das heißt Institutionen, in denen Fragen der allgemeinen Weiterentwicklung und Verbesserung des statistischen Programms mit Fachleuten außerhalb der statistischen Ämter behandelt werden,
- Produzenten-Nutzer-Gruppen, zum Beispiel Unterausschüsse von statistischen Beiräten, in denen die spezifischen Probleme einzelner statistischer Fachgebiete diskutiert werden,
- Kundenbefragungen zur Ermittlung der Anforderungen größerer Gruppen von Kunden,

9) Siehe Daly, H. E./Cobb, B.: „For the Common Good“, Boston 1989.

10) Siehe Brackstone, G. J.: „Data Relevance. Keeping Pace with User Needs“ in Journal of Official Statistics 9, S. 49 ff.

- formelle Dienstleistungsvereinbarungen (service level agreements) zwischen den Produzenten und sehr herausgehobenen Nutzern,
- sozialwissenschaftliche Forschung über die unterschiedliche Verwendung statistischer Informationen,
- Marketingkonzepte, welche die Informationen über die Anforderungen der Nutzer zusammenführen und in die Praxis umsetzen,
- Zusammenarbeit mit Partnern in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Marktforschung.

Dieses Kapitel stellt diese Instrumente näher vor und gibt einen kurzen Überblick über die aktuelle Anwendung in europäischen statistischen Ämtern.¹¹⁾

Die *Statistischen Beiräte* sind noch immer die wichtigsten Institutionen zur Einbeziehung der Nutzer in Planung, Weiterentwicklung und Verbesserung von Statistiken. Statistische Beiräte gibt es in fast allen nationalen statistischen Ämtern Europas sowie auch bei Eurostat – in vielen Fällen bereits seit Jahrzehnten. Schon allein ihre Verbreitung weist darauf hin, dass sie die derzeit wichtigsten „Kanäle“ zur Abstimmung des Informationsbedarfs darstellen. Trotz der weiten Verbreitung statistischer Beiräte gibt es jedoch erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsweise und Organisationsform dieser Einrichtungen.

In den meisten Ländern sind statistische Beiräte eingerichtet worden, um eine feste Verbindung zwischen Nutzern und Produzenten zu schaffen, statistische Vorgehensweisen festzulegen, notwendige neue Erhebungen festzulegen und Aufgaben und Programm der statistischen Ämter zu überprüfen. Die statistischen Beiräte treffen dabei zumeist keine bindenden Entscheidungen (mit Ausnahme der Niederlande, Italiens sowie – teilweise – Portugals). Dennoch haben die Empfehlungen der statistischen Beiräte nicht selten erheblichen Einfluss auf Veränderungen im statistischen Programm und Entwicklungen in den statistischen Ämtern.

Betrachten wir die institutionelle Ebene, so fallen bereits deutliche Unterschiede hinsichtlich der Zusammensetzung der Beiräte ins Auge. Die Zahl der Mitglieder reicht von acht (Statistische Kommission im Vereinigten Königreich) bis zu 170 [CNIS¹²⁾ des französischen INSEE¹³⁾]. Insbesondere die größeren Beiräte verfügen über eine differenzierte Struktur von Unterausschüssen, die sich mit speziellen Fragestellungen einzelner statistischer Fachgebiete befassen. Eine Sonderrolle nehmen die schwedischen Programmbeiräte ein, die ausschließlich auf der Ebene einzelner statistischer Fachgebiete organisiert sind und nicht an ein übergeordnetes Gremium angeschlossen sind.

Darüber hinaus können hinsichtlich der Zusammensetzung zwei Grundtypen statistischer Beiräte unterschieden werden, solche vom Typus „individuelle Experten“ auf der einen Seite und solche vom Typus „Interessen-

gruppen“ auf der anderen. Beiräte des ersten Typus gibt es im Vereinigten Königreich, den Niederlanden und in Österreich („Statistikrat“). In diesen Fällen besteht der Beirat aus einigen wenigen individuellen Mitgliedern, die (formal) unabhängig von einzelnen Organisationen sind. Die Mitglieder haben nicht die Aufgabe, die Interessen bestimmter Nutzergruppen oder Institutionen zu vertreten, sondern sollen auf der Grundlage ihrer hohen Reputation als unparteiische Experten im statistischen System wirken. Selbstverständlich vertreten auch in diesem Sinne „unabhängige“ Mitglieder die Positionen derjenigen Organisation, in der sie „sozialisiert“ worden sind oder von der sie in den Beirat entsandt wurden.

Die statistischen Beiräte fast aller übrigen Mitgliedstaaten sind vom Typus „Interessengruppen“, das heißt sie setzen sich (neben den Vertretern der statistischen Ämter) zusammen aus etwa 30 bis 50 Mitgliedern, die jeweils eine Regierungseinrichtung (auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene) oder eine Interessengruppe (z. B. Gewerkschaften, Verbände, Arbeitgeberorganisationen, Universitäten, Zentralbanken) repräsentieren. Das österreichische „Statistische Zentralkomitee“ oder der deutsche „Statistische Beirat“ sind hierfür gute Beispiele. Die meisten Institutionen dieses Typs haben etwa 20 Unterausschüsse, die sich mit spezifischen Fragen einzelner statistischer Fachgebiete befassen. In diesen Unterausschüssen wird ein Nutzer-Produzenten-Dialog mit dem Ziel von Verbesserungen auf der Ebene einzelner Fachstatistiken angestrebt.

Unabhängig von den institutionellen Unterschieden sind die Funktionen der Statistischen Beiräte häufig sehr ähnlich. Die wichtigste Funktion ist die laufende Überprüfung des statistischen Programms. Dennoch zeigen sich bei näherer Betrachtung einige wichtige und für die mögliche Weiterentwicklung der statistischen Beiräte richtungweisende Unterschiede. Tabelle 2 gibt einen Überblick über mögliche Funktionen statistischer Beiräte.

Wie in Tabelle 2 dargestellt, können statistische Beiräte sich mit zwei Grundfragestellungen befassen: Zum einen kann (mehr oder weniger differenziert) nach der Wirksamkeit von Programmen, Produkten und Prozessen gefragt werden. Gegenwärtig beschäftigen sich alle statistischen Beiräte mit Fragen des statistischen Programms. Hinzu kommen bei den meisten Beiräten Prioritätensetzungen hinsichtlich des Programms, die Definition der relevanten Produkte, die Auditierung der Produktqualität sowie die Überprüfung der Nutzerzufriedenheit. Nur eine Minderheit befasst sich hingegen mit Qualitätsanforderungen an die Prozesse (Methoden und Dokumentation) und Prozessaudits.

Zum anderen kommt die Kostenseite des Produktionsprozesses hinzu: „Welche Kosten entstehen durch die Produktion einer Statistik?“ Nur eine geringe Zahl statistischer Beiräte beschäftigt sich mit Fragen dieser Art. Die Ressourcenallokation auf einzelne Produkte und das Kosten- und Leistungscontrolling werden bisher von keinem der Beiräte in unserer Befragung als Aufgabe

11) Die folgende Darstellung basiert auf einer schriftlichen Befragung im Rahmen der Arbeit der Leadership Group (LEG) on Quality. An der Befragung haben neun nationale statistische Ämter sowie Eurostat teilgenommen.

12) Conseil National de l'Information Statistique.

13) Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques.

Tabelle 2: Mögliche Funktionen statistischer Beiräte

	Leistungen	Kosten
Programm	Überprüfung des statistischen Programms Prioritätensetzung	Ressourcenallokation auf statistische Fachbereiche Budgetkontrolle
Produkte	Definition der relevanten Produkte Verfolgung von Qualitätsindikatoren (z. B. hinsichtlich Aktualität, Termineinhaltung, Vergleichbarkeit usw.) Auditierung der Produktqualität Überprüfung der Nutzerzufriedenheit	Allokation des Budgets auf die Produkte
Prozesse	Verfolgung von Qualitätsanforderungen und Indikatoren, zum Beispiel: – Methoden und Konzepte – Dokumentation Auditierung der Prozessqualität	Kosten- und Leistungscontrolling zur Verbesserung der Prozesse

wahrgenommen. Drei nationale statistische Ämter haben jedoch angegeben, die Ressourcenallokation auf Ebene des statistischen Programms zumindest *de facto* durch den statistischen Beirat durchführen zu lassen. Ein interessanter Fall ist das österreichische Modell, in dem der „Statistikrat“ die Aufgabe der Ressourcenallokation wahrnimmt und sämtliche Fragen bezüglich der Kosten von einem „Wirtschaftsrat“ behandelt werden, der analog zum Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft eingerichtet worden ist.

Neben den statistischen Beiräten stellen *Kundenbefragungen* ein weiteres wichtiges Instrument zur Ermittlung der Kundenanforderungen für den Planungsprozess dar. Bisher werden Kundenbefragungen in Europa von statistischen Ämtern kaum systematisch und regelmäßig eingesetzt. Von den Ämtern, die heute schon Kundenbefragungen durchführen, muss zumindest Schweden genannt werden. Die große Mehrheit der statistischen Ämter nutzt Kundenbefragungen allenfalls gelegentlich, gibt aber an, solche Befragungen auf breiter Basis einführen zu wollen.

Zur Einbindung besonders wichtiger Nutzer muss das Instrument der *Dienstleistungsvereinbarung* (service level agreements) mit wichtigen Nutzern genannt werden, das insbesondere im Office for National Statistics (ONS) des Vereinigten Königreiches angewendet wird. Zur Etablierung eines dauerhaften und wirksamen Nutzer-Produzenten-Dialoges hat das Office for National Statistics mit wichtigen Schlüsselnutzern eine Reihe von übergreifenden Konkordaten („concordats“) und spezifischen Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Die Konkordate enthalten allgemeine Aussagen zu den Beziehungen zwischen den beiden Organisationen, wie etwa ihr jeweiliges Rollenverständnis, die Kommunikationswege, die Arten der Zusammenarbeit sowie die vom Office for National Statistics zu erbringenden Dienstleistungen. Solche Konkordate existieren beispielsweise zwischen dem Office for National Statistics und dem britischen Finanzministerium.

Während im Konkordat allgemeine Grundlagen der Zusammenarbeit festgelegt werden, decken die Dienstleistungsvereinbarungen selbst eine ganze Reihe von konkreten Fragestellungen in Bezug auf einzelne Statistiken ab, die (auch) für die Qualität der jeweiligen Statistik von Bedeutung sind. Zu den in der Dienstleistungsvereinbarung geregelten Bereichen zählen die folgenden:

- Beschreibung der zu erbringenden Dienstleistungen (im Anhang zur Dienstleistungsvereinbarung detailliert beschrieben),
- Leistungsziele (welche Ergebnisse müssen in welcher Qualität und in welchem Zeitraum geliefert werden),
- Steuerungs- und Managementabläufe, Kommunikationswege,
- Finanzvereinbarungen (z.B. kostenlose Standardauswertungen, kostenpflichtige Zusatzauswertungen),
- Leistungsüberwachung und -berichterstattung (eigenverantwortliche Überwachung durch das Office for National Statistics),
- Vorgehensweisen für die Behandlung von Abweichungen und die Lösung von Problemen,
- Überprüfung der getroffenen Vereinbarungen (Vereinbarung über die jährliche Überprüfung der Dienstleistungsvereinbarung),
- Geheimhaltung von Einzelangaben,
- geistiges Eigentum (Anerkennung des Office for National Statistics als Quelle der Informationen).

Diese Beispiele zeigen eine Reihe verschiedener Wege zur Einrichtung und Organisation des Nutzer-Produzenten-Dialoges. Die beschriebenen Instrumente schließen sich dabei nicht gegenseitig aus, sondern haben jeweils eigene charakteristische Anwendungsbereiche, in denen sie sinnvoll verwendet werden können. Während Dienstleistungsvereinbarungen die spezifischen Anforderungen einzelner Schlüsselnutzer (z. B. einzelner Ministerien) zum Gegenstand haben, helfen statistische Beiräte (mit ihren Unterausschüssen), eine größere Zahl von Nutzern einzubeziehen und an einen Tisch zu bringen. Kundenbefragungen machen es möglich, eine sehr große Zahl auch nichtinstitutioneller Nutzer zu erreichen. Die Frage, welche Instrumente jeweils angemessen sind, kann nur im Kontext des nationalen statistischen Systems und der jeweiligen Statistik beantwortet werden.

3.2 Die Einbeziehung der Nutzer auf europäischer Ebene

Im Europäischen Statistischen System (ESS) ist die Kommunikation zwischen Nutzern und Produzenten ebenso wichtig wie innerhalb der einzelnen nationalen statis-

tischen Systeme. Auf die spezifischen Anforderungen eines solchen Nutzer-Produzenten-Dialoges auf europäischer Ebene kann in diesem Beitrag nicht im Detail eingegangen werden. Zumindest genannt werden müssen jedoch zwei Ausschüsse, die auf europäischer Ebene analog zu den statistischen Beiräten auf nationaler Ebene arbeiten, der CEIES¹⁴⁾ und der CDIS¹⁵⁾. Im CEIES und seinen drei Unterausschüssen sind die Mitgliedstaaten durch jeweils zwei (individuelle) Mitglieder vertreten. Den Vorsitz hat der Kommissar mit der Zuständigkeit für statistische Information. Aufgabe des CEIES ist es, „Rat und Kommission bei der Koordinierung der Ziele der statistischen Informationspolitik der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Nutzeranforderungen und der bei den Informationsproduzenten anfallenden Kosten zu unterstützen.“ Im CDIS – einem Ausschuss unter dem Vorsitz von Eurostat – sind die Bereiche der Kommission vertreten, die in statistische Fragen involviert sind.

3.3 Steigerung des Qualitätsverständnisses der Nutzer

Ziel des Nutzer-Produzenten-Dialoges ist es allgemein, die Relevanz statistischer Informationen zu verbessern. Dabei kann es sowohl auf Seiten der Nutzer als auch auf der der Produzenten zu Problemen und Missverständnissen kommen:

- Statistiker setzen nicht selten zu viel Know-how und statistische Fachkenntnisse bei ihren Nutzern voraus. Daher ist eine allgemein verständliche Darstellung der von den Nutzern gewünschten Information zum Teil nicht im erforderlichen Umfang verfügbar.
- Bei den Nutzern zeigen sich die nachteiligen Auswirkungen von Lücken im Bildungswesen. Eine Tendenz zur „Innumeracy“ als analoges Phänomen zum Analphabetismus¹⁶⁾ kontrastiert hierbei mit einem Trend zur verstärkten Nutzung statistischer Daten in den Medien, bei der Unternehmensführung und im öffentlichen Sektor. Obwohl Innumeracy nicht ebenso sichtbar ist wie Analphabetismus oder mangelnde Allgemeinbildung, hat sie dennoch erhebliche Auswirkungen auf das tägliche Leben (z.B. fehlerhafte Entscheidungsgrundlagen in der Politik, unzulässig vereinfachende Medienberichterstattung über komplexe Sachverhalte).

Daher ist es zum Erreichen eines wirksamen Nutzer-Produzenten-Dialoges unerlässlich, sowohl die Qualitätskriterien als auch die konkreten Stärken und Schwächen der bereitgestellten Statistiken offen zu legen und den Nutzern in verständlicher Form zugänglich zu machen. Beispiele für entsprechende Aktivitäten sind Seminare mit Nutzern im Rahmen der Veröffentlichung von Ergebnissen, Diskussionsrunden mit Nutzern sowie Pressegespräche mit vertiefenden Hintergrundinformationen zu den veröffentlichten Ergebnissen.

4 Institutionelle und kulturelle Unterschiede

Die aktuelle Situation der nationalen statistischen Systeme in den verschiedenen Ländern ist das Ergebnis langfristiger Beziehungen zwischen Nutzern und Produzenten von Statistiken in sehr unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen. Betrachtet man Statistik aus einer historischen Perspektive, so können institutionelle und kulturelle Rahmenbedingungen als Faktoren für das Entstehen der statistischen Systeme ermittelt werden.¹⁷⁾ In diesem Zusammenhang können insbesondere die folgenden acht Faktoren unterschieden werden:

- Herrschende Kultur: Ist der Adressat eher „Kunde“ oder eher „Bürger“? Versteht sich der Statistiker eher als Wissenschaftler, Unternehmer oder Beamter?
- Statistische Methoden: Welche Aufgabenteilung gibt es zwischen Methodenspezialisten und Spezialisten für einzelne statistische Fachgebiete?
- Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und Erwartungen der Gesellschaft an die Statistik: zum Beispiel Fragen der Verbreitung, Nachfrage, Zusammenarbeit mit der Wissenschaft.
- Statistik als Beruf: Ausbildung, Mobilität, Zukunftsperspektiven.
- Zentralisierung gegenüber Dezentralisierung: regionale und funktionale Arbeitsteilung.
- Wahrnehmung der internationalen Beziehungen.
- Beziehungen mit dem Markt.
- Managementmethoden und Beziehungen zu den Aufsichtsbehörden.

In den statistischen Systemen Europas kann hinsichtlich dieser Faktoren eine große Bandbreite verschiedener institutioneller Lösungen beobachtet werden. Es kann hierbei davon ausgegangen werden, dass sich in den einzelnen Ländern Lösungen herausgebildet haben, die zwar nicht unbedingt optimal sind, aber zumindest die Nutzeranforderungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu einem gewissen Grad erfüllen. Hierbei ist unbestreitbar die ständige Verbesserung ein dauerhaftes Ziel. Hinzu kommt, dass viele Länder derzeit vor dem Problem stehen, eine Lösung unter dem Motto „Mehr Qualität mit weniger Mitteln“ zu finden. Es ist offensichtlich, dass ein solches Ziel unrealistisch wäre, wenn nicht Veränderungen bei den einzelnen Faktoren neue Freiheitsspielräume schaffen würden. Eine dieser Veränderungen ist die Einführung von systematischem Qualitätsmanagement.

Zu diesen aktuellen Herausforderungen innerhalb der einzelnen nationalen statistischen Systeme kommen neue

14) Comité consultatif européen de l'information statistique dans les domaines économique et social (Europäischer Beratungsausschuss für statistische Information im Wirtschafts- und Sozialbereich).

15) Comité directeur de l'information statistique.

16) Siehe z. B. Paulos, J. A.: „Innumeracy. Mathematical Illiteracy and its Consequences.“, New York 1989, Dewdney, A. K.: „200 Percent of Nothing: An Eye-Opening Tour Through the Twists and Turns of Math Abuse and Innumeracy.“, New York 1993, sowie Schneeweiß, H.: „Die Wahrnehmung der Statistik in der Öffentlichkeit“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Band 85, 2001, S. 151 ff.

17) Siehe z. B. Desrosières, A.: „The Politics of Large Numbers. A History of Statistical Reasoning.“, Cambridge, London 1998.

Anforderungen der Europäischen Union, wie zusätzliche Datenanforderungen oder sogar der Wunsch, Veränderungen innerhalb der nationalen Arbeitssysteme herbeizuführen. Unabhängig davon, ob diese Anforderungen innerhalb des Europäischen Statistischen Systems (ESS) in angemessener Art und Weise diskutiert worden sind, bedeutet dies, dass die Mitgliedstaaten ihre nationalen Lösungen teilweise aufgeben müssen, um eine auf europäischer Ebene optimale Lösung zu erreichen. Veränderungen dieser Art werden allerdings erst nach erheblicher Zeit greifen. Gerade weil die nationalen Systeme Ergebnis langfristiger historischer Entwicklungen sind, sollten die Potenziale für schnelle Veränderungen nicht überschätzt werden. Eine Anpassung bei den genannten acht Faktoren ist in der Konsequenz notwendige Voraussetzung für ein stabiles Gleichgewicht im Europäischen Statistischen System.

5 Zusammenfassende Empfehlungen

- Das Verständnis von „Qualität“ muss die Natur statistischer Produkte berücksichtigen.
- Qualitätsmanagement kann und sollte dazu beitragen, (a) die Qualität innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten weiter zu verbessern und (b) auf europäischer Ebene eine Lösung für eine Konvention bezüglich der „Relevanz“ zu erreichen.
- Nutzerorientierung bedeutet, dass (a) die Nutzeranforderungen de facto den Planungsprozess anleiten müssen und (b) die Nutzerzufriedenheit gemessen werden muss.
- Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, die Nutzer in den Planungsprozess einzubinden. Allgemein sollte es ein langfristiges Ziel sein, die Nutzer in die Lage zu versetzen, Einfluss auf die konkrete Planung des statistischen Programms und der wichtigsten statistischen Produkte zu nehmen (d. h. auf das statistische Arbeitssystem). Da Qualität und Qualitätsveränderungen innerhalb des Programms zumindest zum Teil eine Frage der verfügbaren Mittel sind, sollte die Frage der Ressourcen direkt mit der Behandlung der Nutzeranforderungen und der Bereitschaft der Nutzer, die Kosten für höhere Qualität zu übernehmen, verbunden werden.
- Das System der amtlichen Statistik ist mehr als die Summe einzelner Produkte. Ganz im Gegenteil fragen Nutzer häufig Kombinationen aus verschiedenen Produkten der amtlichen Statistik nach. Es ist daher von großer Bedeutung, dass eine nachhaltige Entwicklung der statistischen Systeme sichergestellt wird. Eine Politik des „pay & research“ wäre lediglich für einzelne Statistikprodukte angemessen, die als private Güter angeboten werden. Diese Produkte sind derzeit in den statistischen Ämtern eher die Ausnahme. In der Konsequenz muss die Behandlung von Fragen der Qualität überschrieben werden mit „Relevanz des statistischen Systems“. Dies setzt vor allem eine sorgfältige Überprüfung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des aktuellen institutionellen Gefüges des Nutzer-Produzenten-Dialoges innerhalb der Mitgliedstaaten sowie auf europäischer Ebene voraus. ■

Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 2000

Die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber werden jährlich nach den Bestimmungen des Finanz- und Personalstatistikgesetzes erhoben. Der Begriff öffentliche Arbeitgeber umfasst die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in ihrem gesamten verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Handeln. Dieses erstreckt sich von der Hoheits- und Leistungsverwaltung der Behörden, Gerichte und Einrichtungen im Bereich der kameral geführten Kernhaushalte über die kaufmännisch geführten Sonderrechnungen, die mittelbaren Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform bis zu den rechtlich selbstständigen Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung, sofern die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50% beteiligt ist.

Nach dem Ergebnis der Personalstandstatistik waren Mitte 2000 bei den öffentlichen Arbeitgebern 6,3 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Beschäftigtenzahlen der öffentlichen Arbeitgeber weisen weiterhin eine rückläufige Tendenz auf. Insgesamt wurden im Vergleich zu 1999 60 000 Beschäftigte weniger gezählt (-0,9%). Einem Rückgang der Vollzeitarbeitsplätze (-120 000) stand ein Anstieg bei den Teilzeitarbeitsplätzen (+60 000) gegenüber. Im öffentlichen Dienst hat sich die Zahl der Beschäftigten in Altersteilzeit auf 58 000 erhöht (+35 000 oder +152%). Diese werden nicht mehr als Vollzeitbeschäftigte gezählt, obwohl sie in der Regel im „Blockmodell“ zunächst weiterhin die volle Arbeitszeit (aktive Phase) leisten und dafür am Ende der Berufslaufbahn vom Dienst freigestellt (Freistellungsphase) werden. Die Teilzeitquote im Mitarbeiterstab des öffentlichen Dienstes liegt mit 24,7% deutlich höher als bei den abhängig Erwerbstätigen insgesamt (19,8%).

Bei der Personalstandstatistik 2000 wurden erstmals die Bruttomonatsverdienste der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erfasst. Die 3,7 Mill. Vollzeitbeschäftigten verdienten im Juni 2000 durchschnittlich 5 000 DM, die 1,2 Mill. Teilzeitbeschäftigten im Schnitt 3 100 DM.

Dr. Werner Breidenstein

Die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber werden jährlich am 30. Juni nach den Bestimmungen des Finanz- und Personalstatistikgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2119)¹⁾ erhoben. Der Begriff öffentliche Arbeitgeber umfasst die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) in ihrem gesamten verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Handeln. Dieses erstreckt sich von der Hoheits- und Leistungsverwaltung der Behörden, Gerichte und Einrichtungen im Bereich der kameral geführten Kernhaushalte über die kaufmännisch geführten Sonderrechnungen, die mittelbaren Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform bis zu den rechtlich selbstständigen Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Hierbei werden die zuletzt genannten Einrichtungen in die Erhebung einbezogen, sofern die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50% beteiligt ist.

Öffentliche Arbeitgeber beschäftigen 6,3 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Nach dem Ergebnis der Personalstandstatistik waren Mitte 2000 knapp 6,3 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den öffentlichen Arbeitgebern²⁾ beschäftigt. Die Beschäftigtenzahlen der öffentlichen Arbeitgeber weisen weiterhin eine rückläufige Tendenz auf. Insgesamt wurden im Vergleich zu 1999 60 000 Beschäftigte weniger

gezählt (-0,9%). Die Personalreduzierung lag damit deutlich unter der des Vorjahres (1999 gegenüber 1998: -100 000 oder -1,5%). Im Bereich der Kernhaushalte wurden 4,2 Mill., bei den Sonderrechnungen 0,7 Mill. und bei den rechtlich selbstständigen Einrichtungen 1,4 Mill. Beschäftigte erfasst. In den zum öffentlichen Dienst zählenden Sektoren Kernhaushalte und Sonderrechnungen ergab sich eine rückläufige Personalentwicklung, während bei den rechtlich selbstständigen Einrichtungen in privater Rechtsform die Zugänge durch Ausgliederungen von bisher rechtlich unselbstständigen Einrichtungen die rückläufigen Beschäftigtenzahlen bei den Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Deutschen Bundesbahn und Deutschen Bundespost ausgeglichen haben.

Als wesentliche Ausgliederungen sind im Landesbereich die rechtliche Verselbstständigung in öffentlich-rechtlicher Anstaltsform und damit eine Verlagerung in den mittelbaren öffentlichen Dienst und im kommunalen Bereich die rechtliche Verselbstständigung von Sonderrechnungen in eine privatrechtliche Rechtsform, mit einer entsprechenden Verlagerung der Arbeitsplätze zu den rechtlich selbstständigen Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung, zu nennen.

Von den 6,3 Mill. Beschäftigten waren knapp 2,1 Mill. in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis als Beamte, Richter, Berufs-/Zeitsoldaten oder Dienstordnungsangestellte³⁾ eingesetzt, während 4,2 Mill. ihren Beruf auf tarifvertraglicher Basis als Angestellte oder Arbeiter ausübten. Bei den öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen ist die Besonderheit zu berücksichtigen, dass die Beamtinnen und Beamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn zum öffentlichen Dienst zählen, da sie vom Bundes-eisenbahnvermögen verwaltet werden. Die Beamten

1) Zurzeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 2000 (BGBl. I S. 206).

2) Grundwehrdienstleistende sind nicht enthalten (30. Juni 2000: 128 000).

3) Angestellte mit Beamtenbesoldung, die aufgrund einer Dienstordnung bei einem Sozialversicherungsträger beschäftigt sind.

Tabelle 1: Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber
1 000

Beschäftigungsbereich	30. Juni 2000				30. Juni 1999	
	Öffentlicher Dienst			Rechtlich selbstständige Einrichtungen ¹⁾	Insgesamt	
	zusammen	Kernhaushalt	Sonderrechnungen			
Beschäftigte						
Bund, Länder, Gemeinden/Gv. ²⁾	4 420,9	3 720,3	700,6	658,6	5 079,5	5 169,5
Bund ³⁾	575,6	501,5	74,2	250,0	825,6	864,0
Länder	2 273,3	2 061,6	211,7	75,0	2 348,2	2 383,8
Gemeinden/Gv. ²⁾	1 572,0	1 157,2	414,8	333,6	1 905,6	1 921,7
Mittelbare Einrichtungen ⁴⁾	488,0	488,0	–	645,2	1 133,2	1 105,0
Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	–	–	–	72,9	72,9	71,2
Insgesamt ...	4 908,9	4 208,3	700,6	1 376,7	6 285,5	6 345,7
dar.: Frauen ..	2 493,5	2 089,5	404,1	546,2	3 039,8	3 035,2
Öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis ..	1 897,1	1 809,3	87,8	158,8	2 055,9	2 093,2
dar.: Frauen	653,3	644,3	9,1	49,4	702,7	700,2
Tarifbeschäftigte	3 011,8	2 399,0	612,8	1 217,8	4 229,7	4 252,5
dar.: Frauen	1 840,2	1 445,2	395,0	496,9	2 337,1	2 335,0
Vollzeitbeschäftigte						
Zusammen	3 697,0	3 161,2	535,8	1 124,2	4 821,2	4 942,8
dar.: Frauen	1 466,7	1 209,1	257,6	349,1	1 815,9	1 850,2
Teilzeitbeschäftigte						
Zusammen	1 211,8	1 047,1	164,8	252,5	1 464,3	1 402,9
dar.: Frauen	1 026,8	880,4	146,4	197,1	1 223,9	1 185,0

1) In privater Rechtsform. – Vorläufiges Ergebnis. – 2) Einschl. Zweckverbänden. – 3) Grundwehrdienstleistende (2000: 128,5) sind nicht enthalten. – 4) Einschl. gemischter Beteiligungen bei den rechtlich selbstständigen Einrichtungen.

der ehemaligen Deutschen Bundespost sind dagegen Bedienstete der jeweiligen Aktiengesellschaft und zählen demzufolge nicht mehr zum öffentlichen Dienst.

In der Gliederung nach der von den Beschäftigten mit ihrem Arbeitgeber vereinbarten Arbeitszeit wurden 4,8 Mill. Vollzeit- und 1,5 Mill. Teilzeitkräfte nachgewiesen. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um rund 120 000 oder 2,5% zurückgegangen ist, wurden rund 60 000 Teilzeitarbeitsplätze (+4,4%) mehr gezählt. Zu dieser Entwicklung hat unter anderem auch die Nachfrage nach Altersteilzeit beigetragen. Die *Teilzeitquote* im Bereich der öffentlichen Arbeitgeber ist von 22,1% im Jahr 1999 auf 23,3% im Jahr 2000 weiter gestiegen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst, der die Bereiche Kernhaushalte und Sonderrechnungen umfasst. Bei diesen Dienststellen hatten 4,9 Mill. Beschäftigte oder knapp 80% aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitsplatz. Nach der Abgrenzung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes bilden die Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Bundes und der Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände und das Bundeseisenbahnvermögen den *unmittelbaren* sowie die Bundesanstalt für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und die erfassten Anstalten und Körperschaften den *mittelbaren* öffentlichen Dienst.

Weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Bei den Dienststellen des öffentlichen Dienstes waren am 30. Juni 2000 insgesamt 4,9 Mill. Beschäftigte ein-

gesetzt; das waren 60 000 oder 1,2% weniger als 1999. Von den Beschäftigten hatten 3,7 Mill. in ihrem Dienst- oder Arbeitsvertrag die volle und 1,2 Mill. eine verkürzte Arbeitszeit vereinbart. Wie im Vorjahr ist die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze zurückgegangen (–108 000), während bei den Teilzeitkräften ein merklicher Anstieg festgestellt werden konnte (+48 000). Ein Teil des Anstiegs der Teilzeitkräfte geht auf die Inanspruchnahme einer Altersteilzeitregelung zurück. Mitte 2000 wurden 58 000 Beschäftigte erfasst, denen eine *Altersteilzeitbeschäftigung* auf gesetzlicher bzw. tarifvertraglicher Regelung genehmigt worden ist. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 35 000 Altersteilzeitbeschäftigte (+152%) mehr erfasst. Dadurch ergibt sich bei der traditionellen Teilzeitbeschäftigung nur noch ein Zuwachs von 13 000 Arbeitsplätzen. Die Teilzeitquote im öffentlichen Dienst liegt mit 24,7% (1999: 23,4%) weiterhin merklich höher als bei den abhängig Erwerbstätigen insgesamt [2000: 19,8%⁴⁾].

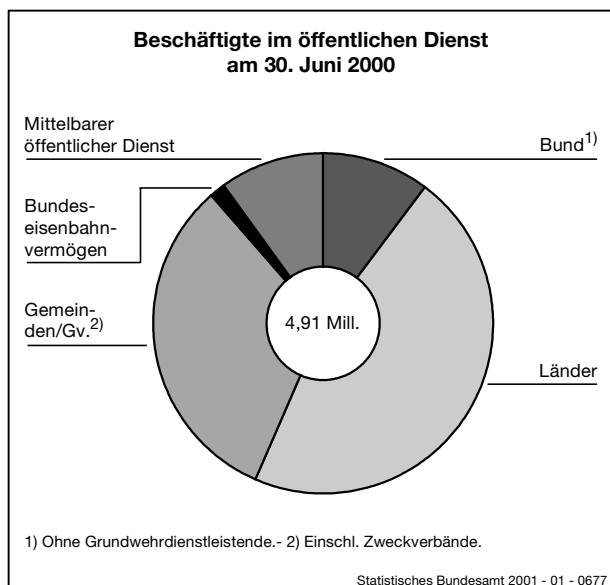
Das erfasste Arbeitszeitvolumen der Teilzeitkräfte ergibt, dass die 1,2 Mill. Teilzeitbeschäftigten die Arbeitszeit von 742 000 Vollzeitbeschäftigten geleistet haben, das entspricht einem durchschnittlichen Arbeitszeitfaktor von 61%. Das gesamte *Arbeitszeitvolumen* im öffentlichen Dienst entsprach 4,45 Mill. Vollzeitarbeitsplätzen. Es ist etwas stärker (–79 000 oder –1,7%) als die Zahl der Arbeitsplätze zurückgegangen. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Altersteilzeitbeschäftigten im Rahmen des Blockmodells überwiegend zurzeit noch mit der vollen Arbeitszeit arbeiten, um ihr Arbeitszeitkonto für die Freistellungsphase aufzufüllen.

Die Beschäftigungszahlen sind in allen Beschäftigungsbereichen zurückgegangen. Bei den Behörden, Gerichten und Einrichtungen des Bundes arbeiteten Mitte 2000 502 000 Beschäftigte, das waren 8 000 oder 1,6% weni-

4) Ergebnis des Mikrozensus vom Mai 2000.

ger als 1999. Die Personalreduzierung fiel damit schwächer aus als in den Jahren zuvor. Das Schwergewicht der Stellenkürzungen lag bei der Bundeswehr (-6000 oder -1,9%), während in der übrigen Bundesverwaltung 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-1,2%) weniger beschäftigt wurden. Von den Bundesbediensteten waren 466000 voll- und 36000 teilzeitbeschäftigt. Dem Rückgang von knapp 14000 Vollzeitarbeitsplätzen stand ein Anstieg von 5000 Teilzeitarbeitsplätzen gegenüber. Die zusätzlichen Teilzeitkräfte gehen beinahe ausschließlich auf ältere Beschäftigte zurück, deren Antrag auf Altersteilzeit genehmigt wurde.

Schaubild 1



Das als Sonderrechnung geführte *Bundeseisenbahnvermögen*, dem die Ausübung der Diensttherneigenschaft für die Beamtinnen und Beamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn obliegt, meldete einen Personalbestand von 74000 Beschäftigten. Die Mitarbeiterzahl ist gegenüber dem Vorjahr durch Pensionierungen der bei der Deutschen Bahn AG eingesetzten Beamten um 5000 zurückgegangen.

Weiterhin Ausgliederungen im Landesdienst und bei den Kommunen

Die *Länder* hatten Mitte 2000 2,28 Mill. Beschäftigte auf ihren Lohn- und Gehaltslisten; im Vergleich zum Vorjahr waren dies rund 40000 oder 1,7% weniger. Binnen Jahresfrist ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 53000 zurückgegangen, während im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze um knapp 13000 zu verzeichnen war. Der Zuwachs bei den Teilzeitbeschäftigten der Länder lag damit unter der Zahl der neu genehmigten Altersteilzeitanträge (15000). Diese Entwicklung ist auf die rechtliche Verselbstständigung von Landeseinrichtungen zurückzuführen. Insgesamt dürften rund 32000 Arbeitsplätze bei Hochschulkliniken durch die rechtliche Verselbstständigung vom unmittelbaren Landesdienst in den Bereich des mittelbaren Landesdien-

tes verlagert worden sein. Davon waren rund 24000 Vollzeitbeschäftigte und rund 8000 Teilzeitbeschäftigte betroffen. Unter diesem Aspekt relativiert sich die rückläufige Personalentwicklung im Landesdienst. Per saldo waren von Stellenkürzungen damit nur 8000 Arbeitsplätze betroffen. Die Zahl der Beschäftigten der Länder ging sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern zurück. Im früheren Bundesgebiet wurden 27000 und in den neuen Ländern 13000 Landesbedienstete weniger gemeldet. Unter Berücksichtigung der Ausgliederungen ergab sich im früheren Bundesgebiet jedoch nur ein Rückgang um 2000 und in den neuen Ländern um 6000 Beschäftigte.

Die *kommunalen Arbeitgeber* (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) hatten Mitte 2000 einen Mitarbeiterstab von 1,57 Mill. Beschäftigten, das waren rund 38000 oder 2,3% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze ging um 49000 zurück, während sich bei den Teilzeitarbeitsplätzen ein Zuwachs (+12000) ergab. Der Anstieg bei den Teilzeitbeschäftigten entsprach der Zahl der neu genehmigten Altersteilzeitbeschäftigungsverhältnisse. Die rückläufige Personalentwicklung fällt weniger stark aus, wenn man die rechtliche Verselbstständigung von kommunalen Einrichtungen berücksichtigt. Im Vergleich zum Vorjahr sind kommunale Einrichtungen (insbesondere kommunale Krankenhäuser) mit rund 20000 Beschäftigten in privatrechtlicher Form (z. B. als GmbH) verselbstständigt worden. So hat sich im Bereich der Kernhaushalte der Kommunen, in dem sich das verwaltungsmäßige Handeln der Kommunen vollzieht, die Beschäftigtenzahl nur um 13000 verringert. In diesem Bereich wurden im früheren Bundesgebiet knapp 2000 (-0,2%) und in den neuen Ländern 11000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-4,0%) weniger beschäftigt.

Setzt man die Beschäftigtenzahl der Länder und Gemeinden/Gv. auf Basis von Vollzeitäquivalenten in Beziehung zur Bevölkerungszahl, so sind im Durchschnitt 40 Vollzeitkräfte (1999: 41) für 1000 Einwohner tätig. Im früheren Bundesgebiet sind es 39 (1999: 40) und in den neuen Ländern 49 (1999: 51) Vollzeitbeschäftigte.

Bei den erfassten Einrichtungen des *mittelbaren öffentlichen Dienstes* hat sich die Zahl der Beschäftigten durch die rechtliche Verselbstständigung von Landeseinrichtungen erhöht. Am Erhebungsstichtag wurden 488000 Beschäftigte erfasst, das waren gut 30000 mehr als im Vorjahr. Ohne die neu errichteten Anstalten wäre es auch im mittelbaren öffentlichen Dienst zu einer rückläufigen Beschäftigtenentwicklung gekommen.

Personalarückgang erstreckt sich auf alle Dienstverhältnisse

Für den öffentlichen Dienst sind neben den tarifvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnissen die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse typisch. Sie sind in speziellen Gesetzen geregelt und für Tätigkeiten im Rahmen der Hoheitsverwaltung zwingend vorgeschrieben. In der Leistungsverwaltung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ein Beamtenverhältnis berufen werden,

Tabelle 2: Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach dem Dienstverhältnis

1 000

Beschäftigungsbereich	30. Juni 2000			30. Juni 1999	
	Beamtinnen/Beamte, Richter/-innen und Soldatinnen/Soldaten	Angestellte	Arbeiter/-innen	Insgesamt	
Beschäftigte					
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	1 818,8	1 965,5	636,6	4 420,9	4 512,1
dar.: Frauen	625,5	1 340,3	229,6	2 195,4	2 233,1
Bund, Länder und Gemeinden/Gv.	1 747,7	1 919,8	610,0	4 277,5	4 361,3
dar.: Frauen	619,7	1 312,0	222,0	2 153,7	2 189,8
Bund ¹⁾	319,1	101,4	81,5	502,0	510,2
dar.: Frauen	29,9	63,0	15,3	108,2	109,2
Länder	1 252,5	875,3	145,5	2 273,3	2 313,7
dar.: Frauen	532,7	580,4	46,4	1 159,5	1 173,9
Gemeinden/Gv.	176,1	943,2	382,9	1 502,2	1 537,3
dar.: Frauen	57,1	668,6	160,3	886,0	906,8
Zweckverbände	2,5	44,0	23,2	69,8	72,4
dar.: Frauen	0,4	27,1	7,3	34,9	37,0
Bundeseisenbahnvermögen	68,6	1,6	3,4	73,6	78,4
dar.: Frauen	5,4	1,2	0,2	6,8	6,3
Mittelbarer öffentlicher Dienst	52,3	387,7	48,0	488,0	457,3
dar.: Frauen	20,5	257,8	19,9	298,2	273,8
Insgesamt ...	1 871,1	2 353,1	684,6	4 908,9	4 969,4
dar.: Frauen ..	646,0	1 598,1	249,5	2 493,5	2 506,9
dagegen am 30. Juni 1999	1 883,1	2 374,8	711,5	4 969,4	X
dar.: Frauen	634,7	1 608,9	263,2	2 506,9	X
Vollzeitbeschäftigte					
Zusammen	1 589,7	1 625,6	481,7	3 697,0	3 805,1
dar.: Frauen	407,3	976,6	82,9	1 466,7	1 506,8
dagegen am 30. Juni 1999	1 619,8	1 675,2	510,2	3 805,1	X
dar.: Frauen	407,0	1 008,4	91,4	1 506,8	X
Teilzeitbeschäftigte					
Zusammen	281,4	727,6	202,9	1 211,8	1 164,3
dar.: Frauen	238,7	621,5	166,6	1 026,8	1 000,1
dagegen am 30. Juni 1999	263,3	699,6	201,3	1 164,3	X
dar.: Frauen	227,8	600,5	171,8	1 000,1	X

1) Darunter Berufs- und Zeitsoldaten (186,6), darunter Frauen (4,0).

wenn dies aus Gründen der Sicherung des Staates oder des öffentlichen Lebens vom Dienstherrn für notwendig erachtet wird.

Von den 4,9 Mill. Beschäftigten waren 2,35 Mill. Angestellte und 685 000 Lohnempfänger/-innen und damit gut 60% in tarifvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnissen tätig. Daneben standen knapp 40% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis. Die meisten von ihnen (1,66 Mill.) sind in ein Beamtenverhältnis berufen worden, 187 000 waren Berufs- und Zeitsoldaten und -soldatinnen und 22 000 Richterinnen und Richter. Der Personalbestand ging in allen Dienstverhältnissen zurück. Der Personalrückgang fiel bei den Beamten (- 9 000 oder - 0,5%) geringer aus als bei den Angestellten (- 22 000 oder - 0,9%) und Arbeitern (- 27 000 oder - 3,8%). Die rückläufige Entwicklung bei den Beamten ist im Wesentlichen auf Pensionierungen der vom Bundeseisenbahnvermögen betreuten Beamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn zurückzuführen. In den übrigen Beschäftigungsbereichen hat sich die Zahl der Beamten nur geringfügig verändert. Dies lässt den Rückschluss zu, dass die meisten der durch Ruhestandseintritte frei gewordenen Beamtenstellen von Bund, Ländern und Kommunen wieder mit *Nachwuchsbeamten* besetzt wurden. Nach den Ergebnissen der Versorgungsempfängerstatistik und der Personalstandstatistik dürften bei den Gebietskörperschaften zwischen Juli 1999 und Juni 2000 rund 35 000 junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis berufen worden sein.

Frauenquote weiter gestiegen

Die Verringerung der Personalstärke des öffentlichen Dienstes hat sich geringfügig auch auf die Beschäftigung von Frauen ausgewirkt. Mitte 2000 waren 2,49 Mill. Frauen im öffentlichen Dienst beschäftigt, das waren 13 000 oder 0,5% weniger als 1999. Da die Beschäftigtenzahl der männlichen Kollegen relativ stärker zurückgegangen ist, hat sich die Frauenquote von 50,4% im Jahr 1999 auf 50,8% im Jahr 2000 erhöht. Zieht man in die Betrachtung die Verlagerung der Arbeitsplätze bei den rechtlich verselbstständigten kommunalen Krankenhäusern vom öffentlichen Dienst in den Bereich der rechtlich selbstständigen Einrichtungen der öffentlichen Hand in privater Rechtsform ein, waren die Frauen von der rückläufigen Beschäftigtenentwicklung kaum betroffen.

Die Frauenquote des öffentlichen Dienstes von über 50% wird wesentlich durch die höhere Frauenerwerbsquote *in den neuen Ländern* bewirkt. Hier waren 62% der Beschäftigten Frauen; im früheren Bundesgebiet lag die Frauenquote dagegen mit 48% deutlich niedriger. Wie in den Vorjahren ist die Frauenquote im früheren Bundesgebiet weiter leicht gestiegen und in den neuen Ländern etwas zurückgegangen. Der Anstieg der Frauenquote im früheren Bundesgebiet dürfte in Zusammenhang mit den eingeleiteten Maßnahmen der beruflichen Förderung von Frauen auf Bundes- und Landesebene stehen.

Die Mehrzahl der Frauen (1,47 Mill. oder 59%) hatte einen Vollzeitarbeitsplatz, während 1,03 Mill. Frauen mit ihrem Arbeitgeber eine verkürzte Arbeitszeit vereinbart hatten.

Im Vorjahresvergleich ist die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen zurückgegangen (-40 000), während im gleichen Zeitraum 27 000 teilzeitbeschäftigte Frauen mehr erfasst wurden. Mit dieser Entwicklung setzte sich der Trend der Vorjahre fort.

Die Mitarbeiterstäbe der Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes (61%) und der Kommunen (59%) weisen besonders hohe Frauenquoten auf. Im Landesdienst liegt sie mit 51% leicht über dem Gesamtdurchschnitt des öffentlichen Dienstes, während beim Bund (Frauenquote ohne Berufs- und Zeitsoldaten: 33%) Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Frauenquote in allen Beschäftigungsbereichen leicht erhöht.

Mehr Beschäftigte im höheren und gehobenen Dienst

Hinweise auf die berufliche Qualifikation der im öffentlichen Dienst tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt die Gliederung der Beschäftigten nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen. Nach dem im Beamtenrecht verankerten Laufbahngruppenprinzip wird für eine Tätigkeit im höheren Dienst in der Regel als Eingangsvoraussetzung ein Hochschulstudium gefordert. Im gehobenen Dienst ist es ein zum Hochschulstudium berechtigender Schulabschluss, im mittleren Dienst ein Realschul- und im einfachen Dienst ein Hauptschulabschluss. Für Angestellte gelten für die vergleichbaren Vergütungsgruppen in der Regel entsprechende Bildungsvoraussetzungen.

Bei der Wertung der Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass für die Angestellten beim Aufstieg in eine Vergütungsgruppe der nächsthöheren „Laufbahngruppe“ nicht die Bestimmungen des Beamtenrechts gelten, die eine Prüfung voraussetzen. Dadurch ist bei einer Beschäftigung im Angestelltenverhältnis eine größere Durchlässigkeit des Laufbahngruppenprinzips gegeben.

Von den 4,9 Mill. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden 689 000 oder 14,0% nach Besoldungs-/ Vergütungsgruppen des höheren, 1,47 Mill. oder 29,9% nach denen des gehobenen, 1,93 Mill. oder 39,3% nach denen des mittleren und 139 000 oder 2,8% nach denen des einfachen Dienstes bezahlt; 685 000 oder 13,9% waren Arbeiter/-innen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anteile des höheren und gehobenen Dienstes leicht erhöht, die der übrigen Beschäftigtengruppen entsprechend verringert. Diese Entwicklung gibt den Rationalisierungsprozess in der öffentlichen Verwaltung wieder, der zu Arbeitsplatzverlusten bei den niedriger bewerteten Tätigkeiten führt, während für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss noch Zusatzbedarf besteht. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Personalbestand im höheren Dienst um 4 000 und im gehobenen Dienst um 2 000 erhöht. Gleichzeitig wurden im mittleren Dienst 29 000, im einfachen 10 000 und bei den Lohnempfängern 27 000 Beschäftigte weniger erfasst.

Die Zahl der in den Laufbahnen des höheren und gehobenen Dienstes beschäftigten Frauen ist deutlich stärker als die Gesamtzahl der Beschäftigten in diesen Laufbahngruppen gestiegen. Mitte 2000 wurden im Vergleich zum

Tabelle 3: Beschäftigte im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2000 nach Laufbahngruppen
1 000

Beschäftigungsbereich	Insgesamt	Beamtinnen/Beamte, Richter/-innen, Soldatinnen/Soldaten und Angestellte				Arbeiter/-innen	
		zusammen	höherer	gehobener	mittlerer Dienst		einfacher ¹⁾
Beschäftigte							
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	4 420,9	3 784,3	651,0	1 314,4	1 688,9	130,1	636,6
dar.: Frauen	2 195,4	1 965,8	221,4	673,7	1 021,3	49,4	229,6
Bund, Länder und Gemeinden/Gv.	4 277,5	3 667,5	645,9	1 292,0	1 603,5	126,2	610,0
dar.: Frauen	2 153,7	1 931,6	220,3	668,4	994,7	48,3	222,0
Bund	502,0	420,5	37,8	80,6	258,8	43,3	81,5
dar.: Frauen	108,2	92,8	5,6	16,2	68,3	2,8	15,3
Länder	2 273,3	2 127,8	529,2	914,1	635,8	48,6	145,5
dar.: Frauen	1 159,5	1 113,1	191,5	507,5	393,5	20,6	46,4
Gemeinden/Gv.	1 502,2	1 119,3	78,8	297,3	708,9	34,3	382,9
dar.: Frauen	886,0	725,7	23,2	144,7	532,9	24,9	160,3
Zweckverbände	69,8	46,6	4,6	11,8	28,4	1,8	23,2
dar.: Frauen	34,9	27,5	1,1	4,1	21,2	1,1	7,3
Bundeseisenbahnvermögen	73,6	70,2	0,6	10,6	57,0	2,1	3,4
dar.: Frauen	6,8	6,6	0,1	1,2	5,3	0,0	0,2
Mittelbarer öffentlicher Dienst	488,0	439,9	37,6	152,7	241,2	8,5	48,0
dar.: Frauen	298,2	278,3	10,5	76,4	186,4	5,0	19,9
Insgesamt ...	4 908,9	4 224,2	688,6	1 467,0	1 930,0	138,6	684,6
dar.: Frauen ..	2 493,5	2 244,1	232,0	750,1	1 207,6	54,4	249,5
dagegen am 30. Juni 1999	4 969,4	4 257,9	684,4	1 465,4	1 958,9	149,1	711,5
dar.: Frauen	2 506,9	2 243,7	224,2	742,5	1 217,6	59,4	263,2
Vollzeitbeschäftigte							
Zusammen	3 697,0	3 215,3	561,2	1 122,6	1 442,6	88,9	481,7
dar.: Frauen	1 466,7	1 383,8	153,0	457,7	748,7	24,4	82,9
dagegen am 30. Juni 1999	3 805,1	3 295,0	568,6	1 144,1	1 491,0	91,3	510,2
dar.: Frauen	1 506,8	1 415,4	152,5	463,9	773,2	25,8	91,4
Teilzeitbeschäftigte							
Zusammen	1 211,8	1 009,0	127,5	344,4	487,4	49,7	202,9
dar.: Frauen	1 026,8	860,2	78,9	292,4	458,9	30,0	166,6
dagegen am 30. Juni 1999	1 164,3	962,9	115,9	321,3	467,9	57,8	201,3
dar.: Frauen	1 000,1	828,3	71,7	278,6	444,4	33,6	171,8

1) Einschl. Teilzeitbeschäftigter, die keiner Laufbahngruppe zuordenbar sind.

Vorjahr auf diesen qualifizierten Arbeitsplätzen jeweils knapp 8000 Frauen zusätzlich beschäftigt. Damit wurden Frauen bei der Neubesetzung von frei gewordenen Stellen verstärkt berücksichtigt. Zu der für Frauen positiven Entwicklung hat auch die weitere Förderung der Teilzeitarbeit beigetragen. Die zusätzlichen Arbeitsplätze in den beiden oberen Laufbahngruppen waren ausschließlich durch mehr Teilzeitarbeit ermöglicht worden. Während die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze um 6000 zurückging, wurden 21 000 zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze gemeldet. In den unteren Laufbahngruppen und bei den Lohnempfängern waren auch bei den Frauen rückläufige Beschäftigtenzahlen festzustellen. In diesen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen wurden 29000 Frauen weniger beschäftigt. Neben echten Arbeitsplatzverlusten ist auch hier die Ausgliederung der kommunalen Krankenhäuser zu berücksichtigen.

Die Frauenquote betrug im höheren Dienst 33,7%, im gehobenen Dienst 51,1%, im mittleren Dienst 62,6%, im einfachen Dienst 39,2% und bei den Arbeitern 36,4%. Die Frauen sind damit sowohl am oberen als auch am unteren Rand der *Einkommensskala des öffentlichen Dienstes* unterrepräsentiert. Im Vorjahresvergleich haben sich die Frauenquoten im höheren, gehobenen und mittleren Dienst leicht erhöht. Während die höhere Frauenquote im höheren und gehobenen Dienst auf den absoluten Anstieg der Beschäftigtenzahlen zurückzuführen war, waren die Frauen im mittleren Dienst unterdurchschnittlich von dem eingetretenen Stellenabbau betroffen.

Rückläufige Beschäftigtenzahlen bei den Allgemeinen Diensten

Die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden/Gv. beschäftigen drei Viertel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zwei Hauptaufgabengebieten, die von der Gesamtbeschäftigtenzahl nahezu gleich ausgestattet sind. Der erste Bereich „Allgemeine Dienste“ umfasst die „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ (Verwaltung im engeren Sinne), die äußere (Verteidigung) und

innere Sicherheit („Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ und „Rechtsschutz“) und der zweite das Bildungswesen (einschl. Wissenschaft, Forschung, kultureller Angelegenheiten) mit der Zuständigkeit für das öffentliche Schul- und Hochschulwesen.

Für Tätigkeiten im Hauptaufgabenbereich „Allgemeine Dienste“ wurden die meisten Beschäftigten (1,61 Mill.) benötigt. Hinsichtlich des von den Beschäftigten geleisteten Arbeitszeitvolumens weist dieser Bereich mit 14% eine relativ niedrige Teilzeitquote auf. Eine wesentlich andere Beschäftigtenstruktur hat das Bildungswesen, in dem 1,59 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt waren. Hier ist gut jede(r) dritte Beschäftigte mit verkürzter Arbeitszeit tätig. Im Bereich der Schulen ist die Teilzeitquote am höchsten (41%).

Schaubild 2

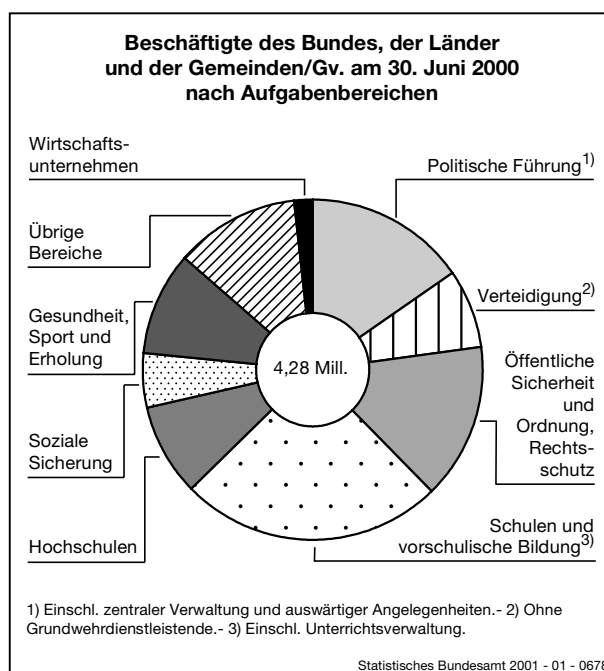


Tabelle 4: Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. nach Aufgabenbereichen
1 000

Aufgabenbereich	Beschäftigte am 30. Juni		Vollzeitbeschäftigte am 30. Juni		Teilzeitbeschäftigte am 30. Juni	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Allgemeine Dienste	1 611,1	1 635,0	1 387,5	1 422,9	223,6	212,1
Politische Führung und zentrale Verwaltung ¹⁾	658,0	672,4	515,8	535,7	142,2	136,7
dar.: Steuer- und Finanzverwaltung	262,9	265,7	208,7	215,4	54,1	50,3
Verteidigung	320,6	326,7	304,8	313,6	15,8	13,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	438,6	440,8	400,7	405,4	37,9	35,4
Rechtsschutz	194,0	195,2	166,2	168,2	27,8	27,0
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung ²⁾	1 585,5	1 623,6	987,6	1 032,8	597,9	590,8
darunter:						
Schulen und vorschulische Bildung ³⁾	1 070,5	1 071,9	632,9	647,7	437,6	424,2
Hochschulen	373,7	410,2	260,0	288,4	113,8	121,8
dar.: Hochschulkliniken	127,1	164,7	98,2	128,4	28,9	36,3
Soziale Sicherung	219,6	218,0	153,4	155,3	66,2	62,7
Gesundheit, Sport und Erholung	421,2	435,9	296,8	311,2	124,4	124,7
dar.: Krankenhäuser	301,2	313,7	211,7	223,4	89,6	90,4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	203,0	204,1	168,1	171,4	35,0	32,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	31,5	30,1	25,5	24,6	6,0	5,6
Energie- und Wasserwirtschaft ⁴⁾	30,5	30,4	21,2	24,4	9,3	6,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	99,7	101,4	89,7	93,2	10,0	8,2
Wirtschaftsunternehmen	75,4	82,6	64,7	72,1	10,7	10,5
Insgesamt ...	4 277,5	4 361,3	3 194,5	3 307,8	1 083,0	1 053,5

1) Einschl. auswärtiger Angelegenheiten. – 2) Einschl. kultureller Angelegenheiten. – 3) Einschl. Unterrichtsverwaltung. – 4) Einschl. Gewerbe, Dienstleistungen.

Die angespannte Haushaltslage und die rechtliche Verselbstständigung von Einrichtungen haben in fast allen Aufgabebereichen zu rückläufigen Beschäftigtenzahlen und somit zu einer Entlastung der Personalhaushalte geführt. Von dem Gesamtrückgang der Beschäftigtenzahlen der Gebietskörperschaften (84 000) entfielen rund 50 000 auf die rechtliche Verselbstständigung von staatlichen und kommunalen Einrichtungen. Hiervon waren bei den Hochschulkliniken rund 32 000, bei den kommunalen Krankenhäusern rund 12 000 und bei Wirtschaftsunternehmen rund 6 000 Arbeitsplätze betroffen. Berücksichtigt man die Ausgliederungen, so sind im Wesentlichen im Hauptaufgabenbereich „Allgemeine Dienste“ (–24 000) mit dem Schwerpunkt der Verwaltung im engeren Sinne (–14 000) Arbeitsplätze im Zuge der Rationalisierungsbemühungen weggefallen. Im Bildungswesen liegen die Beschäftigtenzahlen unter Berücksichtigung der Ausgliederung von Hochschulkliniken nur geringfügig unter denen des Vorjahres und in den übrigen Aufgabebereichen haben sich die Beschäftigtenzahlen nur unwesentlich verändert.

Beschäftigte der Gebietskörperschaften im Durchschnitt 42 Jahre alt

Nach dem Ergebnis der Personalstandstatistik 2000 waren von den 4,09 Mill. Beschäftigten der Gebietskörperschaften (ohne Berufs- und Zeitsoldaten) 2,23 Mill. oder 56% jünger als 45 Jahre, während 1,86 Mill. oder 44% das 45. Lebensjahr vollendet hatten. Bei rückläufigen Gesamtbeschäftigtenzahlen ist die Zahl der älteren Beschäftigten gestiegen (+10 000), während die Zahl der jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgegangen ist (–91 000). Dadurch hat sich die Altersverteilung zu Lasten der Jüngeren verschoben. Die im Zeitraum 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000 durch Eintritt in den Ruhestand aus der Altersgruppe der über 45-Jährigen ausgeschiedenen Beschäftigten sind durch den nachrückenden, stark besetzten Altersjahrgang der bisher 44-Jährigen mehr als ersetzt worden. Andererseits wirkte sich bei den Jüngeren die restriktive Personalpolitik aus. Der am oberen Rand aufgerückte Altersjahrgang wurde zahlenmäßig nicht in gleicher Höhe durch Neueinstellungen am unteren Rand ersetzt.

Die Altersstruktur der einzelnen Dienstverhältnisse weist deutliche Unterschiede auf. So liegt der Anteil der unter 45-Jährigen bei den Angestellten mit 58% über und bei den Beamten (52%) und Arbeitern (50%) unter dem Durchschnitt (55%). Die unterschiedliche Struktur wirkt sich auch auf das Durchschnittsalter aus. Es betrug bei Beschäftigten insgesamt 43 Jahre (1999: 42 Jahre). Bei den Beamtinnen/Beamten entsprach es dem Gesamtdurchschnitt, während es bei den Arbeitern und Arbeiterinnen (44 Jahre) höher und bei den Angestellten (42 Jahre) niedriger lag. Entsprechend den Besetzungszahlen in den einzelnen Altersgruppen war das Durchschnittsalter der Männer mit 43 Jahren höher als das der Frauen (41 Jahre). Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gibt es kaum Unterschiede. Für beide Teilgebiete ergibt sich das gleiche Durchschnittsalter. Lediglich die Beamtinnen/Beamten sind im früheren Bundesgebiet mit einem Durchschnittsalter von 44 Jahren (1999: 43 Jahre) deutlich älter als in den neuen Ländern mit 40 Jahren (1999: 39 Jahre). Dies dürfte daran liegen, dass in den neuen Ländern ältere Angestellte nicht mehr verbeamtet wurden. Umgekehrt sind die Angestellten im früheren Bundesgebiet (41 Jahre) im Durchschnitt jünger als in den neuen Ländern (44 Jahre). Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern ergibt sich für beide Gebiete der gleiche Wert (44 Jahre).

Die Frauen sind bei den Beamten und Angestellten in den jüngeren Altersgruppen stärker vertreten. Dies wirkt sich auch auf die Frauenquote in den verschiedenen Altersgruppen aus. So liegt die Frauenquote bei den Beamten bei den unter 25-Jährigen (58%) und bei den 25- bis unter 35-Jährigen (50%) deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (39%). Bei den Angestellten wurde bei den unter 25-Jährigen eine Frauenquote von 80% bei einem Gesamtdurchschnitt von 68% festgestellt. Auch diese Daten belegen, dass Frauen bei den Neueinstellungen des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren verstärkt berücksichtigt wurden. Bei den Arbeiterinnen zeigt sich eine umgekehrte Altersstruktur. Hier überwiegen mit einem Anteil von 57% die über 45-Jährigen. Entsprechend ergibt sich in den Altersgruppen der 45- bis unter 55-Jährigen und der 55- bis unter 60-Jährigen mit 43% der höchste Frauenanteil (Gesamtdurchschnitt 36%).

Tabelle 5: Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. nach Altersgruppen

Im Alter von ... bis unter ... Jahren	30. Juni 2000						30. Juni 1999			
	Beamtinnen/Beamte, Richter/-innen		Angestellte		Arbeiter/-innen		Insgesamt			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
	insgesamt									
unter 25	62,2	4,0	132,3	6,9	33,9	5,6	228,5	5,6	241,3	5,8
25 – 35	307,2	19,7	409,0	21,3	88,6	14,5	804,8	19,7	856,2	20,5
35 – 45	434,6	27,8	580,3	30,2	181,6	29,8	1 196,5	29,2	1 223,5	29,3
45 – 55	494,9	31,7	505,2	26,3	184,4	30,2	1 184,6	29,0	1 168,5	28,0
55 – 60	184,5	11,8	228,0	11,9	90,2	14,8	502,7	12,3	527,4	12,6
60 und mehr	77,6	5,0	64,9	3,4	31,2	5,1	173,8	4,2	154,6	3,7
Insgesamt ...	1 561,1	100	1 919,8	100	610,0	100	4 090,9	100	4 171,5	100
	dar.: Frauen									
unter 25	35,9	5,8	106,4	8,1	7,7	3,4	149,9	7,0	159,7	7,3
25 – 35	153,1	24,9	281,7	21,5	23,6	10,6	458,5	21,3	485,6	22,2
35 – 45	168,8	27,4	411,5	31,4	64,8	29,2	645,2	30,0	659,7	30,2
45 – 55	191,6	31,1	346,2	26,4	78,9	35,5	616,7	28,7	601,6	27,5
55 – 60	50,1	8,1	145,3	11,1	38,7	17,4	234,0	10,9	240,7	11,0
60 und mehr ...	16,2	2,6	20,8	1,6	8,4	3,8	45,3	2,1	38,3	1,8
Zusammen ...	615,7	100	1 312,0	100	222,0	100	2 149,7	100	2 185,7	100

Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste¹⁾ der Vollzeitbeschäftigten des öffentlichen Dienstes im Juni 2000
DM

Geschlecht	Insgesamt	Beamtinnen/Beamte	Richter/-innen	Soldatinnen/Soldaten	Angestellte	Arbeiter/-innen	Personal in Ausbildung
Männer	5 400	6 100	9 100	4 100	5 800	4 100	1 600
Frauen	4 500	5 500	7 800	3 500	4 700	3 500	1 600
Insgesamt ...	5 000	5 900	8 800	4 100	5 100	4 000	1 600
Früheres Bundesgebiet	5 100	6 100	9 000	4 200	5 200	4 100	1 700
Neue Länder	4 500	4 900	7 600	3 700	4 800	3 500	1 400

1) Laufende steuerpflichtige Bruttobezüge im Berichtsmonat (ohne Einmalzahlungen, wie z. B. Urlaubsgeld bzw. anteilige jährliche Sonderzuwendung).

Bruttoverdienst liegt bei durchschnittlich 5 000 DM im Monat

Die Bruttomonatsverdienste der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden erstmals aufgrund einer Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes bei der Personalstandstatistik 2000 erfasst. Maßgebliche Grundlagen für die Höhe der Bruttomonatsverdienste sind die erreichte Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe, das Alter und die Familienkomponente (Familienstand, Kinderzahl). Die 3,7 Mill. Vollzeitbeschäftigten verdienten im Juni 2000 durchschnittlich 5 000 DM. Die Männer kamen dabei im Schnitt auf 5 400 DM, die Frauen auf 4 500 DM. Richter/-innen erhielten durchschnittlich 8 800 DM, Beamte/Beamtinnen 5 900 DM, Angestellte 5 100 DM, Berufs- und Zeitsoldaten und -soldatinnen 4 100 DM, Arbeiter/-innen 4 000 DM und das Personal in Ausbildung 1 600 DM. Die Unterschiede sind im Wesentlichen auf die von der Aufgabenstellung abhängige Qualifikation der Mitarbeiter zurückzuführen. So sind Richter/-innen ausschließlich in Besoldungsgruppen des höheren Dienstes eingestuft. Bei den vollzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten beträgt der Anteil des höheren und gehobenen Dienstes rund 70%, bei den Angestellten jedoch nur rund 40%. Die Durchschnittsverdienste lagen bei den Beamten zwischen 8 300 DM im höheren und 3 800 DM im einfachen Dienst, bei den Angestellten zwischen 7 700 und 3 100 DM.

Im früheren Bundesgebiet lag der durchschnittliche Monatsverdienst der Vollzeitbeschäftigten bei 5 100 DM, in den neuen Ländern bei 4 500 DM. Die Ost-West-Relation lag mit 88% leicht über der Gehaltstabelle Ost (86,5%). In den einzelnen Dienstverhältnissen weicht die Ost-West-Relation teilweise merklich vom Gesamtdurchschnitt ab. So liegt sie bei den Beamten nur bei 80%, während sie bei den Angestellten bei 92% liegt. Ursache hierfür ist die unterschiedliche Beschäftigtenstruktur im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern. So sind im früheren Bundesgebiet die Lehrer/-innen überwiegend in ein Beamtenverhältnis berufen worden, während ihre Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern ihren Beruf mehrheitlich im Angestelltenverhältnis ausüben. Im früheren Bundesgebiet wurden für einige typische Berufe des öffentlichen Dienstes folgende durchschnittliche Monatsverdienste ermittelt: Professoren (Besoldungsgruppe C4) 12 000 DM, Professoren (Besoldungsgruppe C3) 9 700 DM, Lehrer im höheren Dienst 7 900 DM, im gehobenen Dienst 6 500 DM, Polizeibeamte im höheren Dienst 8 200 DM, im gehobenen Dienst 5 700 DM, im mittleren Dienst 4 600 DM, Angestellte im höheren Dienst in Krankenhäusern (überwiegend Ärzte) 9 700 DM. In der Zwischenzeit wurden die

Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten (+1,8% ab 1. Januar 2001) und der Tarifbeschäftigten (+2,0% ab 1. August 2000 und +2,4% ab 1. September 2001) erhöht. Die Gehaltstabelle Ost wurde ab 1. Januar 2001 auf 88,5% des Westniveaus angehoben. ■

Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 2001

Der deutsche Außenhandel konnte im ersten Halbjahr 2001 ein kräftiges Wachstum verzeichnen. Die Ausfuhren stiegen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um rund 11%, die Einfuhren um knapp 9%. Diese Entwicklung ist insofern beachtlich, als sich die Konjunktur in den vergangenen Monaten weltweit eingetrübt hat und zudem schon im Vergleichszeitraum des Vorjahres hohe Zuwachsraten erzielt worden waren. Eine zuverlässige Prognose für die kommenden Monate ist kaum möglich. Einerseits mehrten sich im Sommer die Hinweise darauf, dass der weltweite wirtschaftliche Abschwung vorerst gebremst ist, andererseits bleibt jedoch abzuwarten, ob und in welchem Umfang die wirtschaftliche Entwicklung durch die weltpolitische Situation nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten beeinträchtigt wird.

Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin Dorothee Blang

Vorbemerkung

Führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung haben ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr nach unten korrigiert. Als Gründe dafür wurden insbesondere die weltweite Abkühlung der Konjunktur und dabei speziell die Abschwächung in den Vereinigten Staaten, die Auswirkungen der Energiepreise und verschiedene Sondereinflüsse genannt. Nach den Anschlägen von New York und Washington kann derzeit kaum von einer kurzfristigen Belebung der Konjunktur ausgegangen werden.

Der deutsche Außenhandel hatte sich von den Finanzkrisen 1998 ab Mitte 1999 zunehmend erholt¹⁾ und im ersten Halbjahr 2000 einen regelrechten Boom erlebt²⁾. Die nochmalige deutliche Steigerung der deutschen Ausfuhren im ersten Halbjahr 2001 muss vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Nachfolgend wird die Entwicklung des Außenhandels im ersten Halbjahr 2001 näher betrachtet. Dabei wird nicht nur auf die konjunkturelle Gesamtentwicklung, sondern auch auf die Entwicklung in regionaler und fachlicher Gliederung eingegangen. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf die mögliche konjunkturelle Entwicklung.

Gesamtentwicklung

Im ersten Halbjahr 2001 wurden – nach vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik – von Deutschland Waren im Wert von 626,4 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 549,2 Mrd. DM eingeführt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 bedeutete dies einen Anstieg um 11,4% bei der Ausfuhr und um 8,8% bei der Einfuhr. Beim Vergleich mit dem Vorjahr ist die Entwicklung in den Jahren davor zu berücksichtigen. Im zweiten Halbjahr 1998 begannen die Finanzkrisen in Ost- und Südostasien, der Russischen Föderation und Lateinamerika den deutschen Außenhandel zunehmend zu beeinträchtigen, mit der Folge, dass hier Rückgänge oder nur noch geringe Wachstumsraten verzeichnet werden konnten.

Mitte 1999 wurde deutlich, dass dieses Tal durchschritten war und sich der deutsche Außenhandel zunehmend zu erholen begann. Im ersten Halbjahr 2000 hatte der deutsche Außenhandel gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen regelrechten Boom erlebt und schloss das Jahr 2000 mit neuen Rekordmarken ab, bei denen er erstmals sowohl bei der Ausfuhr mit 1167,3 Mrd. DM als auch bei der Einfuhr mit 1064,3 Mrd. DM die Billionengrenze überschritt.

Diese Entwicklung, die auch durch die kalender- und saisonbereinigten Werte³⁾ bestätigt wird (siehe Schaubild 1), wurde maßgeblich von der konjunkturellen Lage in den wichtigsten Partnerländern des deutschen Außenhandels und der Wechselkursentwicklung des Euro mitgetragen, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte in Drittländern stärkte. Bedingt durch den fallenden Euro-Kurs zogen die Einfuhrpreise im Jahr 2000 um 11,2% gegenüber dem Vorjahr an. Im ersten Halbjahr 2001 fielen diese Steigerungen weit niedriger aus. So lag im Juni dieses Jahres der Index der Einfuhrpreise

Schaubild 1



1) Siehe Koufen, S.: „Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1999“ in WiSta 10/1999, S. 787 ff.

2) Siehe Abdin, M.: „Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 2000“ in WiSta 10/2000, S. 753 ff.

3) Berliner Verfahren, Version 4.

um 3,6% über dem Vorjahresstand. Dies war die niedrigste Jahressteigerungsrate seit September 1999. Auch die Entwicklung auf den Energiemärkten trug dazu bei. Während die Rohölpreise im ersten Halbjahr 2000 weit über denen des Vorjahreszeitraums lagen, mussten im vergangenen Halbjahr für eine Tonne importiertes Rohöl 399 DM und damit nur wenig mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (397 DM) bezahlt werden.

Da die Exporte stärker zunahmen als die Importe, liegt der im ersten Halbjahr 2001 bislang erzielte Ausfuhrüberschuss in Höhe von 77,3 Mrd. DM um 34,2% über dem Vergleichswert des Vorjahres (57,6 Mrd. DM). Dieser Überschuss reichte nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank allerdings nicht aus, um das Defizit der anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz auszugleichen. Bei den Dienstleistungen ergab sich im ersten Halbjahr 2001 ein Saldo von 46,8 Mrd. DM, bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen einer von 5,7 Mrd. DM. Der Saldo der Übertragungsbilanz, in der die Zahlungen an internationale Organisationen, Renten und Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer erfasst werden, betrug 25,2 Mrd. DM. Bei den Ergänzungen zum Warenverkehr, die hauptsächlich den Lagerverkehr auf inländische Rechnung sowie die Absetzung von Rückwaren enthalten, ergab sich ein Fehlbetrag von 6,0 Mrd. DM. Die gesamte Leistungsbilanz der Zahlungsbilanz schloss demzufolge im ersten Halbjahr 2001 mit einem Defizit von 6,4 Mrd. DM ab. Im ersten Halbjahr 2000 hatte die Leistungsbilanz nur ein Defizit von 3,1 Mrd. DM aufgewiesen.

Der Außenhandel mit ausgewählten Ländergruppen und Ländern⁴⁾

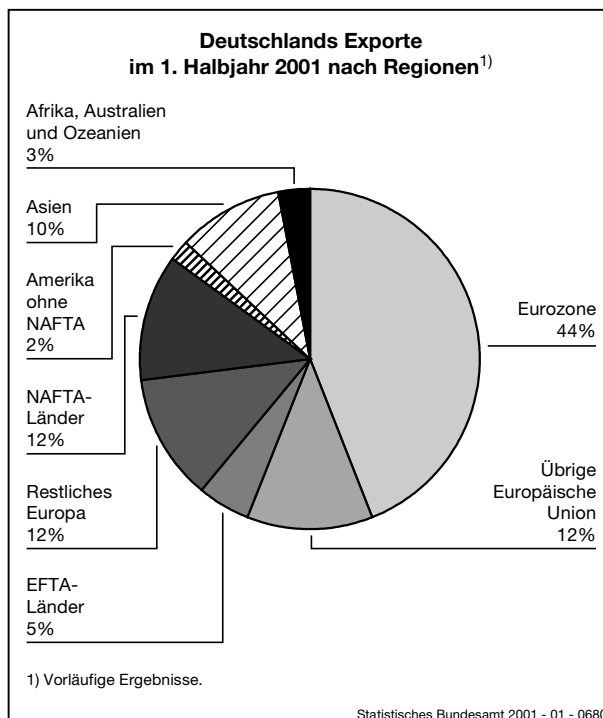
Ausfuhr

Der überwiegende Teil der deutschen Exporte wurde in die Länder der *Europäischen Union* (EU) ausgeführt. Im Berichtszeitraum waren dies Waren im Wert von 351,5 Mrd. DM. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 bedeutete dies eine Zunahme um 7,8%. Der Anteil der innergemeinschaftlichen Exporte an den gesamten deutschen Warenlieferungen betrug 56,1% (siehe Schaubild 2) und lag damit geringfügig unter dem Vorjahreswert.

Die Ausfuhren in die Länder der Eurozone⁵⁾ stiegen insgesamt um 8,1%. Damit ist die Ausfuhr in die Eurozone etwas stärker gestiegen als in die EU insgesamt, sodass sich der Anteil der Länder der Eurozone am Intrahandel geringfügig erhöht hat.

Nach Frankreich, Deutschlands wichtigstem Handelspartner, wurden im ersten Halbjahr 2001 Waren im Wert von 71,5 Mrd. DM exportiert. Dies entspricht einem Anstieg von 9,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei allen anderen Ländern der Eurozone – außer Luxemburg

Schaubild 2



(+23,1%) – lag der Zuwachs der deutschen Ausfuhren unter dem insgesamt erzielten Durchschnitt von 11,4%. Zweitwichtigstes Land für deutsche Exporte innerhalb der Eurozone⁶⁾ war Italien, wohin Waren im Wert von 48,2 Mrd. DM (+10,3%) ausgeführt wurden. Auf dem dritten Platz folgten die Niederlande mit 39,5 Mrd. DM, hier erreichten die deutschen Ausfuhren nur eine Steigerung von 5,8% gegenüber dem Vorjahr und lagen damit – gemessen an der Wachstumsrate – am Schluss der deutschen Warenlieferungen in die Länder der Eurozone.

Wie Schaubild 3 zeigt, ist das Wachstum der Warenlieferungen in die Eurozone seit dem vierten Quartal 2000 deutlich zurückgegangen. Im ersten Vierteljahr 2001 konnte mit einem Anstieg von 10,7% noch fast ein Zuwachs wie im dritten Quartal 2000 erreicht werden, aber im zweiten Vierteljahr war bei den Ausfuhren in diese Ländergruppe mit 5,6% nur noch ein einseitiger Zuwachs zu verzeichnen (jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Gegenüber dem ersten Quartal 2001 gingen die deutschen Ausfuhren in die Länder der Eurozone im zweiten Vierteljahr 2001 mit 137 Mrd. DM um 2,0% zurück.

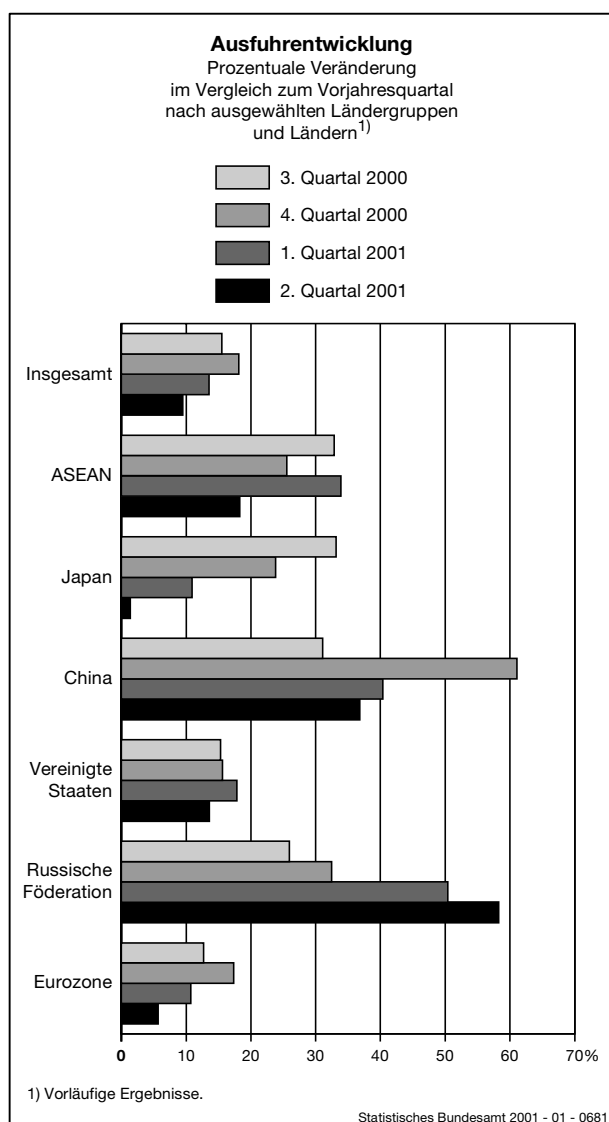
Wichtigster EU-Handelspartner außerhalb der Eurozone war wie in den vergangenen Jahren das Vereinigte Königreich. Aber auch hier fiel der Anstieg der Ausfuhren mit 7,8% geringer aus als das Wachstum des deutschen Außenhandels insgesamt. Im ersten Halbjahr 2001 wurden Waren im Wert von 51,9 Mrd. DM in das Vereinigte Königreich ausgeführt, in alle EU-Länder außerhalb der Eurozone⁶⁾ zusammen Waren im Wert von 74,8 Mrd. DM, was einem Wachstum von 6,8% entsprach.

4) Im Gegensatz zu den Gesamtergebnissen sind die Ergebnisse auf Länderebene für das Jahr 2000 und das erste Halbjahr 2001 noch nicht revidiert worden. Daher können Handelsanteile von Ländergruppen und Ländern nicht aus dem revidierten Gesamtergebnis errechnet werden.

5) Einschl. Griechenland.

6) Dänemark, Schweden, Vereinigtes Königreich.

Schaubild 3



Bei den deutschen Ausfuhren in die übrigen Regionen der Welt gab es im ersten Halbjahr 2001 deutliche Unterschiede. Bei den Ausfuhren in die *nicht zur EU gehörenden europäischen Länder*, in die 16,9% aller deutschen Ausfuhren im ersten Halbjahr 2001 geliefert wurden, ergaben sich binnen Jahresfrist Zuwächse von 15,9%.

Dabei lag der Anstieg der Warenlieferungen in die EFTA-Länder⁷⁾ mit 14,9% etwas unter dem Durchschnitt der europäischen Drittländer. In die EFTA-Länder wurden im ersten Halbjahr 2001 Waren im Wert von 32,8 Mrd. DM ausgeführt, darunter 27,4 Mrd. DM in die Schweiz (+ 15,8%) und 4,8 Mrd. DM nach Norwegen (+ 15,7%).

Die Ausfuhren in die *ost- und südosteuropäischen Staaten* entwickelten sich in den vergangenen Jahren sehr uneinheitlich. So hatten die Russische Föderation und die Türkei ihre Außenhandelstransaktionen im Jahr 1999 offensichtlich konjunktur- und krisenbedingt zurückgestellt. Der daraus entstandene Nachholbedarf zog im

ersten Halbjahr 2000 Zuwächse von 34,8 bzw. 32,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nach sich. Während die Ausfuhren in die Russische Föderation im ersten Halbjahr 2001 noch einmal um 54,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zulegten, gingen die Exporte in die Türkei um 18,7% zurück. Seit dem ersten Halbjahr 1999 ungebrochen bis ins erste Halbjahr 2001 ist der Zuwachs der Warenlieferungen in einige mittel- und osteuropäische Staaten. So stiegen die deutschen Ausfuhren in die Tschechische Republik im ersten Halbjahr 2001 binnen Jahresfrist um 26,5% auf 14,6 Mrd. DM an und die nach Ungarn um 8,9% auf 10,4 Mrd. DM. Die Warenlieferungen nach Polen sind nach einem kräftigen Anstieg vom ersten Halbjahr 1999 zum ersten Halbjahr 2000 um 19,6% auch in diesem Jahr noch weiter gewachsen. Mit einer Zunahme um 6,6% auf 14,4 Mrd. DM binnen Jahresfrist lag das Wachstum der Ausfuhr nach Polen im ersten Halbjahr 2001 aber unter dem Durchschnitt der europäischen Handelspartner im Drittlandhandel.

Einen wesentlichen Beitrag zum bisherigen Wachstum der deutschen Exporte im Jahr 2001 leistete der Warenhandel mit den *Vereinigten Staaten* – Deutschlands zweitwichtigstem Handelspartner nach Frankreich (Exportanteil: 10,6%). Trotz der deutlichen Abschwächung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten stiegen im ersten Halbjahr 2001 die deutschen Warenlieferungen dorthin um 15,6% auf 66,7 Mrd. DM. Dies entsprach auch dem Wachstum in den beiden letzten Quartalen des Vorjahres. Im dritten und vierten Quartal 2000 hatte der Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum 15,3 bzw. 15,6% betragen. Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass der Euro auch in den vergangenen zwölf Monaten gegenüber dem US-Dollar weiter an Wert verloren hat. Ein Blick auf die Quartale des ersten Halbjahrs 2001 zeigt, dass im ersten Quartal die deutschen Warenlieferungen in die Vereinigten Staaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 17,8% anstiegen, während im zweiten Quartal 2001 ein leichter Rückgang des Wachstums auf 13,5% zu verzeichnen war.

Nach einem geringen Wachstum von 6,3% vom ersten Halbjahr 1999 auf das erste Halbjahr 2000 gewannen die Exporte nach *Lateinamerika* in diesem Jahr deutlich an Dynamik. Sie legten binnen Jahresfrist um 18,9% auf 11,0 Mrd. DM zu. Besonders stark stiegen die deutschen Exporte in das zur NAFTA⁸⁾ gehörende Mexiko; dorthin wurden im ersten Halbjahr 2001 Waren für 5,3 Mrd. DM geliefert, das waren 22,8% mehr als vor Jahresfrist.

Die deutschen Ausfuhren nach *Asien* wuchsen im ersten Halbjahr 2001 um 18,4%. Die Exporte in die Länder dieses Erdteils hatten sich schon im vergangenen Jahr nach Überwindung der Asienkrise positiv entwickelt. Dies galt vor allem für den durch die Krise stark in Mitleidenschaft gezogenen Handel mit den ASEAN-Ländern⁹⁾. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2001 deutsche Waren im Wert von 64,9 Mrd. DM nach Asien geliefert, das entsprach einem Anteil von 10,4% an allen deutschen Ausfuhren.

7) Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz.

8) North American Free Trade Agreement; dazu gehören neben Mexiko die Vereinigten Staaten sowie Kanada.

9) Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

Tabelle 1: Außenhandel nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern¹⁾

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	Ausfuhr					Einfuhr				
	1. Hj 2000	2. Hj 2000	1. Hj 2001	Veränderung 1. Hj 2001 gegenüber 1. Hj 2000	Anteil im 1. Hj 2001 an insgesamt	1. Hj 2000	2. Hj 2000	1. Hj 2001	Veränderung 1. Hj 2001 gegenüber 1. Hj 2000	Anteil im 1. Hj 2001 an insgesamt
	Mill. DM			%		Mill. DM			%	
Europa	417 136	439 177	457 199	+ 9,6	73,0	356 064	391 967	393 469	+ 10,5	71,6
darunter:										
EU-Länder	325 909	333 977	351 485	+ 7,8	56,1	264 238	287 108	288 325	+ 9,1	52,5
darunter:										
Eurozone	255 888	262 199	276 681	+ 8,1	44,2	211 066	229 062	232 114	+ 10,0	42,3
darunter:										
Frankreich	65 216	68 099	71 456	+ 9,6	11,4	49 411	52 318	52 211	+ 5,7	9,5
Niederlande	37 306	37 931	39 454	+ 5,8	6,3	44 812	48 911	46 749	+ 4,3	8,5
Italien	43 720	44 684	48 232	+ 10,3	7,7	35 200	35 680	35 758	+ 1,6	6,5
Spanien	26 488	26 469	28 346	+ 7,0	4,5	16 629	15 501	16 770	+ 0,8	3,1
Österreich	30 061	31 982	32 004	+ 6,5	5,1	19 881	20 715	20 244	+ 1,8	3,7
Belgien	29 678	29 441	32 208	+ 8,5	5,1	24 576	26 537	28 901	+ 17,6	5,3
Luxemburg	2 312	2 661	2 846	+ 23,1	0,5	1 482	1 657	1 663	+ 12,2	0,3
Vereinigtes Königreich ..	48 135	48 941	51 885	+ 7,8	8,3	35 413	38 771	38 151	+ 7,7	6,9
EFTA-Länder ²⁾	28 544	31 379	32 785	+ 14,9	5,2	27 127	31 571	30 892	+ 13,9	5,6
darunter:										
Norwegen	4 122	4 270	4 770	+ 15,7	0,8	8 932	11 725	11 192	+ 25,3	2,0
Schweiz	23 673	26 409	27 419	+ 15,8	4,4	17 561	19 144	18 995	+ 8,2	3,5
Türkei	7 145	9 170	5 812	- 18,7	0,9	5 787	6 278	6 240	+ 7,8	1,1
Russische Föderation	5 433	7 591	8 401	+ 54,6	1,3	12 712	15 751	14 650	+ 15,2	2,7
Polen	13 493	14 874	14 390	+ 6,6	2,3	10 883	12 420	12 788	+ 17,5	2,3
Tschechische Republik	11 503	13 526	14 551	+ 26,5	2,3	12 052	13 116	13 667	+ 13,4	2,5
Ungarn	9 567	10 581	10 422	+ 8,9	1,7	9 822	10 882	11 674	+ 18,9	2,1
Afrika	9 848	10 578	11 449	+ 16,3	1,8	10 447	13 081	11 049	+ 5,8	2,0
Amerika	75 511	82 144	87 480	+ 15,9	14,0	56 644	60 867	61 298	+ 8,2	11,2
dar.: NAFTA-Länder ³⁾	66 236	71 619	76 450	+ 15,4	12,2	48 258	52 319	52 752	+ 9,3	9,6
dar.: Vereinigte Staaten	57 667	62 085	66 691	+ 15,6	10,6	43 454	47 483	47 712	+ 9,8	8,7
Asien	54 806	67 057	64 913	+ 18,4	10,4	79 442	90 722	80 603	+ 1,5	14,7
darunter:										
ASEAN-Länder ⁴⁾	9 399	11 466	11 809	+ 25,6	1,9	14 376	17 138	15 879	+ 10,5	2,9
China ⁵⁾	7 878	10 512	10 909	+ 38,5	1,7	16 149	19 812	17 838	+ 10,5	3,2
Japan	12 049	13 756	12 772	+ 6,0	2,0	26 000	26 029	24 074	- 7,4	4,4
Republik Korea	3 996	4 863	4 496	+ 12,5	0,7	5 177	6 219	4 541	- 12,3	0,8
Taiwan	4 686	5 102	4 317	- 7,9	0,7	6 258	7 839	6 481	+ 3,6	1,2
Australien und Ozeanien	3 786	4 023	3 969	+ 4,9	0,6	1 690	1 942	2 057	+ 21,7	0,4
Insgesamt ⁶⁾	562 449	604 895	626 427	+ 11,4	100	504 892	559 417	549 167	+ 8,8	100

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz. – 3) Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten. – 4) Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam. – 5) Ohne Taiwan und ohne Hongkong. – 6) Einschl. nichtaufgliederbares Intrahandelsergebnis. – Einschl. Zuschätzung für Befreiungen.

Die beiden wirtschaftlich wichtigsten Länder Ostasiens für den deutschen Außenhandel sind China (ohne Taiwan und ohne Hongkong) und Japan mit Anteilen von 1,7 bzw. 2,0% an den deutschen Ausfuhren. Die Entwicklung des Warenverkehrs mit diesen beiden Staaten verlief im vergangenen Halbjahr sehr unterschiedlich. Während die hohe Zuwachsrate von 23,1% bei den Warenlieferungen nach China aus dem ersten Halbjahr 2000 binnen Jahresfrist auf 38,5% noch gesteigert werden konnte, setzte sich die im vergangenen Jahr noch vergleichbare Entwicklung der Exporte nach Japan in diesem Jahr nicht fort. Die Ausfuhren nach Japan nahmen im Vergleichszeitraum nur um 6,0% auf 12,8 Mrd. DM zu.

Einfuhr

Die Einfuhren aus den Ländern der *Europäischen Union* nahmen gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 um 9,1% zu und erreichten einen Wert von 288,3 Mrd. DM. Dies entsprach einem Anteil von 52,5% an der gesamten Einfuhr. Es entfielen davon 232,1 Mrd. DM auf Warenbezüge aus dem gemeinsamen Währungsraum. Dies waren 42,3% der gesamten deutschen Einfuhr.

Die Einfuhren aus *nicht zur EU gehörenden europäischen Ländern* stiegen im ersten Halbjahr 2001 binnen Jahresfrist um 14,5% auf 105,2 Mrd. DM. Dabei nahmen die Einfuhren aus Norwegen um 25,3% auf 11,2 Mrd. DM zu und die aus der Russischen Föderation um 15,2% auf 14,7 Mrd. DM. Norwegen und die Russische Föderation sind Deutschlands wichtigste Erdöllieferländer. Die nominale und reale Entwicklung der Einfuhren aus diesen beiden Ländern ist zwangsläufig eng an die Entwicklung der Rohölpreise gekoppelt. Im ersten Halbjahr 2000 kostete russisches Erdöl im Durchschnitt 367 DM je Tonne gegenüber 386 DM je Tonne im ersten Halbjahr 2001. Das norwegische Erdöl verteuerte sich im selben Zeitraum von 416 auf 447 DM je Tonne. Trotzdem nahmen die Liefermengen des billigeren russischen Erdöls geringfügig ab (um 0,6% auf 14,7 Mill. t) und die des teureren norwegischen Öls zu (um 23,3% auf 10,3 Mill. t).

Im ersten Halbjahr 2001 sind auch die Einfuhren aus Polen (12,8 Mrd. DM), der Tschechischen Republik (13,7 Mrd. DM) und Ungarn (11,7 Mrd. DM) überdurchschnittlich gestiegen (um 17,5%, 13,4% bzw. 18,9%). Lediglich die Einfuhren aus der Schweiz in Höhe von 19,0 Mrd. DM und der Türkei (6,2 Mrd. DM) wiesen moderatere Zuwachsraten auf (+8,2 bzw. +7,8%).

Die Importe aus den *Vereinigten Staaten* sind binnen Jahresfrist um 9,8% auf 47,7 Mrd. DM gestiegen. Der deutsche Handelsbilanzüberschuss erreichte im bilateralen Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten somit einen Wert von 19,0 Mrd. DM.

Die Importe aus *Mexiko*, die im ersten Halbjahr 2000 gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 um 5,5% gesunken waren, wuchsen binnen Jahresfrist wieder um 16,2% auf 1,6 Mrd. DM.

Die Gesamteinfuhren aus *Asien* blieben gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 mit 80,6 Mrd. DM (+1,5%) fast konstant. Dagegen legten die Einfuhren aus den ASEAN-Ländern um 10,5% auf 15,9 Mrd. DM zu. Aus Singapur wurden Waren im Wert von 4,0 Mrd. DM eingeführt und aus Malaysia Waren im Wert von 3,5 Mrd. DM. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 bedeutete dies für die Einfuhren aus diesen beiden Ländern einen Zuwachs von 17,6 bzw. 9,7%. Die Einfuhren aus China (ohne Taiwan und ohne Hongkong) stiegen um 10,5% auf 17,8 Mrd. DM, womit sie – wie schon 1999 und 2000 – wertmäßig deutlich über den Einfuhren aus den ASEAN-Ländern lagen. Im ersten Halbjahr 2001 wurden aus der Republik Korea Waren im Wert von 4,5 Mrd. DM eingeführt (-12,3%) und aus Taiwan Waren im Wert von 6,5 Mrd. DM (+3,6%).

Handelsbilanz

Die deutsche Handelsbilanz erreichte im ersten Halbjahr 2001 *insgesamt* einen Überschuss von 77,3 Mrd. DM und lag damit um fast 20 Mrd. DM über dem Ergebnis des ersten Halbjahres 2000.

Im *innergemeinschaftlichen* Warenverkehr wies die deutsche Handelsbilanz im ersten Halbjahr 2001 ein Plus von 63,2 Mrd. DM auf. Im entsprechenden Vorjahreshalbjahr hatte der Überschuss 61,7 Mrd. DM betragen. Deutschland erzielte im ersten Halbjahr 2001 gegenüber allen Ländern der Europäischen Union außer Irland, Finnland und den Niederlanden Ausfuhrüberschüsse.

Im *Handel mit Drittländern* wurde aus dem deutschen Passivsaldo in der Handelsbilanz des ersten Halbjahres 2000 binnen Jahresfrist ein Aktivsaldo. Ursache war der stärkere Zuwachs der Ausfuhr (+16,2%) gegenüber den Einfuhren (+8,4%). Hierbei gab es allerdings deutliche Unterschiede in den einzelnen Ländern und Regionen.

Im ersten Halbjahr 2001 ist das *deutsch-asiatische Handelsbilanzdefizit* zum ersten Mal seit langer Zeit zurückgegangen. Mit 15,7 Mrd. DM lag es um 36,3% unter dem des ersten Halbjahres 2000. Dieser deutliche Abbau des Handelsbilanzdefizits ist auch bei den wichtigsten asiatischen Handelspartnern Japan (11,3 Mrd. DM; -19,0%), China (6,9 Mrd. DM; -16,2%) und den ASEAN-Ländern (4,1 Mrd. DM; -18,2%) zu beobachten, wenn auch nicht im gleichen Umfang wie für den gesamten asiatischen Handelsraum.

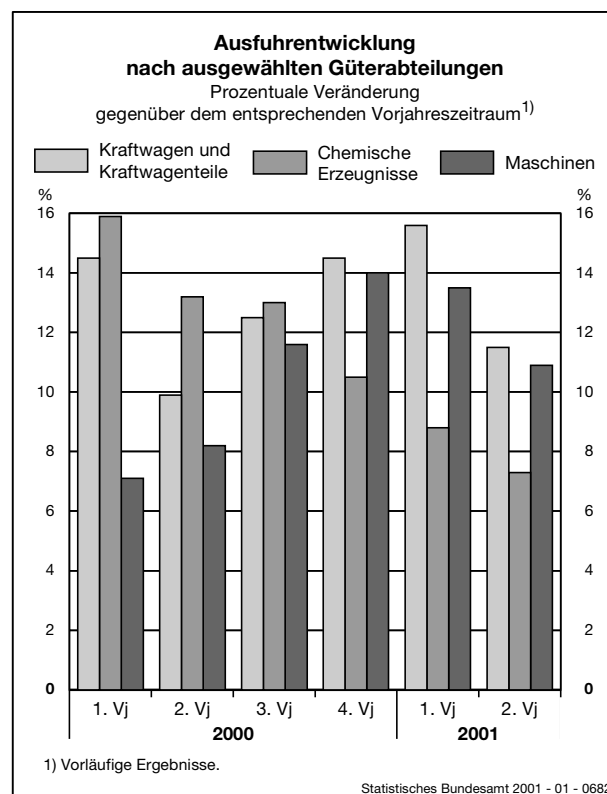
Der Außenhandel nach Warengruppen

Deutschlands *Exporte* werden von wenigen Warengruppen dominiert. Die drei mit Abstand wichtigsten Güterabteilungen¹⁰⁾ sind Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen sowie Chemische Erzeugnisse. Wie auch in den Vorjahren erwiesen sich im ersten Halbjahr 2001 vor allem Kraftwagen und Kraftwagenteile als Motor der deutschen Exportwirtschaft. Ihre Ausfuhr stieg gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 13,5% auf 115,3 Mrd. DM (siehe Tabelle 2). Die Ausfuhr von Kraftwagen und Kraftwagenteilen machten damit einen Anteil von 18,4% an der gesamten deutschen Ausfuhr aus.

Die Exporte von Maschinen und Chemischen Erzeugnissen wiesen ebenfalls deutliche Zuwachsraten auf. Die grenzüberschreitenden Lieferungen von Chemischen Erzeugnissen lagen mit einem Wert von 77,2 Mrd. DM um 8,1% über dem im ersten Halbjahr 2000 erzielten Ergebnis. Die Maschinenexporte übertrafen trotz der weltweiten konjunkturellen Abkühlung das Vorjahresergebnis mit einem Wert von 88,4 Mrd. DM um 12,2%. Damit konnte das Wachstum von 11,0% im ersten Halbjahr 2000 gegenüber dem Vorjahreszeitraum in diesem Bereich sogar noch gesteigert werden.

Die weltwirtschaftliche Abschwächung, die sich seit dem Frühjahr 2001 abzeichnet, wirkte sich in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2001 fast durchgängig mit sinkenden Zuwachsraten bei der Ausfuhr der drei wichtigsten Güterabteilungen aus (siehe Schaubild 4). Obwohl in

Schaubild 4



10) Nach der Gliederung des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95).

Tabelle 2: Außenhandel nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1995)¹⁾

Warengruppe	Ausfuhr					Einfuhr				
	1. Hj 2000	2. Hj 2000	1. Hj 2001	Veränderung 1. Hj 2001 gegenüber 1. Hj 2000	Anteil im 1. Hj 2001 an insgesamt	1. Hj 2000	2. Hj 2000	1. Hj 2001	Veränderung 1. Hj 2001 gegenüber 1. Hj 2000	Anteil im 1. Hj 2001 an insgesamt
	Mill. DM			%		Mill. DM			%	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd	3 926	4 137	3 971	+ 1,1	0,6	14 237	13 677	14 604	+ 2,6	2,7
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	537	339	467	- 13,0	0,1	567	449	551	- 2,9	0,1
Fische und Fischereierzeugnisse	248	229	161	- 35,0	0,0	482	497	471	- 2,4	0,1
Kohle und Torf	251	173	232	- 7,4	0,0	825	1 096	1 416	+ 71,6	0,3
Erdöl und Erdgas	1 549	1 887	3 108	+ 100,7	0,5	28 988	36 050	34 520	+ 19,1	6,3
Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erze	57	75	68	+ 20,0	0,0	2 362	2 612	2 676	+ 13,3	0,5
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	756	783	797	+ 5,5	0,1	1 115	1 250	1 088	- 2,5	0,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	19 031	20 749	20 869	+ 9,7	3,3	22 327	24 028	24 119	+ 8,0	4,4
Tabakerzeugnisse	1 754	1 744	1 952	+ 11,3	0,3	688	725	677	- 1,6	0,1
Textilien	10 743	11 792	11 557	+ 7,6	1,8	11 808	13 906	12 146	+ 2,9	2,2
Bekleidung	6 059	6 671	6 561	+ 8,3	1,0	16 123	17 282	17 113	+ 6,1	3,1
Leder und Lederwaren	2 510	2 562	2 696	+ 7,4	0,4	6 066	6 093	6 238	+ 2,8	1,1
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel) ...	3 183	3 586	3 529	+ 10,9	0,6	4 970	4 684	4 286	- 13,8	0,8
Papier	12 660	13 410	13 366	+ 5,6	2,1	11 177	12 150	12 315	+ 10,2	2,2
Verlags- und Druckerzeugnisse	4 063	4 572	4 352	+ 7,1	0,7	2 708	3 030	2 763	+ 2,1	0,5
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	5 096	6 192	5 395	+ 5,9	0,9	9 556	14 730	10 622	+ 11,2	1,9
Chemische Erzeugnisse	71 424	73 748	77 179	+ 8,1	12,3	44 194	52 847	54 091	+ 22,4	9,8
Gummi- und Kunststoffwaren	17 594	18 840	18 888	+ 7,4	3,0	12 150	12 381	12 473	+ 2,7	2,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	7 482	8 034	7 962	+ 6,4	1,3	6 202	6 528	6 374	+ 2,8	1,2
Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE- Metalle und -erzeugnisse	27 323	29 813	30 132	+ 10,3	4,8	26 294	28 809	28 786	+ 9,5	5,2
Metallerzeugnisse	16 781	17 755	18 177	+ 8,3	2,9	11 051	11 672	11 730	+ 6,1	2,1
Maschinen	78 786	86 638	88 397	+ 12,2	14,1	34 121	36 761	37 877	+ 11,0	6,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	15 859	18 835	16 494	+ 4,0	2,6	26 790	31 970	28 530	+ 6,5	5,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	27 841	30 444	31 505	+ 13,2	5,0	21 652	23 766	23 966	+ 10,7	4,4
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	29 134	35 495	34 124	+ 17,1	5,4	30 545	37 911	35 667	+ 16,8	6,5
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	20 803	23 443	23 861	+ 14,7	3,8	14 113	15 786	16 067	+ 13,8	2,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	101 549	103 118	115 261	+ 13,5	18,4	47 086	45 541	50 479	+ 7,2	9,2
Sonstige Fahrzeuge	22 227	24 398	28 956	+ 30,3	4,6	21 929	22 797	26 096	+ 19,0	4,8
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	9 542	10 693	10 002	+ 4,8	1,6	12 255	12 954	12 688	+ 3,5	2,3
Energie	487	467	675	+ 38,4	0,1	507	394	696	+ 37,2	0,1
Sonstige Waren ²⁾	43 196	44 272	45 734	+ 5,9	7,3	62 005	67 039	58 043	- 6,4	10,6
Insgesamt ...	562 449	604 895	626 427	+ 11,4	100	504 892	559 417	549 167	+ 8,8	100

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten, sowie nichtaufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

der Güterabteilung der Kraftwagen und Kraftwagenteile im ersten Quartal 2001 das Wachstum gegenüber dem Vorjahresquartal noch einmal von 14,5% im Vorquartal auf 15,6% gesteigert werden konnte, machte sich die konjunkturelle Entwicklung im zweiten Quartal auch hier mit einer gesunkenen Zuwachsrates von 11,5% bemerkbar. In keiner der drei wichtigsten Warengruppierungen wuchsen die Exporte im zweiten Vierteljahr 2001 stärker als im ersten. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 verzeichneten die folgenden größeren Warengruppen herausragende Zuwachsrates (siehe auch Tabelle 2):

- Erze (+20,0%)
- Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung (+13,2%)

- Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente (+17,1%)
- Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren (+14,7%)

Auf der *Einfuhrseite* hatten die drei wichtigsten Güterabteilungen einen deutlich geringeren Anteil am grenzüberschreitenden Warenverkehr, aber auch hier liegen ihre Anteile über denen der übrigen Güterabteilungen. Kraftwagen und Kraftwagenteile machten im ersten Halbjahr 2001 bei einem Wert von 50,5 Mrd. DM 9,2% der gesamten deutschen Einfuhren aus, Chemische Erzeugnisse 9,8% und Maschinen 6,9%. In allen drei Bereichen wurden wertmäßig mehr Waren eingeführt als im ersten Halbjahr 2000. Dabei war der Zuwachs bei den Chemischen Erzeugnissen am größten (+22,4%). Im Vorjahr

waren die größten Anstiege der Einfuhrwerte in den Güterabteilungen „Erdöl und Erdgas“ und „Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe“ zu verzeichnen (+ 113,6 bzw. + 83,2% im ersten Halbjahr 2000 gegenüber dem ersten Halbjahr 1999). Die Entwicklung dieser Einfuhrwerte ging dabei ausschließlich auf den sehr hohen Preisanstieg des Rohöls sowie die weitere Verschlechterung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar zurück. Im vergangenen Halbjahr war der wertmäßige Anstieg der Einfuhren in diesen Warengruppen moderater. So wuchsen die Importe von Erdöl und Erdgas um 19,1% auf 34,5 Mrd. DM und die Einfuhren von Kokereierzeugnissen, Mineralölerzeugnissen, Spalt- und Brutstoffen um 11,2% auf 10,6 Mrd. DM.

Vergleicht man Exporte und Importe der unterschiedlichen Güterabteilungen hinsichtlich ihrer Entwicklung und ihrer Anteile am deutschen Außenhandel, so stellt man teilweise deutliche Parallelen fest. So haben die drei wichtigsten Warengruppen der Ausfuhr zugleich auch die höchsten Anteile an der Einfuhr. Einige Güterabteilungen mit überdurchschnittlich hohen Exportzuwächsen verzeichneten im vergangenen Halbjahr auch ein vergleichsweise starkes Wachstum in der Einfuhr. So stiegen die Ausfuhren von sonstigen Fahrzeugen (Fahrzeuge außer Kraftwagen) gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30,3% auf 29,0 Mrd. DM an, während gleichzeitig die Einfuhren um 19,0% auf 26,1 Mrd. DM wuchsen. Gleiches gilt für die Güterabteilungen „Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente“ und „Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren“, deren Ausfuhren um 17,1 bzw. 14,7% auf 34,1 bzw. 23,9 Mrd. DM anstiegen, während die Einfuhren im gleichen Zeitraum 35,7 bzw. 16,1 Mrd. DM mit Zuwächsen von 16,8 bzw. 13,8% betrugen. Dies deutet auf einen ausgeprägten intra-industriellen Handel hin, das heißt den internationalen Austausch von Waren gleicher Art.

Die deutsche Wirtschaft erreichte im grenzüberschreitenden Warenhandel mit den drei wichtigsten Güterabteilungen hohe Ausfuhrüberschüsse. Im ersten Halbjahr 2001 betrug dieser Überschuss bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen 64,8 Mrd. DM (56% der Ausfuhr dieser Güterabteilung), bei Chemischen Erzeugnissen 23,1 Mrd. DM (30% der Ausfuhr) und bei Maschinen 50,5 Mrd. DM (57% der Ausfuhr).

Ausblick

Der weltwirtschaftliche Abschwung hat in den vergangenen Monaten auf immer mehr Länder und Regionen übergreifen. Dennoch mehrten sich im Sommer 2001 die Hinweise, dass die Talsohle erreicht ist und die weltwirtschaftliche Aktivität in den verbleibenden Monaten des Jahres wieder aufwärts gerichtet sein wird.¹¹⁾ Die Auswirkungen der beispiellosen Terroranschläge in den Vereinigten Staaten auf die konjunkturelle Entwicklung sind jedoch derzeit nicht abzuschätzen. Sie werden von den unterschiedlichsten Faktoren bestimmt. Der Schock traf die Weltwirtschaft zum Zeitpunkt einer generell

schwachen Konjunktur, sodass von den meisten Beobachtern für das dritte Quartal 2001 ein weiterer Rückgang erwartet wird. Die Ölmärkte zeigen derzeit eine gewisse Nervosität. Die OPEC hat jedoch signalisiert, dass sie einen Anstieg des Ölpreises durch eine entsprechende Ausweitung der Fördermengen verhindern will. Zudem versuchen die Notenbanken die Refinanzierung der Geschäftsbanken zu verbilligen, um so Kurseinbrüchen an den Finanzmärkten und schädlichen Auswirkungen der Anschläge auf die Konjunktur entgegenzuwirken. In die gleiche Richtung zielen staatliche Investitionsprogramme und Steuersenkungen in den Vereinigten Staaten. Unter diesen Voraussetzungen könnte die konjunkturelle Abschwächung der Weltwirtschaft trotz der Terroranschläge im nächsten Jahr gestoppt werden, wenn die weltpolitische Situation nicht eskaliert.¹²⁾ ■

11) Siehe Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft, September 17/01.

12) Siehe Leibfritz, W./Nierhaus, W.: „Die Terroranschläge in den USA und die Folgen für die Weltwirtschaft“, ifo Schnelldienst 18/2001.

Kinderunfälle im Straßenverkehr 2000

Der Beitrag gibt einen Überblick über das Unfallgeschehen mit Kindern im Straßenverkehr. Bei der Darstellung wird die längerfristige Entwicklung des Unfallrisikos von Kindern beleuchtet sowie auf die wichtigsten Arten der Verkehrsbeteiligung (Fußgänger, Fahrradfahrer bzw. Pkw-Insasse) eingegangen, bei denen Kinder zu Schaden kamen. Weiterhin werden das Unfallrisiko nach Geschlecht, Altersjahrgängen und Bundesländern untersucht sowie die tageszeitliche und saisonale Verteilung der Zahl der verunglückten Kinder sowie die Unfallursachen dargestellt. Zur Abrundung wird das Unfallrisiko von Kindern in den Ländern Europas verglichen.

Dipl.-Volkswirtin Sigrid Nicodemus

Ein Überblick

Kinder sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer; ein Hauptaugenmerk der Verkehrssicherheitspolitik gilt daher immer schon den Kindern. Seit 1970 hat sich die Verkehrssicherheit für Kinder wesentlich verbessert. Die Gründe dafür sind vielfältig und können hier nur exemplarisch aufgezählt werden. Zu erwähnen sind straßenbau-liche Maßnahmen, Errichtung von „Tempo 30-Zonen“, Benutzungspflicht von Rückhaltesystemen für Kinder im Pkw, Benutzung von Fahrradhelmen, eine bessere medizinische Notfallversorgung, eine bessere Verkehrserziehung, aber auch ein geändertes Spiel- und Sozialverhalten der Kinder. Die Straßenverkehrsunfallstatistik kann den Effekt der vorgenannten Maßnahmen quantifizieren und vergleichen. Der Beitrag beleuchtet die wichtigsten Aspekte des Unfallgeschehens mit Kindern, denn trotz der positiven Entwicklung kam im Durchschnitt des Jahres 2000 in Deutschland alle 12 Minuten ein Kind im Straßenverkehr zu Schaden.

Im Jahr 2000 verunglückten insgesamt 45 381 Kinder unter 15 Jahren bei Straßenverkehrsunfällen in Deutschland, das waren 7,7% weniger als im Vorjahr. Davon wurden 35 992 leicht (-6,4%) und 9 149 schwer verletzt (-12,1%). Die Zahl der getöteten Kinder ist um 24% auf 240 gefallen, damit kamen seit Bestehen der Statistik, das heißt seit 1953, noch in keinem Jahr so wenige Kinder wie im Jahr 2000 im Straßenverkehr ums Leben.

Tabelle 1: Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder unter 15 Jahren

Verunglückte Kinder unter 15 Jahren	2000	1999	Veränderung 2000 gegenüber 1999
	Anzahl		%
Verunglückte	45 381	49 184	- 7,7
Getötete	240	317	- 24,3
Schwerverletzte ...	9 149	10 405	- 12,1
Leichtverletzte	35 992	38 462	- 6,4

Ein wesentlicher Grund für die starken Rückgänge der Verunglücktenzahlen im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr dürfte die relativ schlechte Witterung im Jahr 2000 gewesen sein. Dies hat vermutlich dazu geführt, dass die Verkehrsteilnahme der Kinder geringer als im Jahr 1999 gewesen ist und diese sich weniger häufig im Freien aufgehalten haben. Die stärksten Rückgänge wurden daher auch bei den Fahrradbenutzern ermittelt: Es verunglück-

ten im Jahr 2000 12% weniger Kinder mit dem Fahrrad, 6,0% weniger Kinder als Pkw-Insassen und 5,2% weniger als Fußgänger als 1999.

Tabelle 2: Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder unter 15 Jahren nach Art der Verkehrsbeteiligung

Verunglückte Kinder unter 15 Jahren	2000	1999	Veränderung 2000 gegenüber 1999
	Anzahl		%
Verunglückte	45 381	49 184	- 7,7
darunter:			
Fußgänger	12 194	12 857	- 5,2
Fahrradfahrer ¹⁾ ...	15 572	17 657	- 11,8
Insassen von Pkw ..	15 362	16 348	- 6,0
Getötete	240	317	- 24,3
darunter:			
Fußgänger	69	84	- 17,9
Fahrradfahrer ¹⁾ ..	55	80	- 31,3
Insassen von Pkw ..	103	139	- 25,9

1) Einschl. Mitfahrer.

Längerfristige Entwicklung des Unfallrisikos

Seit 1970 ist das Unfallrisiko für Kinder – trotz der noch immer hohen Zahlen – deutlich geringer geworden: Damals verunglückten im früheren Bundesgebiet 72 499 Kinder, und damit gut eineinhalbmal so viele wie im Jahr 2000 in Deutschland (einschl. der neuen Länder) mit 45 381. Gesamtdeutsche Zahlen liegen erst seit 1978 vor. In diesem Jahr wurden in Deutschland (einschl. dem Gebiet der ehemaligen DDR) 72 129 verunglückte Kinder registriert.

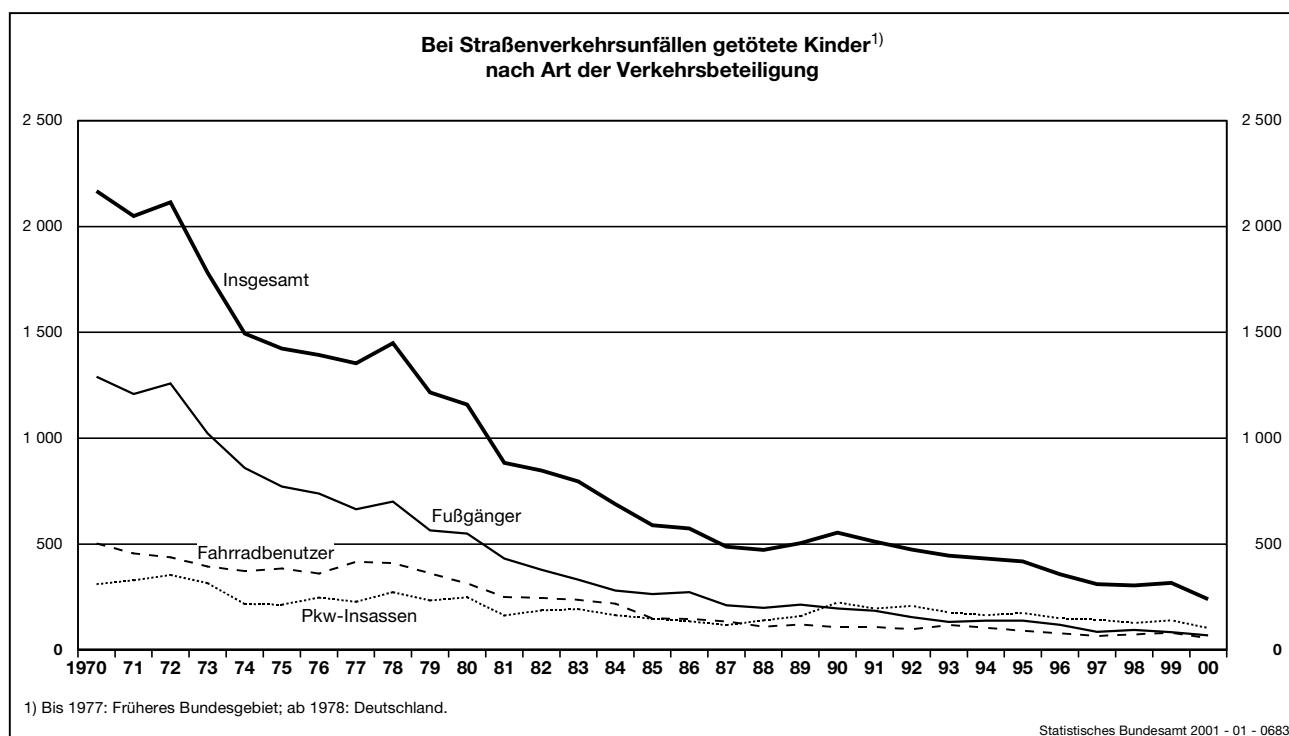
Das Risiko, als Kind im Straßenverkehr getötet zu werden, war 1970 im früheren Bundesgebiet mit 2 167 getöteten Kindern rund neunmal so hoch wie im Jahr 2000

Tabelle 3: Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder unter 15 Jahren nach Art der Verkehrsbeteiligung

Verunglückte Kinder unter 15 Jahren	Deutschland 2000	Früheres Bundesgebiet 1970
Verunglückte	45 381	72 499
darunter:		
Fußgänger	12 194	35 404
Fahrradfahrer ¹⁾	15 572	15 595
Insassen von Pkw	15 362	19 645
Getötete	240	2 167
darunter:		
Fußgänger	69	1 290
Fahrradfahrer ¹⁾	55	503
Insassen von Pkw	103	310

1) Einschl. Mitfahrer.

Schaubild 1



im gesamten Bundesgebiet mit 240. 1978 waren es in Deutschland (einschl. dem Gebiet der ehemaligen DDR) noch 1 449 im Straßenverkehr getötete Kinder gewesen. Insbesondere hat sich die Situation bei den Fußgängern verbessert: Im Jahr 2000 kamen in Deutschland 69 Kinder als Fußgänger ums Leben, 1970 waren es allein im früheren Bundesgebiet mit 1 290 fast neunzehnmal so viele gewesen. 503 Kinder kamen 1970 im früheren Bundesgebiet als Fahrradbenutzer und 310 als Pkw-Insassen ums Leben. Im Jahr 2000 wurden in Deutschland noch 55 Kinder als Fahrradbenutzer und 103 als Pkw-Insassen getötet.

Auch wenn man sinkende Kinderzahlen berücksichtigt (1970 gab es 14,1 Mill. Kinder im früheren Bundesgebiet gegenüber 12,9 Mill. im Jahr 2000 in Deutschland), errechnet sich heute eine deutlich geringere Unfallhäufigkeit. 1970 kamen 15 Kinder je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe (unter 15 Jahren) bei Verkehrsunfällen ums Leben, im Jahr 2000 waren es in Deutschland „nur“ 2 je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe. Auch das Verletzungsrisiko ist geringer geworden, allerdings nicht im gleichen Ausmaß: 1970 wurden im früheren Bundesgebiet 500 Kinder je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe bei Straßenverkehrsunfällen verletzt, 2000 waren es in Deutschland 350.

Verunglückte Kinder nach Art der Verkehrsbeteiligung und Altersgruppen

Als Ergebnis dieser positiven Entwicklung kann heute festgestellt werden, dass Kinder unter 15 Jahren im Vergleich zu anderen Altersgruppen deutlich weniger gefährdet sind: Im Mittel der Altersgruppen der 25- bis unter 65-Jährigen verunglückten im Jahr 2000 in Deutschland

601 Personen je 100 000 Einwohner im Straßenverkehr, darunter 8 tödlich. Von je 100 000 Kindern verunglückten demgegenüber 352, darunter 2 tödlich.

Die meisten Kinder verunglückten 2000 als Fahrradbenutzer oder Pkw-Insassen, nämlich jeweils 34%. 27% wurden Opfer von Verkehrsunfällen als Fußgänger und 5,0% verunglückten in den übrigen Verkehrsbeteiligungsarten (u.a. Motorzweirad, Kraftomnibus).

Dabei ergibt sich in den einzelnen Altersgruppen ein unterschiedliches Bild:

Es verunglückten

- Kinder unter 6 Jahren zu 56% im Pkw, zu 31% als Fußgänger und zu 9,3% als Fahrradbenutzer.
- Kinder im Alter zwischen 6 bis unter 10 Jahren zu 37% als Fußgänger, zu 32% als Insasse im Pkw und zu 27% als Fahrradbenutzer.
- Kinder über 10 Jahren zu 47% als Fahrradbenutzer, zu 26% als Pkw-Insasse und zu 20% als Fußgänger.

Verunglückte Fußgänger nach dem Alter

Als Fußgänger verunglückten im Jahr 2000 insgesamt 12 194 Kinder, an den Unfallfolgen verstarben davon 69.

Mit zunehmendem Alter und größerer Selbstständigkeit steigt der Anteil der Kinder, die ohne Aufsicht Erwachsener am Straßenverkehr als Fußgänger teilnehmen, rasch an. Parallel dazu nehmen auch die Verunglücktenzahlen der Kinder als Fußgänger zu. Dieser Zusammenhang wurde auch im Jahr 2000 festgestellt. Es verunglückten

Schaubild 2

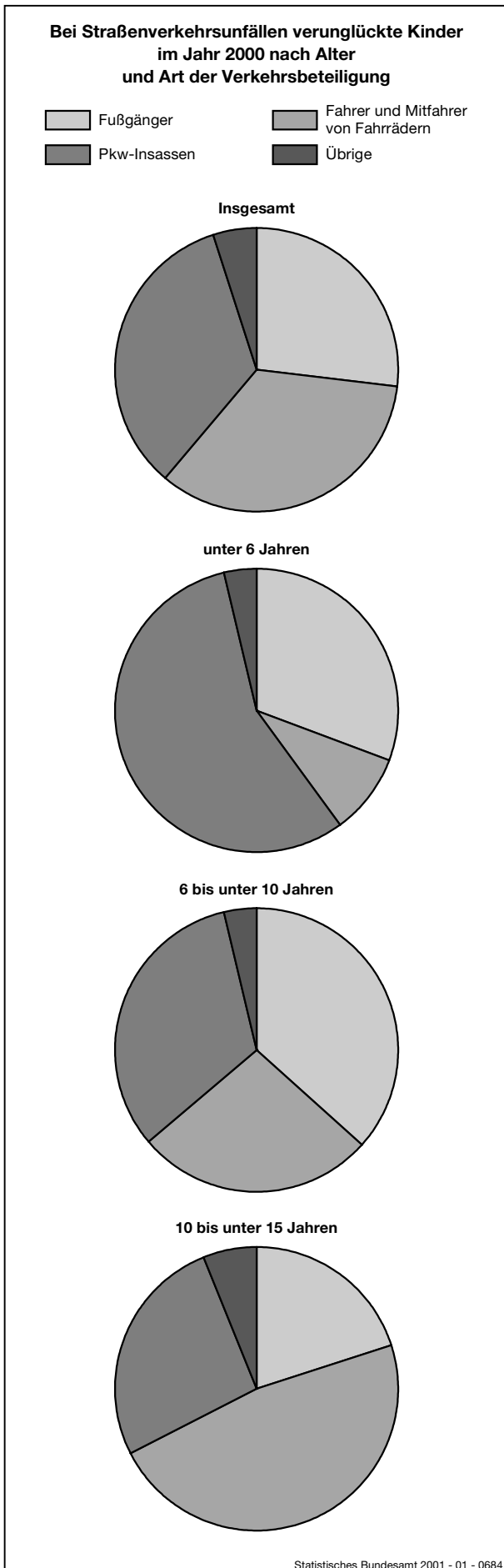
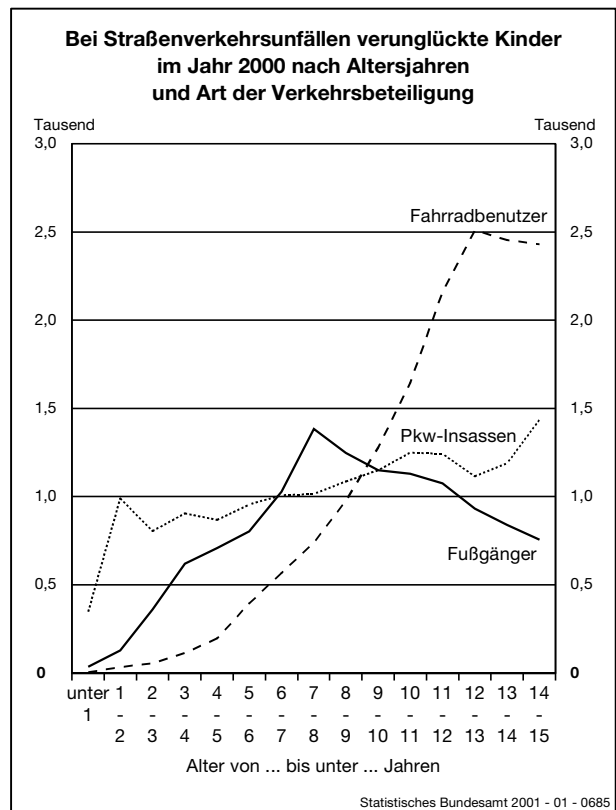


Schaubild 3



128 1-jährige, 360 2-jährige und bereits 619 3-jährige Kinder als Fußgänger im Straßenverkehr. Für die folgenden Altersjahrgänge stiegen die Zahlen weiter an und erreichten ihr Maximum mit 1383 verunglückten Fußgängern bei den 7-Jährigen, danach nahmen die Verunglücktenzahlen allmählich wieder ab. Von den 14-jährigen Kindern verunglückten immerhin „noch“ 756 als Fußgänger.

Unfallursachen der Fußgänger

Bei der Analyse der Ursachen von Kinderunfällen ist es sinnvoll, sich auf die Altersgruppen zu beschränken, die bereits in der Lage sind, selbstständig – ohne Begleitung Erwachsener – am Verkehr teilzunehmen, dies sind die 6- bis 14-jährigen Kinder. Diese machten meist Fehler beim Überqueren der Fahrbahn, die 91% aller Unfallursachen der beteiligten Fußgänger in diesem Alter darstellten: An erster Stelle der Unfallursachen bei Unfällen mit Personenschaden stand ein „Überschreiten der Fahrbahn ohne auf den Fahrzeugverkehr zu achten“ mit einem Anteil von 50% aller Unfallursachen, gefolgt von einem „Überschreiten der Fahrbahn durch plötzliches Hervortreten hinter Sichthindernissen“ (z. B. zwischen parkenden Fahrzeugen) mit 25%. Aufgrund der geringen Körpergröße werden Kinder oft von den Kraftfahrern übersehen bzw. fehlt ihnen häufig der Überblick. Die weiteren Unfallursachen hatten eine wesentlich geringere Bedeutung, die wichtigsten waren „Falsches Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn an Stellen, an denen der Fußgängerverkehr durch Lichtzeichen geregelt war“ (6,5%) bzw. „in der Nähe von Kreuzungen oder Einmündungen, Lichtzeichenanlagen oder Fußgängerüberwegen bei dichtem

Verkehr“ (5,5%). „Spielen auf bzw. neben der Fahrbahn“ stellte 2,7% der Unfallursachen der 6- bis 14-jährigen Fußgänger dar.

Verunglückte Fahrradfahrer nach Altersjahren

Auch im Jahr 2000 zeigte sich, dass Kinder mit dem Fahrrad besonders häufig im Straßenverkehr verunglückten. Insgesamt waren dies 15572, darunter 453 als Mitfahrer. Dabei wurden 55 Kinder getötet.

Kinder verunglückten in den ersten vier Lebensjahren im Jahr 2000 relativ selten mit dem Fahrrad (206) und dann – erwartungsgemäß – zumeist als Mitfahrer (146 bzw. 71%). Mit zunehmendem Lebensalter und einer aktiveren Verkehrsteilnahme stieg die Zahl der verunglückten Radfahrer kontinuierlich an. Bei den 9-Jährigen verunglückten bereits mehr Kinder auf dem Fahrrad als zu Fuß. Mit Abstand die meisten Kinder kamen im Alter zwischen 10 und 15 Jahren als Fahrradbenutzer zu Schaden. In dieser Altersgruppe verunglückten mit 11207 Radfahrern (oder 47% aller Verunglückten dieser Altersgruppe) mehr als doppelt so viele Kinder wie als Fußgänger (4733).

Wie in der Vergangenheit waren im Jahr 2000 die 14-Jährigen am stärksten gefährdet, von ihnen verunglückten 270 je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe. Das waren absolut weniger verunglückte Kinder (2431) als bei den 12-Jährigen, von denen 2510 Kinder bzw. 264 je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe verunglückten, gefolgt von den 13-Jährigen mit 2455 bzw. 263 je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe. In allen anderen Altersjahrgängen – auch denen der Jugendlichen und Erwachsenen – war das Unfallrisiko sowohl absolut als auch bezogen auf die Einwohnerzahlen der jeweiligen Altersgruppe geringer. Ein Grund hierfür dürfte die vermutlich größere Fahrleistung der 10- bis unter 15-Jährigen sein, die nahezu alle ein eigenes Fahrrad besitzen dürften. Bedingt durch längere Wege zu weiterführenden Schulen und durch eine extensivere Freizeitgestaltung (z. B. sportliche Aktivitäten) ist die Verkehrsbeteiligung und damit auch die Unfallbeteiligung in dieser Altersgruppe höher als in den anderen Jahrgängen. Aber auch die fehlende Erfahrung – Kinder können häufig Gefahrensituationen noch nicht rechtzeitig erkennen und richtig einschätzen – sowie die mit dem Alter zunächst wachsende Risikobereitschaft dürften auch im Jahr 2000 eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Unfallursachen der Fahrradfahrer

Die häufigsten Unfallursachen, die den an einem Unfall mit Personenschaden beteiligten 6- bis 14-jährigen Radfahrern von der Polizei angelastet wurden, waren falsche Straßenbenutzung (24%), Fehler beim Einfahren in den fließenden Verkehr (18%), Vorfahrt-/Vorrangfehler (16%) sowie Fehler beim Abbiegen (5,9%).

Verunglückte Pkw-Insassen

Dem größten Risiko, im Straßenverkehr getötet zu werden, sind Kinder als Pkw-Insassen ausgesetzt; 43% oder

103 der getöteten Kinder starben im Jahr 2000 im Pkw. Insgesamt verunglückten 15362 Kinder als Pkw-Insassen. Aus Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen geht hervor, dass Kinder bis zwölf Jahren zwar deutlich häufiger als Erwachsene angeschnallt waren, dennoch waren nur 94% der Kinder im Fond eines Pkw mittels 3-Punkt-Gurten bzw. speziellem Rückhaltesystem gesichert.

Eine altersabhängige Häufigkeitsverteilung – wie bei den Fußgängern und Radfahrern – war bei den als Pkw-Insassen verunglückten Kindern nicht festzustellen.

Verunglückte nach dem Geschlecht

Jungen waren auch im Jahr 2000 im Straßenverkehr stärker gefährdet als Mädchen. 57% der verunglückten Kinder waren Jungen und 43% Mädchen. Nur bei den Kindern unter zwei Jahren gab es hinsichtlich ihrer Geschlechtszugehörigkeit und ihrer Beteiligung an Unfällen keine Unterschiede. Im Jahr 2000 waren 49% der Verunglückten unter zwei Jahren männlich und 51% weiblich. Ab dem 3. Lebensjahr verunglückten jedoch deutlich mehr Jungen als Mädchen. In den Altersjahrgängen zwischen dem 3. und dem 14. Lebensjahr lagen die Anteile der verunglückten Jungen zwischen 55 und 60%. Die Gründe für die höhere Unfallgefährdung der Jungen dürften vor allem in der vermutlich stärkeren Verkehrsbeteiligung in den Nachmittagsstunden und ihrer größeren Risikobereitschaft liegen, wie Untersuchungen der vergangenen Jahre gezeigt haben.

Auch die Kennziffer „Verunglückte je 100 000 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe“ macht die unterschiedliche Unfallgefährdung der Geschlechter deutlich. Mit 390 Verunglückten je 100 000 Einwohner war das Unfallrisiko von Jungen deutlich höher als das von Mädchen (312).

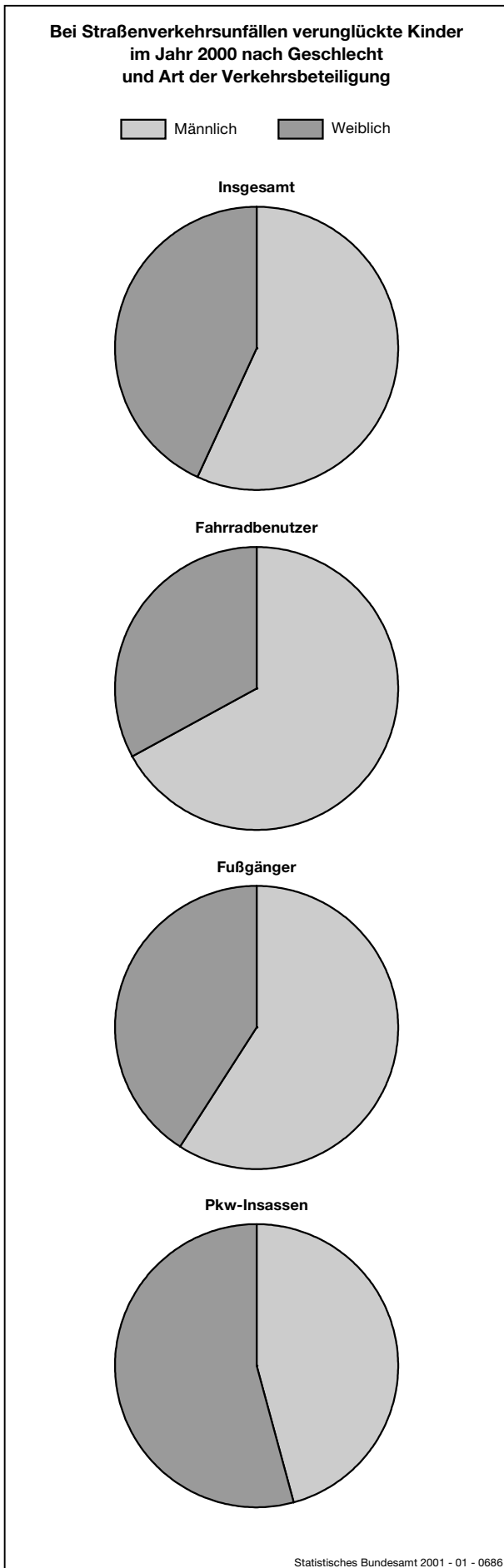
Betrachtet man die Art der Verkehrsbeteiligung, bei der die Kinder zu Schaden kamen, so werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede noch ausgeprägter. Insbesondere als Fahrradfahrer waren Jungen wesentlich gefährdeter als Mädchen, so waren 67% der im Jahr 2000 verunglückten Fahrradbenutzer Jungen und nur 33% Mädchen. Mit 158 Verunglückten je 100 000 Einwohner waren Jungen damit fast doppelt so stark gefährdet wie Mädchen (82). Bei den verunglückten Fußgängern waren die Unterschiede nicht ganz so gravierend, aber auch hier waren Jungen (109) stärker gefährdet als Mädchen (79). Als Pkw-Insassen verunglückten dagegen Mädchen mit einem Wert von 133 je 100 000 Einwohner etwas häufiger als Jungen (106).

Verunglückte nach Monaten

Mit Beginn der wärmeren Monate halten sich Kinder zunehmend im Freien auf und beteiligen sich nach den langen Wintermonaten wieder im stärkeren Maße als Fahrradfahrer am Straßenverkehr.

In dieser Zeit beginnt auch die Zahl der Unfälle zu steigen, in die Kinder verwickelt sind. Die Zahl der verunglückten 6- bis 14-jährigen Fahrradfahrer erreichte im Mai den höchsten Wert im Jahresverlauf mit 2269 bzw.

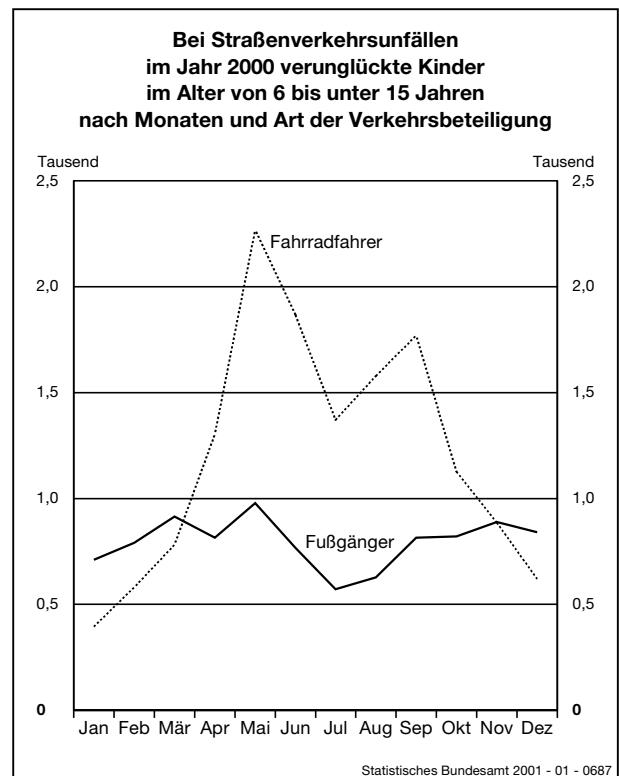
Schaubild 4



16%, gefolgt vom Juni mit 1 867 bzw. 13%. Vermutlich aufgrund der schönen Witterung wurden in diesen Monaten die meisten Verunglückten registriert. Im Ferienmonat Juli (1 371 bzw. 9,4%) verunglückten dagegen deutlich weniger radfahrende Kinder als im Juni oder im September (1 770 bzw. 12%). In den sechs Monaten April bis September verunglückten 2000 fast drei Viertel (70%) der 6- bis 14-jährigen Radfahrer.

Dagegen war die saisonale Verteilung der verunglückten Fußgänger kaum ausgeprägt. Die Anteilswerte der Monate schwankten zwischen 6,0% im Juli und 10% im Mai (im Vergleich dazu verunglückte Radfahrer: 2,7% im Januar und 16% im Mai).

Schaubild 5

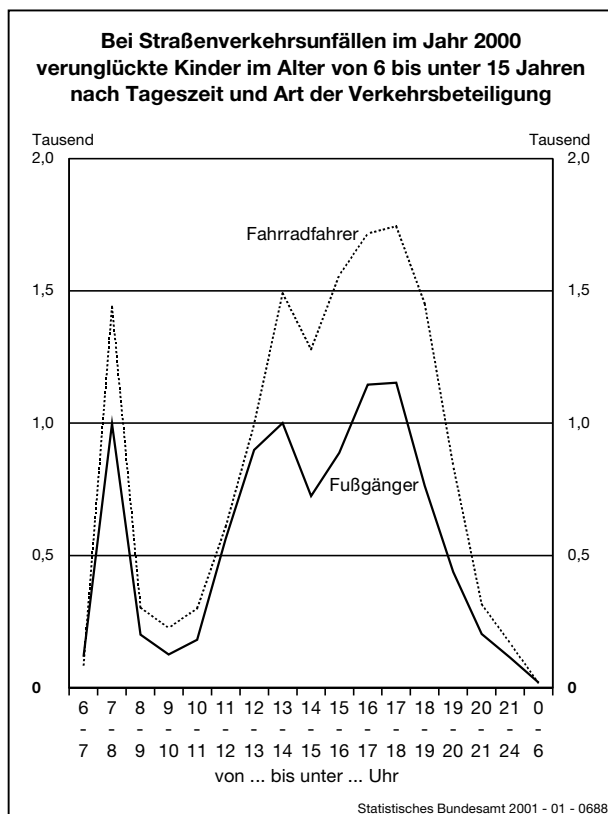


Am häufigsten verunglückten 6- bis 14-jährige Fußgänger im Jahr 2000 im Mai mit 978 und im März mit 914 (jeweils 10%), gefolgt vom November mit 889 bzw. 9,3%. Im Ferienmonat Juli verunglückten die wenigsten Kinder als Fußgänger im Straßenverkehr, nämlich 572 bzw. 6,0%. Diese seit Jahren ähnlich verlaufende Unfallentwicklung dürfte hauptsächlich auf die Schulferien zurückzuführen sein. Durch den Wegfall des Schulweges und die Ferienreise unter Aufsicht der Eltern sinken in den Sommermonaten die Risiken, in einen Unfall verwickelt zu werden. Im August 2000 war noch einmal ein Anstieg der Zahl der verunglückten Kinder zu registrieren. In den Wintermonaten November bis März konnte ein deutlicher Rückgang der bei Fahrradunfällen Verunglückten festgestellt werden, dies war bei den als Fußgänger verunglückten Kindern nicht der Fall. Die aufgrund der schlechten Witterung vermutlich geringere Verkehrsbeteiligung dürfte durch ein höheres Unfallrisiko bei schlechten Sicht- und Witterungsverhältnissen kompensiert worden sein.

Verunglückte nach der Tageszeit

Die tageszeitliche Verteilung der verunglückten 6- bis 14-jährigen Fußgänger und Radfahrer spiegelt den Zusammenhang zwischen der Verkehrsteilnahme der Kinder und dem Schulbeginn und -ende sowie den Spitzenzeiten des Berufsverkehrs wider. Besonders groß war im Jahr 2000 das Unfallrisiko zu Schulbeginn: Zwischen 7 und 8 Uhr kamen 10% der verunglückten Kinder zu Schaden. Danach gingen die Verunglücktenzahlen zurück: Zur Schulzeit zwischen 8 und 11 Uhr wurden je Stunde nur 1,5 bis 2,1% der Kinder in Unfälle verwickelt. Nach Schulende (ab 11 Uhr) stiegen die Zahlen der verunglückten Fußgänger und Radfahrer bis 14 Uhr beständig an. Ein leichter Rückgang war zwischen 14 und 15 Uhr – zu Zeiten der Hausaufgaben – zu beobachten. Die höchsten Werte wurden zur Spielzeit in den beiden Nachmittagsstunden zwischen 16 und 18 Uhr mit jeweils 12% ermittelt. Zu den gleichen Zeiten ist auch die Verkehrsbeteiligung der Kraftfahrer (Berufsverkehr) besonders hoch. Nur in den Wintermonaten November bis Januar erwies sich die Zeit des täglichen Schulweges zwischen 7 und 8 Uhr morgens – wahrscheinlich aufgrund der schlechten Licht- und Witterungsverhältnisse – als die unfallträchtigste.

Schaubild 6

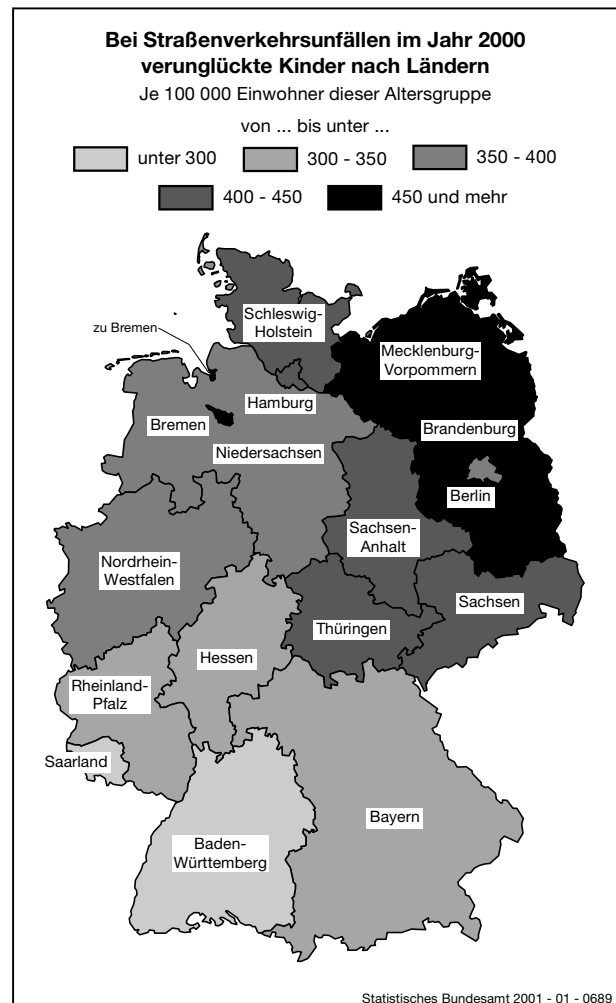


Im gesamten Jahr verunglückten in den sechs Stunden zwischen 13 und 19 Uhr fast zwei Drittel (62%) der 6- bis 14-jährigen Fußgänger und Radfahrer. In den zehn Stunden zwischen 21 und 7 Uhr verunglückten dagegen – wie zu erwarten – „nur“ 2,2%.

Verunglückte nach Bundesländern

Das Unfallrisiko für Kinder zeigte im Jahr 2000 für die einzelnen Bundesländer recht große Unterschiede. Am stärksten gefährdet waren Kinder – bezogen auf die Einwohnerzahlen der entsprechenden Altersgruppen – in Brandenburg mit 478 verunglückten Kindern je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (456), Bremen (455) und Hamburg (440). Am niedrigsten lagen die Werte im Saarland (249), Baden-Württemberg (287) und Hessen (305).

Schaubild 7



In den Ländern mit vergleichsweise hohem Unfallrisiko verunglückten relativ viele Kinder als Radfahrer. So verunglückten – bezogen auf die Einwohnerzahlen der entsprechenden Altersgruppen – die meisten Kinder mit dem Fahrrad in den Ländern Brandenburg (mit einem Wert von 210 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe), Bremen (183), Mecklenburg-Vorpommern (177) sowie Sachsen-Anhalt (174) und Schleswig-Holstein (173). Am niedrigsten waren die Werte im Saarland (66), in Hessen (76) und Rheinland-Pfalz (85). Die Unterschiede dürften zum großen Teil in einer unterschiedlich starken Nutzung des Verkehrsmittels Fahrrad aufgrund der geographischen Gegebenheiten begründet liegen; Radfahren hat im flachen Norddeutschland eine wesentlich größere Bedeutung als in den Mittelgebirgsregionen.

Die höchste Unfallgefährdung für Kinder als Fußgänger bestand in den Stadtstaaten. In Bremen und Berlin verunglückten 158 Kinder je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe als Fußgänger. Für Hamburg wurde ein Wert von 144 ermittelt. Im Flächenstaat Bayern verunglückten die wenigsten Kinder je 100 000 Einwohner als Fußgänger, nämlich 67; in Niedersachsen waren es 70 und in Baden-Württemberg 73. Das im Vergleich zu den Flächenstaaten höhere Verkehrsaufkommen in den Stadtstaaten und die geringe Zahl kindgerechter Spielmöglichkeiten spielen hierbei vermutlich eine wesentliche Rolle.

Im Pkw kamen im Jahr 2000 relativ viele Kinder in den Ländern Brandenburg (158 Verunglückte je 100 000 Ein-

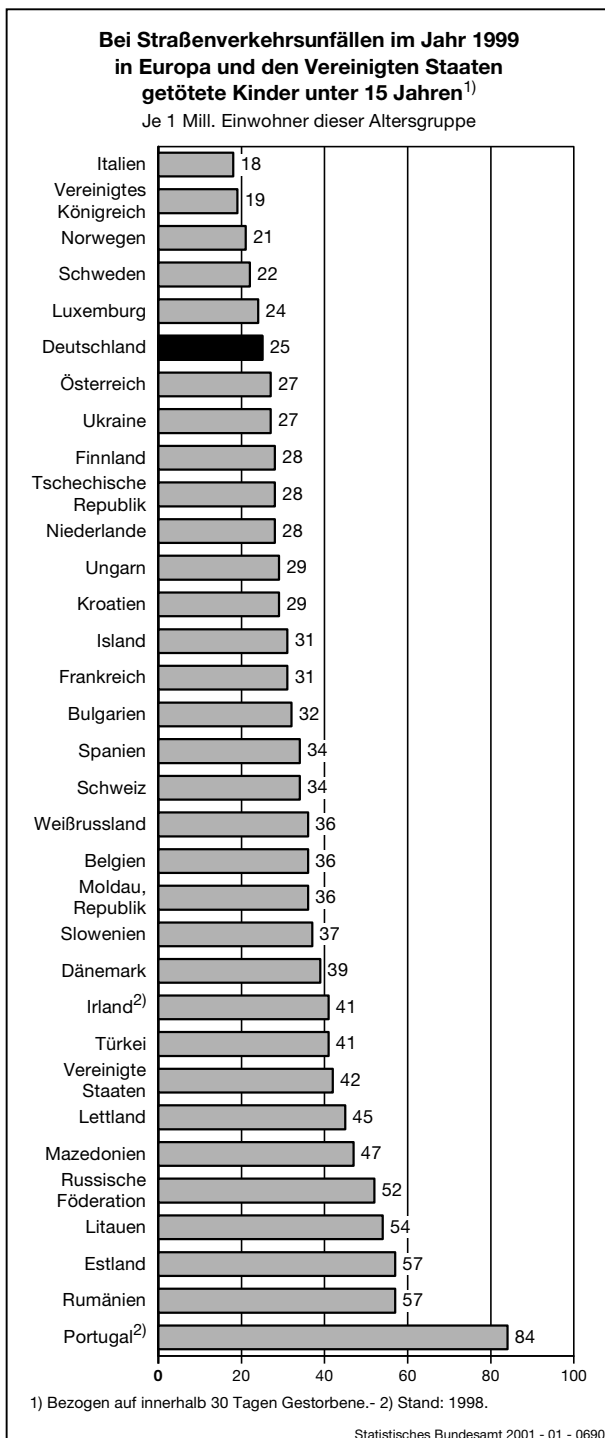
wohner) sowie Mecklenburg-Vorpommern (152) und Thüringen (144) zu Schaden. Am geringsten waren die Verunglücktenzahlen der Pkw-Insassen je 100 000 Einwohner im Saarland (70), Berlin (78) und Bremen (98).

Internationaler Vergleich

Ein internationaler Vergleich von Kinderunfällen ist wegen unterschiedlicher Erfassungsmethoden bei der Verletzungsschwere nur für die im Straßenverkehr getöteten Kinder sinnvoll.

In Deutschland wurden im Jahr 1999 25 Kinder je 1 Mill. Einwohner dieser Altersgruppe im Straßenverkehr getötet. Damit steht Deutschland im Vergleich mit dem europäischen Ausland und den Vereinigten Staaten relativ günstig da (an 6. Position von 33 Ländern). Ein geringeres Risiko für Kinder, im Straßenverkehr getötet zu werden, bestand nur in Italien (18), dem Vereinigten Königreich (19), Norwegen (21), Schweden (22) und Luxemburg (24). Erheblich höher war das Risiko insbesondere in Portugal (84), Rumänien und Estland (jeweils 57). In den Niederlanden kamen 28, in Frankreich 31, in der Schweiz 34 und in den Vereinigten Staaten 42 Kinder je 1 Mill. Einwohner dieser Altersgruppe ums Leben. ■

Schaubild 8



Bauspargeschäft 2000

Die Zahl der neu abgeschlossenen Bausparverträge und die dabei vereinbarten Bausparsummen gelten als ein Indikator für die Absichten breiterer Bevölkerungsschichten Wohneigentum zu schaffen. Im Jahr 2000 hatten Sparer die Wahl, bei einer der 31 Bausparkassen einen Vertrag abzuschließen. Doch trotz nach wie vor günstiger Rahmenbedingungen für bauliche Maßnahmen blieb im Jahr 2000 das Neugeschäft der Bausparkassen hinter den Erwartungen zurück, denn es wurden nur noch 3,3 Mill. Bausparverträge abgeschlossen, 16% weniger als im Jahr 1999. Die dabei vereinbarten Bausparsummen waren mit durchschnittlich 44 000 DM je Vertrag allerdings die höchsten der letzten Jahre. Noch 1996, als das Bausparen durch verbesserte staatliche Förderung einen deutlichen Schub erfuhr, waren 4,4 Mill. Verträge abgeschlossen worden.

Auch die gesamten Geldeingänge bei den Bausparkassen fielen im Jahr 2000 mit 72 Mrd. DM um 10 Mrd. DM niedriger aus als vor einem Jahr. Dieser Rückgang betraf sowohl die Spargeldeingänge als auch die von den Sparern erbrachten Tilgungsleistungen. Dagegen zahlten die Bausparkassen 2,7% mehr an ihre Vertragspartner aus als im Vorjahr. Von den insgesamt 74 Mrd. DM stammten 45 Mrd. DM aus Zuteilungen in Form zurückgezahlter Einlagen oder aufgenommener Darlehen. Nachgelassen hat aber die Nachfrage nach Zwischenkrediten, die nicht aus den kollektiven Mitteln stammen.

Ende des Jahres 2000 verwalteten die Bausparkassen 33 Mill. Bausparverträge, die auf eine Summe von zusammen 1,3 Billionen DM lauteten. Davon war ein Viertel zugeteilt, befand sich also in der Tilgungsphase. Für die Bausparer, die auf die Zuteilung ihrer Verträge warteten, standen auf den Konten der Bausparkassen Einlagen in Höhe von 189 Mrd. DM bereit; Darlehen bestanden in Höhe von 199 Mrd. DM.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Vorbemerkung

In Zeiten, in denen sich die negativen Meldungen aus der Bauwirtschaft häufen – so wurden allein im Jahr 2000 mehr als 8000 Bauunternehmen und 1000 Bauträgerfirmen insolvent, die Investitionen im Wohnungsbau gingen um 2,7% zurück und im Bauhauptgewerbe wurden 5,4% der Stellen abgebaut –, kann das Bausparen als Indiz für positive Erwartungen der Bauwirtschaft angesehen werden. Während die Baugenehmigungen und Baufertigstellungen die aktuelle Lage auf dem Wohnungsbaumarkt widerspiegeln, geben die Zahl der neuen Bausparverträge und die vereinbarten Bausparsummen Hinweise auf die zukünftige Entwicklung.

Eindeutige Zusammenhänge lassen sich zwischen Abschlusszahlen und staatlicher Bausparförderung erkennen. Wird die staatliche Förderung verbessert, kommt es regelmäßig zu einer Steigerung der Abschlusszahlen. So geschehen 1996, als die Eigenheimzulage eingeführt wurde, und das Bausparen zusätzlich direkt begünstigt wurde durch die Heraufsetzung der Einkommensgrenzen für die Gewährung der Wohnungsbauprämie. Diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass in jenem Jahr eine bis dahin noch nie erreichte Zahl von 4,4 Mill. neuer Bausparverträge abgeschlossen wurde. In den Folgejahren wurde dieser Höchststand nicht annähernd

erreicht. Allerdings dürften für die hohen Abschlusszahlen auch Mitnahmeeffekte maßgeblich gewesen sein. Dies ergibt sich aus der durchschnittlichen Bausparsumme. Diejenigen Bausparer, die mit dem Abschluss eines Bausparvertrages die Erfüllung des Wunsches nach den eigenen vier Wänden in Angriff nehmen, vereinbaren im Allgemeinen höhere Bausparsummen als Sparer, die nur an der Prämie interessiert sind. Daher sollten zur Beurteilung der Absichten nicht nur die Abschlusszahlen herangezogen werden, sondern auch die Bausparsummen. Das zeigt sich auch im Jahr 2000, in dem das Neugeschäft um etwa ein Viertel niedriger ausfiel als im Boomjahr 1996, aber die durchschnittliche Bausparsumme mit 44 000 DM je neuem Vertrag die bisher höchste gewesen ist. Die hohen Abschlusssummen deuten darauf hin, dass immer noch viele Haushalte ihren Wunsch nach Wohneigentum realisieren wollen. Eingeschränkt werden diese Schlussfolgerungen durch die Unwägbarkeiten, die sich aus der steigenden Zahl der vorzeitigen Vertragsauflösungen ergeben.

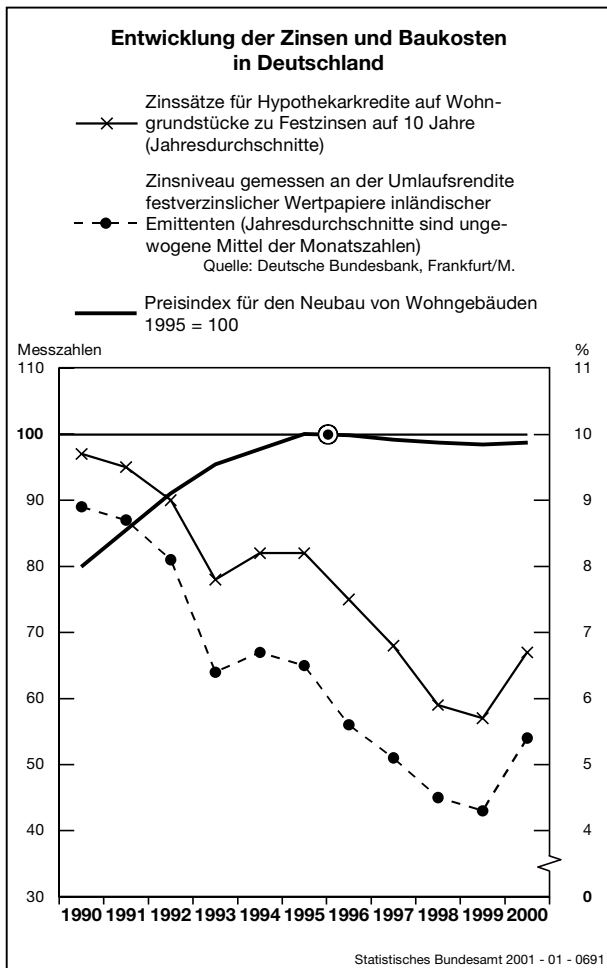
Momentan scheinen mehr Bauinteressenten als in früheren Jahren ihre Absichten zurückzustellen. Trotz günstiger Rahmenbedingungen – ein nach wie vor niedriges Zinsniveau und gleichbleibende Baukosten (siehe Schaubild 1) – wurden im Verlauf der letzten Jahre immer weniger Wohnungen fertiggestellt oder genehmigt. Nur die Nachfrage nach Einfamilienhäusern, deren Finanzierung als wichtigste Domäne der Bausparkassen gilt, blieb von dieser Entwicklung weitgehend verschont.

Tabelle 1: Bautätigkeit
1 000

Wohnungen ¹⁾	Früheres Bundesgebiet									Neue Länder und Berlin-Ost							
	1990	1991	1992	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ²⁾	1991	1992	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ²⁾
Baufertigstellungen	256	315	375	499	416	400	372	370	337	17	11	104	143	178	128	103	86
dar.: Einfamilienhäuser ..	94	94	95	105	92	106	119	136	138	.	.	31	34	42	42	42	39
Baugenehmigungen	391	401	459	459	390	373	362	345	282	5	27	180	186	155	114	92	66
dar.: Einfamilienhäuser ..	107	96	104	96	105	119	138	146	125	2	10	39	44	46	44	43	33

1) Einschl. genehmigungspflichtiger Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Schaubild 1



Das Neugeschäft der Bausparkassen

Im Jahr 2000 hatten Sparer die Wahl zwischen 19 privaten und 12 öffentlichen Bausparkassen. Anfang der 1950er Jahre boten 31 Bausparkassen ihre Dienste an. Von der deutschen Vereinigung versprochen sich private

Jahr	Zahl der Bausparkassen		Bausparkassen insgesamt
	Private Bausparkassen	Öffentliche Bausparkassen	
1950	18	13	31
1960	17	14	31
1970	15	12	27
1980	18	13	31
1985	18	13	31
1986	17	12	29
1987	17	12	29
1988	17	12	29
1989	18	12	30
1990	19	13	32
1991	21	13	34
1992	21	13	34
1993	21	13	34
1994	22	13	35
1995	22	13	35
1996	21	13	34
1997	21	13	34
1998	21	13	34
1999	20	13	33
2000	19	12	31
2001 ¹⁾	19	11	30

1) Stand: 31. Juli 2001.

Institute zusätzliche Geschäfte, sodass 1994 und 1995 35 Bausparkassen miteinander konkurrierten. Durch Fusionen hat sich deren Zahl danach wieder verringert. Zu Beginn dieses Jahres (2001) kam es erneut zu einer Vereinigung zweier Landesbausparkassen (Berlin und Niedersachsen), sodass derzeit nur noch 30 Bausparinstitute am Markt tätig sind.

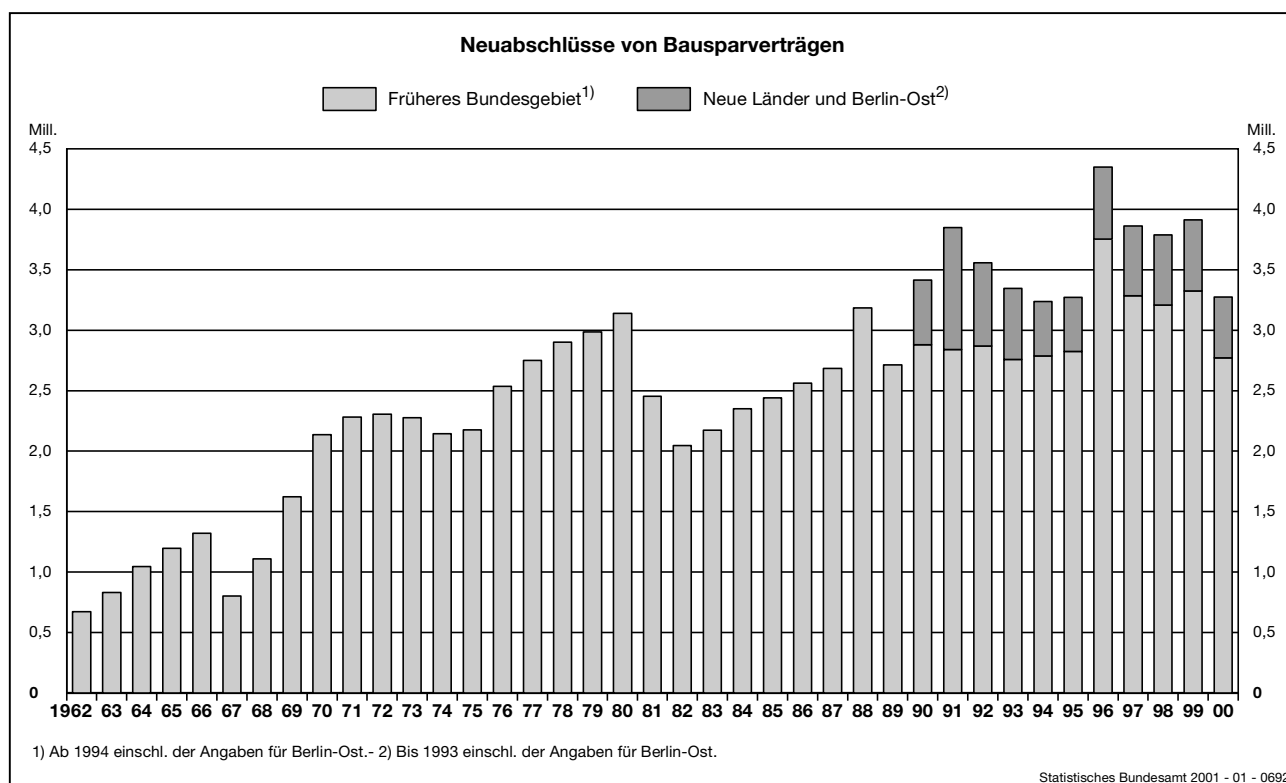
Im Anschluss an die deutsche Vereinigung wurden 1991 auch die bis dahin höchsten Abschlusszahlen verzeichnet. Darin äußerte sich insbesondere der Nachholbedarf der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern mit über 1 Million neuer Verträge. Er verringerte sich danach erheblich, sodass in den letzten Jahren nur noch halb so viele Verträge abgeschlossen wurden wie 1991. Der erwähnte Abschlussboom mit 4,4 Mill. neuer Verträge im Jahr 1996 war vor allem von Sparern im Westen ausgelöst worden. Ab 1999 kam es erneut zu einer Änderung der staatlichen Förderung, die allerdings in ihren direkten Auswirkungen auf das Bausparen gering war. Zum einen wurden die Einkommensgrenzen für die Gewährung der Arbeitnehmersparzulage heraufgesetzt und die begünstigten Sparhöchstbeiträge auf 936 DM angehoben. Eher kontraproduktiv für das Bauspargeschäft dürfte sich die gleichzeitige Senkung der Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme der Eigenheimzulage ausgewirkt haben. Im Jahr 2000 kam es nur zu einer staatlichen Maßnahme, die Einfluss auf das Bauspargeschäft haben könnte. Mit der Senkung des Sparerfreibetrages auf 3000 DM für Ledige bzw. 6000 DM für Verheiratete können für manche Sparer, wenn noch andere Geldanlagen vorhanden sind, die gutgeschriebenen Zinsen steuerpflichtig und somit die Bereitschaft, Geld bei einer Bausparkasse anzulegen, geschmälert werden. Dass es im Jahr 2000 zu einem Rückgang der Abschlusszahlen um 16% gegenüber 1999 gekommen ist, dürfte aber weniger in Zusammenhang mit dieser Maßnahme stehen, denn schon in der Vergangenheit folgte im Allgemeinen einer Phase mit hohen Abschlusszahlen eine Zeit der Konsolidierung.

Die knapp 3,3 Mill. neuen Verträge im Jahr 2000 lauteten auf eine Bausparsumme von zusammen 144 Mrd. DM. In der ersten Jahreshälfte 2001 zeigte das Neugeschäft der Bausparkassen, insbesondere durch Sparer im Osten, eine positivere Entwicklung.

	Neuabschlüsse		
	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder	Deutschland
	Anzahl		
1. Hj 1995	1 321 244	221 936	1 543 180
1. Hj 1996	1 870 129	281 320	2 151 449
1. Hj 1997	1 595 314	275 705	1 871 019
1. Hj 1998	1 543 342	274 551	1 817 893
1. Hj 1999	1 666 180	297 297	1 963 477
1. Hj 2000	1 373 628	239 899	1 613 527
1. Hj 2001	1 387 982	260 987	1 648 969
	Veränderungen in %		
1. Hj 1996 gegenüber 1. Hj 1995 ..	+ 41,5	+ 26,8	+ 39,4
1. Hj 1997 gegenüber 1. Hj 1996 ..	- 14,7	- 2,0	- 13,0
1. Hj 1998 gegenüber 1. Hj 1997 ..	- 3,3	- 0,4	- 2,8
1. Hj 1999 gegenüber 1. Hj 1998 ..	+ 8,0	+ 8,3	+ 8,0
1. Hj 2000 gegenüber 1. Hj 1999 ..	- 17,6	- 19,3	- 17,8
1. Hj 2001 gegenüber 1. Hj 2000 ..	+ 1,0	+ 8,8	+ 2,2

1) Einschl. Berlin.

Schaubild 2



Über 64% aller Neuverträge sind im Jahr 2000 von Arbeitnehmern (Arbeiter, Angestellte, Beamte) abgeschlossen worden. Ein weiteres Drittel entfiel auf Personen, die nicht erwerbstätig waren, also auf Hausfrauen und -männer, Rentner/-innen, Pensionäre, Pensionärinnen, Schüler/-innen und Studierende. Nur geringes Gewicht (3%) kommt Selbstständigen und juristischen Personen zu. Die Anteile haben sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Auf die unterschiedlichen Absichten zur Verwendung der Bausparmittel deuten die durchschnittlichen Bausparsummen hin. Juristische Personen und Selbstständige schlossen die Verträge mit den höchsten Bausparsummen ab. Bei Selbstständigen ist denkbar, dass der Bausparvertrag für die Finanzierung einer Kombination aus Wohn- und Geschäftshaus Verwendung finden soll. Darauf lässt eine durchschnittliche Bausparsumme von 88 000 DM je Vertrag schließen. Dieser Summe am nächsten kommt die Abschlusssumme der Beamten, die sich auf 50 000 DM je Vertrag belief. Dage-

gen haben Personen, die sich aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben, Verträge von durchschnittlich nur 33 000 DM abgeschlossen. Dieser Personenkreis verbindet vermutlich mit dem Bausparen vor allem die Verwendung für den Erhalt oder die Modernisierung vorhandener Immobilien oder die Weitergabe an die Kinder.

Geldeingänge und Kapitalauszahlungen

Die gesamten Geldeingänge bei den Bausparkassen, bestehend aus Sparzahlungen, Zins- und Tilgungsleistungen sowie Wohnungsbauprämien, fielen im Jahr 2000 mit 72 Mrd. DM um 10 Mrd. DM oder 12,4% niedriger aus als 1999. Dieser Rückgang betraf die beiden wichtigsten Komponenten im Mittelaufkommen der Bausparkassen, also die Spargeldeingänge und die Tilgungsleistungen. Die von den Sparern einbezahlten Sparbeträge lagen mit 43 Mrd. DM um 10% unter den Leistungen des Vorjahres, in dem allerdings die bis dahin höchsten Spargeldeinzahlungen erfolgt waren. Die Zurückhaltung könnte mit der Halbierung des Sparerfreibetrages in Zusammenhang stehen. Möglicherweise haben die Sparer gegenüber den Bausparkassen aber auch deshalb Zurückhaltung geübt, weil im Jahr 2000 eine Geldanlage auf dem Aktienmarkt lukrativer erschien. Angesichts von 24,8 Mill. nicht zugeteilter Verträge bedeutet dies, dass im Jahr 2000 im Durchschnitt nur etwas mehr als 1 700 DM je Vertrag angespart wurde, das heißt knapp 200 DM weniger als 1999. Im ersten Halbjahr 2001 setzte sich dieser Abwärtstrend, wenn auch in geringerem Ausmaß, fort (-2%). Auch die geleisteten Tilgungen – einschließlich Zinszahlungen in Höhe von 28 Mrd. DM – lagen um 16% unter den Rückzahlungen von 1999. Das wird von den Bausparkassen mit niedrigeren Sondertilgungen

Tabelle 2: Eingelöste Neuabschlüsse von Bausparverträgen nach Stellung der Bausparer im Beruf

Stellung im Beruf	Verträge				Bausparsumme ¹⁾	
	2000		1999		2000	
	1 000	%	1 000	%	Mrd. DM	DM je Vertrag
Arbeiter/-innen	858	26,2	985	25,2	38,1	44 000
Angestellte	1 074	32,8	1 308	33,4	49,3	46 000
Beamte/Beamtinnen	168	5,1	221	5,7	8,4	50 000
Rentner/-innen, Pensionäre/ Pensionärinnen	268	8,2	316	8,1	8,8	33 000
Selbstständige ²⁾	96	2,9	111	2,8	8,5	88 000
Juristische Personen	3	0,1	4	0,1	1,8	589 000
Personen ohne Beruf	806	24,6	965	24,7	29,0	36 000
Insgesamt ...	3 273	100	3 911	100	143,9	44 000

1) Einschl. Erhöhungen. – 2) Einschl. Freier Berufe und Land- und Forstwirten.

Tabelle 3: Entwicklung des Bauspargeschäfts

Jahr	Neuabschlüsse von Bausparverträgen			Geldeingänge bei den Bausparkassen				Auszahlungen ²⁾			
	Anzahl	vereinbarte Bausparsumme ¹⁾		insgesamt	davon			insgesamt	darunter		Zwischenkredite
		insgesamt	je Vertrag		Spargeldeingänge	Wohnungsbauprämien	Tilgungen und Zinsen		Zuteilung		
	1 000	Mill. DM	DM	Mill. DM							
Früheres Bundesgebiet ³⁾ 4)											
1970	2 136	52 791	25 000	20 169	14 197	1 574	4 398	19 107	.	.	.
1980	3 140	107 344	34 000	46 105	27 436	2 028	16 641	48 093	16 809	16 034	15 144
1985	2 441	78 628	32 000	48 745	22 135	936	25 674	44 406	15 817	13 180	15 202
1986	2 561	82 385	32 000	48 688	21 862	904	25 922	41 564	15 049	11 623	14 750
1987	2 685	85 816	32 000	51 113	23 012	885	27 216	43 391	16 373	12 757	14 108
1988	3 183	101 057	32 000	52 731	24 468	895	27 368	42 302	16 757	12 966	12 097
1989	2 714	91 373	34 000	51 430	25 001	863	25 565	43 361	17 546	13 304	12 050
1990	2 880	101 535	35 000	52 780	27 919	575	24 286	49 630	19 790	15 206	14 275
1991	2 839	106 124	37 000	54 396	29 535	478	24 383	50 957	.	.	.
1992	2 868	115 590	40 000	56 887	31 689	475	24 724	54 893	.	.	.
1993	2 757	114 892	42 000	59 984	33 217	440	26 326	57 009	.	.	.
1994	2 788	118 398	42 000	61 602	33 893	365	27 344	55 923	.	.	.
1995	2 825	115 951	41 000	61 347	33 518	318	27 510	56 525	.	.	.
1996	3 752	149 541	40 000	67 568	38 852	261	28 455	57 162	.	.	.
1997	3 284	136 007	41 000	.	41 120	.	28 646	60 047	.	.	.
1998	3 209	132 086	41 000	.	39 551	.	29 592	65 064	.	.	.
1999	3 323	144 743	44 000	.	41 885	.	30 660	62 528	.	.	.
2000	2 772	124 260	45 000	.	37 289	.	25 430	64 796	.	.	.
Neue Länder und Berlin-Ost ⁵⁾											
1990	533	19 586	37 000	991	991	0	0	211	.	.	.
1991	1 009	28 888	29 000	2 989	2 890	94	4	2 108	.	.	.
1992	689	22 051	32 000	3 988	3 843	141	4	2 963	.	.	.
1993	588	21 687	37 000	4 634	4 398	193	43	3 795	.	.	.
1994	448	17 714	40 000	4 422	3 914	180	328	4 890	.	.	.
1995	446	16 301	37 000	4 848	4 017	110	721	5 663	.	.	.
1996	597	21 424	36 000	6 033	4 849	72	1 112	7 628	.	.	.
1997	578	21 072	36 000	.	5 438	.	1 556	8 885	.	.	.
1998	579	21 331	37 000	.	5 507	.	2 172	9 642	.	.	.
1999	588	22 690	39 000	.	6 142	.	2 746	9 941	.	.	.
2000	501	19 608	39 000	.	5 764	.	2 705	9 619	.	.	.
Deutschland											
1990	3 414	121 122	35 000	53 771	28 910	575	24 286	49 840	19 790	15 206	14 486
1991	3 847	135 011	35 000	57 385	32 425	572	24 387	53 065	20 801	16 617	15 079
1992	3 557	137 640	39 000	60 875	35 531	616	24 728	57 856	22 066	17 761	17 071
1993	3 345	136 578	41 000	64 618	37 615	633	26 370	60 804	22 354	17 531	19 534
1994	3 235	136 112	42 000	66 024	37 808	545	27 671	60 814	21 737	15 795	21 348
1995	3 271	132 252	40 000	66 195	37 536	428	28 231	62 188	22 421	15 755	22 268
1996	4 350	170 965	39 000	73 600	43 701	333	29 567	64 790	21 750	14 849	26 313
1997	3 862	157 078	41 000	77 143	46 559	382	30 202	68 932	23 666	15 102	27 950
1998	3 788	153 417	41 000	77 469	45 058	647	31 764	74 706	27 385	15 454	28 553
1999	3 911	167 433	43 000	82 261	48 027	829	33 406	72 468	27 382	11 483	29 089
2000	3 273	143 868	44 000	72 087	43 052	900	28 134	74 415	30 088	14 644	26 058

1) Einschl. Erhöhungen. – 2) Ohne Rückzahlung von Sparguthaben nach Kündigung des Vertrages. – 3) Ab 1994 einschl. Berlin-Ost. – 4) Einschl. Ausland. – 5) Ab 1994 ohne Berlin-Ost.

begründet. Hierfür dürften die Überlegungen der Bausparer maßgeblich gewesen sein, ihre vorhandenen Mittel nicht für zusätzliche Tilgungen einzusetzen, sondern gewinnbringender anzulegen. Lediglich die dritte Komponente im Mittelaufkommen der Bausparkassen, die Eingänge von Wohnungsbauprämien, die 1996 mit 333 Mill. DM am geringsten ausgefallen waren, stiegen seitdem wieder an. Dies liegt an dem seit 1992 geltenden neuen Auszahlungsmodus. Seit 1992 werden die Prämien nicht jährlich direkt auf den Konten der Bausparer gutgeschrieben, sondern nur ermittelt und erst nach Ablauf der Bindefrist, die auf sieben Jahre festgelegt ist, überwiesen. Diese Bindefrist wurde 1999 erstmals erreicht. Im Jahr 2000 wurden 900 Mill. DM an Prämien gutgeschrieben. Die Heraufsetzung der Einkommensgrenzen für die Prämienengewährung, die ab 1996 gilt, wird sich erst in zwei bis drei Jahren bemerkbar machen.

Die Bausparkassen haben im Jahr 2000 Darlehen und angesparte Einlagen in Höhe von 74 Mrd. DM für den Bau oder Erwerb von Wohneigentum und andere bauliche

Maßnahmen bereitgestellt. Diese Summe ist bereits um die Beträge bereinigt, die zur Ablösung von zuvor aufgenommenen Zwischenkrediten verwandt wurden. Anders als die Einzahlungen ist der Mittelzufluss an die Sparer um 2,7% höher gewesen als im Vorjahr. Daraus ergibt sich aber auch, dass erstmals mehr Mittel aus- als einbezahlt wurden. Dabei sind in die Auszahlungen die Summen noch nicht mit einbezogen, die aufgrund vorzeitiger Vertragsauflösungen zurückzuzahlen waren. Diese beliefen sich auf weitere 9,5 Mrd. DM. Die Zunahme der Auszahlungen ist eine Folge der um 5% höheren Zuteilungen von Bausparverträgen. Darunter ist die vertragskonforme Bereitstellung der Bausparmittel zu verstehen. Voraussetzung dafür ist, dass ein bestimmtes Guthaben erreicht wurde und der Vertrag eine bestimmte Zeit bestanden hat.

Aufgrund der Zuteilung wurden den Sparern im Jahr 2000 Einlagen von 30 Mrd. DM zurückbezahlt und Darlehen von 15 Mrd. DM gewährt. Wenn man davon ausgeht, dass Bausparverträge bis zur Zuteilung höchstens zu 50% angespart werden müssen, wäre zu erwarten,

dass Darlehen und Einlagen gleich hoch sind. Da dies nicht zutrifft, bedeutet dies, dass viele Sparer auf das Anrecht eines günstigen Darlehens verzichten. Die Veränderungen zum Vorjahr deuten aber darauf hin, dass im Jahr 2000 seltener Darlehensverzicht geübt wurde, weil die Darlehen aus Zuteilung um 28% zugenommen haben, die zurückerstatteten Einlagen jedoch nur um 10% höher waren. Die Nachfrage nach Zwischenkrediten, die nicht aus dem kollektiven Mittelaufkommen der Bausparkassen stammen dürfen, sondern anders finanziert werden müssen, hat im Jahr 2000 deutlich nachgelassen. Diese Kredite werden zu marktüblichen Konditionen gewährt und stehen daher in Konkurrenz zu den von Banken vergebenen Hypothekenkrediten. Zudem dürfte das stärkere Zuteilungsaufkommen zu dem Rückgang dieser Kredite beigetragen haben. Dies gilt auch für die sonstigen Baudarlehen, die ein Minus von 20% verzeichneten. Dabei handelt es sich im Gegensatz zu den Zwischenkrediten um Darlehen, die nicht durch einen Bausparvertrag abgedeckt sind.

dahin erworbene Bausparprämie. Die Zahl der vorzeitigen Vertragsauflösungen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Im Jahr 2000 wurden knapp 1,8 Mill. Verträge (+4,3%), die auf eine Bausparsumme von 55 Mrd. DM lauteten, vorzeitig beendet. Dies bedeutet, dass auf zwei neu abgeschlossene Verträge mindestens eine vorzeitige Auflösung kommt. Wie erwähnt, mussten die Bausparkassen für diese Verträge 9,5 Mrd. DM an Einlagen zurückbezahlen. Gemessen an den Bausparsummen waren diese Verträge im Durchschnitt zu 17% einbezahlt; sie wiesen Abschlusssummen von im Durchschnitt 31 000 DM auf. Die verhältnismäßig niedrige Summe lässt vermuten, dass diese Verträge weniger für Baumaßnahmen als für andere Zwecke, wie zum Beispiel Reparaturen, eingesetzt werden sollten. Außerdem kommt es immer wieder vor, dass der Bauwunsch zurückgestellt wird und die angesparte Summe anderweitig verwendet wird.

Vertrags-, Einlagen- und Darlehensbestand

Wird ein Vertrag vorzeitig, das heißt vor der Zuteilung gekündigt, verliert der Sparer sein Anrecht auf die bis

Für das kollektive Bausparwesen ist die Vielzahl der Kündigungen problematisch, weil sie die Vorhersagen für

Kündigungen von Bausparverträgen
1 000

1990	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
542	1 152	1 320	1 316	1 279	1 389	1 591	1 691	1 764

Tabelle 4: Bauspargeschäft

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Bausparkassen								
		Deutschland			Früheres Bundesgebiet ¹⁾		Neue Länder ²⁾		öffentliche	private
		2000	1999	Veränderung 2000 gegenüber 1999 in %	2000	1999	2000	1999	2000	
Geschäftsvorfälle im Jahr										
Neugeschäft										
Eingelöste Neuabschlüsse	1 000	3 273	3 911	- 16,3	2 772	3 323	501	588	1 169	2 104
Bausparsumme ³⁾	Mill. DM	143 868	167 433	- 14,1	124 260	144 743	19 608	22 690	48 228	95 641
Kündigungen										
Gekündigte Verträge	1 000	1 764	1 691	+ 4,3	571	1 193
Bausparsumme	Mill. DM	54 943	51 820	+ 6,0	17 811	37 131
Rückzahlungssumme	Mill. DM	9 484	9 456	+ 0,3	3 304	6 180
Zuteilungen										
Zuteilte Verträge	1 000	2 224	2 110	+ 5,4	706	1 518
Bausparsumme	Mill. DM	74 349	69 987	+ 6,2	21 407	52 942
Einzahlungen	Mill. DM	72 087	82 261	- 12,4	22 574	49 512
Spargeldeingänge ⁴⁾	Mill. DM	43 052	48 027	- 10,4	37 289	41 885	5 764	6 142	13 651	29 402
Wohnungsbauprämien ⁵⁾	Mill. DM	900	829	+ 8,6	313	587
Zins- und Tilgungseingänge	Mill. DM	28 134	33 406	- 15,8	25 430	30 660	2 705	2 746	8 611	19 524
Auszahlungen ⁶⁾	Mill. DM	74 415	72 468	+ 2,7	64 796	62 528	9 619	9 941	20 827	53 588
Bauspareinlagen aus Zuteilungen ⁷⁾	Mill. DM	30 088	27 382	+ 9,9	9 020	21 068
Baudarlehen	Mill. DM	44 327	45 086	- 1,7	11 807	32 520
aus Zuteilungen ⁷⁾	Mill. DM	14 644	11 483	+ 27,5	5 327	9 316
Zwischenkreditgewährung	Mill. DM	26 058	29 089	- 10,4	6 369	19 688
Sonstige Baudarlehen	Mill. DM	3 626	4 515	- 19,7	111	3 516
Bestand am Ende des Jahres										
Verträge	1 000	32 874	33 410	- 1,6	28 496	29 105	4 378	4 305	11 219	21 655
Nicht zuteilte Verträge	1 000	24 761	25 068	- 1,2	21 131	21 453	3 630	3 615	8 288	16 473
Zuteilte Verträge	1 000	8 113	8 342	- 2,7	7 365	7 653	748	689	2 931	5 182
Bausparsumme	Mill. DM	1 288 291	1 285 203	+ 0,2	1 137 292	1 138 035	150 999	147 168	418 307	869 984
Nicht zuteilte Bausparsumme	Mill. DM	971 101	964 101	+ 0,7	844 144	838 614	126 957	125 487	311 425	659 676
Zuteilte Bausparsumme	Mill. DM	317 190	321 103	- 1,2	293 148	299 422	24 042	21 681	106 882	210 308
Bauspareinlagen	Mill. DM	189 294	189 658	- 0,2	166 087	167 630	23 207	22 028	58 904	130 390
Aufgenommene Fremdmittel	Mill. DM	58 824	50 816	+ 15,8	14 229	44 594
Baudarlehen	Mill. DM	198 671	190 537	+ 4,3	170 499	164 616	28 172	25 921	60 472	138 199
aus Zuteilungen	Mill. DM	85 657	86 679	- 1,2	78 364	79 943	7 293	6 736	29 417	56 239
Zwischenkreditgewährung	Mill. DM	101 180	93 359	+ 8,4	84 380	77 818	16 801	15 541	30 196	70 984
Sonstige Baudarlehen	Mill. DM	11 834	10 499	+ 12,7	7 756	6 855	4 079	3 644	859	10 976

1) Einschl. Berlin-Ost. – 2) Ohne Berlin-Ost. – 3) Einschl. Erhöhungen. – 4) Ohne Zinsgutschriften. – 5) Eingänge, nicht Gutschriften. – 6) Ohne Rückzahlungen von Sparguthaben nach Kündigung des Vertrages. – 7) Reine Auszahlung ohne die der Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

Tabelle 5: Bestand an Bausparverträgen, Bauspareinlagen und Baudarlehen

Ende des Jahres ¹⁾	Verträge		Zugeteilte Verträge		Nicht zugeteilte Verträge		Bauspar- einlagen	Baudarlehen		
	insgesamt	vereinbarte Bauspar- summe	zusammen	vereinbarte Bauspar- summe	zusammen	vereinbarte Bauspar- summe		insgesamt	darunter aus	
									Zuteilungen	Zwischen- kredit- gewährung
1 000	Mill. DM	1 000	Mill. DM	1 000	Mill. DM					
1970	9 711	237 667	2 421	72 349	7 290	165 318	40 612	33 799	24 005	9 794
1975	16 059	460 395	4 663	157 781	11 396	302 614	75 614	67 676	55 171	11 295
1980	22 673	750 246	6 881	253 353	15 792	496 893	110 605	116 075	88 614	26 795
1981	23 486	792 418	7 430	278 892	16 056	513 526	115 918	127 521	98 586	28 227
1982	23 794	812 239	7 828	298 668	15 966	513 571	120 854	133 784	104 373	28 645
1983	24 044	828 253	8 054	312 634	15 990	515 619	125 374	139 752	106 713	32 266
1984	24 327	839 691	8 314	326 980	16 013	512 712	124 850	145 860	109 747	35 239
1985	24 534	846 292	8 470	335 195	16 065	511 097	122 654	146 627	109 167	36 649
1986	24 640	850 722	8 489	339 047	16 151	511 674	119 853	143 722	106 937	35 952
1987	24 625	851 462	8 453	340 469	16 172	510 993	116 194	139 828	104 519	34 269
1988	25 315	869 215	8 233	332 665	17 082	536 550	116 973	131 538	98 715	31 592
1989	25 768	885 904	8 120	327 168	17 648	558 736	119 979	128 788	95 047	32 431
1990	27 114	940 031	8 289	332 039	18 825	607 992	124 769	132 711	95 648	35 531
1991	28 699	996 292	8 471	333 861	20 228	662 430	131 678	137 195	96 311	38 899
1992	29 731	1 045 710	8 698	338 753	21 033	706 958	138 889	145 997	99 089	44 237
1993	30 329	1 083 949	8 925	344 894	21 404	739 056	145 829	154 521	101 096	49 795
1994	30 668	1 116 030	9 034	347 248	21 634	768 782	152 456	161 291	101 352	54 959
1995	31 100	1 147 405	9 204	352 563	21 897	794 842	156 793	168 092	101 789	59 947
1996	32 510	1 210 555	9 157	350 404	23 353	860 151	168 063	175 090	100 237	68 187
1997	33 203	1 250 705	9 077	348 989	24 126	901 716	178 501	182 315	98 905	76 171
1998	33 443	1 270 970	8 934	345 153	24 509	925 817	182 178	188 777	96 399	83 810
1999	33 410	1 285 203	8 342	321 103	25 068	964 101	189 658	190 537	86 679	93 359
2000	32 874	1 288 291	8 113	317 190	24 761	971 101	189 294	198 671	85 657	101 180

1) Bis 1989 früheres Bundesgebiet; ab 1990 Deutschland.

die Zuteilungsfristen beeinflussen. Im Jahr 2000 wurden 2,2 Mill. Bausparverträge zugeteilt, 5,4% mehr als 1999. Trotz dieser Zunahme ist der Bestand an zugeteilten Verträgen um 2,7% auf 8,1 Mill. zurückgegangen. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass mehr Verträge infolge vollständiger Tilgung ausgelaufen sind als zugeteilt wurden. Mit der hohen Zahl an Kündigungen nicht zugeteilter Verträge und der – wie erwähnt – größeren Anzahl von Zuteilungen, haben die Neuabschlüsse nicht Schritt gehalten. Der Bestand an nicht zugeteilten Verträgen ist deshalb erstmals seit Anfang der 1980er Jahre um 1,2% zurückgegangen (siehe Tabellen 4 und 5). Insgesamt betreuten die Bausparkassen zum Ende des Jahres 2000 32,9 Mill. Bausparverträge (-1,6%). Trotzdem blieb das damit verbundene Bausparvolumen, das heißt die Bausparsumme, mit 1,3 Billionen DM etwa so hoch wie vor Jahresfrist.

Die Bausparkassen verwalteten Ende 2000 Bauspareinlagen in Höhe von 189 Mrd. DM. Diese Summe ist um 0,2% niedriger als vor Jahresfrist. Der Rückgang ist zum einen die Folge niedrigerer Sparbeträge bei gleichzeitig höheren Auszahlungen zugeteilter Bausparguthaben.

Auf der Aktivseite der Bilanzen der Bausparkassen standen Geldausleihungen von knapp 199 Mrd. DM; das ist ein um 4,3% höherer Darlehensbestand als 1999. Von diesen entfielen 86 Mrd. DM auf Darlehen aus Zuteilungen, 101 Mrd. DM waren in Form von Zwischenkrediten und 12 Mrd. DM als sonstige Baudarlehen vergeben. Obwohl die neu vergebenen Zwischenkredite, wie schon erläutert, um 10,4% niedriger waren als 1999 stieg, das Ausleihvolumen um 8,4% an. Es sind also weniger Zwi-

schenkredite abgelöst worden als neue aufgenommen wurden.

Regionale Bausparaktivitäten

Eine ausführliche Darstellung des Bauspargeschäfts nach Ländern enthalten die Anhangstabellen auf S. 837 f. sowie Tabelle 6. In allen Ländern waren die Abschlusszahlen niedriger als im Vorjahr, wobei in Berlin (-22%), in Bayern (-20%) sowie in Thüringen (-19%) die stärksten Rückgänge zu verzeichnen waren.

Bezieht man die Zahl der Vertragsabschlüsse auf die Einwohnerzahlen, so kam es in Bremen mit 47 neuen Verträgen je 1 000 Einwohner zu den höchsten Abschlusszahlen. Danach folgen Baden-Württemberg mit 46, Niedersachsen mit 45 und Bayern mit 43 Abschlüssen je 1 000 Einwohner. Die niedrigsten Abschlusszahlen wurden aus Berlin mit 18 und Hamburg mit 27 Abschlüssen je 1 000 Einwohner gemeldet. In Baden-Württemberg wurden – wie bereits im letzten Jahr – die höchsten Beträge angespart, das waren im Jahr 2000 1 250 DM je Einwohner. Dem standen Auszahlungen dort von 1 251 DM gegenüber. Diese Beträge sind mehr als drei Mal so hoch wie in Berlin. Die Bausparer in Baden-Württemberg verfügen darüber hinaus mit 3 325 DM je Einwohner über die höchsten Spareinlagen, haben aber mit 3 367 DM je Einwohner auch die höchsten Baudarlehen in Anspruch genommen.

In den neuen Ländern erbrachten die Bausparer aus Thüringen wie 1999 mit 684 DM je Einwohner die größ-

Tabelle 6: Bauspargeschäft nach dem Wohnsitz¹⁾ der Bausparer

Wohnsitz ¹⁾ der Bausparer	Neuabschlüsse		Einzahlungen ²⁾	Auszahlungen ³⁾	Bauspar- einlagenbestand	Darlehensbestand	Vertragsbestand ⁴⁾
	2000	Veränderung gegenüber 1999					
	1 000	%	je Einwohner ⁵⁾				je 1 000 Einwohner ⁵⁾
			DM				Anzahl
Baden-Württemberg	488	- 17	1 250	1 251	3 325	3 367	535
Bayern	528	- 20	1 109	1 049	3 075	2 429	472
Berlin	61	- 22	359	389	1 098	1 009	168
Brandenburg	89	- 14	606	733	1 638	2 384	312
Bremen	31	- 9	1 049	1 071	2 123	2 341	414
Hamburg	47	- 11	480	487	1 343	1 250	230
Hessen	239	- 16	882	954	2 342	2 420	401
Mecklenburg-Vorpommern	61	- 12	586	702	1 552	2 090	293
Niedersachsen	359	- 11	924	1 017	2 428	3 060	471
Nordrhein-Westfalen	687	- 18	704	735	1 816	1 933	344
Rheinland-Pfalz	171	- 13	1 067	1 158	2 637	3 012	466
Saarland	45	- 17	962	1 055	2 301	2 993	434
Sachsen	160	- 15	597	639	1 751	1 693	312
Sachsen-Anhalt	97	- 13	590	669	1 546	2 024	312
Schleswig-Holstein	101	- 16	786	931	2 001	2 627	372
Thüringen	94	- 19	684	776	1 808	2 250	350
Ausland	15	- 17	X	X	X	X	X
Insgesamt ...	3 273	- 16	X	X	X	X	X

1) Oder nach Lage des beliebigen Grundstücks. – 2) Ohne Wohnungsbauprämien. – 3) Ohne Rückzahlungen von Sparguthaben nach Kündigung des Vertrages. – 4) Zugeteilte und nicht zugeteilte Verträge. – 5) Letzter Stand der Bevölkerungszahlen: 31. Dezember 2000.

ten Sparleistungen. Die geringsten Einzahlungen haben Bausparer aus Mecklenburg-Vorpommern (586 DM) und Sachsen-Anhalt (590 DM) geleistet. Die niedrigsten Auszahlungen erfolgten mit 639 bzw. 669 DM je Einwohner an die Bausparer in Sachsen und Sachsen-Anhalt, die höchsten Auszahlungen mit 776 DM je Einwohner gingen an die Bausparer in Thüringen. ■

Anhangtabelle 1
 Eingelöste Neuabschlüsse von Bausparverträgen nach dem Wohnsitz der Bausparer

Sitz der Vertragspartner (Bausparer)	Verträge				Bausparsumme ¹⁾					
	Anzahl		je 1 000 Einwohner ²⁾		insgesamt		je Vertrag		je Einwohner ²⁾	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
	1 000		Anzahl		Mill. DM		DM			
Baden-Württemberg	488,1	590,9	46	56	22 952,1	26 598,1	47 023	45 013	2 181	2 539
Bayern	528,0	656,9	43	54	24 391,2	29 534,9	46 195	44 961	1 994	2 430
Berlin	60,5	78,2	18	23	2 593,8	3 248,2	42 873	41 537	767	959
Brandenburg	88,8	103,2	34	40	3 716,8	4 160,2	41 856	40 312	1 428	1 599
Bremen	31,1	34,1	47	51	1 266,0	1 370,6	40 707	40 194	1 918	2 067
Hamburg	47,1	53,1	27	31	2 050,2	2 241,0	43 529	42 203	1 195	1 315
Hessen	238,7	286,1	39	47	10 313,8	12 563,3	43 208	43 912	1 700	2 076
Mecklenburg-Vorpommern	61,4	68,8	35	38	2 473,8	2 772,0	40 290	40 291	1 393	1 549
Niedersachsen	359,3	403,5	45	51	14 572,9	16 494,7	40 559	40 879	1 839	2 088
Nordrhein-Westfalen	686,9	832,5	38	46	30 513,3	35 170,5	44 422	42 247	1 694	1 954
Rheinland-Pfalz	171,1	196,4	42	49	8 212,5	8 984,8	47 998	45 747	2 036	2 229
Saarland	45,3	53,6	42	50	1 907,4	2 230,2	42 106	41 608	1 785	2 081
Sachsen	160,0	189,2	36	42	6 071,3	7 091,1	37 946	37 479	1 372	1 590
Sachsen-Anhalt	96,7	111,1	37	42	3 661,0	4 214,1	37 859	37 931	1 400	1 591
Schleswig-Holstein	100,5	119,5	36	43	4 326,8	5 112,0	43 053	42 778	1 551	1 841
Thüringen	94,3	116,1	39	47	3 685,6	4 452,0	39 084	38 346	1 516	1 818
Früheres Bundesgebiet ³⁾	2 756,7	3 305,0	40	48	123 100,2	143 548,2	44 655	43 434	1 799	2 104
Neue Länder ⁴⁾	501,2	588,4	36	42	19 608,4	22 689,5	39 123	38 561	1 416	1 627
Ausland ⁵⁾	15,4	17,5	X	X	1 159,8	1 195,1	75 312	68 291	X	X
Insgesamt ...	3 273,3	3 910,9	X	X	143 868,4	167 432,8	43 952	42 812	X	X

1) Einschl. Erhöhungen. – 2) Letzter Stand der Bevölkerungszahlen: 31. Dezember 2000. – 3) Einschl. der Angaben für Berlin-Ost. – 4) Ohne Berlin-Ost. – 5) Nur von privaten Bausparkassen ausgewiesen; das Geschäft der öffentlichen Bausparkassen mit Vertragspartnern mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands wird in dem Land miterfasst, in dem die Bausparkasse ihren Sitz hat.

Anhangtabelle 2
 Ein- und Auszahlungen bei den Bausparkassen nach dem Wohnsitz¹⁾ der Bausparer
 Mill. DM

Sitz der Vertragspartner (Bausparer)	Eingänge an								Auszahlungen ⁵⁾	
	Spargeld ²⁾		Wohnungsbauprämien ³⁾		Tilgungen und Zinsen		insgesamt ⁴⁾		2000	1999
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Baden-Württemberg	7 352,3	8 573,5	.	.	5 806,9	7 385,7	13 159,3	15 959,3	13 165,9	12 757,8
Bayern	8 127,2	9 119,2	.	.	5 437,5	6 852,6	13 564,7	15 971,7	12 834,0	12 116,5
Berlin	781,3	907,0	.	.	434,3	488,7	1 215,5	1 395,7	1 314,3	1 332,7
Brandenburg	1 066,1	1 122,0	.	.	510,3	516,2	1 576,4	1 638,3	1 906,7	1 985,9
Bremen	394,8	399,8	.	.	297,5	279,8	692,3	679,6	707,3	667,1
Hamburg	535,8	611,8	.	.	288,4	348,4	824,1	960,2	835,5	774,2
Hessen	3 242,6	3 650,9	.	.	2 109,6	2 488,8	5 352,2	6 139,7	5 789,0	5 828,9
Mecklenburg-Vorpommern	669,3	723,8	.	.	371,9	378,7	1 041,3	1 102,5	1 247,1	1 303,8
Niedersachsen	4 505,0	4 957,6	.	.	2 822,4	3 312,5	7 327,4	8 270,1	8 063,0	7 939,1
Nordrhein-Westfalen	7 687,6	8 475,8	.	.	5 000,1	5 779,1	12 687,8	14 254,9	13 231,9	12 647,4
Rheinland-Pfalz	2 513,1	2 792,0	.	.	1 793,0	2 083,3	4 306,1	4 875,2	4 670,4	4 454,8
Saarland	574,6	649,6	.	.	453,4	535,2	1 028,0	1 184,8	1 127,0	1 121,7
Sachsen	1 889,5	1 994,3	.	.	753,1	787,7	2 642,6	2 781,9	2 827,2	2 963,1
Sachsen-Anhalt	1 020,7	1 090,0	.	.	523,4	495,8	1 544,1	1 585,8	1 750,1	1 762,2
Schleswig-Holstein	1 309,7	1 449,8	.	.	883,8	984,9	2 193,4	2 434,7	2 597,0	2 457,6
Thüringen	1 117,9	1 211,7	.	.	545,9	567,2	1 663,8	1 778,9	1 887,8	1 925,8
Früheres Bundesgebiet ⁶⁾	37 024,1	41 587,0	.	.	25 326,8	30 538,9	62 350,9	72 125,9	64 335,3	62 097,9
Neue Länder ⁷⁾	5 763,5	6 141,8	.	.	2 704,5	2 745,5	8 468,0	8 887,4	9 618,9	9 940,8
Ausland ⁸⁾	264,6	297,7	.	.	102,9	121,4	367,4	419,1	460,8	429,7
Insgesamt ...	43 052,1	48 026,5	900,2	828,5	28 134,2	33 405,9	72 086,5	82 260,9	74 414,9	72 468,4

1) Oder nach der Lage des beliebigen Grundstücks. – 2) Ohne Zinsgutschriften. – 3) Eingänge, nicht Gutschriften. – 4) Wohnungsbauprämien sind nur in der Gesamtzeile enthalten. – 5) Auszahlungen von Spareinlagen, von Baudarlehen aus Zuteilungen und aus Zwischenkrediten sowie von sonstigen Baudarlehen. Zur Vermeidung von Doppelzählungen sind Ablösungen von Zwischenkrediten und sonstigen Baudarlehen nicht erfasst. – 6) Einschl. der Angaben für Berlin-Ost. – 7) Ohne Berlin-Ost. – 8) Nur von privaten Bausparkassen ausgewiesen; das Geschäft der öffentlichen Bausparkassen mit Vertragspartnern mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands wird in dem Land miterfasst, in dem die Bausparkasse ihren Sitz hat.

Anhangtabelle 3
Bausparverträge nach dem Wohnsitz¹⁾ der Bausparer
 Bestand am Jahresende

Sitz der Vertragspartner (Bausparer)	Nicht zugeteilte Bausparverträge						Zugeteilte Bausparverträge					
	Verträge		Bausparsumme				Verträge		Bausparsumme			
	Anzahl		insgesamt		je Vertrag		Anzahl		insgesamt		je Vertrag	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
	1 000		Mill. DM		1 000 DM		1 000		Mill. DM		1 000 DM	
Baden-Württemberg	4 006,0	4 090,5	165 627,7	166 631,5	41,3	40,7	1 621,3	1 713,0	70 179,9	72 261,1	43,3	42,2
Bayern	4 334,7	4 406,4	176 554,1	176 583,8	40,7	40,1	1 432,3	1 501,3	64 067,4	66 087,2	44,7	44,0
Berlin	486,7	504,5	20 240,1	19 546,7	41,6	38,7	81,1	81,9	4 130,3	4 233,8	50,9	51,7
Brandenburg	672,3	663,6	23 845,3	23 891,4	35,5	36,0	138,5	126,7	4 667,2	4 167,4	33,7	32,9
Bremen	203,8	205,7	7 246,3	7 162,1	35,6	34,8	69,4	72,9	2 274,6	2 324,7	32,8	31,9
Hamburg	312,8	319,7	12 786,9	12 821,5	40,9	40,1	81,6	83,9	3 383,6	3 456,0	41,5	41,2
Hessen	1 811,9	1 835,1	70 787,2	70 410,3	39,1	38,4	623,6	645,6	23 992,0	24 228,1	38,5	37,5
Mecklenburg-Vorpommern	429,5	427,3	18 435,6	14 909,0	42,9	34,9	90,0	81,9	2 975,9	2 648,1	33,1	32,3
Niedersachsen	2 721,7	2 740,2	100 580,5	99 505,3	37,0	36,3	1 011,7	1 039,9	33 546,7	34 095,0	33,2	32,8
Nordrhein-Westfalen	4 702,7	4 770,7	186 603,1	183 829,2	39,7	38,5	1 487,0	1 531,6	55 419,1	56 364,5	37,3	36,8
Rheinland-Pfalz	1 330,3	1 351,3	54 124,0	53 457,2	40,7	39,6	550,0	564,0	20 882,3	20 930,5	38,0	37,1
Saarland	331,9	339,2	12 522,6	12 524,9	37,7	36,9	132,1	135,3	4 910,8	4 973,8	37,2	36,8
Sachsen	1 167,2	1 154,9	38 453,5	39 797,7	32,9	34,5	214,9	197,8	6 803,5	6 109,5	31,7	30,9
Sachsen-Anhalt	675,5	679,2	23 521,5	22 722,3	34,8	33,5	139,4	128,4	4 337,5	3 916,7	31,1	30,5
Schleswig-Holstein	782,0	788,1	30 592,8	30 152,5	39,1	38,3	256,2	264,8	9 136,2	9 254,4	35,7	34,9
Thüringen	685,7	690,4	22 701,3	24 166,4	33,1	35,0	165,1	154,7	5 257,5	4 839,4	31,8	31,3
Früheres Bundesgebiet ²⁾	21 024,3	21 351,4	837 665,2	832 625,1	39,8	39,0	7 346,3	7 634,2	291 923,0	298 209,0	39,7	39,1
Neue Länder ³⁾	3 630,3	3 615,4	126 957,3	125 486,8	35,0	34,7	748,0	689,4	24 041,6	21 681,1	32,1	31,4
Ausland ⁴⁾	106,8	101,6	6 478,5	5 988,8	60,7	58,9	18,4	18,3	1 225,4	1 212,5	66,6	66,3
Insgesamt ...	24 761,3	25 068,4	971 101,0	964 100,7	39,2	38,5	8 112,8	8 341,8	317 190,1	321 102,6	39,1	38,5

1) Oder nach der Lage des beliebigen Grundstücks. – 2) Einschl. der Angaben für Berlin-Ost. – 3) Ohne Berlin-Ost. – 4) Nur von privaten Bausparkassen ausgewiesen; das Geschäft der öffentlichen Bausparkassen mit Vertragspartnern mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands wird in dem Land miterfasst, in dem die Bausparkasse ihren Sitz hat.

Anhangtabelle 4
Bauspareinlagen und Baudarlehen nach dem Wohnsitz¹⁾ der Bausparer
 Bestand am Jahresende
 Mill. DM

Sitz der Vertragspartner (Bausparer)	Bauspareinlagen		Baudarlehen							
	insgesamt		aus Zuteilungen		aus Zwischenkreditgewährung		sonstige		insgesamt	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Baden-Württemberg	34 995,8	35 844,8	18 539,3	19 071,3	15 688,8	14 950,5	1 202,7	1 076,7	35 430,8	35 098,5
Bayern	37 610,8	38 002,6	16 855,5	17 563,4	12 044,9	11 118,1	804,6	705,2	29 705,1	29 386,7
Berlin	3 715,1	3 732,4	1 159,1	1 198,8	1 778,3	1 644,7	475,1	424,7	3 412,5	3 268,3
Brandenburg	4 261,8	3 984,7	1 443,4	1 328,5	3 859,3	3 349,4	901,2	774,0	6 203,9	5 451,8
Bremen	1 401,5	1 379,7	585,5	595,1	910,4	857,9	49,9	44,2	1 545,7	1 497,2
Hamburg	2 304,3	2 356,7	822,1	856,4	1 192,9	1 131,7	129,8	119,8	2 144,8	2 107,9
Hessen	14 211,6	14 374,7	6 508,8	6 542,6	7 344,0	6 657,5	830,9	700,3	14 683,8	13 900,5
Mecklenburg-Vorpommern	2 756,3	2 615,9	913,9	832,0	2 392,1	2 269,0	405,6	358,7	3 711,6	3 459,8
Niedersachsen	19 247,4	19 158,5	8 636,6	8 757,5	14 588,9	13 380,5	1 024,8	916,6	24 250,4	23 054,5
Nordrhein-Westfalen	32 701,5	32 812,6	15 372,3	15 468,6	17 606,0	16 257,4	1 826,5	1 609,0	34 804,7	33 335,1
Rheinland-Pfalz	10 639,0	10 780,9	5 650,0	5 653,2	5 940,5	5 384,7	561,1	496,7	12 151,7	11 534,7
Saarland	2 458,8	2 494,6	1 353,7	1 337,1	1 433,5	1 377,0	411,3	390,7	3 198,6	3 104,8
Sachsen	7 750,5	7 340,4	2 034,5	1 857,5	4 112,3	3 803,6	1 346,6	1 279,3	7 493,4	6 940,4
Sachsen-Anhalt	4 042,3	3 858,9	1 348,8	1 257,3	3 213,0	3 052,0	731,5	622,0	5 293,3	4 931,3
Schleswig-Holstein	5 582,5	5 549,6	2 591,2	2 604,7	4 358,2	3 839,7	379,1	343,6	7 328,5	6 788,0
Thüringen	4 395,9	4 228,3	1 552,4	1 461,0	3 223,7	3 066,4	693,6	610,3	5 469,7	5 137,7
Früheres Bundesgebiet ²⁾	164 868,1	166 487,0	78 074,2	79 648,8	82 886,5	76 599,7	7 695,8	6 827,6	168 656,5	163 076,2
Neue Länder ³⁾	23 206,8	22 028,2	7 293,0	6 736,3	16 800,5	15 540,5	4 078,5	3 644,3	28 171,9	25 921,0
Ausland ⁴⁾	1 219,1	1 142,6	289,5	294,0	1 493,1	1 218,7	60,2	27,4	1 842,8	1 540,1
Insgesamt ...	189 293,9	189 657,7	85 656,8	86 679,1	101 180,0	93 358,9	11 834,4	10 499,3	198 671,2	190 537,3

1) Oder nach der Lage des beliebigen Grundstücks. – 2) Einschl. der Angaben für Berlin-Ost. – 3) Ohne Berlin-Ost. – 4) Nur von privaten Bausparkassen ausgewiesen; das Geschäft der öffentlichen Bausparkassen mit Vertragspartnern mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands wird in dem Land miterfasst, in dem die Bausparkasse ihren Sitz hat.

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2001

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sind eine wichtige Grundlage für wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Entscheidungen, da sie einen zeitnahen, aktuellen Überblick über die Entwicklung der Ausgaben, Einnahmen und Schulden der öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen einschl. Anteile der Europäischen Union [EU], Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) vermitteln.

Die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts betragen im ersten Halbjahr 2001 938,1 Mrd. DM, das waren 2,3% mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Unter den großen Ausgabeblöcken stiegen die Sozialleistungen (Renten, Unterstützungen u. Ä.) mit 2,8% auf 332,2 Mrd. DM am stärksten. Die Personalausgaben (+0,4% auf 172,4 Mrd. DM) und die laufenden Sachausgaben (+0,8% auf 202,1 Mrd. DM) nahmen dagegen geringer zu.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte erreichten bis Ende Juni 2001 863,4 Mrd. DM und lagen damit um 0,2% über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis.

Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen (einschl. interner Verrechnungen) ergibt sich in finanzstatistischer Abgrenzung ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 74,1 Mrd. DM, das damit um 18,7 Mrd. DM höher war als im ersten Halbjahr des Vorjahres.

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte ging um 1,1% auf 2 286,7 Mrd. DM zurück. Dies ist insbesondere auf die verstärkte Schuldentilgung des Bundes aus den einmaligen Erlösen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen im ersten Quartal dieses Jahres zurückzuführen.

Dipl.-Volkswirt Hans Rehm und Mitarbeiter

In den Berichtskreis der vierteljährlichen Kassenstatistik einbezogen sind der Bund und seine Sondervermögen, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung. Zu den Sondervermögen des Bundes gehören der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen, der Fonds „Deutsche Einheit“, der Erblastentilgungsfonds, der Entschädigungsfonds, der Ausgleichsfonds „Steinkohle“, die Versorgungsrücklage und das Bundeseisenbahnvermögen. Der Sozialversicherung zugeordnet sind die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die Pflegeversicherung, die gesetzliche Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter, die knappschaftliche Rentenversicherung, die Altershilfe für Landwirte sowie die Bundesanstalt für Arbeit.

Basis für die finanzstatistische Erfassung der Daten sind die der Verbuchung der Finanzvorfälle zugrunde liegenden Haushaltssystematiken von Bund und Ländern einerseits sowie der Gemeinden andererseits. Die Haushaltssystematik des Bundes und der Länder wurde Ende der 1990er Jahre überarbeitet. Allerdings wird die neue Haushaltssystematik nicht zeitgleich angewendet: Der Bund sowie einige wenige Länder weisen die Ausgaben- und Einnahmenarten entsprechend der neuen Haushaltssystematik bereits seit dem Haushaltsjahr 2001 nach, die Mehrheit der Länder erst ab dem Haushaltsjahr 2002, ein Land sogar erst ab 2003. Durch die Einführung der reformierten Haushaltssystematik können beim Vergleich mit früheren Zeiträumen Brüche auftreten. Soweit dies der Fall ist, werden sie erläutert.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts betragen im ersten Halbjahr 2001 938,1 Mrd. DM, das waren 2,3% mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Unter den großen Ausgabeblöcken stiegen die Sozialleistungen (Renten, Unterstützungen u. Ä.) mit 2,8% auf

332,2 Mrd. DM am stärksten. Die Personalausgaben (+0,4% auf 172,4 Mrd. DM) und die laufenden Sachausgaben (+0,8% auf 202,1 Mrd. DM) nahmen dagegen geringer zu. Die Bauausgaben waren in der ersten Hälfte dieses Jahres sogar rückläufig (-3,2% auf 21,6 Mrd. DM).

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	1. Halbjahr 2001	1. Halbjahr 2000	Veränderung
	Mill. DM		
Bereinigte Ausgaben	938 064	916 868	+ 2,3
darunter:			
Personalausgaben	172 447	171 813	+ 0,4
Laufender Sachaufwand	202 056	200 465	+ 0,8
Zinsausgaben	68 224	67 079	+ 1,7
Renten, Unterstützungen u. Ä.	332 174	322 990	+ 2,8
Baumaßnahmen	21 614	22 328	- 3,2
Erwerb von Sachvermögen	7 954	7 820	+ 1,7
Darlehensgewährungen	18 012	17 758	+ 1,4
Bereinigte Einnahmen	863 426	861 464	+ 0,2
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben ..	758 409	767 174	- 1,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher			
Tätigkeit	29 018	19 913	+ 45,7
Gebühren u. ä. Entgelte	22 132	23 808	- 7,0
Veräußerung von Beteiligungen	3 857	4 954	- 22,1
Finanzierungssaldo ²⁾	- 74 115	- 55 444	X
Nettokreditaufnahme	- 59 494	7 309	X
Schuldenaufnahme	174 701	141 362	+ 23,6
Schuldentilgung	234 195	134 053	+ 74,7
Stand der Kreditmarktschulden am 30. Juni	2 286 678	2 312 412	- 1,1

1) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte erreichten bis Ende Juni 2001 863,4 Mrd. DM und lagen damit um 0,2% über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis. Den stark gestiegenen Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn (16,3 Mrd. DM gegenüber 7,6 Mrd. DM im entsprechenden Vorjahreszeitraum) standen rückläufige Steuereinnahmen (-1,1% auf 758,4 Mrd. DM) gegenüber, vornehmlich bedingt durch die zum Jahresbeginn in Kraft getretene Steuerreform.

Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen (einschl. interner Verrechnungen) ergibt sich in finanzstatistischer Abgrenzung ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 74,1 Mrd. DM, das damit um 18,7 Mrd. DM höher war als im ersten Halbjahr des Vorjahres.

Der *Schuldenstand* der öffentlichen Haushalte belief sich am 30. Juni 2001 auf 2286,7 Mrd. DM und war damit um 1,1% geringer als am 30. Juni 2000. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Bund von den ihm im dritten Quartal 2000 zugeflossenen einmaligen Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM im ersten Quartal dieses Jahres 64,7 Mrd. DM zur Schuldentilgung verwendete.

Bund

Die *Ausgaben* des Bundes stiegen im ersten Halbjahr 2001 gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 4,1% auf 267,9 Mrd. DM. Für Löhne und Gehälter sowie für Beihilfen und Versorgungsbezüge gab der Bund 25,6 Mrd. DM und damit 0,7% weniger aus als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Für den laufenden Sachaufwand wies der Bund im ersten Halbjahr 2001 14,9 Mrd. DM aus. Dass dieser Wert um 20,7% unter dem des Vorjahres liegt, ist allerdings teilweise auf die zuvor erläuterten haushaltssystematischen Änderungen zurückzuführen.

Für Zinsen musste der Bund mit 35,6 Mrd. DM 1,5% mehr ausgeben. Die Zinsausgabenquote stieg damit auf 13,3%.

Die laufenden Zuweisungen an den öffentlichen Bereich (einschl. Schuldendiensthilfen) nahmen um 9,0% auf 124,2 Mrd. DM kräftig zu. Maßgeblich trug dazu der starke Anstieg der Schuldendiensthilfen an seine Sondervermögen (von 4,3 Mrd. DM im Vorjahreszeitraum auf 12,7 Mrd. DM) bei, weil der Teil des Bundesbankgewinns, der dem Erblastentilgungsfonds zur Erfüllung seines Schuldendienstes zur Verfügung gestellt wurde, um 8,7 Mrd. DM auf 9,3 Mrd. DM zugenommen hat. Ausgabensteigernd wirkte außerdem der um 3,5 Mrd. DM höhere zusätzliche Bundeszuschuss an die Rentenversicherung, der unter anderem aus dem Aufkommen der Ökosteuer finanziert wird. Auch die Betriebsmitteldarlehen, die als Liquiditätshilfen an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden, waren um 2,2 Mrd. DM höher als im Vorjahreszeitraum. Diese Darlehen werden nach Beendigung des Haushaltsjahres in Zuschüsse umgewandelt, sofern sie aus den Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit nicht zurückgezahlt werden können.

Um die Hälfte zurückgegangen sind demgegenüber die laufenden Zuweisungen an das Bundeseisenbahnvermögen (auf 2,4 Mrd. DM). Als Ausgleich stehen dem Bundeseisenbahnvermögen zusätzliche Einnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Eisenbahn-Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung.

Die Ausgaben des Bundes für Sozialleistungen (Renten, Unterstützungen u. Ä.) gingen mit -6,8% auf 20,5 Mrd. DM kräftig zurück. Rückläufig waren vor allem die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe.

Auch die Ausgaben für Baumaßnahmen und den Erwerb von Sachvermögen (Sachinvestitionen) verringerten sich im Berichtszeitraum um 5,2% auf 4,4 Mrd. DM.

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes ¹⁾ und EU-Anteile			Sozialversicherung			Länder ²⁾		
	1. Hj 2001	1. Hj 2000	Veränderung	1. Hj 2001	1. Hj 2000	Veränderung	1. Hj 2001	1. Hj 2000	Veränderung	1. Hj 2001	1. Hj 2000	Veränderung
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Bereinigte Ausgaben	267 868	257 281	+ 4,1	40 309	42 681	- 5,6	433 021	418 571	+ 3,5	237 613	232 241	+ 2,3
darunter:												
Personalausgaben	25 613	25 797	- 0,7	7 149	7 169	- 0,3	11 080	10 708	+ 3,5	92 555	92 208	+ 0,4
Laufender Sachaufwand	14 852	18 720	- 20,7	- 228	109	.	139 152	134 444	+ 3,5	21 826	21 244	+ 2,7
Zinsausgaben	35 590	35 053	+ 1,5	5 048	4 855	+ 4,0	352	206	+ 70,9	22 380	22 286	+ 0,4
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	124 174	113 935	+ 9,0	86	90	- 4,4	14 527	14 520	+ 0,0	53 084	51 198	+ 3,7
Renten, Unterstützungen u. Ä.	20 476	21 959	- 6,8	136	157	- 13,4	275 358	266 245	+ 3,4	9 628	8 463	+ 13,8
Baumaßnahmen	3 562	3 904	- 8,8	-	-	-	236	207	+ 14,0	3 737	3 775	- 1,0
Erwerb von Sachvermögen	847	748	+ 13,2	0	3	- 100,0	808	746	+ 8,3	1 335	1 320	+ 1,1
Darlehensgewährungen	11 573	10 231	+ 13,1	4 185	5 409	- 22,6	44	48	- 8,3	1 897	1 770	+ 7,2
Bereinigte Einnahmen	221 167	219 209	+ 0,9	48 641	41 588	+ 17,0	419 450	410 566	+ 2,2	220 332	225 796	- 2,4
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben .	189 774	195 183	- 2,8	22 823	23 306	- 2,1	341 825	336 179	+ 1,7	163 317	170 057	- 4,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	18 144	9 427	+ 92,5	13	14	- 7,1	21	18	+ 16,7	4 244	3 870	+ 9,7
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	2 180	1 841	+ 18,4	16 361	10 263	+ 59,4	87 281	83 945	+ 4,0	36 730	35 049	+ 4,8
Veräußerung von Beteiligungen	148	3 540	.	-	24	- 100,0	1	2	- 50,0	1 319	388	+ 239,9
Finanzierungssaldo ⁴⁾	- 46 666	- 38 036	X	8 332	- 1 093	X	- 13 032	- 7 981	X	- 17 331	- 6 552	X
Nettokreditaufnahme	- 43 721	14 029	X	- 8 929	- 1 063	X	-	-	-	- 5 613	- 4 968	X
Schuldenaufnahme	115 075	102 956	+ 11,8	25 403	2 016	.	-	-	-	28 542	29 900	- 4,5
Schuldentilgung	158 796	88 927	+ 78,6	34 332	3 079	.	-	-	-	34 155	34 868	- 2,0
Stand der Kreditmarktschulden am 30. Juni	1 343 425	1 398 780	- 4,0	115 406	111 301	+ 3,7	-	-	-	665 319	638 786	+ 4,2

1) Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds „Steinkohle“ (für 2000), Versorgungsrücklage des Bundes. – 2) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Die *Einnahmen* des Bundes beliefen sich im ersten Halbjahr 2001 auf 221,2 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum waren dies 0,9% mehr.

Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben waren hauptsächlich aufgrund der zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerreform insgesamt rückläufig (-2,8% auf 189,8 Mrd. DM). Im Einzelnen sind die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer kräftig um 11,3% zurückgegangen. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer und der Stromsteuer waren dagegen aufgrund der Ökosteuerreform deutlich höher als im Vorjahreszeitraum (+8,3 und +32,0%).

Die Entwicklung der Einnahmen des Bundes aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+92,5% auf 18,1 Mrd. DM) war geprägt durch die kräftige Erhöhung des Bundesbankgewinns um 8,7 Mrd. DM auf 16,3 Mrd. DM. Wesentlich geringer als im Vorjahreszeitraum waren seine Einnahmen aus Privatisierungserlösen (-95,8% auf 0,1 Mrd. DM).

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschl. interner Verrechnungen) ergibt sich für den Bund im Berichtszeitraum ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 46,7 Mrd. DM. Es fiel um 8,6 Mrd. DM höher aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Der *Schuldenstand* des Bundes belief sich am 30. Juni 2001 auf 1 343,4 Mrd. DM. Die Abnahme gegenüber dem entsprechenden Stichtag des Vorjahres (-55,4 Mrd. DM) resultiert aus der verstärkten Schuldentilgung des Bundes aus den einmaligen Erlösen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen im ersten Quartal.

Sondervermögen des Bundes

Die *Ausgaben* der Sondervermögen des Bundes (einschl. EU-Anteile) gingen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2001 um 5,6% auf 40,3 Mrd. DM zurück. Ausschlaggebend hierfür war hauptsächlich die Abnahme der Ausgaben des ERP-Sondervermögens aufgrund von rückläufigen Darlehen an private Unternehmen (-22,7%).

Demgegenüber stiegen die *Einnahmen* der Sondervermögen und der EU-Anteile um 17,0% auf 48,6 Mrd. DM, weil der Teil des Bundesbankgewinns, der dem Erblastentilgungsfonds zur Verfügung gestellt wird, um 8,7 Mrd. DM zugenommen hat. Für den Zeitraum Januar bis Juni 2001 ergab sich ein *Finanzierungsüberschuss* in Höhe von 8,3 Mrd. DM, nachdem im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,1 Mrd. DM zu verzeichnen war.

Sozialversicherung

Die *Ausgaben* der gesetzlichen Sozialversicherung erhöhten sich im ersten Halbjahr 2001 gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 3,5% auf 433,0 Mrd. DM. Da die *Einnahmen* mit 2,2% auf 419,5 Mrd. DM schwächer zunahmen, ergab sich mit 13,0 Mrd. DM ein um 5,1 Mrd. DM höheres *Finanzierungsdefizit*. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Sozialversicherungssparten sehr unterschiedlich.

Die Ausgaben der gesetzlichen *Rentenversicherung* sind um 2,9% auf 209,0 Mrd. DM gestiegen. Ursächlich hierfür sind vor allem die höhere Anzahl an Rentenermpfängerinnen und -empfängern sowie die Rentenanpassung (+0,6%) zur Jahresmitte 2000. Die Einnahmen (+3,0% auf 205,6 Mrd. DM) nahmen etwas stärker zu als die Ausgaben. Die höheren Einnahmen resultierten insbesondere aus dem zusätzlichen Bundeszuschuss, der aus der Anhebung des Umsatzsteuersatzes um einen Prozentpunkt (seit April 1998) sowie aus dem Ökosteueraufkommen (seit April 1999) finanziert wird. Auch die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung stiegen um 1,5% – trotz der Beitragssatzsenkung von 19,3 auf 19,1% ab 1. Januar 2001. Das Finanzierungsdefizit der gesetzlichen Rentenversicherung war im ersten Halbjahr 2001 mit 3,1 Mrd. DM um 0,6 Mrd. DM geringer als im Vorjahreszeitraum.

Bei der gesetzlichen *Krankenversicherung* überstiegen die Ausgaben mit 133,0 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 3,8%. Besonders stark erhöhten sich die Ausgaben für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken (+10,8%). Die Einnahmen wiesen mit +1,6% auf 127,5 Mrd. DM einen geringeren Zuwachs auf, sodass das Finanzierungsdefizit der gesetzlichen Krankenkassen um 2,9 Mrd. DM auf 5,3 Mrd. DM zunahm.

Die Ausgaben der *Pflegeversicherung* beliefen sich bis Ende Juni 2001 auf 16,4 Mrd. DM, das waren 1,7% mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs der Einnahmen war mit +1,8% auf 15,9 Mrd. DM fast genauso hoch, sodass das Finanzierungsdefizit nahezu unverändert 0,5 Mrd. DM betrug.

Die *Bundesanstalt für Arbeit* hat in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres mit 51,3 Mrd. DM 6,9% mehr ausgegeben. Dies ist in erster Linie auf die gestiegenen Aufwendungen für Eingliederungshilfen und für Arbeitslosengeld zurückzuführen. Da die Einnahmen gleichzeitig nur einen Anstieg um 1,1% auf 46,3 Mrd. DM verzeichneten, erhöhte sich die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben deutlich um 2,8 Mrd. DM auf -5,0 Mrd. DM.

Länder

Die *Ausgaben* der Länder erhöhten sich im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 2,3% auf 237,6 Mrd. DM. Ihre Personalausgaben stiegen nur gering um 0,4% auf 92,6 Mrd. DM. Hier wirkten sich zwei gegenläufige Effekte aus: Die Ausgaben für Versorgungsbezüge verzeichneten eine relativ hohe Zunahme von 7,1% auf 15,7 Mrd. DM. Die Ausgaben für das aktive Personal sind dagegen um 1,3% auf 71,6 Mrd. DM zurückgegangen (-2,0% in den alten Ländern und +2,0% in den neuen Ländern).

Beim laufenden Sachaufwand ist der Zuwachs um 2,7% auf 21,8 Mrd. DM ausschließlich durch die alten Länder (+4,8% auf 18,7 Mrd. DM) bestimmt, die neuen Länder wiesen eine deutliche Abnahme (-7,9% auf 3,1 Mrd. DM) auf.

Die Zinsausgaben für die Aufnahme von Krediten erhöhten sich um 0,4% auf 22,4 Mrd. DM. Während in den

neuen Bundesländern ein starker Anstieg zu verzeichnen war (+7,9% auf 3,4 Mrd. DM), blieben die Zinsausgaben in den alten Bundesländern nahezu konstant (-0,8% auf 18,9 Mrd. DM).

Die laufenden Zuweisungen an den öffentlichen Bereich (einschl. Schuldendiensthilfen) lagen mit 53,1 Mrd. DM um 3,7% über dem Vorjahresniveau. Besonders geprägt wurde die Entwicklung durch eine sehr kräftige Zunahme der Ausgaben für den Länderfinanzausgleich (+18,9% auf 8,0 Mrd. DM).

Die *Einnahmen* der Länder waren mit 220,3 Mrd. DM um 2,4% geringer als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang ist auf die Entwicklung in den alten Ländern zurückzuführen (-2,6% auf 182,5 Mrd. DM), während in den neuen Ländern ein leichter Anstieg zu verzeichnen war (+0,4% auf 46,0 Mrd. DM). Bestimmt wird die Entwicklung insbesondere durch den Rückgang der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (-4,0% auf 163,3 Mrd. DM). Diese Einnahmen machen 74,1% der Gesamteinnahmen aus, wobei in den alten Bundesländern der Anteil (76,1%) nach wie vor höher ist als in den neuen Ländern (53,2%).

Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen der Länder (einschl. interner Verrechnungen) errechnet sich für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres ein *Finanzierungsdefizit* von 17,3 Mrd. DM. Es war damit um 10,8 Mrd. DM höher als im Vorjahr. In den alten Ländern stieg das Finanzierungsdefizit um 9,9 Mrd. DM auf 17,4 Mrd. DM. In den neuen Ländern schmolz der im Vorjahr noch vorhandene Überschuss (0,9 Mrd. DM) fast vollständig ab.

Die *Schulden* der Länder zusammen erreichten Ende Juni 2001 einen Stand von 665,3 Mrd. DM, das waren 4,2% mehr als ein Jahr zuvor (alte Länder: +3,2%, neue Länder: +6,2%).

Kommunale Haushalte

Die *Ausgaben* der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) beliefen sich in den ersten sechs Monaten 2001 auf insgesamt 133,5 Mrd. DM und waren damit um 1,6% höher als im ersten Halbjahr 2000.

Spürbar um 3,8% auf 4,9 Mrd. DM stiegen die kommunalen Zinsausgaben, während die Sachaufwendungen (+1,9% auf 26,5 Mrd. DM) und die sozialen Leistungen (+1,6% auf 26,6 Mrd. DM) nur geringfügig zunahm. Kaum höher als im Vorjahr fielen infolge weiterer Personaleinsparungen und mäßiger Tarifierhöhungen die kommunalen Personalausgaben aus, die mit 36,1 Mrd. DM lediglich ein Plus von 0,3% aufwiesen.

Nach wie vor sparen die Kommunen, wenn auch mit deutlich verminderter Intensität, bei den – ökonomisch sehr bedeutsamen – Sachinvestitionen. Für Baumaßnahmen wurden dabei 2,5% weniger als im ersten Halbjahr 2000 ausgegeben. Auch der Erwerb von Sachvermögen lag in den ersten sechs Monaten des Jahres um 0,8% niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang der investiven Ausgaben insgesamt fiel in den neuen Ländern mit -10,0% noch weit stärker als im Westen aus.

Die kommunalen *Einnahmen* verringerten sich im Berichtszeitraum insgesamt um 1,2% auf 128,1 Mrd. DM. Bei den Steuern fiel der Rückgang mit -4,2% auf 40,7 Mrd. DM besonders kräftig aus, wobei die Gewerbesteuererträge (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) sogar um 7,9% unter dem Vorjahresbetrag lagen. Bei den Gemeindeanteilen an den Gemeinschaftssteuern ergab sich ein Minus von 4,7%. Einen Zuwachs wiesen dagegen mit 6,0% auf 8,0 Mrd. DM die Grundsteuererträge auf.

Die Gebühreneinnahmen der Gemeinden/Gv. lagen mit 15,6 Mrd. DM um 3,2% unter dem Ergebnis des ersten Halbjahres 2000. Die Entwicklung ist allerdings wegen zahlreicher Ausgliederungen von Einrichtungen aus den Kommunalhaushalten unterzeichnet.

Die für die kommunalen Investitionen sehr wichtigen Zuweisungen des Landes für investive Zwecke lagen mit 5,2 Mrd. DM um 2,8% unter dem Niveau des Vorjahres.

Die laufenden Zuweisungseinnahmen von 68,2 Mrd. DM, vorwiegend vom Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und allgemeine Umlageerträge der Gemeindeverbände, erreichten ebenso wie die für eine dispositive Haushaltsführung der Kommunen sehr bedeutenden Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 24,5 Mrd. DM wieder den Betrag des ersten Halbjahres 2000.

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	1. Halbjahr 2001	1. Halbjahr 2000	Veränderung
	Mill. DM		
Bereinigte Ausgaben	133 479	131 439	+ 1,6
darunter:			
Personalausgaben	36 050	35 931	+ 0,3
Laufender Sachaufwand	26 454	25 949	+ 1,9
Zinsausgaben	4 855	4 679	+ 3,8
Laufende Zuweisungen an			
öffentlichen Bereich	33 390	33 110	+ 0,8
Renten, Unterstützungen u. Ä.	26 576	26 166	+ 1,6
Baumaßnahmen	14 079	14 442	- 2,5
Erwerb von Sachvermögen	4 964	5 004	- 0,8
Bereinigte Einnahmen	128 062	129 651	- 1,2
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben ..	40 670	42 449	- 4,2
Laufende Zuweisungen vom			
öffentlichen Bereich	68 163	68 142	+ 0,0
Gebühren u. ä. Entgelte	15 564	16 082	- 3,2
Veräußerung von Beteiligungen	2 388	1 000	+ 138,8
Finanzierungssaldo ²⁾	- 5 417	- 1 781	X
Nettokreditaufnahme	- 1 231	- 690	X
Schuldenaufnahme	5 681	6 489	- 12,5
Schuldentilgung	6 912	7 179	- 3,7
Stand der Kreditmarktschulden am 30. Juni	162 526	163 544	- 0,6

1) Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen errechnet sich im ersten Halbjahr 2001 ein kommunales *Finanzierungsdefizit*, das sich gegenüber dem Vorjahr um 3,6 auf 5,4 Mrd. DM kräftig erhöht hat.

Zum Ausgleich des Defizits nahmen die Gemeinden/Gv. Rücklagenmittel und kurzfristige Kassenkredite in Anspruch. Der kommunale *Schuldenstand* reduzierte sich

zur Jahresmitte 2001 infolge verstärkter Schuldentilgung, aber auch der Ausgliederung weiterer Aufgaben aus den Haushalten der Gemeinden/Gv., auf 162,5 Mrd. DM.

Der Vergleich zwischen den Kommunen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern weist immer noch strukturelle Unterschiede sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite auf. Der Anteil der öffentlichen Zuweisungen lag im Westen bei 54,2%, bei den Gemeinden/Gv. der neuen Länder dagegen bei 76,1% der Einnahmen insgesamt. Andererseits belief sich der Steueranteil dort lediglich auf 15,7% gegenüber 35,1% im früheren Bundesgebiet. Bei den Baumaßnahmen lag der Anteil der Gemeinden/Gv. im Osten mit 14,3% weit höher als bei den Gemeinden/Gv. des früheren Bundesgebiets (9,8%). ■

Preise im September 2001

Auf den meisten Wirtschaftsstufen erhöhten sich die Preise im September 2001 im Vormonatsvergleich wieder, nachdem sie in den vorangegangenen Monaten noch rückläufig waren. Nur der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte blieb im Vergleich zum Vormonat unverändert. Gemessen an der Entwicklung der Jahresraten hat sich dagegen das Preisklima im September 2001 aus Konsumentensicht weiter positiv entwickelt. Der Trend rückläufiger Raten in den letzten drei bis fünf Monaten hat sich fortgesetzt. Im Großhandel waren sogar im Durchschnitt rückläufige Preise zu beobachten. Die Entwicklung der Preise für Mineralölzeugnisse hat sich auf allen Wirtschaftsstufen maßgeblich ausgewirkt. Die Preise haben sich jeweils im Vormonatsvergleich erhöht und sind im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die Preise für Saisonwaren haben sich im Großhandel (+5,7%) und bei der Lebenshaltung der privaten Haushalte (-0,9%) uneinheitlich entwickelt. Gegenüber dem Vorjahr sind sie dagegen in beiden Bereichen erheblich teurer geworden (im Großhandel +17,8%, bei der Lebenshaltung der privaten Haushalte +7,2%).

Dipl.-Volkswirt Hubert Vorholt

Auf den meisten Wirtschaftsstufen erhöhten sich die Preise im September 2001 im Vormonatsvergleich wieder (Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte +0,1%, Index der Großhandelsverkaufspreise +0,1%, Index der Einzelhandelspreise +0,3%), nachdem sie in den beiden bzw. drei Monaten zuvor gegenüber dem jeweiligen Vormonat noch rückläufig waren. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte blieb dagegen im Vergleich zum Vormonat unverändert (nach einem Rückgang im August und einer Stagnation im Juli).

Gegenüber dem September 2000 lagen die Indizes im September 2001 dagegen höher, zwischen 1,4% beim Index der Einzelhandelspreise und +2,1% beim Preisindex für die Lebenshaltung. Eine Ausnahme bildet der Index der Großhandelsverkaufspreise, der rückläufig war (-0,2%). Bei allen Indizes hat sich das Preisklima – gemessen an der Entwicklung der Jahresraten – in den letzten drei bis fünf Monaten aus Konsumentensicht weiter positiv entwickelt.

	Veränderungen September 2001 gegenüber	
	August 2001	September 2000
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,1	+ 1,9
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,1	+ 2,6
Mineralölzeugnisse	+ 4,0	- 8,9
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,1	- 0,2
ohne Mineralölzeugnisse	-	+ 1,7
Mineralölzeugnisse	+ 1,3	- 11,2
ohne Saisonwaren	- 0,1	- 0,8
Saisonwaren	+ 5,7	+ 17,8
Index der Einzelhandelspreise	+ 0,3	+ 1,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	-	+ 2,1
ohne Heizöl und Kraftstoffe	- 0,1	+ 2,7
Heizöl und Kraftstoffe	+ 2,4	- 8,2
ohne Saisonwaren	-	+ 2,0
Saisonwaren	- 0,9	+ 7,2

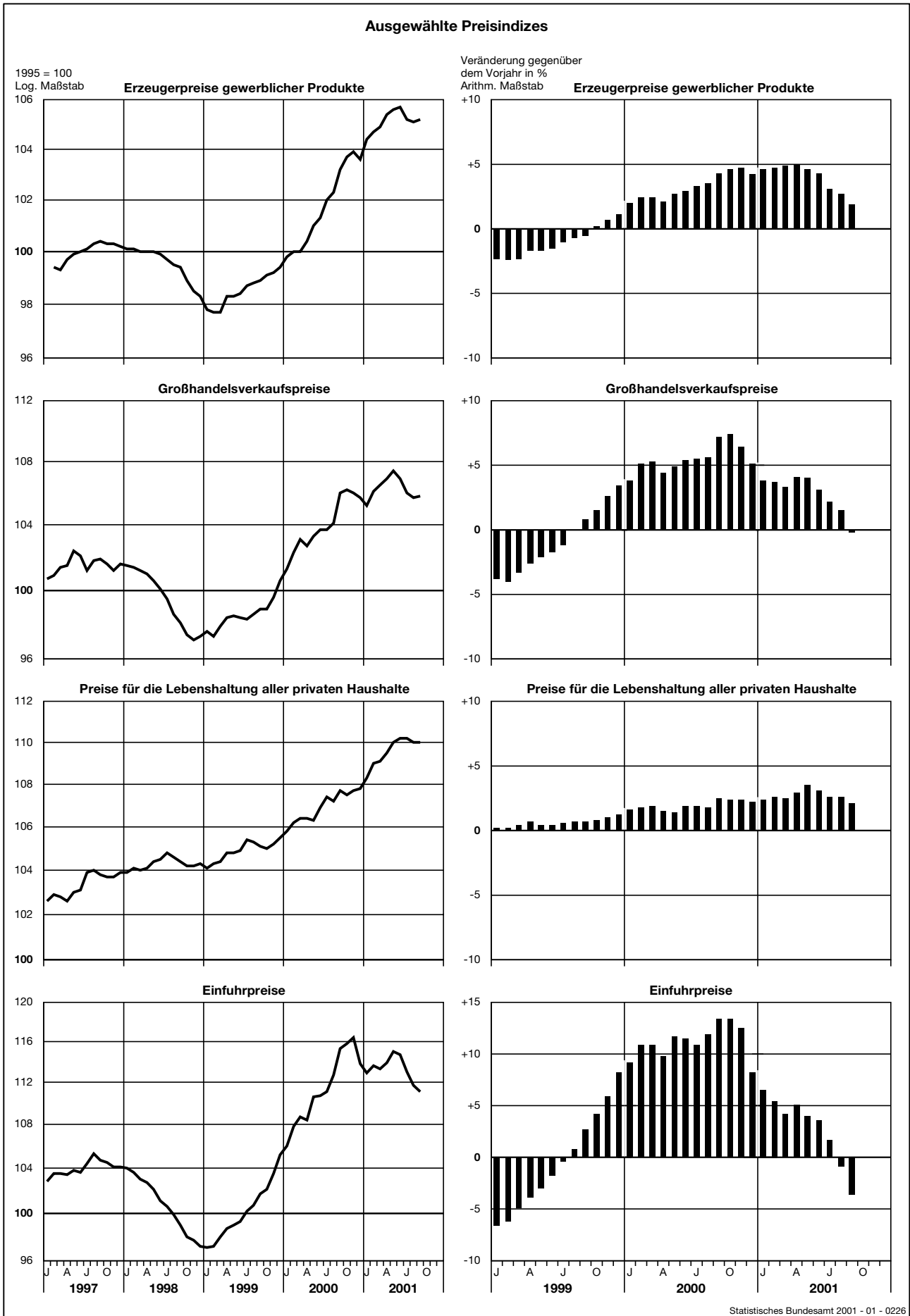
Die Entwicklung der Preise für Mineralölzeugnisse hat auf allen Wirtschaftsstufen zu den beschriebenen Tendenzen maßgeblich beigetragen. Die Preise haben sich jeweils im Vormonatsvergleich erhöht und sind im Vorjahresvergleich zurückgegangen. Ohne Mineralölzeugnisse wäre beispielsweise der Index der Großhandelsverkaufspreise im September 2001 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,7% gestiegen, statt leicht zu fallen.

Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet Neue Län- der und Berlin-Ost
1996 D	98,8	99,6	100,8	101,4	101,9
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	107,5
2000 Aug. ..	102,3	104,1	102,8	107,2	107,8
Sept. ...	103,2	106,0	103,7	107,7	108,0
Okt. ...	103,7	106,2	103,5	107,5	107,8
Nov. ...	103,9	106,0	103,6	107,7	108,3
Dez. ...	103,6	105,7	103,5	107,8	108,3
2001 Jan. ...	104,4	105,2	103,4	108,3	109,1
Febr. ...	104,7	106,1	103,7	109,0	109,8
März ...	104,9	106,5	104,0	109,1	110,0
April ...	105,4	106,9	104,4	109,5	110,4
Mai ...	105,6	107,4	104,9	110,0	111,1
Juni ...	105,7	106,9	105,1	110,2	111,2
Juli ...	105,2	106,0	104,9	110,2	111,3
Aug. ...	105,1	105,7	104,8	110,0	111,0
Sept. ...	105,2	105,8	105,1	110,0	111,0
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %					
2000 Aug. ...	+ 0,3	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1
Sept. ...	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4
Okt. ...	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov. ...	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3
Dez. ...	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	-
2001 Jan. ...	+ 0,8	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,7
Febr. ...	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6
März ...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
April ...	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Mai ...	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Juni ...	+ 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Juli ...	- 0,5	- 0,8	- 0,2	-	-
Aug. ...	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,3
Sept. ...	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	-
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %					
1996 D	- 1,2	- 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,7
2000 Aug. ...	+ 3,5	+ 5,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,8
Sept. ...	+ 4,3	+ 7,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,1
Okt. ...	+ 4,6	+ 7,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,0
Nov. ...	+ 4,7	+ 6,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,4
Dez. ...	+ 4,2	+ 5,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,2
2001 Jan. ...	+ 4,6	+ 3,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,5
Febr. ...	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,7
März ...	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,8
April ...	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,2
Mai ...	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,8
Juni ...	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,4
Juli ...	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,2
Aug. ...	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 3,0
Sept. ...	+ 1,9	- 0,2	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,8

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Schaubild 1



Saisonwaren haben sich im September 2001 im Großhandel gegenüber dem Vormonat deutlich verteuert (+5,7%), während sie sich bei der Lebenshaltung der privaten Haushalte verbilligt haben (-0,9%). Bezogen auf das Vorjahr sind Saisonwaren dagegen sowohl im Großhandel (+17,8%) als auch bei der Lebenshaltung der privaten Haushalte (+7,2%) teurer geworden.

Der *Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte* (Inlandsabsatz) stieg im September 2001 gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,1%, nachdem er in den beiden Vormonaten gefallen war, und zwar um 0,5% im Juli und um 0,1% im August. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag der Index der Erzeugerpreise im September 2001 um 1,9% höher. Diese Rate ist damit seit April 2001 (+5,0%) kontinuierlich gesunken.

Auf die Abschwächung der Jahresteuersatzrate beim Erzeugerpreisindex hatten – wie erwähnt – Mineralölzeugnisse einen wesentlichen Einfluss. So verbilligten sich im Vergleich zum Vorjahr Superbenzin um 3,1%, Diesel um 6,7%, leichtes Heizöl um 20,0% und Flüssiggas um 27,1%.

Die Preisentwicklung anderer Energieträger ist nach wie vor von hohen Preissteigerungsraten gekennzeichnet. So war Erdgas im September 2001 um 22,3% teurer als im Vorjahr. Auch der Preisanstieg bei elektrischem Strom (+3,7%) und Fernwärme (+10,8%) war überdurchschnittlich. Starke Preiserhöhungen wurden im September 2001 gegenüber dem Vorjahresmonat außerdem unter anderem bei folgenden Gütern festgestellt: Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+20,5%), raffinierte Pflanzenöle (+18,6%), Fischerzeugnisse (+15,6%), Zeitungsdruckpapier (+14,1%), Betonstahlmatten (+11,9%), Fleisch und Fleischerzeugnisse (+11,0%), synthetischer Kautschuk (+10,2%), Holzmöbel für Küchen (+8,2%), Düngemittel und Stickstoffverbindungen (+7,1%) sowie Kunststofffenster (+6,3%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im September 2001 unter anderem: Kupfer und Halbzeug daraus (-19,1%), organische Grundstoffe und Chemikalien (-11,3%), monolithisch integrierte Schaltungen (-11,0%), Roheisen und Stahl (-8,1%), Wellpapier und -pappe (-7,4%), elektrische Lampen (-5,6%), Röstkaffee (-3,8%), Nadelnschnittholz (-3,4%) sowie Mauerziegel (-3,1%).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* stieg wie der Erzeugerpreisindex von August 2001 auf September 2001 um 0,1%. In den drei Monaten zuvor war er gegenüber dem jeweiligen Vormonat noch rückläufig (-0,5% im Juni, -0,8% im Juli und -0,3% im August). Binnen Jahresfrist haben sich die Preise seit April 2001 (+4,1%) immer weniger erhöht. Nachdem die Jahresrate des Index der Großhandelsverkaufspreise im August 2001 noch +1,5% betrug, war sie im September 2001 erstmals seit Juli 1999 wieder negativ (-0,2%).

Starke Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr gab es im September 2001 u.a. bei folgenden Gütern: lebende Rinder (-29,5%), leichtes Heizöl (-24,8%), Rohaluminium und Aluminiumlegierungen sowie Rohkupfer und Kupferlegierungen (jeweils -17,0%), Rohkaffee (-14,9%), Dieselmotoren (-12,0%) und Rindfleisch (-7,6%). Dagegen waren u.a. Zitrusfrüchte (+54,8%), Geflügelfleisch (+33,8%), Bananen (+25,1%), Äpfel (+20,1%), lebende

Schweine (+17,8%), verarbeitetes Fleisch (+13,4%), Futtermittel (+11,3%), Schweinefleisch (+10,1%), Milch und Milcherzeugnisse (+8,3%) sowie Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+7,1%) teurer als vor einem Jahr.

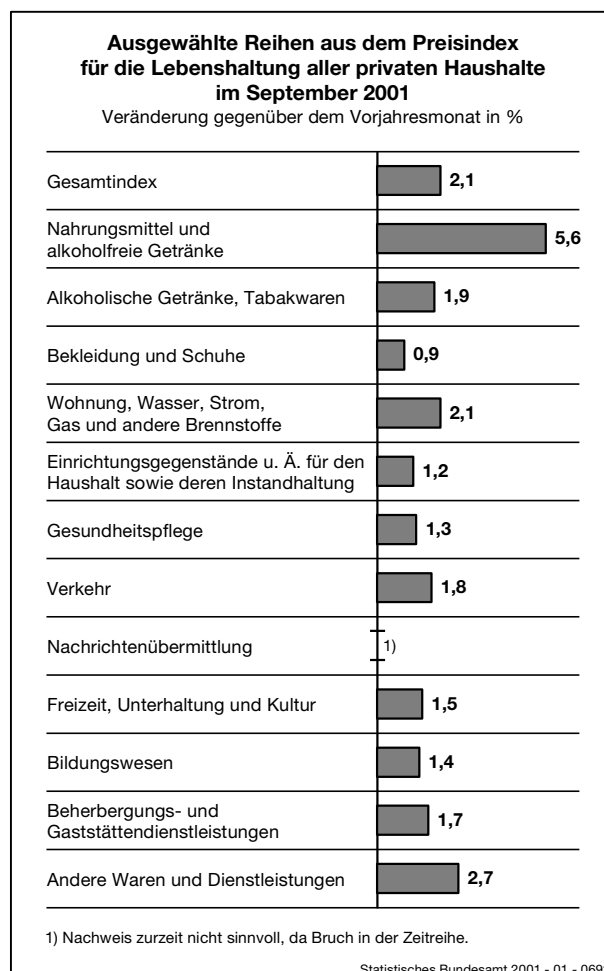
Die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels wiesen folgende Monats- bzw. Jahresveränderungen auf:

	Veränderungen September 2001 gegenüber	
	August 2001	September 2000
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+ 0,5	+ 2,0
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-	+ 4,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-	+ 1,4
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	+ 0,4	- 4,4
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	+ 0,1	- 0,4
Sonstiger Großhandel	+ 0,3	+ 1,8

Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich von August 2001 auf September 2001 um 0,3%, nachdem er in den beiden Monaten zuvor in der Monatsfrist noch zurückgegangen war (-0,2% im Juli und -0,1% im August). Gegenüber September 2000 lag der Index der Einzelhandelspreise im September 2001 um 1,4% höher. Die Jahresrate ist seit Juni 2001 (+2,2%) rückläufig.

Der *Index der Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* blieb im September 2001 gegenüber

Schaubild 2



dem Vormonat unverändert. Im August war der Index noch leicht zurückgegangen (-0,2%), während er im Juli im Vergleich zum Vormonat ebenfalls unverändert geblieben war. Gegenüber September 2000 lag der Index der Lebenshaltungspreise im September 2001 um 2,1% höher, nach einer Jahresrate von +2,6% im Juli und im August.

Die sinkende Jahresteuerrate ist wie in den Monaten zuvor im Wesentlichen auf den Rückgang der Preise für Heizöl und Kraftstoffe (-8,2%) zurückzuführen. Ohne diese Güter wäre der Preisindex – wie schon im Juli und im August – stärker (+2,7%) gestiegen. Weiterhin sind im Jahresvergleich die Preise für Nahrungsmittel mit 6,4% (August +6,2%) überdurchschnittlich gestiegen. Verteuert haben sich seit September 2000 vor allem Molkereiprodukte und Eier (+8,0%), Obst (+11,7%), sowie Fleisch und Fleischwaren (+9,0%), darunter Schweinefleisch mit +14,2% und Geflügel mit +12,0%.

Rückläufige Preise wurden im September 2001 gegenüber dem Vorjahresmonat u. a. bei Röstkaffee (-4,2%), Videorecordern (-4,9%), Videokameras (-2,6%), CD-Playern (-2,5%) und Geschirrspülmaschinen (-2,4%) festgestellt. Das Entwickeln und Vergrößern von Farbfilmen war um 3,9% billiger.

Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100

	Veränderungen September 2001 gegenüber	
	August 2001	September 2000
	%	
Gesamtindex	-	+ 2,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	- 0,1	+ 5,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+ 1,9
Bekleidung und Schuhe	+ 0,7	+ 0,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,3	+ 2,1
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+ 0,1	+ 1,2
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 1,3
Verkehr	+ 0,3	+ 1,8
Nachrichtenübermittlung	-	,1)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 0,7	+ 1,5
Bildungswesen	+ 0,3	+ 1,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	- 2,3	+ 1,7
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,2	+ 2,7

1) Wegen der Erweiterung des Erfassungsbereichs um Internetdienstleistungen ab Januar 2001 ist ein Vorjahresvergleich nicht sinnvoll.

Von August auf September 2001 veränderten sich der Preisindex für die Lebenshaltung für das *frühere Bundesgebiet* sowie der für die *neuen Länder und Berlin-Ost* nicht. Gegenüber September 2000 erhöhte sich dagegen der Index für die neuen Länder und Berlin-Ost mit +2,8% stärker als der für das frühere Bundesgebiet (+2,0%). Die höhere Jahresteuerrate in den neuen Ländern ist unter anderem durch die geringere Gewichtung des deutlich verbilligten Heizöls und die höhere Verbrauchsbedeutung der relativ stark verteuerten Nahrungsmittel, wie Fleisch und Obst, bedingt.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* ist im September 2001 wie der nationale Index gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben. Gegenüber September 2000 ist der Index um 2,1% gestiegen.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen September 2001 gegenüber	
	August 2001	September 2000
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	- 3,2	+ 20,5
Raffinierte Pflanzenöle	- 5,1	+ 18,6
Fischerzeugnisse	- 0,1	+ 15,6
Zeitungsdruckpapier	-	+ 14,1
Betonstahlmatten	+ 4,3	+ 11,9
Fleisch und Fleischerzeugnisse	- 0,4	+ 11,0
Synthetischer Kautschuk	- 0,4	+ 10,2
Holz Möbel für Küchen	-	+ 8,2
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	- 0,3	+ 7,1
Kunststoffenster	+ 0,3	+ 6,3
Mauerziegel	+ 0,3	- 3,1
Nadelschrittholz	- 0,1	- 3,4
Röstkaffee	+ 0,8	- 3,8
Elektrische Lampen	-	- 5,6
Wellpapier und -pappe	- 1,3	- 7,4
Roheisen und Stahl	- 0,8	- 8,1
Monolithisch integrierte Schaltungen	- 1,3	- 11,0
Organische Grundstoffe und Chemikalien	- 1,4	- 11,3
Kupfer und Halbzeug daraus	- 2,9	- 19,1
Großhandelsverkaufspreise		
Zitrusfrüchte.....	+ 1,3	+ 54,8
Geflügelfleisch	+ 0,8	+ 33,8
Bananen.....	+ 14,9	+ 25,1
Äpfel	+ 13,4	+ 20,1
Lebende Schweine	- 5,0	+ 17,8
Verarbeitetes Fleisch	- 0,3	+ 13,4
Futtermittel	- 0,1	+ 11,3
Schweinefleisch	- 7,0	+ 10,1
Milch und Milcherzeugnisse	+ 0,1	+ 8,3
Steinkohle und Steinkohlenbriketts.....	+ 1,4	+ 7,1
Rindfleisch	- 0,3	- 7,6
Dieselmotoren	+ 0,6	- 12,0
Rohkaffee.....	- 1,3	- 14,9
Rohkupfer und Kupferlegierungen	- 2,7	- 17,0
Rohaluminium und Aluminiumlegierungen.....	- 4,5	- 17,0
Leichtes Heizöl.....	+ 1,0	- 24,8
Lebende Rinder.....	- 2,9	- 29,5

Zur Qualität des Europäischen Statistischen Systems

Die Vorteile der Europäischen Integration für die Statistik

Am 14. und 15. Mai 2001 fand in Stockholm eine Internationale Konferenz zum Thema „Qualität in der amtlichen Statistik“ statt, auf der die Leadership Group (LEG) on Quality des Ausschusses für das Statistische Programm ihren Abschlussbericht vorgestellt hat und zahlreiche Beiträge zu den verschiedenen Aspekten der Qualität von Statistiken vorgetragen wurden; einige davon werden wir auch in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen.

Den Anfang macht der Beitrag „Zur Qualität des Europäischen Statistischen Systems“ von Paolo Garonna und Tiina Luige. Er beschreibt die Anforderungen an die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik im Europäischen Statistischen System. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass sich die Rolle der amtlichen Statistik zunehmend verändert und damit auch Fragen der Qualität der Statistik stark an Bedeutung gewonnen haben. Um die geänderten Qualitätsanforderungen erfüllen zu können, sei stärker als bisher ein intensiver und von der amtlichen Statistik aktiv betriebener Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern erforderlich.

Für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland stellen diese Überlegungen kein Neuland dar. Dass Qualität statistischer Daten ein komplexes Phänomen sich teilweise widerstreitender Anforderungen ist, hat sie schon seit langem erkannt und versucht, dem bei der Ausgestaltung der Erhebungen und der Veröffentlichungspraxis Rechnung zu tragen. Ebenso wurde seit jeher darauf geachtet, dass Statistiken über ihre eigentlichen Verwendungszwecke hinaus vielseitig zu kombinieren waren und in Zusammenhang mit anderen Daten ausgewertet werden konnten. Nachteilig für die flexible Nutzung und Anpassung der Statistiken wirken sich die nach dem Volkszählungsurteil strengere rechtliche Fixierung und die seit Jahren angespannte Haushaltssituation der öffentlichen Hand aus.

Neben der Beobachtung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation und ihrer Veränderungen gehörte die Planung und Erfolgskontrolle staatlicher Maßnahmen immer schon zu den wichtigsten Verwendungszwecken der Bundesstatistik. Für den Dialog mit den verschiedenen Nutzern, insbesondere auch den ministeriellen Auftraggebern, den relevanten gesellschaftlichen Gruppen und der Wissenschaft, besteht im Statistischen Beirat mit seinen Fachausschüssen und Arbeitskreisen sogar ein gesetzlich verankertes Forum. Aufgrund der Wettbewerbssituation zu anderen Bundesbehörden, die Bundesstatistiken durchführen, wie der Deutschen Bundesbank oder der Bundesanstalt für Arbeit, und gegenüber den Statistischen Landesämtern mussten Methoden und Verfahren der Statistik und ihre Produktionsprozesse stets einer kritischen Begutachtung standhalten. Auch die Dokumentation von Methoden und Verfahren sowie Untersuchungen zum Aussagewert von Statistiken haben eine lange Tradition: die Fachserien, die diversen Schriftenreihen des Statistischen Bundesamtes zu Methodenfragen und nicht zuletzt diese Zeitschrift wie auch die entsprechenden Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter legen hierfür Zeugnis ab.

Neu ist der Versuch, die verschiedenen Handlungsstränge nicht mehr isoliert voneinander zu betrachten, sondern in ein Gesamtkonzept einzubinden, um auf diese Weise in einem durch zunehmende Budgetzwänge, sinkende Auskunftsbereitschaft, größere Konkurrenz auf dem Informationsanbietermarkt und neue Kommunikationswege gekennzeichneten Umfeld für die Statistischen Ämter Gewinnung, Aufbereitung und Verbreitung statistischer Daten zu optimieren.

Paolo Garonna und Tiina Luige¹⁾

1 Einleitung

Die Rolle, die die Statistik bei der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung spielt, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Tendenz, politische Zielsetzungen quantitativ zu formulieren, lässt sich an mehreren Sitzungen bzw. Konferenzen ablesen, auf denen wichtige politische Ziele auf globaler Ebene festgelegt wurden: die Millenniumserklärung, die Gipfeltreffen in Beijing (1995), Rio de Janeiro (1992) und Kairo (1994), der Europäische Rat von Lissabon (März 2000) usw. Die wachsende Integration, die sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene zu verzeichnen ist, führt zu einer Aufwertung der Rolle der Statistik: Sie dient nicht mehr länger nur als rein beschreibendes Instrument, sondern als Instrument zur Umsetzung politischer Zielsetzungen. Die Überwachung

quantitativer, termingebundener Ziele und Leistungsvergleiche gelten in zunehmendem Maße als wesentlich für die Implementierung politischer Programme sowie deren Begleitung. Die wachsende politische Bedeutung der Statistik bringt es mit sich, dass der Qualität von Statistik mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, denn sie dient als ein Instrument, mit dem die Verwirklichung politischer Ziele gemessen und überwacht wird. Gleichzeitig sieht sich die Statistik neuen Herausforderungen gegenüber: Sie wird zur Erfassung von Phänomenen herangezogen, die zuvor nicht zu ihren Schwerpunktbereichen zählten, etwa zur Erfassung solcher Phänomene wie die Armut, die Menschenrechte, die New Economy usw.

Innerhalb der letzten Jahre ist das Thema der Statistikqualität zu einem „heißen Eisen“ geworden. Der Begriff „Qualität“ ist nun weiter gefasst: Er enthält nicht mehr nur die Bewertung spezifischer Merkmale eines Produkts, sondern erstreckt sich inzwischen auch auf die umfassenden Rahmenbedingungen, die dazu dienen, all die verschiedenen Aspekte der Statistikproduktion und der

¹⁾ Statistische Abteilung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE); aus dem Englischen übersetzt von Bettina Schulte-Wolfram.

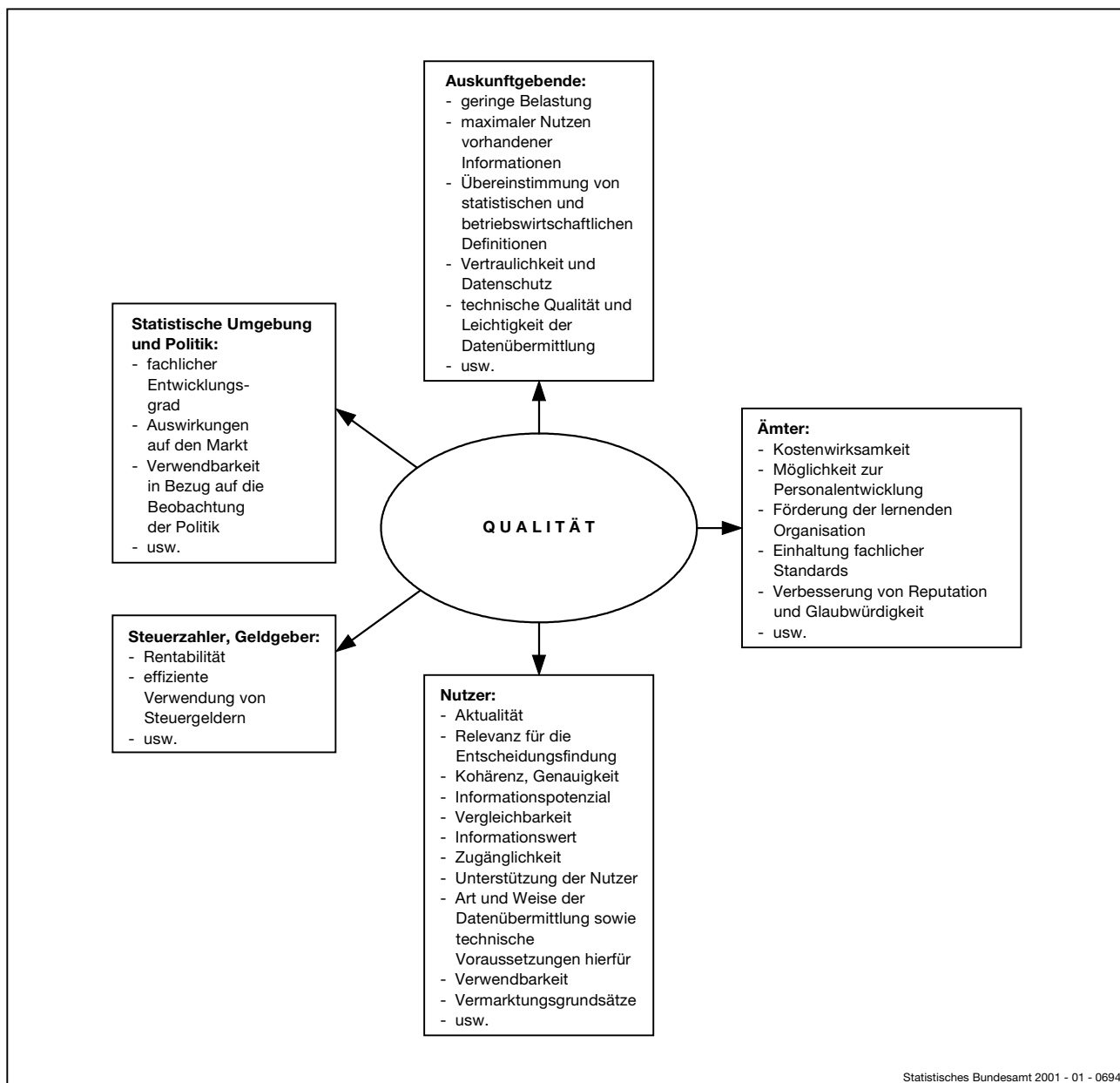
Arbeit der statistischen Ämter sowie deren Beziehung zur statistischen Umgebung abzudecken, die sich aus den Datenproduzenten, Nutzern, Investoren usw. zusammensetzt. Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, eine Bestandsaufnahme der statistischen Systeme in den verschiedenen Kontexten zu erstellen, nämlich im Kontext der Europäischen Union (EU), im Kontext der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und im globalen Kontext. Die EU mit ihrem kohärenten statistischen System bietet eine sehr geeignete Umgebung, um hiermit zu beginnen.

Statistikqualität ist ein komplexes und multidimensionales Konzept, dem man sich von vielen verschiedenen Blickwinkeln aus annähern kann, beispielsweise indem man fragt, wie die verschiedenen Faktoren der Qualität zu analysieren sind, wie die Bedeutung der einzelnen Faktoren im Vergleich zueinander zu bewerten ist und wie die Zusammenhänge und die inhärenten Verflechtungen zwischen den Faktoren zu berücksichtigen sind. Unter-

schiedliche Aussagen in Bezug auf die Statistikqualität beruhen häufig auf der Unterschiedlichkeit der Perspektive, aus der die Nutzer, die Produzenten, die Steuerzahler, die Regierungen und auch die Ämter diese jeweils betrachten. Schaubild 1 bietet ein Beispiel für die diversen Perspektiven, aus denen Statistikqualität wahrgenommen und bewertet wird.

Als weitere Ursachen für die Unterschiedlichkeit sind die verschiedenen Praktiken der diversen Institutionen zu nennen, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben. Die Statistikproduktion selbst erfährt derzeit in mehrfacher Hinsicht einen umfassenden Wandel: Integration der Produktionsprozesse, Abwendung vom herkömmlichen „Stove-pipe“-Ansatz, zunehmende Benutzung neuer Datenquellen (Verwaltungsregister, Informationssysteme von Unternehmen), Vernetzung, Internet, elektronische Gewinnung von Daten, Verbreitung von Mikrodaten, zunehmende Bedeutung von internationalen Organisationen und Statistikproduzenten des privaten Sektors usw.

Schaubild 1



Es könnte also durchaus schwierig werden, in Bezug auf die Statistikqualität einen der herkömmlichen Ansätze anzuwenden, unterliegt doch der Gegenstand (das statistische System) einem kontinuierlichen Wandlungsprozess.

Der Bericht der Leadership Group on Quality gibt die Erfahrungen von Fachleuten aus dem gesamten Spektrum des Europäischen Statistischen Systems wieder, sodass es die Logik gebietet, der Auflistung der Vorteile und Schwächen dieses Systems zuzustimmen. Ein wichtiger Teil des Berichts ist zudem den Methoden gewidmet, mit denen diese Schwächen angegangen werden können, um auf diese Weise die Qualität der europäischen Statistik insgesamt zu verbessern. Auf der Grundlage der Erfahrungen der fortschrittlichsten statistischen Ämter Europas und der Welt werden in dem Bericht die grundlegenden Schwerpunkte genannt und Empfehlungen für Instrumente erteilt, die man benutzen kann.

Dieses Papier dient dem Zweck, einen anderen, ergänzenden Ansatz aufzuzeigen und die weiter gefasste Perspektive der Statistik und deren Qualität unter Einbeziehung der Umgebung zu untersuchen. Der Prozess der Statistikproduktion stellt ein eigenständiges Ganzes dar, und es sollte möglich sein, all seine verschiedenen Aspekte mit einer Theorie zu erfassen, indem man ein Modell bzw. einen Rahmen konzipiert, das bzw. der Raum für all die Wechselbeziehungen zwischen den diversen Faktoren und Elementen bietet. Um nun die zugrunde liegende Theorie der Statistikqualität zu formulieren, sollten wir uns der multidimensionalen Perspektive bedienen, die mit der Verbesserung der Statistikqualität verknüpft ist, und wir sollten uns hierbei das Konzept der (Statistik-)Qualität hinsichtlich seiner historischen Entwicklung vor Augen führen.

2 Ein theoretischer Rahmen für die Qualität von Statistik

Es ist nützlich, bei der Ausarbeitung einer Theorie zur Entwicklung der Statistikqualität einen Blick darauf zu werfen, wie sich das Qualitätsverständnis in der Welt der Wirtschaft geändert hat. Das System des umfassenden Qualitätsmanagements (Total Quality Management – TQM), wie es von Unternehmen angewendet wird, sowie die Normen der Reihe „ISO 9000“, in denen es um Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung geht, enthalten viele nützliche Anregungen für unsere Theorie. Als weitere wichtige Quelle diene uns die Anwendung der Leistungsmessung und der TQM-Grundsätze im öffentlichen Sektor. Auch statistische Ämter haben in dieser Hinsicht bereits Versuche unternommen, und zwar unter Anwendung sonstiger Business-Excellence-Modelle (etwa dem Business Process Re-engineering, d.h. dem grundlegenden Überdenken und Verändern von Geschäftsprozessen zur Steigerung der Leistung dieser Prozesse, dem Konzept der lernenden Organisationen und dem Capability Maturity Model [CMM], d.h. der Optimierung von Software-Verfahren). Ferner lassen sich nützliche Vorstellungen für unsere Theorie in den allgemeinen Ansätzen der Informationswirtschaft und -industrie finden. Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet sollte die Analyse der Qualität amtlicher Statistik auch die grundlegenden

Werte der statistischen Aktivitäten berücksichtigen, die zum Beispiel in den Grundprinzipien der Statistik und in der Berufsethik der Statistiker niedergelegt sind.

Der Prozess zur Verbesserung der Statistikqualität verläuft parallel zu allgemeinen Entwicklungen, die in Bezug auf die Qualität in der Welt der Wirtschaft und anderen Bereichen des öffentlichen Sektors zu verzeichnen sind. Im öffentlichen Sektor vollzieht sich ein Prozess zur Modernisierung der Verwaltung, und die wesentlichen Zielsetzungen dieses Prozesses heißen Qualität und Kundenorientierung. Der öffentlichen Verwaltung kommt in einem Land eine ähnliche Monopolstellung zu wie der amtlichen Statistik, und daher ist es praktisch, der Anwendung von Konzepten der „umfassenden Qualität“ (Total Quality) und des „umfassenden Qualitätsmanagements“ (Total Quality Management) in jenem Bereich zu folgen.

Nähert man sich dem Konzept der Qualität aus einem allgemeinen Blickwinkel, so lassen sich drei grundlegende Paradigmen erkennen, die im Laufe der Zeit Gültigkeit erlangten, nämlich erstens das so genannte „Fordismus-Modell“, zweitens das so genannte „Postfordismus-Modell“ und drittens der Total-Quality-Ansatz.

Das „Fordismus-Modell“ war typisch für die Nachkriegszeit und wurde geprägt durch das von Taylor begründete Konzept der Arbeitsorganisation und der standardisierten Massenproduktion. Die Arbeitsorganisation beruhte auf einer Trennung von „Hand- und Kopfarbeit“, sodass die planenden Tätigkeiten ausschließlich zur Aufgabe von Funktionseinheiten wurden, die an bestimmten Stellen in der Hierarchie angesiedelt waren. Der Begriff „Qualitätskontrolle“ wurde rein technisch verstanden: Es ging darum, die Übereinstimmung der Produkte mit den maßgeblichen Normen und Standards zu überprüfen. Der Prozentsatz des Ausschusses bestimmte die Qualität der Produktion. Der Schwerpunkt der Qualitätskontrolle lag ausschließlich beim Endprodukt, und „Qualität“, wie sie im Fordismus verstanden wurde, war ein objektives Konzept, da ihre Beurteilung auf überprüfbare Daten beruhte. Zudem wurde sie aus einer statischen Perspektive betrachtet, bei der der Schwerpunkt auf der Einhaltung bestimmter Spezifikationen lag, jedoch die Frage, ob diese möglicherweise nicht schon veraltet waren, völlig außer Acht gelassen wurde. Der Preis war der entscheidende Parameter, der den Wettbewerb im Markt entschied, und das Ziel der Produzenten bestand darin, Produkte mit einer bestimmten Qualität zu minimalen Kosten zu fertigen. Dieses Konzept der Qualität ist für solche Produkte angemessen, deren Spezifikationen der Hersteller bereits vor dem Verkauf bestimmen und die der Käufer bereits vor dem Kauf überprüfen kann.

Nachdem die Wirtschaft es geschafft hatte, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen und die Märkte mit Gütern zu sättigen, erwiesen sich die produzentenorientierten Qualitätskonzepte und Qualitätsmanagementsysteme als nicht mehr angemessen. Das Verhalten der Kunden wurde durch den zunehmenden materiellen Wohlstand bestimmt. Mit niedrigen Preisen allein konnte man keine Kunden mehr anlocken. Typisch für das „Postfordismus-Modell“ sind hingegen komplexere Produktionssysteme (vertikale Desintegration), kürzere Produktionszyklen und die Möglichkeit der kundenspezifi-

Tabelle 1: Paradigmenwechsel im Qualitätsverständnis

	„Fordismus-Modell“	„Postfordismus-Modell“	Total Quality Management (TQM)-Ansatz
Kontext	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitsorganisation und standardisierte Massenproduktion nach Taylor – oligopolistische Bedingungen (Verkäufermarkt) 	<ul style="list-style-type: none"> – komplexe externe Systeme (vertikale Desintegration) – kürzere Produktionszyklen und kundenspezifische Produktion – Entindustrialisierung – Käufermärkte, stärkerer Wettbewerb bzw. monopolistischer Wettbewerb, kleine und mittlere Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> – Globalisierung (systemischer Wettbewerb – nationale Innovationssysteme) – Informationsgesellschaft und E-Economy – Entindustrialisierung – <i>good governance</i> und Reform der Institutionen
Definition der Qualität	<ul style="list-style-type: none"> – „Erfüllung der maßgeblichen technischen Merkmale“ – Normen und Standards 	„Gebrauchseignung“ (<i>fitness for use</i>), das heißt Erfüllung der Anforderungen verschiedener Kunden	TQM ist ein Prozess, in dem es um Änderungen der Organisationsstruktur, die Anwendung quantitativer Methoden und den Einsatz von Humanressourcen zwecks ständiger Verbesserung geht. Das Ziel besteht darin, die gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Kunden besser befriedigen zu können.
Schwerpunkt	Endprodukt	Produktionsprozess, ständige Verbesserung der Produktqualität	Produkte und Prozesse
Orientierung	<ul style="list-style-type: none"> – herstellerorientierte Perspektive – objektiv – statisch 	<ul style="list-style-type: none"> – verbraucherorientiert – subjektiv 	<ul style="list-style-type: none"> – Kombination der herkömmlichen prozessorientierten Kontrolle mit kundenorientierter Qualitätssicherung – Orientierung an externen und internen Kunden, Organisationsstrukturen werden definiert als Netz von Kundenbeziehungen – extensive Anwendung von TQM im öffentlichen Sektor
Methode	Überwachung und Kontrolle der Qualität	Managementsysteme für die Qualitätssicherung, das heißt vorbeugende Maßnahmen gegen das Auftreten von Qualitätsproblemen durch geplante, systematische Aktivitäten	<ul style="list-style-type: none"> – Einbindung des gesamten Unternehmens in die Qualitätskontrolle – Benchmarking (Qualitätsauszeichnungen, Bürgerstatuten) – ISO 9000 - 9004
Organisation	<ul style="list-style-type: none"> – Qualitätsüberwachung wird zu einer spezialisierten Aufgabe, für besondere Abteilungen, die an der Spitze der Hierarchie angesiedelt sind – Bewertung durch Dritte 	<ul style="list-style-type: none"> – systemorientierte Ansätze unter Einbeziehung des gesamten Unternehmens – Personalführung wird entscheidend, „Qualität geht jeden etwas an“ – Verlagerung der Qualitätskontrolle weg von den mit der Abnahme betrauten Abteilungen hin zur Unternehmensspitze – Bewertung durch Dritte auf operationeller Ebene 	– Selbstbewertung
Input der Statistik	<ul style="list-style-type: none"> – statistische Methoden der Qualitätskontrolle – Anwendung von Stichproben – Konzipierung von Experimenten 	<ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung von Managementinformationssystemen für die Qualitätskontrolle – Qualitätskostenrechnung, Rechnungslegung, Buchführung und Bilanzierung unter dem Gesichtspunkt der Qualität – Direktmarketing 	<ul style="list-style-type: none"> – MDSA, Analyse der Auswirkungen der Grundsätze – Erhebungen über die Kundenzufriedenheit – Messung von Ergebnissen, zum Beispiel im Bildungswesen, und zwar angefangen von der Messung der Leistungen bis hin zur kundenorientierten Messung von Fertigkeiten und Fähigkeiten (Lese- und Schreibfertigkeiten, rechnerische Fertigkeiten, „soziale Mündigkeit“, Problemlösungsfertigkeiten)

schen Fertigung. Zudem stellte man andere Arten von Gütern her: Mit dem Wachstum des Dienstleistungssektors wuchs auch der Anteil der so genannten Erfahrungsgüter, bei denen eine Überprüfung vor dem Kauf unmöglich ist. Diese Situation zwang die Führungskräfte dazu, die Bedeutung des Begriffs „Qualität“ an den Kunden auszurichten. Qualität wurde nun als „Gebrauchseignung“ (*fitness for use*) definiert, das heißt als Befriedigung der Anforderungen verschiedener Kunden. In diesem Sinne wurde Qualität zu einem subjektiven Konzept, da sie sich nicht anhand von harten Daten, sondern ausschließlich anhand der Kundenzufriedenheit messen ließ. Beim Qualitätsmanagement ging es nun in der Hauptsache um den Produktionsprozess und um vorbeugende Maßnahmen gegen das Auftreten von Qualitätsproblemen; hierzu plante man und ging systematisch vor.

Hiermit ging die Wiederentdeckung der Rolle einher, die die Mitarbeiter in diesem Prozess spielten. Qualitätssicherung beruhte nun auf der Vorstellung, dass „Qua-

lität jeden etwas angeht“. In der Praxis verlagerte sich die Verantwortlichkeit für die Qualitätssicherung weg von den Abteilungen, die mit der Abnahme betraut waren, hin zur Unternehmensspitze.

Infolge der Globalisierung, der Entindustrialisierung, der Entwicklung der Informationsgesellschaft und der E-Economy wurde es notwendig, das Qualitätskonzept erneut auf den Prüfstand zu stellen und es in Richtung eines systematischen Ansatzes weiterzuentwickeln. *Total Quality Management (TQM)* ist ein Prozess, der zur Änderung von Organisationsstrukturen, zur Anwendung quantitativer Methoden und zum Einsatz von Humanressourcen führt. TQM dient dabei dem Zweck der kontinuierlichen Verbesserung sowie der besseren Erfüllung der gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Kunden. Erforderlich ist hierbei die vollständige und aktive Einbeziehung sämtlicher Mitarbeiter sowie das Vorhandensein effizienter Informationssysteme. „Kundenorientierung“ bezieht sich jetzt auch auf diejenigen Kunden, die dem

jeweiligen Unternehmen selbst angehören (interne Kunden), sodass das gesamte Unternehmen als Netz von Kundenbeziehungen betrachtet werden kann. Infolgedessen konzentrieren sich alle Bemühungen der obersten Leitung auf die Befriedigung der Kundenbedürfnisse. Die Marktforschung spielt eine wichtige Rolle bei der unternehmensweiten Qualitätslenkung. Somit kommt der Qualität nicht mehr länger nur eine technische Bedeutung zu, sondern sie hat sich zu einem strategischen Unternehmensziel entwickelt. Das „Zeitalter der Qualität“ lässt sich wohl dadurch charakterisieren, dass Kunden ein allgemeines Bewusstsein für Qualität entwickelt haben und dass Qualität im Wettbewerb eine entscheidende Bedeutung erlangt hat. In der gesamten Wirtschaft wächst der Anteil der Dienstleistungen, die eher auf einer persönlichen Beziehung zwischen Unternehmen und Kunden beruhen denn auf einem standardisierten Produktionsprozess. Das Konzept des Qualitätsmanagements verbindet die produzentenorientierte Qualitätslenkung mit der kundenorientierten Qualitätssicherung, sodass die Vorstellung der Kundenorientierung auch in den Herstellungsprozess einfließt. Die Kalkulation der Qualitätskosten sowie Benchmarking (Leistungsvergleiche) dienen als Instrumente zur Gewinnung derjenigen Informationen, die in Bezug auf externe und interne Kunden, auf interne Prozesse und auf Wettbewerber erforderlich sind.

Die Entwicklung des Qualitätsverständnisses in der Statistik hat sich nach einem ähnlichen Muster vollzogen. Vergleichbar dem Verständnis von Qualität im „Fordismus-Modell“ war auch in der Statistik zunächst ein *produktorientierter Ansatz* erkennbar. In einer Zeit, in der das Gewinnen statistischer Informationen mit enormen Kosten und einem großen technischen Aufwand verbunden war, galt Statistik als ein natürliches Monopol. Folglich wurden die verschiedenen Produkte (Indikatoren), die mit einem solch arbeitsaufwändigen Prozess hergestellt werden sollten, im Voraus festgelegt, und es gab keine Flexibilität, um die Produkte selbst oder ihre Formate zu ändern (zumeist handelte es sich um Veröffentlichungen auf Papier in einem vorgegebenen Format, wie Jahrbücher usw.). Unter Datenqualität verstand man Genauigkeit. Je nach erforderlichem Maß an Genauigkeit mussten für verschiedene Fehlerarten (z.B. für Stichprobenfehler, Verzerrungen aufgrund der Antworten der Auskunftgebenden, Fehler aufgrund von Antwortausfällen usw.) entsprechende Grenzen festgelegt werden. Im Hinblick auf Informationen über die Qualität von Statistik bestand eine eindeutige Asymmetrie, denn die Genauigkeit statistischer Indikatoren konnte nur von den Produzenten gemessen werden. Nur sie konnten abschätzen, um wie viel der (unbekannte) wahre Wert eines Indikators von dem geschätzten Wert abwich, der anhand von Informationen bestimmt worden war, die sich wiederum aus den gewonnenen und bereinigten Daten ergeben hatten. Die Methode, Qualität zu sichern bzw. zu verbessern, bestand und besteht immer noch darin, Normen, Verfahren und Standards zu vereinbaren und deren Einhaltung zu überwachen. Die Anwendung dieser Normen in der Praxis wird durch Anweisungen, Handbücher, Methodikvorschriften und -kriterien unterstützt. Was die Organisationsstrukturen betrifft, so wird die Überwachung der Qualität zu einer spezialisierten Aufgabe, die besonderen Bereichen auf der Ebene der obersten Leitung über-

tragen wird (Methodikeinheiten bzw. Qualitätskontrollstellen). Die Qualität eines Produkts wird anhand von Genauigkeitsindikatoren bestimmt. Die Daten und Metadaten werden separat betrachtet. Die Metadaten werden nicht dokumentiert, und die prozessbezogenen Metadaten (d.h. Informationen über die Methodik, die Vergleichbarkeit usw.) werden zumeist nur in den Köpfen der mit der Sache befassten Statistiker gespeichert. Die Metadaten sind am Spezialisten (Produzenten) ausgerichtet, nicht am Nutzer.

In dem Maße, wie sich die Effizienz der Informationsgewinnung und -aufbereitung aufgrund des technischen Fortschritts steigert, wird die Verbesserung der Qualität *prozessorientiert*. Die Statistik ist nicht mehr länger ein natürliches Monopol der statistischen Ämter, wie dies zuvor der Fall war. Eine wachsende Anzahl von Akteuren des privaten Sektors ist inzwischen mit der Statistikproduktion befasst. In mehreren Ländern sind so genannte „Sekundärverteiler“ von Statistikprodukten entstanden, das heißt Unternehmen oder Institutionen, die statistische Daten verteilen bzw. weiterverteilen, die sie von den statistischen Ämtern erhalten haben, nachdem sie diesen Daten einen Mehrwert in Form von Analysen, kundenspezifischer Aufbereitung usw. hinzugefügt haben. Zudem wird die Rolle, die internationale Organisationen bei der Statistikproduktion und der methodischen Arbeit spielen, immer wichtiger. In diesen internationalen Organisationen werden zudem die ersten Schritte zur Schaffung eines Statistikmarktes unternommen. Die statistischen Ämter haben auf nationaler Ebene nach wie vor noch ein Monopol inne, wenn auch kein vollkommenes Monopol mehr, und auf internationaler Ebene zeichnet sich bereits ein gewisses Maß an Wettbewerb ab.

Aufgrund der zunehmenden Effizienz wird es möglich, Datenanalysen in statistischen Ämtern durchzuführen und die Produkte flexibler zu gestalten (kundenspezifische Produkte). Die in der Welt der Wirtschaft übliche Definition der Qualität als „gebrauchsgerecht“ ist vergleichbar mit anderen Qualitätsaspekten, die – neben der Genauigkeit – für die Nutzer von Belang sind, wie etwa die Relevanz, die Aktualität, die Zugänglichkeit, die Vergleichbarkeit usw. Der „prozessorientierte“ Ansatz im Bereich der Statistikqualität konzentriert sich auf die Einzelprozesse: Datengewinnung, Datenaufbereitung und Datenverbreitung. Der Schwerpunkt liegt auf der Optimierung, und statistische Ämter experimentieren bereits mit diversen Modellen und Optimierungsverfahren, um diese Prozesse zu straffen.

Eine wichtige Quelle zur Verbesserung des Produktionsprozesses sind die Rückmeldungen aus den Abschnitten der Datengewinnung und -bereinigung. Indem die Fehler analysiert werden, wird es möglich, die Fehlerquellen genau zu bestimmen sowie die Instrumente und Prozesse neu zu konzipieren, die als Ursache hierfür anzusehen sind (z.B. Gestaltung des Fragebogens, Verfahren zur Datengewinnung). Die Anwendung von computergestützten Befragungsmethoden macht die Datengewinnung effizienter und beugt vielen Fehlern vor, deren Korrektur im Nachhinein kostspielig wäre.

Wenn der Schwerpunkt auf den Prozessen liegt, so ist es erforderlich, systematisch Metadaten zu sammeln und zu dokumentieren, sodass diese sowohl im Produktions-

Tabelle 2: Die Dynamik der verschiedenen Ansätze zur Sicherung der Qualität von Statistik

	Produktorientiertes Modell	Prozessorientiertes Modell	Total Quality Management (TQM)-Modell
Kontext	<ul style="list-style-type: none"> – Statistik als natürliches Monopol – Aufgrund des technischen Aufwands ist die Informationsgewinnung mit enormen Kosten und großen Schwierigkeiten verbunden. – standardisierte Produkte, keine Flexibilität – Statistik als Mittel zum Aufbau der Nation 	<ul style="list-style-type: none"> – wachsende Effizienz der Informationsgewinnung – kundenspezifische Produktion – Es entstehen Statistikproduzenten im privaten Sektor und/oder „Sekundärverleiher“ von Statistikprodukten. – Die Rolle von internationalen Organisationen im Bereich der Statistik wächst. 	<ul style="list-style-type: none"> – Globalisierung, Informationsgesellschaft, E-Economy – diverse Informationsquellen: Verwaltungsregister, Internet – wachsende Rolle der Statistik in der Politik – zunehmender Wettbewerb auf internationaler Ebene – Entstehung von Märkten für die Statistik
Definition der Qualität	<ul style="list-style-type: none"> – vorgegebenes Maß an Genauigkeit, Stichprobenfehler usw. – Normen und Standards – methodisch fundiert 	<ul style="list-style-type: none"> – „Gebrauchseignung“, das heißt Befriedigung der Anforderungen verschiedener Kunden – Aktualität – Relevanz – Zugänglichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> – Ständige Verbesserung, um die gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Kunden besser zu befriedigen. – Relevanz und praktischer Nutzen der Statistik bei der Entscheidungsfindung
Schwerpunkt	<ul style="list-style-type: none"> – Endprodukt: freigegebene (aggregierte) Statistiken 	<ul style="list-style-type: none"> – Prozess der Datengewinnung, -bereinigung, -aufbereitung und -verbreitung – Einbeziehung von Rückmeldungen aus dem Abschnitt der Datengewinnung und -bereinigung, um den gesamten Prozess der Statistikproduktion zu verbessern. 	<ul style="list-style-type: none"> – Voll integriertes System der Datenproduktion und -nutzung, des Datenverbrauchs sowie der Datenzusammenführung und -verbreitung. – Im Bereich der Statistik bezieht sich der Begriff der Qualität nicht auf die Produkte und Prozesse, sondern auf die Art und Weise, in der die Gestaltung der Politik und die Entscheidungsfindung verbessert werden können.
Orientierung	<ul style="list-style-type: none"> – produzentenorientierte Perspektive – objektiv – statisch 	<ul style="list-style-type: none"> – Die Zielsetzung besteht darin, einen spezifischen Aspekt der Qualität (Relevanz, Aktualität, Genauigkeit, Belastung der Auskunftgebenden, Kostenwirksamkeit usw.) zu verbessern. – Prozesssteuerung, Systementwicklung, optimaler Einsatz von Ressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> – Orientierung an externen und internen Kunden – Verbreitung von Wissen zum Zwecke der ständigen Verbesserung der Leistungen der Politik
Methode	<ul style="list-style-type: none"> – Qualitätskontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> – Investitionen in die hauseigene Methodikforschung – für das gesamte Amt geltende Qualitätsrichtlinien (z. B. Kanada, Niederlande) – derzeitige beste Methoden (<i>current best methods</i>; z. B. Schweden) – Qualitätshandbücher 	<ul style="list-style-type: none"> – Qualität als ein multidimensionales Konzept, das sich auf eine Reihe guter Praktiken erstreckt – Benchmarking (Qualitätsauszeichnungen, Bürgerstatuten) – Zertifizierung nach ISO 9000 - 9004 – internationale Qualitätsrahmen (Eurostat, Internationaler Währungsfonds) – Modelle für TQM und Business Excellence im Bereich der Statistik (z. B. Business Process Re-engineering, Capability Maturity Modell)
Organisation	<ul style="list-style-type: none"> – Die Überwachung der Qualität wird zu einer spezialisierten Aufgabe, mit der spezialisierte Abteilungen auf der Ebene der obersten Leitung (Qualitätskontrollstellen) betraut sind. 	<ul style="list-style-type: none"> – Verlagerung der Qualitätskontrolle weg von den Kontrollstellen hin zur obersten Leitung – Einrichtung von hauseigenen Forschungs- und Methodikabteilungen – Ausbau der Methodikbereiche, die für die Produktionseinheiten Dienstleistungen erbringen – Qualitätssysteme in den einzelnen Statistikabteilungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Selbstbewertung – Ausweitung der Forschungs- und Methodikarbeit auf die Produktionseinheiten
Input der Statistik	<ul style="list-style-type: none"> – Stichproben und Varianzschätzung – Genauigkeitsindikatoren 	<ul style="list-style-type: none"> – Informationen über die Datenqualität aus der Stufe der Datengewinnung und -bereinigung – Metainformationssysteme, die Angaben zur Datenqualität enthalten – Leistungsindikatoren (Kosten-Nutzen-Verhältnis, finanzielle Indikatoren usw.) – Prozesssteuerung, Entwicklung eines Benchmarking-Systems 	<ul style="list-style-type: none"> – Erhebungen über die Kundenzufriedenheit – Auswirkung der Statistik auf die Politikgestaltung und die Entscheidungsfindung – integrierte Kostenwirksamkeitsanalyse, die sämtliche Akteure berücksichtigt: Nutzer (Qualität der Produkte), Investoren (Leistungen im Bereich der Finanzierung), Auskunftgebende (Belastung), Mitarbeiter (Leistungen im Bereich der Personalführung), oberste Leitung.

prozess als auch auf der Stufe der Verbreitung benutzt werden können. Metadaten sind nicht nur für den Spezialisten gedacht, sondern auch für den Nutzer, damit dieser die „Gebrauchseignung“ der Daten einschätzen kann. Qualitätsverbesserung hat stets zum Ziel, spezifische Aspekte der Qualität zu verbessern (z.B. die Relevanz, die Aktualität, die Genauigkeit, die Belastung der Auskunftgebenden, die Kostenwirksamkeit usw.). Diese Aspekte der Qualität sind häufig widersprüchlich, und um Qualität zu erlangen, muss ein ausgewogener Zustand

hergestellt werden, der die meisten der Nutzer zufrieden stellt. Zahlreiche statistische Ämter investieren in die hauseigene Methodikforschung, und es werden jeweils für das gesamte Amt Qualitätsleitlinien, derzeit geltende beste Methoden (*current best methods*) usw. eingeführt mit dem Ziel, die Qualität zu verbessern. Da Qualität „jeden etwas angeht“, wird sehr viel Wert auf Schulungen und Personalführung gelegt. Zudem richten statistische Ämter hauseigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen ein. Diese erweiterten Methodikbereiche stehen

mit ihren Dienstleistungen den Produktionseinheiten der gesamten Organisation ständig zur Verfügung. Die Überwachung der Qualität erfolgt dezentralisiert und wird von einzelnen Statistikabteilungen vorgenommen, die direkt mit den Prozessen zu tun haben, um die es bei diesem Qualitätsansatz schwerpunktmäßig geht. Das Management hat zum Ziel, den Ressourceneinsatz zu optimieren. Leistungsindikatoren wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis, die Investitionsrentabilität usw. können herangezogen werden, um die Gesamtleistung zu bewerten.

Die Globalisierung, die Informationsgesellschaft und die E-Economy haben den Kontext verändert, in dem statistische Ämter ihre Arbeit verrichten. Durch den Ausbau der Verbindungen unter den statistischen Ämtern und durch die wachsende Rolle internationaler Organisationen im Bereich der Statistik verschärft sich der Wettbewerb unter den statistischen Ämtern auf internationaler Ebene. Im Bereich der Statistik entsteht derzeit in vielerlei Hinsicht eine Marktsituation. Es wächst die Anzahl der verschiedenen Informationsquellen (z. B. Verwaltungsregister, Informationssysteme von Unternehmen, das Internet), und es entstehen neue Möglichkeiten für die Datenanalyse und -darstellung (z. B. durch geografische Informationssysteme).

Auch im öffentlichen Sektor und im Bereich der Statistik ist ein Ansatz eingeführt worden, der mit der Anwendung von *Grundsätzen des Total Quality Management (TQM)* in der Welt der Wirtschaft vergleichbar ist. Diese Grundsätze müssen allerdings etwas abgewandelt werden, wenn sie auf Regierungen angewendet werden sollen. Aus dem Blickwinkel der Statistik kann es interessant sein, die „reformierten“ TQM-Grundsätze im öffentlichen Sektor im Auge zu behalten. Während in der Welt der Wirtschaft letztlich der Kunde über die Qualität entscheidet, ist es im öffentlichen Sektor (und im Bereich der Statistik) der Steuerzahler, der letztlich über die Qualität (und Quantität) befindet. Im produzierenden Gewerbe mit seinen routinemäßig ablaufenden Produktionsprozessen sind vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Schwankungen der Schlüssel zur Erlangung großer Qualität. Im Falle arbeitsintensiver Dienstleistungen ist eine Standardisierung unmöglich, und daher ist Qualität in heterogenen, persönlich gestalteten Dienstleistungen zu suchen, die den Zweck haben, die Auswahl zu erhöhen. Die allgemeine Verdiensthöhe ist niedriger als im privaten Sektor, folglich ist die Motivation von außen wichtig. Da begrenzte Ressourcen die Fähigkeit einschränken, die Output-Qualität je nach den Anforderungen der Kunden zu steigern, sollte der Schwerpunkt auf der ständigen Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz von Organisationsstrukturen liegen.

Der TQM-Ansatz wird auch im Bereich der Statistik eingeführt, jedoch muss er einige Änderungen über sich ergehen lassen, um ihn für die spezifische Situation in diesem Bereich geeignet zu machen, denn diese unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der des übrigen öffentlichen Sektors. Es werden viele verschiedene TQM- und Business-Excellence-Modelle angewendet (z. B. Business Process Re-engineering, d. h. das grundlegende Überdenken und Verändern von Geschäftsprozessen zur Steigerung der Leistung dieser Prozesse, das Capability Maturity Model [CMM], d. h. die Optimierung von Software-Verfahren, Benchmarking, d. h. Leistungs-

vergleiche, ferner die Bewertung durch gleichrangige Personen, die Zertifizierung nach ISO 9000-9004 usw.).

Da sich die TQM-Grundsätze nicht immer direkt auf den Bereich der Statistik übertragen lassen, besteht ein weiterer Ansatz darin, Statistikqualität als ein multidimensionales Konzept zu definieren, das eine Reihe von guten Praktiken für die Produktion, die Verbreitung und die Nutzung von Statistik enthält. Es wird anerkannt, dass die Natur der Statistikqualität komplex ist, und internationale Organisationen (z. B. Eurostat, IWF) sind dabei, internationale Qualitätsrahmen zu schaffen, die all die verschiedenen Aspekte der Qualität berücksichtigen.

Die Statistik spielt eine immer wichtigere Rolle bei der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung. Politische Zielsetzungen werden in zunehmendem Maße quantitativ formuliert, und es wird auf höchster Ebene anerkannt, dass es wichtig ist, die Auswirkungen der politischen Aktivitäten genau zu beobachten. Ist die Statistik für die Entscheidungsfindung relevant und erfährt sie hierfür eine praktische Anwendung, so kann dies ein Qualitätsindikator sein.

Die ständige Verbesserung der Statistikprodukte und -prozesse hat zum Ziel, die gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Nutzer besser zu befriedigen. Die Nutzer werden nicht als homogene Gruppe gesehen, sondern es werden verschiedene Nutzergruppen unterschieden, für die jeweils eine andere Verbreitungsstrategie erforderlich ist.

Man beginnt ferner damit, Daten- und Metadaten-systeme zu integrieren, und die Metadaten werden als von den Daten untrennbar erachtet. Die Ämter versuchen, zentrale Metadaten-systeme einzurichten, die in einigen Ländern (z. B. in den Vereinigten Staaten) sogar auf nationaler Ebene koordiniert werden. Die Metadaten-systeme sollten den Anforderungen an die Datenproduktion und -verwaltung sowie den Anforderungen an die Verbreitung genügen. Die Verbesserung der Qualität erfolgt mit Hilfe von Selbstbewertungen und indem in den Produktionseinheiten selbst die Datenanalyse und die Überwachung der Einhaltung der Qualitätsgrundsätze durchgeführt werden. Der Dialog zwischen den Nutzern und den Produzenten, der im Rahmen von Fokusgruppen, Nutzergruppen, Statistischen Beiräten usw. stattfindet, gewinnt zunehmend an Bedeutung. In Bezug auf die Qualitätsverbesserung liegt der Schwerpunkt auf dem vollintegrierten System der Datenproduktion und -nutzung, des Datenverbrauchs, der Datenzusammenführung und -verbreitung.

Die Qualitätsverbesserung ist ausgerichtet an externen und internen Kunden, spezifischen Nutzern in Politik und Wissenschaft sowie den Medien. Als Instrumente zur Messung der Qualität dienen Kundenbefragungen sowie die Direktvermarktung von Statistikprodukten. Da es sich um ein äußerst komplexes System handelt, kann Qualität nicht nur anhand eines Aspektes bewertet werden, sondern es ist unter Umständen erforderlich, synthetische Indikatoren und/oder sonstige Systeme zur Bewertung der Datenqualität (Ranglisten, Qualitätswettbewerbe usw.) zu entwickeln.

3 Neudefinition der Stärken und Schwächen des Europäischen Statistischen Systems

In den für die amtliche Statistik geltenden Grundsätzen heißt es: „Die amtliche Statistik stellt ein unentbehrliches Element im Informationssystem einer demokratischen Gesellschaft dar, da sie die Regierung, die Wirtschaft und die Öffentlichkeit mit Daten über die wirtschaftliche, demografische und soziale Lage sowie mit Daten über die Umweltsituation versorgt.“ Dieser Grundsatz hebt die entscheidende Rolle der Statistik in der Demokratie hervor.

Will man der wachsenden Bedeutung der Statistik bei der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung Rechnung tragen, so ist es erforderlich, die Stärken und Schwächen eines statistischen Systems aus der Perspektive der Politik neu zu definieren. Die Statistik kann eine wichtige Rolle bei

- der Formulierung politischer Programme,
- der Implementierung politischer Programme sowie
- der Begleitung und Bewertung der Umsetzung dieser Programme

spielen.

Aus dieser Perspektive betrachtet sind die Stärken und Schwächen des Europäischen Statistischen Systems die Stärken und Schwächen der politischen Entscheidungsträger Europas. Man kann auf mehrere Erfolgsgeschichten verweisen, in denen die Statistik eine wichtige und positive Rolle bei der Politikgestaltung gespielt hat: der Prozess von Maastricht zur Schaffung der Voraussetzungen für die Wirtschafts- und Währungsunion, das Vermeiden einer Finanzkrise in Europa nach 1992, der Stabilitätspakt und der „Luxemburg-Prozess“ zur Förderung der besten Vorgehensweisen in der europäischen Beschäftigungspolitik. Ferner zeichnen sich neue Initiativen ab, so zum Beispiel auf der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon vom März 2000, auf der ein auf fünf Jahre angelegtes Aktionsprogramm erörtert wurde, das auf einer Reihe von sozialen Indikatoren beruht.

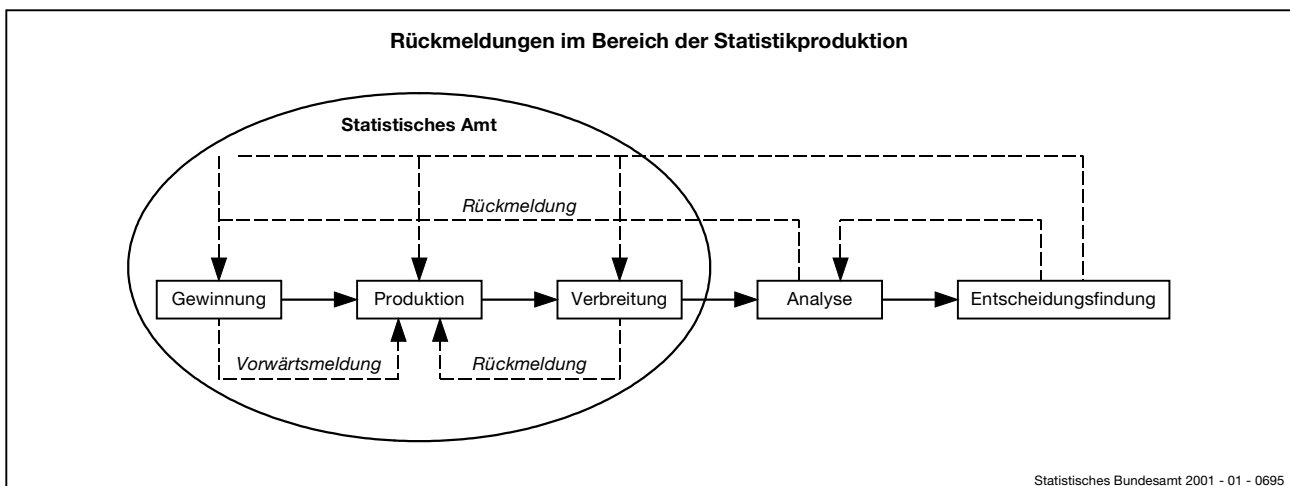
Während die Statistik bisher recht erfolgreich die finanziellen und wirtschaftlichen Phänomene erfasst hat, zeigt sie sich jedoch derzeit beim Erfassen sozialer Phänomene nicht so erfolgreich. Man denke etwa an das europäische Sozialmodell, die Armut, die Menschenrechte, die Migration, das Bildungsniveau, die Vermarktung von Fähigkeiten usw. Die Begleitung von Programmen der Sozial- und der Entwicklungspolitik ist ein Thema, das immer mehr an Bedeutung gewinnt, wenn es darum geht, die Umsetzung dieser Programme zu gewährleisten.

Die Qualität eines statistischen Systems wird unter anderem dadurch bestimmt, wie wirksam es ist, wenn es darum geht, Rückmeldungen aus den einzelnen Abschnitten (angefangen von der Datengewinnung bis hin zur Nutzung von Statistik bei der Entscheidungsfindung) zu erhalten und anzuwenden. Die Rückmeldungen sollten analysiert werden, und zwar angefangen von den Rückmeldungen über den Produktionsprozess insgesamt bis hin zu den Rückmeldungen über die Endnutzung der Daten. Die Verwendung von Informationen aus dem Prozess der Datengewinnung und -bereinigung zur Verbesserung der Statistikproduktion ist bereits weiter vorangeschritten. Das Verwenden von Rückmeldungen der Nutzer zur Ausrichtung der gesamten Statistikproduktion bedarf hingegen noch der Verbesserung.

Qualität ist ein asymptotisches Konzept: Sie erfordert ständige Investitionen und Verbesserungen. Als treibende Kraft zur Verbesserung der Qualität von Statistik lassen sich zwei wichtige Faktoren anführen, nämlich der Markt und die Politik. Mit dem Markt in Zusammenhang steht ferner die technologische Entwicklung, die einen zusätzlichen Faktor für die steigende Nachfrage nach Qualität schafft.

Den wichtigsten Anreiz zur Verbesserung der Qualität liefert der Markt. Man kann sich darüber streiten, ob es für Statistikprodukte einen echten Markt gibt und welche Rolle der Markt im Hinblick auf die amtliche Statistik spielt, die ja per definitionem ein öffentliches Gut darstellt. Jedoch bieten auch sorgfältige Planung und Produktion keine Garantie für eine gute Qualität, wie die Geschichte der Sowjetunion und sonstiger zentralplanwirtschaftlich geleiteter Länder belegt. Der Markt hingegen bietet eine echte Messlatte für Qualität.

Schaubild 2



Statistisches Bundesamt 2001 - 01 - 0695

Es gibt einige wichtige Aspekte, mit denen sich die Anwendung des marktwirtschaftlichen Ansatzes im Bereich der amtlichen Statistik rechtfertigen lässt:

- Im öffentlichen Sektor gibt es zahlreiche Mechanismen, die in ähnlicher Weise auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu finden sind – Anerkennung, Reputation, Konkurrenzdruck;
- auf internationaler Ebene beeinflussen sich die nationalen statistischen Systeme gegenseitig und treten miteinander in Wettbewerb, etwa in Bezug auf die nationale Produktion und Innovation;
- Akteure des privaten Sektors können und sollten eine wichtige Rolle in dem Prozess der Qualitätsverbesserung spielen: Es kann erforderlich sein, die Welt der amtlichen Statistik mit ihren Dienstleistungen neu zu definieren und auch neu festzulegen, welcher Teil hiervon weiterhin als öffentliches Gut gelten soll;
- Demokratie: Die Nutzung von Statistik zum Zwecke der guten Staatsführung (*good governance*) sorgt derzeit für Qualität und wird dies auch in Zukunft tun.

Der Kontext, in dem statistische Ämter agieren, lässt sich mit der Situation verstaatlichter Versorgungsunternehmen (z. B. für Wasser und Elektrizität) vergleichen, wenn auch die Regulierungsmechanismen des Marktes durch andere Regulierungsmechanismen und -rahmen ersetzt werden müssen, beispielsweise durch Statistikgesetze, Qualitätsnormen usw. Gute Qualität hängt eng mit der Vertrauensbildung in Bezug auf die Arbeit der statistischen Ämter zusammen: Durch sie werden statistische Ämter glaubwürdig. Die Regulierungsmechanismen sind zwar notwendig, bieten jedoch für sich genommen noch keine ausreichende Grundlage für die Vertrauensbildung.

Die Notwendigkeit eines solchen Regulierungsrahmens wird durch folgende Tatsachen bedingt:

- Es ist unwahrscheinlich, dass die Monopolstellung der amtlichen Statistik in Zukunft eine Änderung erfährt (für bestimmte Arten von Statistikprodukten besteht eine zunehmende Orientierung am Markt, während es für andere niemals genug Nutzer geben wird, um sie kostengünstig „herzustellen“; somit wird es immer Bedarf an einer öffentlichen Einrichtung geben, die Statistik als öffentliches Gut anbietet);
- aufgrund der sehr spezialisierten und technischen Art statistischer Informationen sind diese asymmetrisch (somit besteht eine ähnliche Situation wie z. B. im Bereich der Gesundheit und der Umwelt).

Die meisten Nutzer können die Qualität einzelner Statistikprodukte gar nicht beurteilen, vielmehr beruht die Bewertung der Qualität in der Regel auf der wahrgenommenen Zuverlässigkeit des statistischen Systems insgesamt. Eine wichtige Komponente zur Wahrung der Reputation ist die Fähigkeit, vertrauliche Daten zu schützen. Die Bereitschaft der Auskunftgebenden, mit den statistischen Ämtern zusammenzuarbeiten, hängt in hohem Maße von deren Reputation ab. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Rücklaufquote und dem Vertrauen der Auskunftgebenden in die Zusagen, die von den sta-

tistischen Ämtern in Bezug auf die Vertraulichkeit erteilt werden.

Ein weiterer Aspekt der Qualitätsverbesserung, der mit dem Marktmechanismus zusammenhängt, ist der Technologieschub. Aufgrund neuer Möglichkeiten, die sich durch die *technologische Entwicklung* eröffnen, wächst die Nachfrage nach statistischen Daten ständig, und zwar sowohl was ihr Volumen als auch was ihre Gliederungstiefe betrifft. Die Nutzer sind auf der Suche nach neuen Informationen und neuen Wegen, um mehr Informationen aus bereits vorhandenen Datenquellen zu extrahieren. Die wachsenden Fähigkeiten der Nutzer zur Datenanalyse und -produktion bringen es mit sich, dass die damit verbundene Datenqualität immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Möglichkeit, Daten zu Zwecken zu benutzen, für die diese aufgrund ihrer Qualitätsmerkmale nicht verwendet werden können, gibt Anlass zur Besorgnis. Insbesondere durch die Entwicklung des Internets sind die Nutzer in der Lage, Daten aus vielen verschiedenen Quellen herunterzuladen; zudem wächst die Datenmenge ständig weiter an. Es mag den Anschein haben, dass diese Fülle an Informationen analysiert und auf vielerlei Art und Weise kombiniert werden kann. Um jedoch ein sinnvolles Ergebnis zu erhalten, sind die unterschiedlichen Dimensionen der Datenqualität zu berücksichtigen, da sie die Möglichkeiten der Kombination von Daten aus verschiedenen Quellen ganz erheblich einschränken. Auf der anderen Seite suchen statistische Ämter nach kostengünstigeren Verbreitungssystemen, was sich häufig dadurch verwirklichen lässt, dass der „Selbstbedienung“ mehr Raum gegeben wird. Dieser Prozess muss allerdings durch fest vorgesehene Verfahren zur Unterrichtung der Nutzer über wichtige Aspekte der Datenqualität begleitet werden.

Was die *Politikgestaltung* betrifft, so ist die Beziehung wechselseitig: Auf der einen Seite sorgt die Statistik für Qualität in Einrichtungen und Politiken der Regierung, indem sie dieser ein Instrument an die Hand gibt, um die Verwirklichung der politischen Zielsetzungen zu messen. Auf der anderen Seite zwingt die Implementierung politischer Programme die statistischen Ämter dazu, die Qualität zu verbessern. Sollen Entscheidungsträger gut informiert sein, so sind Infrastrukturen für die Analyse und die Statistik erforderlich, die für sichtbare Ergebnisse und praktisches Lernen sorgen. Indem man politische Programme auf nationaler und internationaler Ebene an spezifischen Zielsetzungen festmacht und den Fortschritt misst, der bei der Verwirklichung dieser Zielsetzungen erreicht wird, verbessert man die Glaubwürdigkeit der Politik und nimmt die Politiker stärker in die Verantwortung.

Des Weiteren wurde angeregt, dass die Statistik den aktuellen politischen Themen Rechnung tragen sollte, etwa den Menschenrechten, der Flüchtlingsproblematik, der sozialen Ausgrenzung, AIDS usw., um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Phänomene zu erfassen. Statistiker können auf ihren bewährten Erfahrungsschatz in Sachen Methodik und auf ihre Kenntnisse zurückgreifen, um neue Indikatoren zu entwickeln, anhand derer die Sozialpolitik eines Landes beobachtet werden kann. Die Statistik kann eine führende Rolle bei der Förderung von Innovation und Dialogbereitschaft unter den politischen Entscheidungsträgern in diesen

Bereichen spielen. Der Dialog zwischen Statistikern und politischen Entscheidungsträgern sollte dazu führen, dass es im Bereich der Statistik zu Innovationen kommt, dass Anreize zur Schaffung neuer Indikatoren entstehen, die für die Gesellschaft maßgeblich sind, und dass Mittel und Wege zur Einführung dieser Indikatoren gefunden werden (z. B. durch Vorschläge, „alte“ Indikatoren durch „neue“ abzulösen, die die Entscheidungsträger in die Lage versetzen, eine relevante Auswahl zu treffen und Schwerpunkte zu bestimmen).

Auch die bereichsübergreifenden Analysen zählen nicht zu den starken Seiten der Statistik. Der herkömmliche „Stove-pipe“-Ansatz der Statistikproduktion, bei dem jeder Themenbereich separat bearbeitet wird, erweist sich für eine integrierte Vorgehensweise nicht als förderlich. Die Analyse von umweltrelevanten, wirtschaftlichen und sozialen Belangen sowie der Wechselbeziehungen unter diesen können als eine weitere Schwachstelle der Statistik erachtet werden.

Zudem kann man hervorheben, dass Forschungsbedarf in Bezug auf die Frage besteht, wie Statistik benutzt wird. Die Relevanz und der Zweck von Statistik sollten durch entsprechende Forschungsaktivitäten überwacht werden (wer sind die Nutzer, wann und wie wird Statistik zu Rate gezogen, wie sieht der Bedarf der Nutzer aus, worin besteht der eigentliche Wert von Statistik für die Nutzer, welche Anforderungen der Nutzer lassen sich nicht befriedigen). Nun ist es nicht einfach, die Auswirkungen zu messen, die die Statistik auf die Entscheidungsfindung hat, jedoch ist es möglich, ihre Anwendung zu erfassen, indem man nämlich registriert, wie häufig bestimmte Websites angewählt werden, wie häufig Statistiken zitiert werden, welche Erhebungen das Fernsehen und der Rundfunk durchführen, wie die Kundenzufriedenheit analysiert wird usw. (Hierbei sollten auch die verschiedenen Ausrichtungen berücksichtigt werden, etwa auf die Medien, die Öffentlichkeit, das Bildungssystem, die Regierung, internationale Organisationen).

Ferner ist es erforderlich, die diversen Aspekte der Nutzung von Statistik weiter zu erforschen. Beispielsweise ist der Frage nachzugehen, wie der Informationswert von Statistik gemessen werden kann, wie die Auswirkungen „guter“ Entscheidungen zu bestimmen sind, die auf der Grundlage von Statistik getroffen wurden, und wie die Auswirkungen unzutreffender Messungen oder falscher Entscheidungen zu ermitteln sind, die auf der Grundlage solcher Statistiken erfolgten bzw. getroffen wurden, deren Qualität als schlecht einzustufen ist. Ein weiterer Aspekt ist das Informationspotenzial – ein einziger Indikatorwert, der anhand einer Nichtstandard-Methode berechnet wurde, die zeitlich oder räumlich nicht vergleichbar ist, hat nämlich ein sehr geringes Informationspotenzial. Ein umfassend vergleichbarer Indikator hingegen, der mit anderen Daten verknüpft werden kann, hat ein enormes Informationspotenzial und kann eine unbegrenzte Anzahl von Analysen und eine unbegrenzte Menge von neuen Informationen generieren.

Das Internet hat die Wechselbeziehung zwischen Statistik und Nutzern ganz erheblich verändert. In jüngster Zeit haben statistische Ämter Brauchbarkeitsstudien durchgeführt, insbesondere in den Vereinigten Staaten; hierbei ging es um die Fragen, wie brauchbar Statistik ist, die

auf Websites angeboten wird. Zuvor gab es keine Möglichkeit, eine so enge Verbindung zu den Nutzern herzustellen und das Verhalten der Nutzer so genau zu beobachten. Es handelt sich hierbei um einen Ansatz, der eine weitere Untersuchung wert ist, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Brauchbarkeit von Websites, sondern auch im Hinblick auf die Brauchbarkeit sonstiger Statistikprodukte (z. B. Datenbanken). Es wäre sicherlich interessant, die sachgemäße und unsachgemäße Verwendung von Statistik zu erfassen, zu analysieren, wer sie benutzt, von wem man die Benutzung erwarten könnte, wer diese Erwartung nicht erfüllt und warum nicht. Hierbei wären natürlich unterschiedliche Ansätze für die diversen Nutzergruppen wie internationale Organisationen, Auskunfteien, Marketing-Einrichtungen, Bildungssysteme usw. erforderlich.

Ein häufig benutztes Instrument sind Kundenbefragungen. Es gibt jedoch Raum für Verbesserungen in diesem Bereich, denn es gilt, die methodischen Probleme zu überwinden (Wie kann z. B. der Begriff „Zufriedenheit“ in Fragen umgesetzt werden, wie kann der „richtige“ Auskunftgebende in einer Organisation bestimmt werden, wie ist mit der Fülle an Erhebungen über die Kundenzufriedenheit umzugehen?). Weitere Forschung ist ferner im Hinblick auf die Frage erforderlich, wie die Nutzer Qualität wahrnehmen. Die Kundenforschung zeigt, dass für den Nutzer die Qualität der Lieferung des Produktes (Aktualität, Reaktionsbereitschaft) ebenso wichtig sein kann wie die Qualität des Produkts selbst und dass diese Qualität häufig sogar weitaus wichtiger ist als die Kosten. Für den Nutzer sind die Faktoren, die an der Schnittstelle zwischen Lieferant und Kunde eine Rolle spielen, äußerst wichtig (Zuverlässigkeit bei der Lieferung, Wiedererkennung durch den Lieferanten, Service-Qualität, rechtzeitige Lieferung, Vertrauen, zwischenmenschliche Fähigkeiten, persönliche Ansprache und Reaktionsbereitschaft). Diese „weichen“ Qualitäten sind noch nicht ausreichend erforscht worden, denn sie sind schwierig zu erfassen. Sie können aber dennoch für die Nutzer ebenso wichtig sein wie die herkömmlichen „Kernaspekte“ der Qualität.

Mit Kundenerhebungen kann man lediglich das Ergebnis und dessen Qualität im Nachhinein erfassen, sie reichen jedoch nicht aus, um Richtungen für zukünftige Entwicklungen aufzuzeigen. Die statistischen Ämter sind gefordert, mit einem aktiveren Ansatz aufzuwarten, um mit der obersten Leitung von Regierungen eine wechselseitige Beziehung aufzubauen. Dies kann geschehen, indem sie an der Regierung mitwirken, bilaterale, wechselseitige Beziehungen zu den verschiedenen Bereichen der Regierung schaffen usw. Der *Chief Statistician* (Anm.: in angelsächsischen Ländern verbreitet der Vertreter der Statistik in der Regierung) spielt hierbei eine sehr wichtige Rolle, und es wäre wünschenswert, hierfür ein geeignetes Verfahren zu finden. Es sind bilaterale, wechselseitige Beziehungen mit allen bedeutenden politischen Abteilungen, den Zoll- und Steuerbehörden sowie sonstigen Regierungsstellen erforderlich, die mit der Gewinnung von Daten zu tun haben, welche für statistische Zwecke nützlich sein könnten.

Ferner sollte es Marketing-Grundsätze für die Statistik geben, die auf die verschiedenen Nutzergruppen ausgerichtet sind, etwa die Öffentlichkeit, die Medien, die Bil-

Informationssysteme, Wissenschaftler, Regierungen usw. Die Marketing-Grundsätze sollten auch die Bereitstellung von Informationen über die Qualität der Produkte sowie Ratschläge darüber enthalten, wie diese Informationen zu verstehen und zu benutzen sind. Da Statistikprodukte in der Regel ohne oder nur mit geringfügigen Änderungen geliefert werden, besteht für den Produzenten amtlicher Statistik nicht gerade ein starker Anreiz, um sich darüber zu informieren, wie die Bedürfnisse der Benutzer aussehen und wie diese die von ihm verbreiteten Produkte bewerten. Im realen marktwirtschaftlichen Leben verhält es sich jedoch so, dass eher die Nutzer denn die Produzenten die Qualität bewerten und dass die Produzenten nicht unbedingt gewillt sind, die Nutzer darüber zu unterrichten, dass die Qualität der Produkte schlecht ist. Die amtlichen Produzenten von Statistik könnten hingegen Informationen über die Qualität ihrer Produkte eher auf der Grundlage eines Verhaltenskodex denn aus marktwirtschaftlichen Gründen oder zwecks Erlangung einer wettbewerbsfähigen Position im Markt liefern.

Es wäre ideal, wenn man einen einzigen Indikator schaffen würde, der es ermöglichte, das Qualitätsniveau eines statistischen Amtes zu bewerten, eine Zahl also, die es auch den Nutzern ermöglichte, die Zuverlässigkeit wahrzunehmen, mit der das statistische Amt seinen Aufgaben nachkommt. Es besteht unter Umständen Forschungsbedarf im Hinblick darauf, ein ökonomisches Modell zu konstruieren (z.B. ähnlich dem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen, das eine einzige Zahl zur Bezeichnung des Bruttoinlandsprodukts hervorbringt und damit eine Aussage über die Leistung einer Volkswirtschaft trifft), das es ermöglicht, die Wertschöpfung zu messen, die mit dem Output erzielt wurde, der die Bedürfnisse der Menschen befriedigt hat. Es ist unter Umständen sogar vorstellbar, einen systematischen Qualitätsindikator zu schaffen, mit dessen Hilfe man anhand einer bestimmten Datenmenge erfassen könnte, wie viel Output erzeugt wurde, und der sowohl die Menge als auch den Wert der Daten misst. Es lassen sich Verbesserungen feststellen, was den Kostenaufwand der Datengewinnung und -aufbereitung betrifft, das heißt auf der Produktionsseite. Uns fehlt jedoch ein Instrument, um den Bedarf an Daten und den Verbrauch von Daten zu messen und zu erfassen, und um zu bestimmen, wie viele dieser Daten als Grundlage für die Entscheidungsfindung, das Tätigen von Investitionen usw. dienen.

Einige mögliche neue Instrumente zur Bewertung der Qualität der Leistung eines statistischen Amtes sind:

- Peer Reviews (Bewertung durch z.B. andere statistische Ämter),
- interne und externe Audits (hinsichtlich der Qualität des Produktionsprozesses),
- Nutzergruppen (Beiräte),
- ein internationales Programm, das in Zusammenarbeit mit Bewertungsstellen, Unternehmensberatern und Auditoren durchgeführt wird (internationale Taskforce),

- Erfahrungen aus anderen Bereichen des öffentlichen Sektors,
- Erfahrungen des privaten Sektors sowie Erfahrungen mit TQM,
- ein System von Qualitätswettbewerben (z. B. Swedish Quality Award, US Malcolm Baldrige National Quality Award, das Modell der Europäischen Stiftung für Qualitätsmanagement [EFQM]),
- Ranglisten,
- Selbstbewertungen auf der Grundlage von Business-Excellence-Modellen (z. B. TQM, CMM).

Einfacher dürfte es allerdings sein, die Leistung eines statistischen Amtes im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems zu beurteilen, da statistische Ämter in ein und demselben Rechtsrahmen tätig sind und da sich die praktische Arbeit der statistischen Ämter immer mehr angleicht. Die Medien und die politischen Entscheidungsträger stehen an erster Stelle unter denen, die ein solches einheitliches Messinstrument haben möchten, um beurteilen zu können, wie zuverlässig die Daten sind, die von den statistischen Ämtern verbreitet werden. Ein solcher Ansatz könnte zur Folge haben, dass mit der Aufbereitung statistischer Daten diejenigen statistischen Ämter zentral betraut werden, deren Qualität höher eingestuft wurde, und dass sich statistische Ämter auf die Bearbeitung von bestimmten Datenarten spezialisieren. Auf der anderen Seite wenden einige statistische Ämter bereits interne Systeme zur Kostendeckung an. Diese können als Keimzelle für die Einführung des marktwirtschaftlichen Ansatzes in statistischen Ämtern erachtet werden, und zudem öffnen sie möglicherweise den Weg zur Schaffung eines Statistikmarktes, in dem statistische Dienstleistungen extern von anderen statistischen Instituten beschafft werden. Dies wäre anfangs im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems vorstellbar, da hier ein und derselbe Rechtsrahmen für die Statistik gilt. Ein solcher Ansatz ist heute vielleicht noch nicht realisierbar, dürfte in Zukunft jedoch sehr wohl möglich sein.

In diesem Zusammenhang lassen sich einige Stärken und Schwächen des Europäischen Statistischen Systems feststellen:

- Stärken – das Europäische Statistische System ist mehr als die Summe der statistischen Systeme der einzelnen Länder und geht über deren Qualität hinaus:
 - gemeinsamer Rechtsrahmen,
 - vergleichbares Entwicklungsniveau,
 - gemeinsamer systematischer Ansatz,
 - leichter Austausch von Erfahrungen unter den Ämtern,
 - starke Koordinierungseinrichtung – Eurostat,
 - der große Erfassungsbereich verleiht dem System Stärke und macht es sichtbar.

- Schwächen
 - Die Nutzer werden nicht ausreichend einbezogen, und die Bedürfnisse der Nutzer werden nicht ausreichend analysiert (Brauchbarkeitstests, Kundenbefragungen, Rückmeldungen über Websites, Brauchbarkeitsanalysen), zudem sind keine Verfahren hierfür vorhanden;
 - passive (und sogar abwehrende) Haltung der Statistiker gegenüber Änderungen;
 - keine ausreichende Anzahl von Qualitätsindikatoren (z. B. zur Erfassung der Kundenzufriedenheit und der Belastung der Auskunftgebenden);
 - Fehlen objektiver Indikatoren, die es ermöglichen, die Zuverlässigkeit eines statistischen Amtes zu bewerten;
 - ein Markt für Statistikprodukte ist gerade erst im Entstehen begriffen;
 - der statistische Prozess befindet sich in der Phase eines dramatischen Wandels, das System trägt der dynamischen Natur dieses Prozesses jedoch keine Rechnung;
 - Fehlen von Indikatoren zur Erfassung und Beobachtung von Änderungen in der statistischen Organisation und deren Auswirkungen auf die Qualität.

4 Einige neue Entwicklungen im Umfeld der Statistik, die sich auf Fragen der Qualität auswirken

- Zahlreiche statistische Ämter befinden sich derzeit in einer Umbruchphase, die die Abkehr von dem herkömmlichen „Stove-pipe“-Ansatz mit seinen individuellen Produktionsprozessen für die diversen statistischen Bereiche und die Hinwendung zu einem integrierten Ansatz mit einer zentralen Datenbank bzw. einem zentralen Datenlager zum Ziel hat. Dies wird erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige Statistikproduktion, ihre Qualität und ihr Informationspotenzial sowie auf die Möglichkeiten zu bereichsübergreifenden Analysen haben. Es stellt sich die Frage, wie das Ausmaß der Integration zu erfassen ist. Indikatoren und Fixpunkte sind erforderlich, um die Neukonzipierung statistischer Prozesse zu beobachten und um die Unterstützung und Mitwirkung von Belegschaften und Führungskräften zu sichern.
- Der *Data Warehouse Ansatz* zielt auf die kontinuierliche Aufbereitung von Daten ab; er enthält die Abkehr von einem System mit vorläufigen und endgültigen Zahlen und die Hinwendung zu einem System mit einem konstanten Fehlerbereich. Der Fehlerbereich für die Ergebniszahlen verringert sich im Laufe der Zeit, da immer präzisere Daten zur Verfügung stehen. Qualität wird zu einem konstanten Faktor und nicht nur in bestimmten Abständen relevant. Die Nutzer hätten die Möglichkeit, eigene Entscheidungen über die verschiedenen Aspekte der Datenqualität wie die Rechtzeitigkeit und Genauigkeit zu treffen.

- Die Verwendung von Daten aus verschiedenen Quellen (Verwaltungsregistern, Informationssystemen von Unternehmen) hat bereits die Frage aufgeworfen, wie es mit der Qualität dieser Inputs bestellt ist.
- Die statistischen Ämter verbreiten in zunehmendem Maße Mikrodaten. Im Falle von Mikrodaten erlangen jedoch qualitative Aspekte wie die Genauigkeit, die Zuverlässigkeit, die Vergleichbarkeit usw. eine ganz andere Bedeutung als im Falle aggregierter Daten. Um die Vertraulichkeit zu garantieren, müssen diese Daten nämlich häufig modifiziert sowie teilweise unterdrückt werden usw. Es besteht Forschungsbedarf im Hinblick auf die Frage, wie die Datenqualität in diesem Falle einzuschätzen ist.
- Häufig handelt es sich bei einem Statistikprodukt nicht um einen einzigen Wert für einen bestimmten Indikator, sondern um eine Sammlung von Daten (z. B. Zeitreihen, Datenbanken). Die Bewertung der Qualität einer Datenbank sollte mehr enthalten als die Qualität der einzelnen Zahlen: Sie sollte sich vielmehr auch auf die Qualität der Struktur, die Nutzerschnittstelle, die Vollständigkeit der Datenbank usw. erstrecken.

Als zusammenfassende Empfehlungen sind festzuhalten:

- engere Kontakte zu Politikern und Entscheidungsträgern halten bzw. knüpfen,
- dem Dialog mit den Nutzern mehr Aufmerksamkeit widmen,
- neue Möglichkeiten nutzen, um Rückmeldungen von den Nutzern zu erhalten (Internet, Brauchbarkeitsstudien usw.),
- benutzerfreundliche Maßnahmen ausarbeiten, um die Zuverlässigkeit statistischer Ämter zu bewerten (z. B. Ranglisten, Qualitätswettbewerbe usw.); Durchführung von Peer Reviews. ■

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Neue Ökonomie und amtliche Statistik	3	165
Qualität und Nutzer	10	799
Die Homogenität ausgewählter Wirtschaftszweige der NACE Rev. 1	8	615
Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002	6	427
Neue Methode der Volkszählung	5	333
Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsuntersuchung im Eurostat Data Shop Berlin	4	245
Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland	7	507
Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Praktische Umsetzung der Qualitätsoffensive in der Außenhandelsstatistik	6	457
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen	7	524
Unternehmen im Verkehrsbereich – Erhebungen und Strukturen der Transporttätigkeit	8	646
Transport lebender Tiere	3	187
Zur statistischen Erfassung des Lebenslangen Lernens	8	667
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik	7	513
Die Neuberechnung von Verbrauchergeldparitäten im Rahmen des Internationalen Vergleichs der Preise für die Lebenshaltung	9	730
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176
Bevölkerung		
Neue Methode der Volkszählung	5	333
Entwicklung der Bevölkerung bis 2050	1	22
Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002	6	427
Ergebnisse des Mikrozensus 2000	6	437
Ehescheidungen 1999	4	253
Erwerbstätigkeit		
Ergebnisse des Mikrozensus 2000	6	437
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Gewerbeanzeigen 2000	4	295
Insolvenzverluste 1996 bis 1998	9	748
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland	7	507
Weinbau in Deutschland 1999	1	30
Ökologischer Landbau 1999	3	357
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland	5	367

Produzierendes Gewerbe

Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	2	87
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland	5	367

Bautätigkeit und Wohnungen

Wohngeld in Deutschland 1999	2	109
------------------------------------	---	-----

Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Branchenentwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2000	8	633
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2000	3	181
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000	4	263
Inlandstourismus 2000: Neue Rekordergebnisse im Jahr der EXPO	4	268

Außenhandel

Praktische Umsetzung der Qualitätsoffensive in der Außenhandelsstatistik	6	457
Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet	2	102
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen	7	524
Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandelsergebnisse	1	46
Der deutsche Außenhandel mit Amerika	9	756
Der deutsche Außenhandel mit Rindfleisch vor dem Hintergrund der BSE- und MKS-Krise	8	639
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000	2	97
Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern	4	277
Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 2001	10	816

Verkehr

Unternehmen im Verkehrsbereich – Erhebungen und Strukturen der Transporttätigkeit	8	646
Transport lebender Tiere	3	187
Seeschifffahrt 2000	9	762
Eisenbahnverkehr 2000	6	465
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1991 bis 2000	8	655
Kinderunfälle im Straßenverkehr 2000	10	823
Binnenschifffahrt im Jahr 2000 mit Rekordergebnis	7	533
Gewerblicher Luftverkehr 2000	4	289

Geld und Kredit

Bauspargeschäft 2000	10	830
----------------------------	----	-----

Bildung und Kultur

Zur statistischen Erfassung des Lebenslangen Lernens	8	667
Studierende im Wintersemester 2000/2001	6	470

Gesundheitswesen

Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Fragen zur Gesundheit	9	771
Schwerbehinderte 1999	8	678

Sozialleistungen

Schwerbehinderte 1999	8	678
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1999	5	372
Wohngeld in Deutschland 1999	2	109

Finanzen und Steuern

Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik	7	513
Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes	2	116
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 2000	10	808
Kommunal финанzen 2001	5	386
Öffentliche Finanzen 2000	4	303
Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2001	10	839
Schulden der öffentlichen Haushalte 2000	7	543

Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2	2	121
Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten	7	546

Löhne und Gehälter

Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Ergebnisse der Lohnstatistik für 2000	5	389

Preise

Die Neuberechnung von Verbrauchergeldparitäten im Rahmen des Internationalen Vergleichs der Preise für die Lebenshaltung	9	730
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176
Preisentwicklung im Jahr 2000	2	138
Preise im Februar 2001	3	221
März 2001	4	308
April 2001	5	402
Mai 2001	6	479
Juni 2001	7	572
Juli 2001	8	685
August 2001	9	781
September 2001	10	844

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Revision der Anlagevermögensrechnung 1991 bis 2001	5	342
Bruttoinlandsprodukt 2000	1	11
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 2001	9	703

Umwelt

Statistik über bestimmte ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	3	217
--	---	-----

Gastbeiträge

Konsistente empirische Modelle der Geldnachfrage	3	225
Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung?	4	312
Lohndiskriminierung von Frauen	5	406
Äquivalenzskalen und haushaltsspezifisches Armutsrisiko	6	483
Außenhandel und Informationsbedarf der Bundesländer	7	576
Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich	7	588
Qualität und Nutzer	10	799
Zur Qualität des Europäischen Statistischen Systems	10	848

Historische Aufsätze

100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik	1	64
---	---	----

Veröffentlichungen¹⁾ vom 22. September 2001 bis 26. Oktober 2001

		DM	EUR			DM	EUR
■ Informationelle Grundversorgung							
Gesamtkatalog 2001		–	–				
Russische Föderation und Deutschland in Kürze 2001		–	–				
Polen und Deutschland in Kürze		–	–				
■ Zusammenfassende Veröffentlichungen							
Statistisches Jahrbuch 2001 – Schubert		158,–	80,78				
Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland		128,–	65,45				
Statistisches Jahrbuch 2001 für das Ausland		57,–	29,14				
Statistisches Jahrbuch 2001 – CD-Rom		49,–	25,05				
Zahlenkompass 2001		9,80	5,–				
Wirtschaft und Statistik, September 2001		21,70	11,10				
Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland		27,38	14,–				
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Juni 2001		27,30	13,96				
Juli 2001		27,30	13,96				
Verkehr aktuell, Heft 9, 2001		15,40	7,87				
Band 13 der Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“: Zeitverwendung in Deutschland – Beruf, Familie, Freizeit – (1. unveränderter Nachdruck)		28,80	14,73				
Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit							
Reihe 4.1.2	Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen 2000	40,40	20,66				
Reihe 4.3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, August 2001	5,20	2,66				
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei							
Reihe 2.2.1	Betriebe mit ökologischem Landbau 1999	21,–	10,74				
Reihe 3.2.1	Wachstum und Ernte						
	– Gemüse, Trauben-, Heft 5/2001	5,20	2,66				
	– Trauben-, Heft 7/2001	5,20	2,66				
Reihe 4.2.1	Schlachtungen und Fleischerzeugung, 4. Vierteljahr und Jahr 2000	13,50	6,90				
Reihe 4.5	Hochsee- und Küstenfischerei, 4. Vierteljahr 1999	8,70	4,45				
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe							
Reihe 2.1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, August 2001	11,–	5,62				
Reihe 2.2	Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes –, Juli 2001	27,30	13,96				
	August 2001	27,30	13,96				
Reihe 4.1.1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Juni 2001	31,50	16,11				
	Juli 2001	27,30	13,96				
Reihe 4.1.2	Betriebe, Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Beschäftigtengrößenklassen 2000	24,30	12,42				
Reihe 6.4	Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 2000	8,70	4,45				
Reihe 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), 2. Vierteljahr 2001	24,30	12,42				
	August 2001	11,–	5,62				
	September 2001 (Vorbericht)	3,40	1,74				
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus							
Reihe 1.1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen), Juli 2001	11,–	5,62				
Reihe 3.1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Messzahlen), Juli 2001	8,70	4,45				
Reihe 7.1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Juli 2001	13,50	6,90				
Fachserie 7: Außenhandel							
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Juli 2001	13,50	6,90				
Reihe 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Juni 2001	49,–	25,05				
Reihe 3	Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel), 1. Halbjahr 2001	40,40	20,66				
Fachserie 8: Verkehr							
Reihe 2	Eisenbahnverkehr, Juli 2001	8,70	4,45				
Reihe 3	Straßenpersonenverkehr, 2. Vierteljahr 2001	13,50	6,90				
Reihe 4	Binnenschifffahrt, Juni 2001	11,–	5,62				
Reihe 6	Luftverkehr Juli 2001	21,–	10,74				
Reihe 7	Verkehrsunfälle, Mai 2001	11,–	5,62				
Reihe 7	Juni 2001	11,–	5,62				
Fachserie 10: Rechtspflege							
Reihe 2	Gerichte und Staatsanwaltschaften 1999	31,50	16,11				
Fachserie 11: Bildung und Kultur							
Reihe 4.2	Prüfungen an Hochschulen 2000	31,50	16,11				
Reihe 8	Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2000	13,50	6,90				
Fachserie 12: Gesundheitswesen							
Reihe 2	Meldepflichtige Krankheiten 2000	13,50	6,90				
Reihe 5	Berufe des Gesundheitswesens 2000	11,–	5,62				
Fachserie 13: Sozialleistungen							
Reihe 6.1.2	Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses 1999	24,30	12,42				
Fachserie 14: Finanzen und Steuern							
Reihe 8	Umsatzsteuer 1999	15,40	7,87				
Reihe 9.2.1	Absatz von Bier, August 2001	3,40	1,74				
Reihe 10.1	Realsteuervergleich – Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung – 2000	24,30	12,42				
Fachserie 16: Löhne und Gehälter							
Reihe 4.1	Tariflöhne, April 2001	31,50	16,11				
Reihe 4.2	Tarifgehälter, April 2001	31,50	16,11				
Fachserie 17: Preise							
Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, Juli 2001	8,70	4,45				
Reihe 1	August 2001	8,70	4,45				
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), August 2001	11,–	5,62				
Reihe 4	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, August 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20				
	August 2001	13,50	6,90				
Reihe 5	Kaufwerte für Bauland 2000	24,30	12,42				
Reihe 5	1. Vierteljahr 2001	11,–	5,62				
Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, August 2001	8,70	4,45				
Reihe 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, September 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20				
	September 2001	21,–	10,74				
Reihe 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, August 2001	18,20	9,31				
Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, August 2001	8,70	4,45				
Reihe 11	Preise und Preisindizes im Ausland, August 2001	11,–	5,62				
Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen							
Reihe 1.3	Konten und Standardtabellen 2000 (Hauptbericht)	36,30	18,56				
Fachserie 19: Umwelt							
Reihe 2.2	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Industrie und in der Landwirtschaft 1998	13,50	6,90				
Reihe 3.2	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1999	13,50	6,90				
■ Elektronische Veröffentlichungen							
Außenhandel nach Waren und Ländern, Juli 2001 (CD-ROM)		49,–	25,05				
■ Bund/Länder-Veröffentlichungen							
Kulturfinanzbericht 2000		27,38	14,–				

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon (07071) 935350, Telefax (07071) 935335. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.